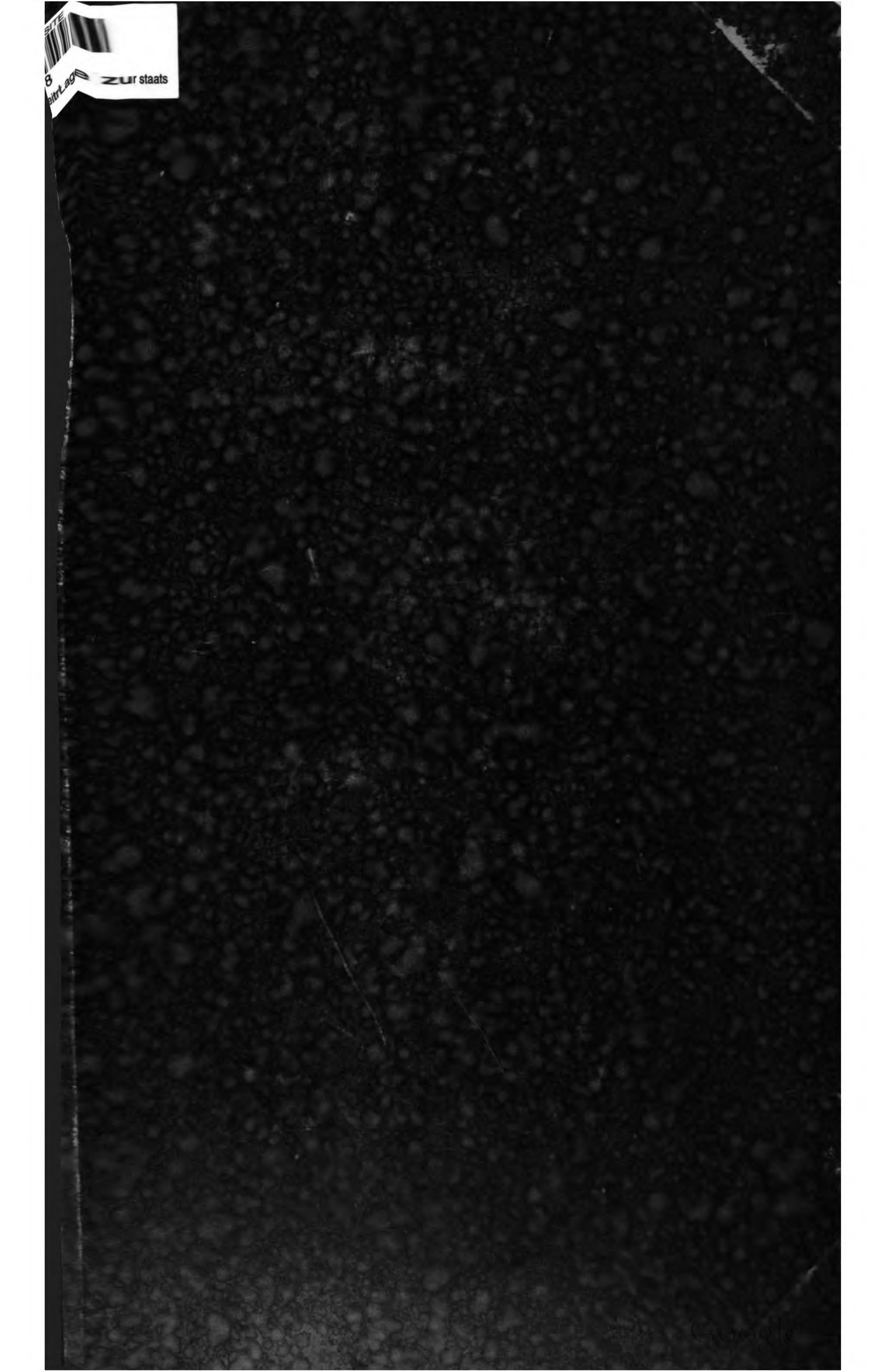
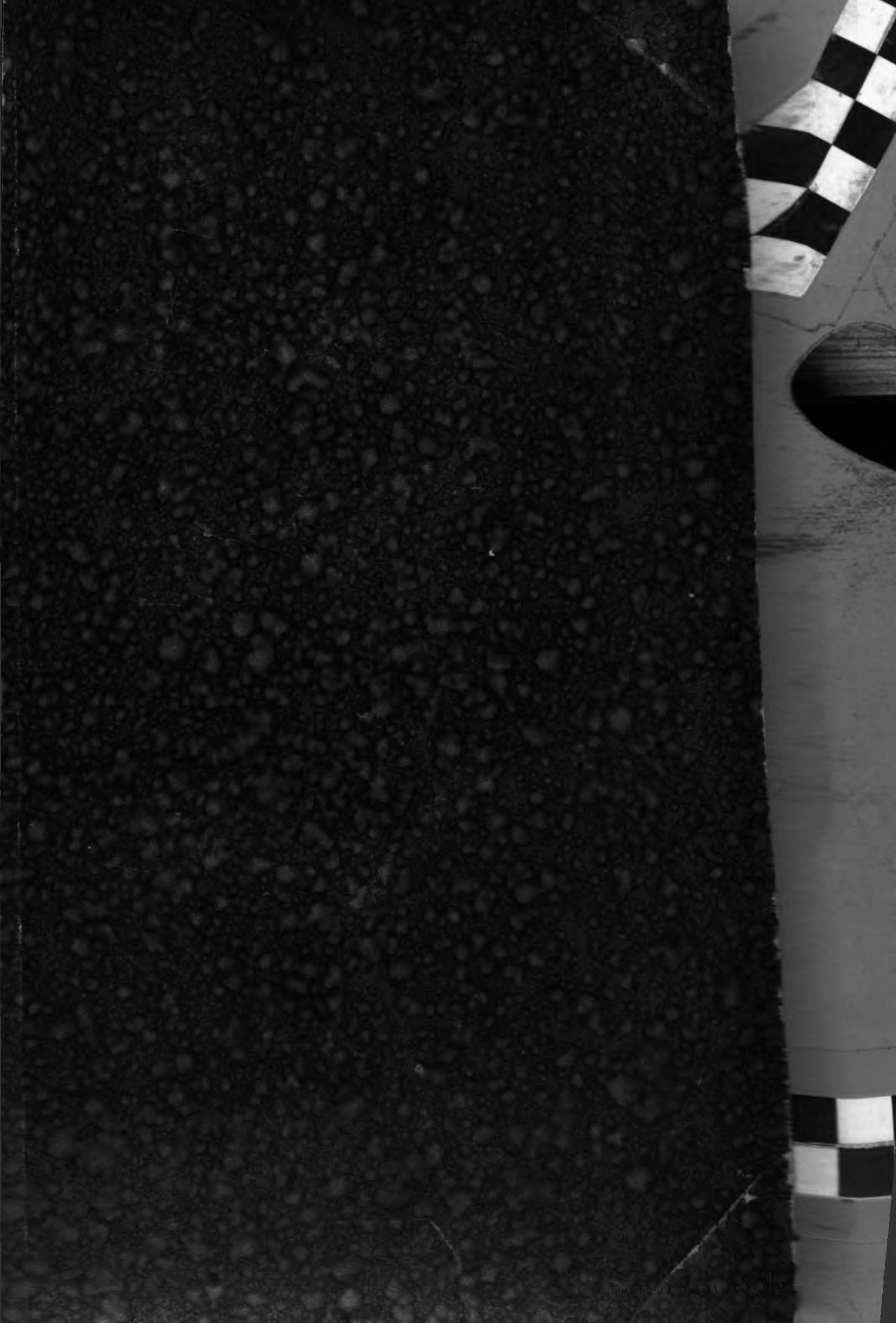
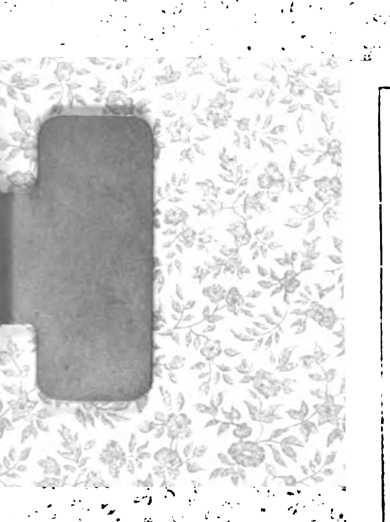
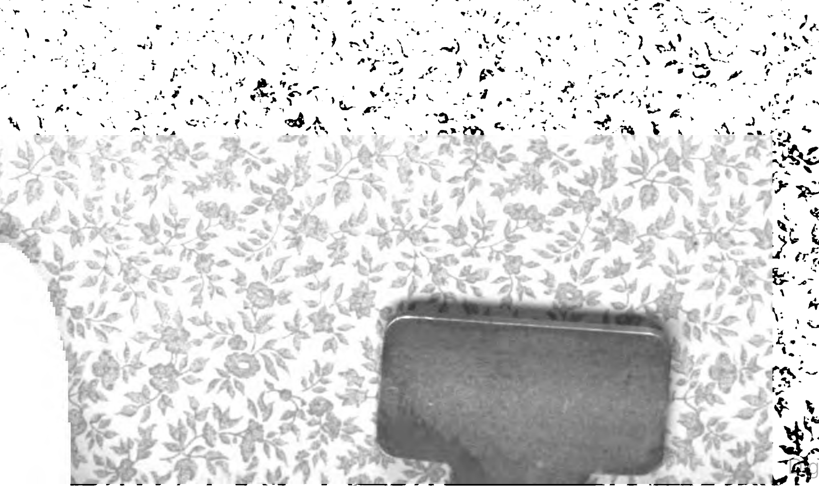














# Beiträge

zur

# Staats- und Verfassungsgeschichte Württembergs

von

**Dr. Karl Victor Riecke**
Direktor des K. statistisch-topographischen Bureau
Lebenslänglichem Mitglied der Kammer der Standesherren.

I. Die Entstehung des Württembergischen Staatsgebiets.
II. Verfassung und Landstände.

STUTTGART
W. KOHLHAMMER
1879

# Vorwort.

Die zwei Beiträge zur Staats- und Verfaſſungsgeſchichte Württembergs, welche ich hohen Gönnern, werthen Kollegen und lieben Freunden hier zu überreichen mir geſtatte, erſcheinen gleichzeitig der eine in dem Jahrgang 1879 der Württembergiſchen Jahrbücher, der andere in demſelben Jahrgang der mit den Jahrbüchern verbundenen Vierteljahrshefte.

Wenn in der allgemeinen Auffaſſung der öffentlichen Verhältniſſe dem Aufſchwung des letzten Jahrzehnts in unſeren Tagen ein Zuſtand der Ernüchterung, um nicht zu ſagen ein kühler Rückſchlag gefolgt zu ſein ſcheint, ſo wird, wer gewohnt iſt, die augenblickliche Gegenwart immer nur als Glied eines größeren geſchichtlichen Abſchnittes anzuſehen, auch in dem heutigen Gange der Ereigniſſe lediglich die Beſtätigung des alten Geſetzes erkennen, daß die Weltgeſchichte eben in Wellenlinien ſich vorwärts bewegt, wobei Fluth und Ebbe ſich ablöſen; und er wird eben deshalb durch trübe unmittelbare Eindrücke in dem feſten Glauben an einen ſteten Fortſchritt der Menſchheit zum Beſſern, in der frohen Hoffnung auf eine ſchöne Zukunft Deutſchlands nicht ſo leicht zu erſchüttern ſein.

Daß wir aber innerhalb des großen deutſchen an unſerem Württemberg ein engeres Vaterland haben, in welchem auch „ſtarke Wurzeln unſerer Kraft“ ruhen, daran mahnen Zeiten wie die jetzige ganz beſonders. Es iſt darum eine der befriedigendſten Aufgaben, dazu beitragen zu dürfen, daß die Liebe zu dieſer unſerer Heimat fortgeſetzt gepflegt, daß ihr zuweilen Nahrung zugeführt werde durch Eröffnung von Rückblicken in die Schickſale und Thaten der Vorväter, unter welchen ja „mancher Mann und mancher Held, im Frieden gut und ſtark im Feld“, zu nennen iſt.

In dieſem Sinne ſind die beiden Aufſätze entſtanden, in denen ich die jedem derſelben angehängten hiſtoriſch-ſtatiſtiſchen Materialien einleitend, auf die Arbeiten bewährter Geſchichtſchreiber mich ſtützend, in kurzen Zügen darzuſtellen bemüht war: wie unſer erlauchtes Regentenhaus ſeit der erſten Nennung ſeines Namens vor acht Jahrhunderten ſich entwickelt, wie das württembergiſche Staatsgebiet im Laufe der letzten ſechs Jahrhunderte den jetzigen Umfang erlangt hat, wie Württemberg frühe

ſchon in den Beſitz eigener landſtändiſcher Organe eingetreten und wie insbeſondere diejenige Verfaſſung entſtanden iſt, deren wir uns nun ſeit ſechzig Jahren bei manchen Mängeln doch zum Segen des Landes zu erfreuen haben.

Möge was ich hier gebe, gleichgeſtimmte Leſer finden und möge es in ſeinem Theile dazu beitragen, daß bei unſeren Mitbürgern ohne jegliche Beeinträchtigung der Treue gegen das Deutſche Reich die Anhänglichkeit an unſer geliebtes Württemberg ſtetig ſich erhalte, von dem in allem Sturm und Wechſel der Zeiten für uns immer wieder das Dichterwort gelten ſoll: „Dies iſt unſer, ſo laßt uns ſagen und feſt es behaupten!“

# Die Entstehung des Württembergischen Staatsgebiets.

Von

**Dr. K. V. Riecke,**

Direktor des K. statistisch-topographischen Bureau.

---

„Auf einem rebenumkränzten Bergvorsprunge bei dem Dorfe Rothenberg über dem fruchtbaren Neckarthale zwischen Eßlingen und Cannstatt erhob sich die Burg, von der sich die Grafen von Württemberg benannten. Diese Grafen haben — die fürstenbergische Linie der Uracher Grafen allein ausgenommen — alle ihre Genossen, deren Stammburg auf dem Boden des jetzigen Königreichs Württemberg stund, überlebt und ihre und anderer weltlicher und geistlicher Herren Länder, zum Glück des Ganzen, durch Erbschaft, Kauf, Kriegsglück und Unterhandlungskunst überkommen.“ (Stälin II, S. 476). Stammverwandte aller Wahrscheinlichkeit nach der oberschwäbischen Geschlechter der Grafen von Nellenburg [bei Stockach] und von Veringen [in Hohenzollern], erscheinen sie zuerst gegen das Ende des elften Jahrhunderts zugleich mit den Grafen von Beutelsbach [im Remsthal]. Es wird angenommen, daß der Vater des ältesten um's Jahr 1090 mit Namen bekannten Württembergers eine Beutelsbachische Erbtochter erheiratet habe. Und vielleicht, daß derselbe zugleich in die Erbschaft des Remsgaugrafen eingetreten ist (nach Haug). „Wie geringen Umfang aber auch der ursprüngliche Besitz des württembergischen Hauses im Neckar- und Remsthal haben mochte, so reihte sich doch eine Erwerbung um die andere als glücklicher Zuwachs an denselben an. Viel wirkte hiebei kluger Haushalt, politischer Verstand, Ansehen beim kaiserlichen Hofe, welcher durch Gunstbezeugungen der Anhänglichkeit der Grafen sich versicherte, sodann die Uebernahme einträglicher Vogteien, Sparsamkeit in Schenkungen an die Geistlichkeit, wie denn in der ganzen hohenstaufischen Zeit keine Klostergründung und nur eine einzige geistliche Stiftung, das Stift zum heiligen Kreuz in Beutelsbach, lange Zeit württembergisches Erbbegräbnis, von ihnen ausging.“ (Stälin II, 487.)

Von dem im Rems- und Neckarthale festgewurzelten Hauptstamm hat sich schon in der ersten Hälfte des XIII. Jahrhunderts eine oberschwäbische Seitenlinie abgezweigt unter dem Namen der Grafen von Grüningen, mit dem Sitze auf der Burg Landau, dem Erbbegräbnisse zu Heiligkreuzthal und vielleicht mit den ältesten Stammgütern der Familie. Nach kurzer Blütezeit und wechselvollen Schicksalen endete diese Linie um die Mitte des XVII. Jahrhunderts in Oesterreich unter dem Namen der Herren von Landau.

Um so kräftiger entwickelte sich und erstarkte mehr und mehr das Geschlecht der Grafen von Württemberg, deren Geschichte von der Mitte des XIII. Jahrhunderts an ohne weitere Unterbrechung sich verfolgen läßt. Mit den Hohenstaufen ging es zu Ende: Friedrich II. starb 1250, Konrad IV. 1254, Konradin 1268; andere große Herrengeschlechter in Schwaben: die Herzoge von Teck, die

Pfalzgrafen von Tübingen, die Grafen von Calw, von Urach u. a. waren im Erlöschen oder genöthigt, ihrer Besitzungen sich zu entäußern, — als stetig und sicher der Stern des Hauses Württemberg emporstieg. Ein glückliches Geschick hat hier fast zwei Jahrhunderte hindurch Theilungen verhindert; gerade 1½ Jahrhunderte dauerte auch die Regierungszeit der fünf ersten Grafen, von welchen vier: Ulrich I., der Stifter, mit dem Daumen, 1238—1265, dessen zweiter Sohn Eberhard I., der Erlauchte, 1265—1325, sodann Ulrich III., 1325—1344, und Eberhard II., der Greiner oder der Rauschebart, der Urenkel des Stifters, 1344—1392, zugleich bedeutende Mehrer des Landes waren, die beiden Eberharde überdies mit dem Schwert sowohl gegenüber von dem Kaiser, als gegenüber von den Städten (Schlacht bei Döffingen 3. August 1388) sich zu behaupten wußten. Eberhard I. erlebte nicht weniger als sieben Römische Könige, unter welchen Rudolf von Habsburg. Der zweite Eberhard war Zeitgenosse Karls IV. von Luxemburg und von dessen Sohn Wenzel. Durch Karl IV. wurde zwischen Eberhard II. und seinem jüngern Bruder Ulrich IV., mit welchem jener anfänglich gemeinschaftlich zu regieren hatte, am 3. Dezember 1361 der Nürnberger Vertrag vermittelt, das erste Hausgesetz über die Untheilbarkeit und Unveräußerlichkeit des Landes.

Auf den Greiner folgte sein Enkel, Eberhard III., der Milde, welcher durch den am 13. November 1397 abgeschlossenen Ehevertrag seines damals erst zweijährigen Sohnes, Eberhards IV., mit Henriette von Mömpelgard dem Hause Württemberg ein reiches Erbe in der Freigrafschaft erwarb, den einzigen bedeutenderen Besitz, der durch Heirat an Württemberg gekommen ist. Als Eberhard IV. schon 1419, zwei Jahre nach dem Vater, starb, bewährte sich Henriette als Vormünderin ihrer beiden minderjährigen Söhne in verschiedenen Kämpfen und Fehden, namentlich auch gegen den Grafen Friedrich von Zollern, den Oettinger. Für uns ist besonders interessant das aus dieser Zeit der Vormundschaft stammende Verzeichnis der Lehen- und Eigengüter des Hauses Württemberg vom 3. Mai 1420. Darnach waren insbesondere der Herrschaft Württemberg Reichslehen: die Grafschaft zu Württemberg mit Stuttgart, Cannstatt, Leonberg, Waiblingen und Schorndorf; die Grafschaft zu Aichelberg, das Herzogthum Teck mit Kirchheim, die Grafschaften Neuffen, Urach (mit Münsingen), die Pfalzgrafschaft zu Tübingen, mit Herrenberg, Böblingen, Sindelfingen, dem Schönbuch, die Grafschaften Calw und Vaihingen, die Herrschaft Magenheim mit Brackenheim, Markgröningen ein Fahnlehen vom Reich, die Grafschaft Asperg, mehrere Elsäßer Herrschaften mit Reichenweiher, die Herrschaften Waldhausen (Oberamts Welzheim), Nagold und Irslingen mit Rosenfeld, die Grafschaft Sigmaringen, Hornberg. Als Lehen von Böhmen sind bezeichnet: Neuenbürg, Beilstein, Lichtenberg und Botwar; als eigen endlich eine große Zahl von Ortschaften, darunter Tuttlingen, Nürtingen, Waldenbuch, Schiltach, Güglingen, Lauffen, Backnang, Winnenden, Marbach, Göppingen, Balingen, Bietigheim, Ebingen, Veringen, Achalm, Hohenstaufen, Lauterburg, Rosenstein, Gundelfingen, Oberndorf. (Noch Näheres bei Stälin III, S. 417 f.)

Die Söhne Henriettens, Ludwig I. und Ulrich V., der Vielgeliebte, schritten dann allerdings in den Jahren 1441 und 1442 zu einer Theilung des Landes, jedoch glücklicherweise nur für eine kurze Zeit. Der jüngere Bruder, welcher die Theilung veranlaßt hatte, erhielt den Neuffener oder Stuttgarter Theil, Ludwig I. den Uracher Theil, einzelnes blieb gemeinschaftlich. 41 Jahre währte die Trennung. Das Verdienst, die Theilung wieder aufgehoben, das Getrennte vereinigt zu haben, hatte der zweite Sohn Ludwigs, Eberhard im Bart, welcher, im Jahr 1445 geboren, als Graf der fünfte seines Namens war, dann der erste Herzog von Württemberg

geworden und im Liede heute noch als „der reichſte Fürſt“ gefeiert ist; — unvergeßlich auch als Stifter der Univerſität Tübingen. „In den Jahren 1473 bis 1492, ſagt Stälin III, S. 602, in Zeiten, in welchen man in anderen Staaten erſt recht zu theilen begann, wurden in dem ſeit 1442 getheilten Württemberg die wichtigen Familiengeſetze geſchaffen, wodurch die Untheilbarkeit des Landes eingeführt und das unmittelbar darauf feſtbeſtimmte Erſtgeburtsrecht angebahnt wurde.“ Dieſe Familien- und Hausverträge ſind: der Uracher Vertrag vom 12. Juli 1473, der Reichenweiher Vertrag vom 26. April 1482 und vor allem der Münſinger Vertrag vom 14. Dezember des nemlichen Jahres, dann der Stuttgarter Vertrag vom 22. April 1485, der Frankfurter Entſcheid vom 30. Juli 1489 und der Eßlinger Vertrag vom 2. September 1492. (Siehe dieſelben bei Reyſcher, Staatsgrundgeſetze). Der Münſinger Vertrag insbeſondere, zwiſchen Eberhard im Bart und ſeinem Vetter Eberhard dem jüngeren, Ulrichs des Vielgeliebten Sohn, beſtimmte, daß beider Grafen Land von nun an in ewige Zeiten ungetheilt als ein Weſen und ein Land bleiben ſollen und führte zugleich die Senioratserbfolge, noch nicht das Erſtgeburtsrecht ein. Letzteres brachte der Herzogsbrief vom 21. Juli 1495, zugleich unverbrüchliches Reichsgeſetz auch für die Untheilbarkeit des Landes. Die ganze Landſchaft Württemberg in Schwaben wurde zu einem Lehen verſammelt, verainigt vnd alſo ſamentlich zu einem Hertzogthumb geordnet, gemacht, erhaben und aufgerichtet, ſo daß für die Verſorgung nachgeborener Herren und für die weibliche Erbfolge nur noch die Graf- und Herrſchaften Mömpelgard, Horburg und Reichenweiher offen blieben.

Kaiſer Maximilian I. war es, welcher auf dem Reichstag zu Worms aus eigenem Antrieb, um des Reiches Abgang an Herzogthümern durch Württemberg zu erſetzen, den Grafen Eberhard zum Herzog erhoben, Württemberg zu einem Reichsmannlehen erklärt hat. Als freilich nach dem Tode Eberhards I. (1496) und nach der freiwilligen Entſagung ſeines gleichfalls kinderloſen Vetters, jenes Eberhards des jüngern, 1498 der Herzogshut an den Enkel des Grafen Ulrich des Vielgeliebten von deſſen zweitem Sohne Heinrich, Herzog Ulrich, gelangt war, da ſchien es bald um Haus und Land Württemberg recht ſchlimm zu ſtehen. Zwar gewann dieſer Herzog im Anfang ſeiner Regierung durch kühne Eroberungen raſch große Bezirke; dann aber mußte er, durch den Aufſtand des armen Konrad und durch Schulden hart bedrängt, unter kaiſerlicher und anderer Vermittlung ſich zum Abſchluſſe des Tübinger Vertrags vom 8. Juli 1514 gegenüber von Prälaten und Landſchaft verſtehen und wenige Jahre ſpäter, 1519, durch den Schwäbiſchen Bund vertrieben, im Jahr 1522 gar das Herzogthum dem Bruder Karls V., dem Erzherzog Ferdinand von Oeſterreich, überlaſſen. Wohl wurde Ulrich in Folge der Schlacht von Lauffen am 13. Mai 1534 wieder Herr ſeiner Erblande; er hatte aber noch in dem Vertrag von Kaaden [bei Eger] keine andere Wahl, als das Herzogthum von Oeſterreich als Afterlehen zu nehmen. Und ſelbſt nur in dieſer Form ſich das Herzogthum zu erhalten, hatte der Sohn Ulrichs, Herzog Chriſtoph, im Paſſauer Vertrag vom 6. Auguſt 1552 große Mühe, da durch des Vaters unglückliche Betheiligung an dem Schmalkaldiſchen Kriege der Beſitz des Landes ernſtlich auf's neue gefährdet war. Erſt Friedrich I. iſt es ſpäter, in dem Prager Vertrag vom 24. Januar 1599, gelungen, an die Stelle des Lehenverhältniſſes ein bloßes Anwartſchaftsrecht von Oeſterreich zu ſetzen.

In der herzoglichen Periode nach Ulrich kam es zu größeren Gebietsveränderungen, insbeſondere zu ſolchen, durch welche der Beſtand des jetzigen Königreichs in eingreifenderer Weiſe berührt worden wäre, nicht mehr. Doch verdienen



aus dieser Zeit von 2½ Jahrhunderten folgende Daten für die Konsolidirung des Staats immerhin auch an dieser Stelle kurze Erwähnung.

Den Tübinger Vertrag nennt Stälin mit Recht die Grundsäule der Württembergischen Landesfreiheiten. Unter Herzog Christoph, 1550—1568, erlangte die politische Verfassung vollends diejenige Ausbildung, welche sie bis in den Beginn des XIX. Jahrhunderts sich bewahrt hat. Er war der Schöpfer eines einheitlichen Landrechts; er zuerst sorgte für gleiches Maß und Gewicht im Herzogthum; seiner Unterstützung erfreuten sich die verschiedenen Zweige der Volkswirthschaft; die Organisation der obersten Regierungsbehörden, des Geheimen Raths und unter demselben der dreitheiligen Kanzlei: des Oberraths, der Rentkammer und des Kirchenraths, ist sein Werk. Herzog Christoph führte die vom Vater begonnene Kirchenreformation in schonenderen Formen durch. Seine große Kirchenordnung vom 15. Mai 1559 erlangte fast symbolisches Ansehen. Die Erhaltung des aus den Lokalpfarrdotationen und Klostergütern gebildeten großen Kirchenguts ist lediglich seiner Gewissenhaftigkeit und edlen Uneigennützigkeit zu danken. Er ordnete in allen Orten deutsche, in allen Städten lateinische Schulen an, gab den aufgehobenen Klöstern die Bestimmung als Anstalten für die Vorbildung zu Dienern der evangelischen Kirche und erweiterte das vom Vater gegründete theologische Seminar bei der Landesuniversität. Die Thätigkeit Christophs war in solcher Weise überall grundlegend, mag man nun das Gebiet des Staats oder das der Kirche und Schule zunächst in das Auge fassen.

Auf Christoph folgte sein Sohn Ludwig, 1568—1593, auf diesen Friedrich I., 1593—1608, der energische Sohn des Grafen Georg von Mömpelgard, des Bruders von Herzog Ulrich, — der Gründer von Freudenstadt.

Staats- und Familiengut sind um jene Zeit noch nicht getrennt; — „vielmehr ward das ganze Staatsvermögen, d. h. der Inbegriff landesherrlicher Nutzungen als reines Privateigenthum des Regenten, später der Familie, angesehen. Daher auch im Einzelnen keine abgesonderte Verwaltung, keine ausgeschiedene Masse für die Bedürfnisse des Hofs und der Angehörigen des Hauses. Ein und dasselbe Gesetz — der Untheilbarkeit, der Einherrschaft, der Unveräußerlichkeit — umschließt alle herrschaftlichen Besitzungen, und von der dafür nothwendig gefundenen Garantie ist kein Theil ausgeschlossen.“ Einer ausnahmsweisen Behandlung unterlagen nur die überrheinischen Besitzungen. (Reyscher, Staatsgrundgesetze I, S. 71. 73). Der Ertrag des Kammerguts wird in den ersten Zeiten des Herzogs Ulrich zu 50 000 fl., bei Beginn der österreichischen Herrschaft zu 100 000 fl. angegeben (Stälin IV, S. 96). Neue Erwerbungen und deren Ertrag verblieben jedoch dem Herzog zu seiner freien Verfügung, so lange sie nicht dem Lande, beziehungsweise dem Kammergut inkorporirt waren. (Fricker und Geßler, Geschichte der Verfassung Württembergs 1869 S. 68.)

Von solchen Inkorporirungen werden die ersten unter dem Sohne Friedrichs I., Johann Friedrich, 1608—1628, ausdrücklich erwähnt. Mehrere andere Besitzungen blieben aber schon damals in dem Privateigenthum des regierenden Herrn zurück. Und als während und nach dem dreißigjährigen Kriege der Enkel Friedrichs, Eberhard III., 1628—1674, die Entwerthung des Grundeigenthums zu zahlreichen Erwerbungen zu benützen verstand, wurde von diesen nur ein Theil der Landschaft einverleibt. Den bei weitem größern Theil dagegen vereinigte Eberhard zu einem fideikommissarischen Komplex, dem sog. Kammerschreibereigut, das als Privateigenthum der fürstlichen Familie angesehen und bewirthschaftet wurde. Eine besondere Stiftungsurkunde liegt nicht vor. Das Wort „Cammerschreiberey“

findet sich zuerst 1664, in dem vierten Punkt des Testaments von Eberhard III. Die fideikommissarische Bestimmung und das Nutzungsrecht des Regenten aus dem fürstlichen Hause läßt Punkt 3 des Kodizills von 1674 ersehen. (Reyscher a. a. O. I, S. 186 f.; II, S. 404. 426.)

Eberhard III. ereilte während des 30jährigen Krieges das gleiche Loos, das schon seine Ahnen, den Grafen Eberhard den Erlauchten von 1311 bis 1315 und den Herzog Ulrich von 1519 bis 1534 getroffen hatte: er mußte von 1634 bis 1638 in das Exil wandern. Der ganze Schaden, welchen in diesem Kriege seit 1628 Altwürttemberg erlitt, wurde, ohne die Verödung der Felder, nach offizieller Schätzung zu 118²/₃ Millionen Gulden angegeben. Die Bevölkerung war in wenigen Jahren von 69 000 auf 18 000 Familien herabgesunken. Doch ging dem fürstlichen Hause in dieser schlimmen Zeit auch nicht ein Bauernhof verloren. In seinem Testament von 1664 hinterließ Eberhard III. ein weiteres Grundgesetz für die Untheilbarkeit und Unveräußerlichkeit des Herzogthums, des Kammerguts und des Kammerschreibereiguts, sowie für die Vererbung nach der Erstgeburt.

Johann Friedrich und Eberhard III. selbst halfen indessen zuvor mehrere Nebenlinien begründen. Der erstere hatte sich mit vier Brüdern abzufinden, als am 29. Januar 1608 Herzog Friedrich I. ohne eine Bestimmung wegen der Erbfolge unerwartet schnell mit Tod abgegangen war. Erst am 28. Mai 1617 kam der fürstbrüderliche Vergleich zu Stande, nach welchem der zweitgeborene Herzog Ludwig Friedrich die Grafschaft Mömpelgard nebst Horburg und Reichenweiher, der dritte Bruder Julius Friedrich die neuerworbenen Güter Weiltingen [jetzt in Bayern] und Brenz, diese jedoch vorbehältlich der Oberherrlichkeit Johann Friedrichs, erhielt und den beiden jüngsten Brüdern Gelddeputate nebst angemessenen Residenzen erblich angewiesen wurden. Die Mömpelgarder Linie erlosch 1723 mit Leopold Eberhard, dem ganz unwürdigen Enkel Ludwig Friedrichs (Spittler, Mömpelgard'sche Successionssache. Sämmtliche Werke XII, S. 312). Auch die Weiltingische Linie dauerte nur bis in den Anfang des XVIII. Jahrhunderts. Von der letzteren hatte sich wieder eine Schlesische Linie abgezweigt, übrigens ohne ein Besitzthum von Württemberg, in Folge der Verheiratung von Silvius Nimrod, dem Sohne des Julius Friedrich, mit der Erbtochter des Fürsten von Oels. Nach dem Tode des letzten männlichen Sprossen aus dieser Verbindung, Karl Christian Erdmann 1792, kam dann das Fürstenthum Oels wieder in andere Hände, an Herzog Friedrich August von Braunschweig, den Gatten der noch vor dem Vater verstorbenen einzigen Tochter Erdmanns, wogegen das Allodialvermögen des letzteren, insbesondere die Herrschaft Karlsruhe in Schlesien, als Fideikommiß an den Herzog Friedrich Eugen von Württemberg überging, nicht den Vater, sondern den Bruder des spätern Königs Friedrich von Württemberg, — den Vater des Helden von Kulm, Leipzig und Paris. (Memoiren des Herzogs Eugen von Württemberg. Frankf. a./O. 1862. I, S. 2 ff.)

Die direkten Nachkommen des Herzogs Johann Friedrich selbst bildeten die Stuttgarter Linie des Württembergischen Regentenhauses, von welcher sich gleichfalls wieder zwei nach deren Residenzen benannte Unterlinien ausgeschieden haben: die Neuenstadter Linie auf Grund des fürstbrüderlichen Vergleichs vom 27. September 1649 zwischen Eberhard III. und dessen Bruder Friedrich, welche Linie 1742 ausstarb; — und die Winnenthaler Linie nach dem Kodizill Eberhards III. von 1674, welche, mit dem zweiten Sohne des letzteren, Friedrich Karl, beginnend, in der zweiten Generation 1733 durch Karl Alexander an die Regierung gelangt ist, nachdem Eberhard Ludwig, der Enkel und auf Wilhelm Ludwig, 1677, der zweite

Regierungsnachfolger Eberhards III., feinen dreiunddreißigjährigen Sohn, die Hoffnung des Landes, durch den Tod verloren hatte. Sämmtliche gegenwärtig lebende Träger des Namens Württemberg gehören diefer Linie von Winnenthal an. Daß aber dann eine weitere Linienbildung nicht ftattgefunden hat, im Gegentheil durch die letztwilligen Verfügungen Eberhards III. einer folchen ausdrücklich vorgebeugt wurde, ift um fo mehr anzuerkennen, als diefer Herzog von zwei Frauen nicht weniger als 18 Prinzen hatte, von welchen auch mehrere der nachgeborenen den Vater überlebten.

Der fchon genannte Enkel Eberhards III., Eberhard Ludwig, kam 1677, noch nicht einmal ein Jahr alt, zur Erbfolge. Schon einige Jahre vorher, bei Beginn der Kriege gegen Ludwig XIV. von Frankreich (1643—1715) hatte das Land durch Einquartierungen, Durchzüge und fortgefetzte Bereitfchaft großen Schaden zu leiden und Opfer zu bringen gehabt. Jetzt, in die Zeit der Minderjährigkeit, fielen die Verheerungen und Brandfchatzungen unter dem Mordbrenner Melac 1688 und unter dem Dauphin 1693. Und noch im fpanischen Erbfolgekrieg, an welchem der inzwischen majorenn gewordene Herzog an der Seite von Prinz Eugen und Marlborough mit großer Tapferkeit perfönlich Theil nahm, gingen dem Lande von 1702—1709 wieder mindeftens 15 ½ Mill. Gulden verloren, daneben eine Brandfchatzung durch Villars im Betrag von 1 200 000 fl. im Jahr 1707. Schlimme Zeiten in anderem Sinne brachte darauf über das Herzogthum die Verfchwendung und Prachtliebe des Fürften und in den letzten 25 Jahren von deffen ein halbes Jahrhundert, 1677—1733, überdauernden Regierung der Einfluß des Fräuleins von Grävenitz. 1704 wurde mit dem Bau der Refidenzftadt Ludwigsburg begonnen. „Käme auch der Engel Gabriel vom Himmel, um diefes Finanzwefen in Ordnung zu bringen, er würde wenig Ehre einlegen, fo lange die übrigen Umstände fo blieben" — foll der Geheimerath von Forftner fich geäußert haben (Württ. Jahrbücher 1864 S. 271). Auch dem Regierungsnachfolger Karl Alexander, 1733—1737, wollte dies trotz der gewaltfamen Finanzoperationen des Juden Süß fo wenig glücken, als dem nächften Regenten, dem feurigen Karl Eugen, unter den bedenklichen Rathfchlägen des Grafen Montmartin und mit den verwerflichen Mitteln eines Wittleder. Wie Eberhard Ludwig, fo trug auch Karl Eugen den Herzogshut länger als 50 Jahre, von 1737 bis 1793. Beide waren beim Volke nicht unbeliebt, Karl Eugen vielleicht fogar der populärfte Fürft in der ganzen Regentenreihe, während allerdings gegen Karl Alexander fchon von vornherein die katholifche Konfeffion, zu welcher er in Wien übergetreten war, Mißtrauen geweckt hatte. In der langen Regierungszeit diefer 3 Herzoge ift trotz manchfacher Bedrängniffe von dem Landesterritorium nichts weggegeben worden; im Gegentheil wurde immer wieder einiges dazu erworben und durch das Teftament Karl Alexanders von 1737 Kammergut und Kammerfchreibereigut auf's neue fichergeftellt. Von größerer Bedeutung für die Verfaffung des Landes ward ferner der Erbvergleich zwifchen Herzog Karl und den Ständen vom $\frac{\text{21. Februar}}{\text{2. März}}$ 1770. Der fürftbrüderliche Vergleich vom 11. Februar 1780 zwifchen Karl Eugen und feinen beiden Brüdern und fpäteren Nachfolgern Ludwig Eugen (1793—1795) und Friedrich Eugen (1795—1797) beftätigte abermals die Rechtsverhältniffe des Kammerguts und Kammerfchreibereiguts.

Wie einft Friedrich I., fo war jetzt Friedrich Eugen Stammhalter des zu anderen Zeiten fo weit verzweigten Fürftenhaufes. Und wie vormals der erfte Stammhalter der Herzogsperiode, Graf Heinrich von Mömpelgard, geft. 1519, fo hatte auch Friedrich Eugen zuerft die Beftimmung für den geiftlichen Stand er-

halten. Als daher der Letztgenannte, der jüngste Sohn des zur katholischen Konfession übergetretenen Herzogs Karl Alexander, sich mit einer protestantischen Prinzessin, der Nichte Friedrichs des Großen von Preußen, vermählte, da bewilligte demselben der engere landschaftliche Ausschuß durch die sog. Assekurationsakte vom 3. September 1753 eine jährliche Vermehrung seiner aus dem Kammergut zu beziehenden Apanage um 25 000 fl., die jetzigen Donativgelder, und zwar „solange diese hochfürstliche Ehe subsistiren wird, wie auch Dero aus dieser Ehe von Gott verhoffende hochfürstliche Descendenz, solange dieselbe nach Gottes Willen dauern wird.“ Denn auf dieser Ehe beruhte in Wahrheit die Hoffnung auf Erhaltung des Fürstenstammes, da der damals regierende Herzog Karl Eugen getrennt von seiner [ersten] Gemahlin lebte und der zweite der Brüder, Ludwig Eugen, noch unvermählt war, auch später eine nicht ebenbürtige Ehe mit der Reichsgräfin von Beichlingen eingegangen hat. Und es sollte hier nochmals heißen, wie einst Graf Eberhard der Greiner auf die Nachricht von der Geburt eines Urenkels ausgerufen hat: Der Fink hat wieder Samen! Die Ehe Friedrich Eugens war mit 8 Prinzen und 4 Prinzessen gesegnet, welche nun wieder sämmtlich in der evangelischen Konfession erzogen wurden. Alle jetzt lebenden Prinzen des Königlichen Hauses haben Friedrich Eugen zum Stammvater; eine der Prinzessen ward die Gattin des Großfürsten, späteren Kaisers Paul von Rußland, eine zweite, frühgestorbene, war kurze Zeit vermählt mit dem Erzherzog, nachmaligen Kaiser Franz von Oesterreich (vergl. Stark, Fürstliche Personen des Hauses Württemberg und ihre bewährten Diener im Zeitalter Friedrichs des Großen. Württemb. Jahrbücher 1875 II, S. 3 ff.).

Während Friedrich Eugens kurzer Regierung begannen die neuen Heimsuchungen Württembergs durch die Franzosen unter Moreau, sowie durch die österreichischen Einquartierungen und Forderungen. Goethe, welcher 1797 in Stuttgart war, schreibt: „Wenn die Franzosen dem Lande 5 Millionen abnahmen, so sollen die Kaiserlichen nun schon 16 Millionen verzehrt haben. Dagegen erstaunt man denn freilich als Fremder über die ungeheure Fruchtbarkeit des Landes und begreift die Möglichkeit, solche Lasten zu tragen.“ In dem am 7. August 1796 erkauften Frieden mit den Franzosen gingen die überrheinischen Besitzungen Württembergs verloren.

Friedrich Eugens ältester Sohn, in Preußischen und Russischen Kriegsdiensten gebildet, an Charakter und Energie seinem gleichnamigen Ahnherrn ähnlich, gelangte am 17. März 1797, 43 Jahre alt, als Friedrich II. zur Regierung, mußte aber im Frühjahr 1800 einem neuen Einfalle der Franzosen weichen und kehrte erst nach Abschluß des Lüneviller Friedens vom 9. Februar 1801, welcher die Verluste jenseits des Rheins besiegelte, in die Heimat zurück. Die geplante Auflösung des Herzogthums abzuwenden, schlosz Friedrich am 27. März 1802 zu Paris einen besonderen Vertrag mit Frankreich und erlangte darauf nach dem Reichsdeputationshauptschluß vom 3. Februar 1803 in dem sogenannten Neuwürttemberg Ersatz für die gehabten Verluste und zugleich die Kurwürde.

Schon drei Jahre später, mit dem 1. Januar 1806, ward Württemberg ein Königreich mit neuem Gebietszuwachs in den oberschwäbischen und fränkischen Landestheilen auf Grund des Brünner Staatsvertrags vom 12. Dezember, eines von Schönbrunn aus datirten Tagesbefehls Napoleons vom 19. Dezember und des Preßburger Friedens vom 26. Dezember 1805. Und weitere für Württemberg meist günstige Territorialveränderungen bewirkten darauf noch die Rheinische Bundesakte vom 12. Juli 1806, Staatsverträge mit Bayern vom 13. Oktober und mit Baden



vom 17. Oktober und 13. November 1806, der Wiener Frieden vom 14. Oktober 1809, der Vertrag zu Compiegne vom 24. April und der Staatsvertrag mit Bayern vom 18. Mai 1810. Schon am 30. Dezember 1805 wurde der alten Landesverfassung ein Ende gemacht, Alt- und Neu-Württemberg unter dem Scepter der unumschränkten Gewalt vereinigt und am 18. März 1806 eine neue Organisation des Landes verkündigt.

Dem König Wilhelm, Friedrichs Sohne, 1816—1864, war es vorbehalten, mit den Ständen am 25. September 1819 die Verfassungsurkunde zu vereinbaren, mit welcher Württemberg, einer der ersten deutschen Staaten, dem Art. 13 der Bundesakte vom 8. Juni 1815 genügt hat. Nach derselben ist jetzt insbesondere auch das Kammergut völlig dem Staate überlassen und sind dessen Erträgnisse ganz in die Staatskasse geleitet, wogegen für den König eine Civilliste, für die Mitglieder des Königlichen Hauses Apanagen, Wittume, Heiratgüter u. s. w. bestimmt sind. Auf dem Kammergut haftet ausdrücklich die Verbindlichkeit, zunächst die persönlichen Bedürfnisse des Königs als des Staatsoberhauptes und der Mitglieder des Königlichen Hauses in der eben erwähnten Weise, und sodann auch, soweit es möglich ist, den mit der Staatsverwaltung verbundenen Aufwand zu bestreiten. Es kommt ihm die Eigenschaft eines von dem Königreich unzertrennlichen Staatsgutes zu. Neben dem Kammergut aber besteht auch jetzt noch fort das Kammerschreibereigut unter dem Namen des Hofdomänenkammerguts, übrigens gegenüber von dem ihm durch König Friedrich gegebenen Umfange in einer nicht unwesentlich beschränkten Größe, ein Privateigenthum der Königlichen Familie, dessen Verwaltung und Benutzung dem Könige zusteht, dessen Grundstock nicht vermindert werden darf und das zu den allgemeinen Landeslasten seinen Beitrag zu liefern hat.

Nach dem Jahre 1810 sind weitere Gebietsveränderungen kaum mehr zu verzeichnen. König Friedrich, welcher 1811 Friedrichshafen gründete, erwarb noch von Hohenzollern die Herrschaft Hirschlatt, und unter König Wilhelm konnten einige Kondominate einverleibt werden gegen Abtretung anderer Gebietstheile an Baden. Der weisen, versöhnlichen Regierung König Wilhelms, welche nach dem Urtheile Karl Georg Wächters eine auffallende Parallele zu den Zeiten Herzog Christophs bildet, ist es beschieden gewesen, unter möglichster Schonung der Stammeseigenthümlichkeiten die Gegensätze allmählig auszugleichen, welche bei der gewaltsamen Vereinigung der neuen Gebietstheile mit Altwürttemberg von vornherein sich bilden mußten und leicht sich hätten befestigen können. In gleichem Sinne und Geiste wirkt seit dem 25. Juni 1864 die milde, den Frieden liebende Regierung des Königs Karl, im Einverständnisse mit den Landständen, welche in ihren Verhandlungen den bestehenden Verhältnissen Rechnung zu tragen wissen, Schroffheiten thunlichst zu vermeiden suchen. Daneben ist endlich in unseren Tagen die Stellung zu Deutschland aufs neue gefunden worden: am 6. August 1806 hatte Kaiser Franz auf die deutsche Wahlkrone verzichtet; der am 8. Juni 1815 errichtete Deutsche Bund war am 10. Juni 1866 durch den Austritt Preußens gelöst worden; die Verträge vom 13. August 1866 und 8. Juli 1867 brachten erst nur eine Anlehnung an andere deutsche Staaten, keine wahrhaft organische Verbindung mit denselben; da beschleunigte der große Krieg mit Frankreich, während dessen Württemberg seine Verpflichtungen gegen das deutsche Vaterland „furchtlos und treu" erfüllte, in den Verträgen vom 21./25. November 1870 auch unseren Beitritt zu dem nun mit dem 1. Januar 1871 beginnenden neuen Deutschen Bund, der am 18. Jan. 1871 als Deutsches Kaiserreich proklamirt ward.

Zur Ergänzung und Vervollſtändigung dieſer kurzen Darſtellung mögen die angehängten Beilagen dienen, nemlich

I. Die Stammtafel des Württembergiſchen Regentenhauſes

1. von Ulrich dem Stifter bis auf Graf Heinrich 1238—1519;
2. von Graf Heinrich bis auf Herzog Friedrich Eugen 1448—1797;
3. von Herzog Friedrich Eugen bis auf König Karl; —

II. eine Ueberſicht über die Herrengeſchlechter, Städte und geiſtlichen Anſtalten, welche um die Mitte des XIII. Jahrhunderts, nach dem Untergang der Hohenſtaufen und zur Zeit des erſten Auftretens des Hauses Württemberg, das Gebiet des jetzigen Königreichs inne hatten;

III. eine Ueberſicht über die älteſten Beſitzungen der Grafen von Württemberg und die wichtigeren der ſpäteren Erwerbungen für Haus und Land Württemberg.

Es ſoll damit keineswegs der Anſpruch erhoben werden, etwa das Ergebnis neuer noch nirgends veröffentlichter Forſchungen an das Licht zu ziehen. Wenn der vorliegenden Arbeit einiges Verdienſt vielleicht doch zuerkannt werden ſollte, ſo könnte daſſelbe wohl nur in der gedrängten und überſichtlichen Zuſammenſtellung des anderwärts zerſtreuten Materials beſtehen. In dieſer Abſicht wenigſtens haben wir die Arbeit unternommen als eine, wie wir glaubten, nicht ungeeignete Einleitung des zweiten Jahrgangs der mit den Württembergiſchen Jahrbüchern ſeit 1878 erſcheinenden Vierteljahrshefte für Landesgeſchichte, nachdem dieſelben jetzt, in Folge des Anſchluſſes des Hiſtoriſchen Vereins für das Württembergiſche Franken und in der ſicheren Ausſicht auf den nicht mehr fernen Beitritt auch der am oberen Neckar thätigen Kräfte, im Zuſammenwirken mit dem K. ſtatiſtiſch-topographiſchen Bureau, dem Verein für Kunſt und Alterthum in Ulm und Oberſchwaben, ſowie dem Württembergiſchen Alterthumsverein in Stuttgart, als das gemeinſchaftliche Organ für ſämmtliche in Württemberg und deſſen einzelnen Landestheilen ſich äußernde Beſtrebungen auf dem Gebiete der Landesgeſchichte fortan werden bezeichnet werden dürfen. Zugleich aber möge, was der Vorſtand des Redaktionsausſchuſſes hier bietet, immerhin als ein Zeichen dafür aufgenommen werden, wie die Redaktion fortgeſetzt die Aufgabe der Zeitſchrift dahin auffaſſen wird, daß dieſelbe gleichmäßig der Geſchichte des Königreichs im Ganzen, wie derjenigen der einzelnen Beſtandtheile zu dienen habe, aus welchen jenes im Laufe der Zeiten entſtanden iſt, daß wir daneben den Blick ſtets auf Deutſchland gerichtet halten wollen und glücklich ſein werden, wenn es uns gelingen ſollte, in weiteren Kreiſen nicht bloß das Intereſſe für die vaterländiſche Geſchichte zu wecken, ſondern eben damit auch die Liebe zur Heimat und zum Vaterlande wach zu erhalten und neu zu beleben.

Beilage I.

# Stammtafel

des

# Württembergischen Regentenhauses.

## 1. Von Ulrich dem Stifter bis auf Graf Heinrich 1238–1519.

### Die Grafen von Württemberg.

Ulrich I., mit dem Daumen, der Stifter,
regierte 1238–1265 (20. Febr.)

Ulrich II.
regierte 1265—1279 (18. Sept.)

Eberhard I., der Erlauchte,
regierte 1265–1325 (5. Juni)

Ulrich III.
regierte 1325—1344 (11. Juli)

Eberhard II.,
der Greiner oder der Rauschebart,
regierte 1344–1392 (15. März)

Ulrich IV.
regierte
1344 1366 (24. Juli)

Ulrich
† 1388

Eberhard III.,
der Milde,
regierte 1392—1417 (16. Mai)

Eberhard IV.,
vermählt mit Henriette
von Mömpelgard,
regierte 1417–1419 (2. Juli)

Ludwig I. geb. 1412
regierte 1419—1450 (23. Sept.)

Ulrich V., der Vielgeliebte,
regierte 1419–1480 (1. Sept.)

Ludwig II.,
geb. 1439,
reg. 1450—1457
(3. Novbr.)

Eberhard
im Bart,
der erste Herzog,
geb. 1445 † 1496
(24. Febr.),
reg. 1450—1496.

Eberhard der
Jüngere, der
zweite Herzog,
geb. 1447 † 1504
(17. Febr.),
reg. 1480–1498.

Graf Heinrich,
geb. 1448
† 1519.
Stammhalter.

**Gleichzeitiges:**

Untergang der Hohenstaufen.
K. Konrad IV. † 1254.
Konradin † 1268.

K. Rudolf von Habsburg
1273–1291.

K. Karl IV. 1346–1378.
K. Wenzel 1378–1400.

K. Sigismund 1410—1437.

K. Maximilian I.
1493—1519.

# Stammtafel
des
# Württembergiſchen Regentenhauſes.

## 2. Von Graf Heinrich bis auf Herzog Friedrich Eugen
1448–1797.

### Die Herzoge von Württemberg.

Graf Heinrich
geb. 1448 † 1519.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Herzog Ulrich**<br>geb. 1487 † 1550 (6. Nov.)<br>regierte 1498—1550. | **Graf Georg**<br>geb. 1498 † 1558. | | |
| **Herzog Chriſtoph**<br>geb. 1515 † 1568 (28. Dez.)<br>regierte 1550—1568. | **Herzog Friedrich I.**<br>geb. 1557 † 1608 (29. Jan.)<br>regierte 1593—1608. | | |
| **Herzog Ludwig**<br>geb. 1554 † 1593 (8. Aug.)<br>regierte 1568—1593. | **Johann Friedrich**<br>geb. 1582 † 1628<br>(18. Juli)<br>regierte 1608 –1628. | **Ludwig Friedrich**<br>geb. 1586 † 1631<br>Adminiſtrator bis 1631.<br>Mömpelgardiſche Linie<br>erliſcht 1723. | **Julius Friedrich**<br>geb. 1588 † 1635<br>Adminiſtrator bis 1633.<br>Julianiſche Linie |
| **Eberhard III.**<br>geb. 1614 † 1674 (2. Juli)<br>regierte 1628 –1674. | **Friedrich**<br>geb. 1615 † 1632<br>Neuenſtadter Linie<br>erliſcht 1742. | **Silvius Nimrod**<br>geb. 1622 † 1664<br>Schleſiſche Linie<br>erliſcht 1792. | **Manfred**<br>geb. 1626 † 1662<br>Weiltinger Linie<br>erliſcht 1705. |
| **Wilhelm Ludwig**<br>geb. 1647 † 1677 (23. Juni)<br>regierte 1674–1677. | **Friedrich Karl**<br>geb. 1652 † 1698<br>zu Winnenden,<br>Adminiſtrator. | | |
| **Eberhard Ludwig**<br>geb. 1676 † 1733 (31. Okt.)<br>regierte 1677—1733. *) | **Karl Alexander**<br>geb. 1684 † 1737 (12. März)<br>regierte 1733—1737. | | |
| **Karl Eugen.**<br>geb. 1728 † 1793<br>(24. Okt.)<br>regierte 1733—1793. | **Ludwig Eugen**<br>geb. 1731 † 1795<br>(20. Mai)<br>regierte 1793—1795. | **Friedrich Eugen**<br>geb. 1732 † 1797<br>(23. Dezbr.)<br>regierte 1795–1797.<br>Stammhalter. | |

**Gleichzeitiges:**

Reformation.

K. Karl V. 1519–1556.
K. Ferdinand I.
(Beſitzer von Württemberg 1522—1534.)
1556—1564.
K. Maximilian II.
1564—1572.

**Gleichzeitiges:**

Dreißigjähriger Krieg
1618—1648.
Kriege mit Frankreich
beginnen 1673.
Melac in Württemberg
1688.
Friede von Ryswick 1697.
Spaniſcher Erbfolgekrieg
1701—1714.
Oeſterreichiſcher
Erbfolgekrieg 1741.
Siebenjähriger Krieg
1756—1763.
Franzöſiſche
Revolution 1789.

*) Adminiſtratoren während der Minderjährigkeit des Herzogs Karl Eugen waren zuerſt Karl Rudolf, jüngſter Sohn von Herzog Friedrich (Neuenſtadter Linie) geſt. 1742, dann Karl Friedrich (Vater des letzten Sproſſen der Schleſiſchen Linie) geſt. 1761.

# Stammtafel

des

## Württembergiſchen Regentenhauſes.

### 3. Von Herzog Friedrich Eugen bis auf König Karl.

(XIX. Jahrhundert).

**Die Könige von Württemberg und das Königliche Haus.**

Herzog Friedrich Eugen
geb. 1732 † 1797 (23. Dezember)
regierte 1795—97.

- König Friedrich I.
  geb. 1754 † 1816 (30. Okt.)
  regierte 1797—1816.
  - König Wilhelm
    geb. 1781 † 1864 (25. Juni)
    regierte 1816—1864.
    - König Karl
      geb. 1823,
      regiert ſeit 1864.
  - Prinz Paul
    geb. 1785 † 1852.
    - Prinz Friedrich
      geb. 1808 † 1870.
      - Prinz Wilhelm
        geb. 1848.
    - Prinz August
      geb. 1813.
- Herzog Ludwig
  geb. 1756 † 1817.
  - Alexander Konſtantin
    geb. 1804.
- Herzog Eugen
  geb. 1758 † 1822.
  - Eugen
    geb. 1788
    † 1857.
    - Eugen Erdmann
      geb. 1820 † 1875.
      - Wilhelm Eugen
        geb. 1846 † 1877.
    - Wilhelm
      geb. 1828.
    - Nikolaus
      geb. 1833.
  - Paul
    geb. 1797
    † 1860.
    - Maximilian
      geb. 1828.
- Herzog Alexander
  geb. 1771 † 1833.
  - Friedrich Wilhelm Alexander
    geb. 1804.
    - Philipp
      geb. 1838.
      - Albrecht
        geb. 1865.
      - Robert
        geb. 1873.
      - Ulrich
        geb. 1877.

Beilage II.

# Ueberſicht

über

## die Herrengeſchlechter, Städte und geiſtlichen Anſtalten, welche um die Mitte des XIII. Jahrhunderts, nach dem Untergang der Hohenſtaufen und zur Zeit des erſten Auftretens des Hauſes Württemberg, das Gebiet des jetzigen Königreichs inne hatten.

### A. Herrengeſchlechter.

a) Herzogliche Häuſer.

Vor dem Aufkommen der Hohenſtaufen waren in Schwaben die begütertſten Erbherren und Beſitzer der verſchiedenartigſten Rechte die Welfen und die Zähringer.

Altwelfiſcher Hausbeſitz in den jetzigen Oberämtern Ravensburg, Wangen, Tettnang, Saulgau, Waldſee, Biberach, insbeſondere Ravensburg ſelbſt, Altdorf, der Altdorfer-Wald, — war in der zweiten Hälfte des XII. Jahrhunderts namentlich durch Erbſchaft an die Hohenſtaufen gelangt, welche dieſen Beſitz noch bis auf Konradin behaupteten, nachdem deren übrige Hausgüter durch Verpfändungen und Veräußerungen ſchon verloren waren.

Die Herzoge von Zähringen ragten nach dem jetzigen Württemberg herein insbeſondere durch die in der zweiten Hälfte des XII. Jahrhunderts abgetheilte Nebenlinie der Herzoge von Teck mit Teck, Kirchheim, Owen, Nabern, Jeſingen, Weilheim, Boll, Heiningen u. s. w. Außerdem hatten die von den Zähringern ſchon im XI. Jahrhundert abgezweigten Markgrafen von Baden Beſitzungen im Murrgau: Burg Reichenberg, Stadt Backnang und Umgegend, vereinzelte Beſitzungen in den Neckargegenden: Beſigheim, Stadt Lauffen u. ſ. w.

(Stälin II 227—350, namentlich 232, 240, 263, 265, 281, 300, 302, 315, 317.)

b) Gräfliche Häuſer.

Bereits erloſchen ſind um die Mitte des XIII. Jahrhunderts die Grafen von Achalm, von Bregenz-Buchhorn, von Dillingen und von Veringen.

(Stälin I 552—564.)

Dagegen ſind aus jener Zeit folgende Geſchlechter hier aufzuführen:

Die Grafen von:

Aichelberg, Merkenberg, Kerſch. (St. II 350); mit Beſitz in den Oberämtern Kirchheim und Eßlingen, dann auch in Oberſchwaben;

Berg, Wartſtein, Schelklingen, Markgrafen von Burgau (St. II 352) in den Oberämtern Ehingen, Blaubeuren, Münſingen;

Calw, Löwenſtein, Vaihingen (St. II 366) — die Güter und Rechte dieſes Hauſes erſtreckten ſich von den Fildergegenden über den Würm-, Glems-, Enz-, Zaber-, Murr- und Schotzach-Gau;

Helfenstein, Spitzenberg, Sigmaringen (St. II 388), mit der Stammburg Helfenſtein bei Geislingen und mit Beſitzungen, welche das jetzige Oberamt letzteren Namens umfaßte, dazu, vorübergehend, die Grafſchaft Sigmaringen und aus der gräflich Dillingen'ſchen Erbſchaft die Herrſchaft Blaubeuren, ſowie Güter im Oberamt Neresheim;

Hohenberg (St. II 399) mit der Stammburg bei Deilingen im Oberamt Spaichingen, mit Rottenburg a. N. als einem Hauptſitze der Grafen; ſpäter auch im Beſitz der vorher tübingiſchen Städte und Aemter Altenſteig, Nagold, Wildberg, Bulach u. ſ. w.

Kirchberg, Brandenburg (St. II 404) — in der unteren Illergegend;

Komburg, Rotenburg a. T. (St. II 412) — in den Oberämtern Gaildorf, Hall, Crailsheim, Mergentheim, übrigens ſchon 1108 erloſchen;

Lauffen (St. II 416), — in den Oberämtern Beſigheim, Heilbronn, Brackenheim, Ludwigsburg, dann auch im jetzigen Großherzogthum Baden, begütert, wohl um 1212 erloſchen; 1212 ſchon fällt Stadt Lauffen, jedoch nur für kurze Zeit, dem Reiche heim;

Sulz (St. II 421); Beſitzungen dieſer Grafen werden in den Oberämtern Freudenſtadt, Horb, Sulz, dann in Steinheim an der Murr erwähnt.

Die Pfalzgrafen von Tübingen, Grafen von Montfort, von Asperg (St. II 425), deren Hausbeſitz, an Ausdehnung in ganz Schwaben nur dem hohenſtaufiſchen, welfiſchen und zähringiſchen nachſtehen mochte, — um Tübingen, im Nagoldgau und um Blau-

beuren — vielfach vermehrt durch Heiraten: im Donauthal, Marchthal, an der Iller, Kelmünz, am Bodensee, Tettnang-Montfort, dann Böblingen, Sindelfingen, Hohenasperg u. s. w.;

Die Grafen von:

Urach, Freiburg, Fürstenberg (St. II 451), eines der wenigen schwäbischen Grafenhäuser, welches wenigstens in einem Zweige, den Fürsten von Fürstenberg, bis auf den heutigen Tag fortblüht; 1236 (?) Theilung zwischen dem Grafen von Freiburg und dem Grafen von Fürstenberg, wogegen die alte Grafschaft Urach, außer der Stammburg bestehend in Antheilen an Dettingen, Nürtingen u. s. w., 1264 durch Kauf an Graf Ulrich von Württemberg überging;

Württemberg, Grüningen, (St. II 474) — siehe Beilage III.

Zollern (St. II 502) namentlich im Oberamt Balingen.

c) Freiherrliche Häuser:

von Hohenlohe, Weikersheim, Brauneck (St. II 539). Das Geschlecht der Herren von Hohenlohe hat, wie kein anderes Herrengeschlecht aus unseren Gegenden, seinen Besitz ausgedehnt; es ist von allen diesen Häusern das einzige noch blühende. Seine ursprünglichen Besitzungen lagen in dem jetzigen Oberamt Mergentheim und den zwei bayerischen Bezirksämtern Ochsenfurt und Uffenheim. Um 1234 kam hinzu Schloß Langenburg, 1253 ist die Familie schon im Besitz von Waldenburg und übt Vogtrechte über Stadt und Stift Oehringen;

von Neuffen (St. II. 571) mit den Burgen Neuffen und Winnenden, mit Besitzungen im jetzigen Oberamtsbezirk Brackenheim: Burg Blankenhorn, Stadt Güglingen, Antheil an Ochsenbach und Weiler (Oberamtsbeschreibung S. 136); Hauptantheil an Nürtingen, im erheirateten Besitz der Grafschaften Achalm, Marstetten (im Oberamt Leutkirch? oder nicht vielmehr Maurstetten bei Kaufbeuren?) u. s. w.;

von Urslingen (St. II 586), Herzoge von Spoleto; Stammburg bei Irslingen, OA. Oberndorf.

Sonstige freiherrliche Häuser aus jener Zeit, jetzt durchgängig im Mannesstamm ausgestorben: Alpeck bei Ulm, Bebenburg (Bemberg OA. Gerabronn), Blankenstein bei Dapfen OA. Münsingen, Greifenstein bei Holzelfingen OA. Reutlingen, Gundelfingen OA. Münsingen, Hebenried (Heinrieth) OA. Weinsberg, Hellenstein OA. Heidenheim, Hohenstein bei Oberstetten OA. Münsingen, Hundersingen ebendort, Lobenhausen (oder diese vielleicht Grafen?) bei Gaggstadt OA. Gerabronn, Lomersheim OA. Maulbronn, Lupfen OA. Tuttlingen, Magenheim bei Güglingen, Otterswang OA. Waldsee, Ravenstein OA. Geislingen, Roßwag OA. Vaihingen, Schmidelfeld bei Gaildorf, Steuszlingen OA. Ehingen, Weinsberg, Zimmern OA. Rottweil. (St. II 534).

d) Ritter und Dienstmannen (Ministerialen):

Berlichingen, Crailsheim, Enzberg, Freiberg, Hornstein, Neipperg, Pflummern, Reischach, Späth, Stein, Stetten, Sturmfeder, Ulm, Weiler. (St. II 595).

e) Reichsdienstmannen:

von Fronhofen, OA. Ravensburg, und Königseck, OA. Saulgau, (St. II 598);

Reichsschenken von Limpurg, in den Oberämtern Hall, Gaildorf, Mergentheim u. s. w. (St. II 600);

Reichsmarschälle von Rechberg, Stammburg eine Stunde vom Hohenstaufen entfernt (St. II 606);

Reichsdienstmannen von Tanne, Winterstetten, Schmalneck, Reichstruchsessen von Waldburg mit Besitz in den Oberämtern Waldsee, Ravensburg (St. II 610).

B. Städte.

Reichsstädte:

Biberach, Buchhorn, die kleinste der deutschen Reichsstädte, Eßlingen, Giengen, Gmünd, Hall, Heilbronn, Lauffen (vorübergehend), Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Ulm mit fast dem größten Gebiet, welches eine deutsche Reichsstadt besaß, Wangen, Weil der Stadt, Weinsberg, Welzheim (diese zwei nur kurze Zeit). — Isny und Leutkirch wurden erst später Reichsstädte.

Landstädte unter dem Grafenbanne:

Balingen, (Zollern). Blaubeuren (Tübingen). Ehingen (Berg). Geislingen (Helfenstein). Horb (Tübingen). Isny (Veringen). Kirchheim (Teck). Leonberg (Württemberg). Mühl-

heim a. d. D. (Zollern). Oehringen (bifchöfl. Regensburgifch und herrfchaftlich Hohenlohifch). Riedlingen (Veringen). Saulgau (Veringen). Schelklingen (Berg). Schorndorf (Württemberg). Sindelfingen (Tübingen). Tübingen (Pfalzgräflich).

Von den jetzigen Oberamtsftädten werden genannt
vor 917, dem Ende der Karolinger: Cannftatt, Ehingen, Ellwangen, Eßlingen, Heilbronn, Kirchheim, Laupheim, Leutkirch, Münfingen, Nagold, Neckarfulm, Oberndorf, Riedlingen, Rottweil, Saulgau, Spaichingen, Sulz, Tettnang, Tuttlingen, Ulm, Waiblingen, Wangen.

Dazu kamen von 917 bis 1080, unter den fächfifchen und fränkifchen Königen:
Befigheim, Calw, Hall, Marbach, Mergentheim, Nürtingen, Oehringen, Ravensburg, Tübingen.

Zur Zeit der Hohenftaufen (1080 bis 1268) begegnet man bereits faft allen Städten, welche jetzigen Oberämtern ihren Namen geben, in der Gefchichte, wenn auch nicht allen fchon unter der Bezeichnung von Städten, welch letzteres z. B. zutrifft bei Böblingen, Brackenheim, Crailsheim, Göppingen, Herrenberg, Heidenheim, Künzelsau, Rottenburg, Stuttgart (zuerft 1229 in Urkunden genannt), Urach, Vaihingen. Als kirchliche Anftalten kamen empor Backnang, Maulbronn, Neresheim, Waldfee.

Erft in nachhohenftaufifcher Zeit finden fich genannt: Aalen, Gaildorf, Neuenbürg, fowie die der neueren Zeit angehörenden Freudenftadt und Ludwigsburg.
(Stälin I 542, II 661—668).

C. Klöfter und Stifte.

a) Benediktinerklöfter: Mannsabteien: Murrhardt, Ellwangen, Hirfchau, Weingarten, Komburg, Blaubeuren, Zwiefalten, Isny, Wiblingen, Alpirsbach, Neresheim, Lorch, Anhaufen; — Mannspriorate: Reichenbach, Ochfenhaufen; Nonnenpriorate: Urfpring und das frühe mit Weingarten vereinigte Frauenklöfterlein Hofen.
b) Ciftercienferklöfter: Mannsabteien: Maulbronn, Herrenalb, Schönthal, Bebenhaufen; — Frauenabteien: Rottenmünfter, Heiligkreuzthal, Baindt, Frauenthal, Heggbach, Gutenzell, Lichtenftern, Gnadenthal, Rechentshofen, Frauenzimmern, Kirchheim am Rieß.
c) Prämonftratenferftifte: Chorherrnftifte: Roth, Weißenau, Marchthal, Adelberg, Schuffenried; — Frauenftifte: Lochgarten, Schäftersheim.
d) Regulirte Chorherrnftifte: Backnang, Denkendorf, Herbrechtingen, Waldfee, zu den Wengen in Ulm, Steinheim.
e) Dominikanerklöfter: Mannsklöfter: Eßlingen, Rottweil; — Frauenklöfter: Weiler, (jetzt Weil bei Eßlingen), Kirchberg, Kirchheim unter Teck, Sirnau, Gotteszell, Löwenthal, Sießen, Reuthin, Steinheim, Mengen, Offenhaufen, Mariaberg.
f) Auguftiner Eremitenklöfter: Gmünd, Tübingen.
g) Franciskanerklöfter: Mannsklöfter: Ulm, Hall, Eßlingen; — Frauenklöfter oder Klariffenklöfter: Söflingen, Pfullingen.
h) Weltliche Stifte, und zwar Chorherrnftifte: Wiefenfteig, Faurndau, Oehringen, Sindelfingen, Lorch, Boll, Beutelsbach; — Chorfrauenftifte: Buchau, Oberftenfeld (übrigens erft im 14. oder 15. Jahrhundert weltlich f. die Oberamtsbefchreibung Marbach S. 264).

Außerdem waren um 1250 viele auswärtige Bisthümer und Klöfter auf dem Gebiet des jetzigen Königreichs begütert, fowie zwei geiftliche Ritterorden, die Johanniter und der Deutfchorden, letzterer namentlich in und bei Mergentheim, Altshaufen und Ulm (Stälin II 690—754 III 738).

Beilage III.

# Ueberſicht

über

## die älteſten Beſitzungen der Grafen von Württemberg und die wichtigeren ſpäteren Erwerbungen für Haus und Land Württemberg.

Literatur: Späth (Oberfinanzrath), Skizze einer Ueberſicht der topographiſchen Geſchichte der Württembergiſchen Erblande, 1817. — Pfaff, Karl (Konrektor), Geſchichte des Fürſtenhauſes und Landes W., neu bearbeitet, III. 2. Abth., 1839 S. 618 ff. — Vor allem Stälin, Wirt. Geſchichte Th. II—IV; — endlich Das Königreich Württemberg, eine Beſchreibung von Land, Volk und Staat. 1863. S. 25 ff.

Die älteſten Beſitzungen der Grafen von Württemberg waren: das Stammſchloß Wirtemberg, Cannſtatt, Stuttgart, Waiblingen, Beutelsbach, Schorndorf, Waldhauſen, Neckarrems, Leonberg, einzelne Güter in Göppingen, Eislingen, Betzgenrieth, in Brache bei Asperg, Elfingen. Als Württembergiſche Kloſtervogteien werden genannt die über Lorch und Denkendorf. Dazu die oberſchwäbiſchen Beſitzungen in den Oberämtern Riedlingen, Ehingen, Laupheim mit der Burg Grüningen, der Feſte Landau, den Höfen Marbach, Waldhauſen, Warmthal, ferner der Ort Altshauſen, OA. Saulgau; die Burg Alt-Veringen, ſpäter hohenzolleriſch.

### Erwerbungen unter den Grafen.

Unter Ulrich I., mit dem Daumen, bis 1265, die Grafſchaft Urach, Münſingen, Antheil an Nürtingen.

Unter Eberhard I., dem Erlauchten, 1265—1325, der Teck'ſche Antheil an Nürtingen, ferner von Teck: Heiningen, Boll, Söhningen, Lothenberg; von Aichelberg die Burg Filseck; die Herrſchaft Neuffen; vom Reich die Feſte Hohenſtaufen mit Göppingen; ein Theil von Gönningen; Dorf Kornweſtheim; Burg, Stadt und Grafſchaft Asperg, mit Ausnahme des Dorfs Münchingen; Burg Reichenberg und Stadt Backnang; Burg Wolffelden; Güter zu Marbach, Murr, Kirchberg, Neckarweihingen, dann auch in Rudersberg OA. Welzheim, in Lauffen a. N. Ferner im Zabergäu: halb Brackenheim, das halbe Gericht zu Pfaffenhofen, mit der niederen Burg Magenheim, die Burg Maſſenbach und die halbe Burg Sternenfels; — weiter Kaltenthal bei Stuttgart, dann im jetzigen OA. Leonberg die Burg Höfingen, der Freihof in Hirſchlanden, Höfe in Eltingen, Renningen, das Dorf Rutesheim; — die Hälfte der Burg und Stadt Calw, das Dorf Schmiech dortigen OA.; — Neuenbürg und Dorf Birkenfeld; — im OA. Sulz die Burgen Aiſtaig, Beuren bei Vöhringen, die Stadt Roſenfeld; — im OA. Freudenſtadt Dornſtetten; — endlich der hohenbergiſche Antheil an Trochtelfingen, ſpäter hohenzolleriſch, und im Lauterthal, jetzigen Münſinger OA., die Burg Blankenſtein nebſt Dapfen, Oedenwaldſtetten, Oberſtetten u. ſ. w.

Unter Ulrich III., 1325—1344, Vaihingen, Markgröningen; Kleingartach OA. Brackenheim; Burg Ebersberg OA. Backnang; Winnenden; faſt ganz Uihingen bei Göppingen; die Grafſchaft Aichelberg; die Hälfte der Burg Teck und der Stadt Kirchheim; Grötzingen OA. Nürtingen; die Feſte Achalm; Burg und Stadt Tübingen; — die halbe Burg Arnegg OA. Blaubeuren; — Burg und Stadt Sigmaringen; — die Schirmvogteien über die Klöſter Herrenalb, Denkendorf und Bebenhauſen; — endlich im Elſaß die Herrſchaft Horburg, die Grafſchaft Witekiſau, das Landgericht im Leimenthal, die Burg Bilstein, die Stadt Reichenweiher, Burg und Stadt Zellenberg; die Hälfte an Schloß Ramſtein bei Schlettſtadt.

Während der gemeinſchaftlichen Regierung der Grafen Eberhard II. und Ulrich IV., 1344—1366, Beſtandtheile der Pfalzgrafſchaft Tübingen und der Grafſchaft Calw mit dem Schönbuchwald, Böblingen, Sindelfingen, dem Wildbad Teinach; — Burg und Stadt Nagold, Haiterbach, Antheil an der Vogtei über Rohrdorf und Reuthin; — die Stadt Waldenbuch mit Zugehör; ferner das Dorf Thamm und die Burg Hoheneck OA. Ludwigsburg; der Haupttheil an Bietigheim; — Burg und Stadt Beilſtein OA. Marbach, Burg Lichtenberg ob Botwar, die Vogtei über Oberſtenfeld, Burg und Stadt Lauffen a. N., das

Dorf Thalheim oberhalb Heilbronn, -- Horrheim, Haslach und Burg Eselsberg ob Ensingen OA. Vaihingen; — bei Reutlingen Burg Greifenstein; — im Hegau die Pfandschaft der Feste Mägdeberg; — in Oberschwaben Burg und Stadt Veringen, die Herrschaft Hundersingen, die Schirmvogtei über Kloster Zwiefalten; — im Elsaß der Rest der Burg Ramstein.

Unter Eberhard II., des Greiners, Alleinregierung, 1366—1392, die zweite Hälfte der Burg Teck und der Stadt Kirchheim, Owen, Feste Gutenberg; die halbe Burg und ein Antheil am Dorf Neuhausen auf den Fildern; Burg und Stadt Herrenberg; Stadt Ebingen; niedere Burg und Stadt Haigerloch; Schiltach; Tuttlingen; — im Unterland die zweite Hälfte von Brackenheim, Magenheim, halb Kleebronn; Theil von Großgartach; — Aurich OA. Vaihingen; — ferner Leipheim a. d. Donau, ein Theil von Mundingen OA. Ehingen, Schilzburg im Lauterthal; -- die Schirmvogtei über die Klöster Ellwangen, Lorch, Adelberg, über Kloster und Stadt Murrhardt.

Unter Eberhard III., dem Milden, 1392—1417,

gingen wieder fort:

namentlich die Herrschaften Sigmaringen und Veringen, zunächst als Afterpfand;

wurden dagegen erworben:

Stadt und Klostervogtei Murrhardt vollends ganz; der größere bisher noch nicht württembergische Antheil an Auenstein OA. Marbach; der Restantheil an Bietigheim; die Hälfte von Bonlanden OA. Stuttgart und von Obereßlingen; die Burg Neckartenzlingen OA. Nürtingen; Dorf Dörnach OA. Tübingen und die Gemeinde Fünfbronn OA. Nagold; die Feste Rechtenstein OA. Ehingen; insbesondere aber die Herrschaft Schalksburg mit Balingen, dann Mössingen, Belsen und andere Dörfer in der Steinlach.

**Erwerbungen**

unter Eberhard IV., 1417—1419: die Grafschaft Mömpelgard, der größte von den Grafen durch Heirat erworbene Besitz, in der Franche-Comté; -- sodann in Schwaben die Stadt Oberndorf mit der nahen Feste Waseneck; Ottenhausen OA. Neuenbürg, Thieringen, Hossingen, Meßstetten OA. Balingen; das halbe Gericht zu Gruibingen OA. Göppingen.

Die Besitzungen der Grafen von Württemberg um das Jahr 1420 sind, dem Vorbemerkten entsprechend, zusammengefaßt in dem Verzeichnisse über die Lehen- und Eigengüter des Hauses Württemberg, welches Stälin III, 417 mittheilt.

**Erwerbungen**

unter der vormundschaftlichen Regierung der Gräfin Henriette, 1419—1426: ein weiteres Viertel des Gerichts zu Gruibingen, Güter und Rechte zu Ganslosen, jetzt Auendorf OA. Göppingen, und zu Gosbach OA. Geislingen; ein Viertel an Erdmannhausen OA. Marbach; Theile an Grünthal, ferner die Dörfer Pfalzgrafenweiler und Besenfeld OA. Freudenstadt; endlich das Schloß und die halbe Stadt Hornberg, jetzt badisch;

während der gemeinschaftlichen Regierung der Grafen Ludwig I. und Ulrich V. 1426—1441, ein Theil von Heimerdingen OA. Leonberg, Neubulach OA. Calw, Burg und Stadt Wildberg, und weitere Dörfer in den jetzigen Oberämtern Calw und Nagold.

Landestheilung 1442 (Stälin III. 458).

Stuttgarter Linie: Graf Ulrich V. der Vielgeliebte, 1442—1480, zunächst erst vorübergehend, 1448—1450, die Herrschaft Heidenheim; sodann die Städtchen Gamertingen und Hettingen, später hohenzollerisch, mit einer Reihe von Dörfern; ferner Theile von Stetten OA. Stuttgart, von Stetten OA. Cannstatt, von Urbach OA. Schorndorf, von Schlierbach OA. Göppingen, von Heimsheim OA. Leonberg, von Breitenholz OA. Herrenberg; — das Dorf Schafhausen OA. Böblingen, die Burg Bodelshausen OA. Rottenburg; — und im OA. Marbach die Burg Helfenberg bei Auenstein, Theil an Pleidelsheim.

Uracher Linie:

unter Ludwig I., 1442—1450, Stadt und ganzes Amt Blaubeuren, sammt der Schirmvogtei über das Kloster; Häfnerhaslach OA. Brackenheim; Theile von Heimsheim, die Hälfte der Burg und des Dorfs Hemmingen OA. Leonberg; Theile von Bempflingen OA. Urach; im Tübinger Amt Altenburg, Degerschlacht, Dußlingen, Nehren, Rommelsbach, Sickenhausen; im

OA. Rottenburg Thalheim; im OA. Rottweil Flözlingen, Schwenningen; im OA. Spaichingen Aldingen; im OA. Oberndorf Unterfalkenftein; im Oberamt Tuttlingen Haufen ob Verena, Hohenkarpfen, Rietheim, Thalheim, Thuningen, Troffingen; die Kloftervogtei St. Georgen; — außerdem Güter, Rechte, Zinfen, Gilten u. f. w. an vielen Orten im OA. Neuenbürg;

unter Eberhard V. im Bart, 1457 zunächft bis 1482: der Reft von Bempflingen; Dorf Wittlensweiler, Schloß Burgberg bei Glatten und ein Drittel von Hallwangen OA. Freudenftadt; Sulz a. N.; ein Theil von Hochdorf OA. Horb; Dorf Willmandingen OA. Reutlingen; Theile an Burg und Dorf Entringen OA. Herrenberg; die Hälfte an Dorf Malmsheim OA. Leonberg; Theile von Untermberg, Groß- und Kleinfachfenheim OA. Vaihingen; Theile von Biffingen OA. Ludwigsburg; Metterzimmern OA. Befigheim.

Wiedervereinigung beider Theile in Folge des Münfinger Vertrags vom 14. Dez. 1482.

**Weitere Erwerbungen**

unter Graf Eberhard V., im Bart, noch von 1482—1495: Theile von Löchgau OA. Befigheim, von Leonbronn OA. Brackenheim, von Renningen OA. Leonberg, von Oefchelbronn OA. Herrenberg, von Pfullingen OA. Reutlingen; fodann Kleineislingen OA. Göppingen.

Erhebung Württembergs zum Herzogthum 21. Juli 1495.

**Erwerbungen der Herzoge von Württemberg.**

Unter Herzog Ulrich, 1498—1550: als Entfchädigung für geleiftete Hilfe im Krieg die Herrfchaft Heidenheim und die Schutzherrfchaft über die Klöfter Anhaufen, Herbrechtingen und Königsbronn; durch direkte Eroberung die Städte und Aemter Möckmühl, Neuenftadt, Weinsberg, die Stadt Befigheim, die Graffchaft Löwenftein, das Schloß Stettenfels mit Gruppenbach und faft der ganze Zehente in Heilbronn, die Lehensherrfchaft über Gochsheim und die Schutzherrfchaft über Klofter Maulbronn, — zufammen mehr als die württembergifchen Grafen und Herzoge außerdem überhaupt in Kriegszügen für die Vergrößerung ihres Landes erreichten. Die Herrfchaft Heidenheim blieb unter Altwürttemberg bis zuletzt ein ifolirter Befitz. Weiter wurde erworben zu Mömpelgard die angrenzende Herrfchaft Blamont, zu den Befitzungen im Elfaß Hörfchweiler, Niederhofen und Dietersweiler, zu denen im Breisgau Schloß Sponeck; — endlich im OA. Marbach Schlößchen Wart; im OA. Ludwigsburg Theile von Eglosheim, Oßweil, Schloß Harteneck; im OA. Waiblingen Theile von Großheppach; im OA. Schorndorf $^{1}/_{6}$ von Geradftetten; im OA. Eßlingen Wendlingen; im OA. Göppingen Theile von Faurndau; halb Schwann OA. Neuenbürg; $^{1}/_{8}$ von Hochdorf OA. Horb, — und Hohentwiel im Hegau;

unter Herzog Chriftoph, 1550—1568: Steinheim a. d. Murr OA. Marbach, Harthaufen und Oberfielmingen OA. Stuttgart, Binswangen OA. Göppingen, Seeburg OA. Urach, Steingebronn OA. Münfingen; Antheile an weiteren Orten in den OAe. Leonberg, Urach, Münfingen, Heidenheim, Gmünd, Balingen; — durch Lehensheimfall Groß- und Kleinfachfenheim, Untermberg, Metterzimmern u. f. w.

Zu erwähnen ift hier noch die Bildung des evangelifchen Kirchenguts des Herzogthums einestheils aus den Lokalpfarrdotationen, den Fonds der Ruralkapitel, dem Einkommen aller vacirenden Präbenden, Kaplaneien und Frühmeßpfründen, aller erledigten Stifte und Frauenklöfter, — anderntheils aus dem Vermögen der begüterten Mannsklöfter: Adelberg, Alpirsbach, Anhaufen, Bebenhaufen, Blaubeuren, Denkendorf, Herbrechtingen, Herrenalb, Hirfau, Königsbronn, Lorch, Maulbronn, Murrhardt, St. Georgen.

Unter Herzog Ludwig, 1568—1593: die Herrfchaft Steußlingen OA. Ehingen; ferner Hofen OA. Befigheim; Höpfigheim OA. Marbach; Theile von Sersheim OA. Vaihingen; Schloß und Dorf Mötzingen OA. Herrenberg; Schopfloch OA. Freudenftadt; die Burgen Falkenftein und Efelsburg, die Dörfer Dettingen, Heuchlingen und Mergelftetten OA. Heidenheim;

unter Friedrich I., 1593—1608: die während der öfterreichifchen Herrfchaft an Baden gelangte Stadt Befigheim; Neidlingen, Ochfenwang und Randeck im OA. Kirchheim; Kirchentellinsfurt OA. Tübingen; Marfchalkenzimmern OA. Sulz; — die Aemter Altenfteig und Liebenzell im Schwarzwald; — Pflummern in Oberfchwaben; — das Amt Oberkirch im Renchthal; in der Normandie das Herzogthum Alençon. — Gründung von Freudenftadt;



unter Johann Friedrich, 1608—1628: Rückfall des Herzogthums Alençon an Frankreich; erworben einzelne zerstreute Dörfer im Oberamt Freudenstadt: Cresbach, Ober- und Unterwaldach, Neuneck; im OA. Rottenburg Nellingsheim; im OA. Herrenberg Unterjesingen; Thalheim in der Steinlach; Bodelshofen OA. Eßlingen; Hohenstadt OA. Geislingen; Alfdorf OA. Welzheim; Brenz OA. Heidenheim u. s. w.;

unter Eberhard III., 1628—1674, ging während des dreißigjährigen Kriegs dem Hause Württemberg nicht ein Bauernhof verloren, dagegen fiel 1665 die Pfandherrschaft Oberkirch an Straßburg zurück. Auf der andern Seite wurden erworben: Untereisesheim OA. Heilbronn, die Liebensteinischen Besitzungen in den OAe. Besigheim und Marbach, die Kommenthurei Winnenthal; Stetten im Remsthal, zum zweitenmal; halb Köngen OA. Eßlingen; Gomaringen mit Hinterweiler OA. Reutlingen, Ennabeuren und der Rest des unter Christoph zur einen Hälfte erworbenen Dottingen OA. Münsingen. -- Stiftung des Kammerschreibereiguts;

unter Wilhelm Ludwig, 1674—1677: die Hälfte von Kappel;

unter Eberhard Ludwig, 1677—1733: -- vorübergehend die Herrschaft Wiesensteig; — die Reste von Liebenstein, von Heimsheim und Geradstetten; — Freudenthal OA. Besigheim, Neckargartach OA. Heilbronn, Unterriexingen OA. Vaihingen, Rübgarten OA. Tübingen; Theil von Enzberg OA. Maulbronn; die heimgefallenen Lehen der Herrschaft Welzheim, von Poltringen und Oberndorf OA. Herrenberg; — Gründung von Ludwigsburg;

unter Karl Alexander, 1733—1737: Hirrlingen OA. Rottenburg;

unter Karl Eugen, 1737—1793: Stettenfels mit Gruppenbach, zum zweitenmal, die Stadt Bönnigheim und weitere Ortschaften in dem OA. Brackenheim, Stammheim und Aldingen OA. Ludwigsburg, Zatzenhausen OA. Cannstatt; Theile der Grafschaft Limpurg; die Herrschaft Justingen und weitere Ortschaften in den OAe. Münsingen, Reutlingen u. s. w.; Altburg OA. Calw, Mühlhausen a. d. Enz;

unter Friedrich Eugen, 1795—1797: Verlust der überrheinischen Besitzungen.

Württemberg Kurfürstenthum 25. Februar 1803, Königreich 1. Januar 1806.

**Gebietsveränderungen unter der Regierung Friedrichs, 1797—1816.**

Abgetreten wurden von altwürttembergischen Orten

an Baden:

durch den Vertrag vom 17. Oktober 1806:

aus dem damaligen OA. Alpirsbach: Nordweil und Schloß Sponeck im Breisgau, die Höfe Brandsteig, Diepoldsberg und Hof, Renkenbach und Reutensperg;

OA. Dertingen: Bannbrücken, Nußbaum, Oberacker;

OA. Gochsheim: Stadt Gochsheim, Antheil an Epfenbach und Waldangelloch;

OA. Neuenbürg: Grünwettersbach, Mutschelbach, Palmbach;

OA. Unteröwisheim: der Amtssitz;

Pflege Speyer mit den Orten Alt- und Neu-Lußheim;

durch den Vertrag vom 2. Oktober 1810:

OA. St. Georgen: St. Georgen selbst mit Stockwald, Aichenbach; Stab Brigach mit Sommerau, Kappel, Kirnach, Langenschiltach, Mönchweiler; Stab Peterzell, Schabenhausen; Stab Stockburg und Schoren; somit das ganze vormalige Oberamt St. Georgen mit Ausnahme von Rothenzimmern.

OA. Hornberg: Stadt Hornberg; Stab Buchenberg, Erdmannsweiler; Stab Guttach; Stab Kürnbach; Stab Reichenbach mit Hohenweg, Stadt Schiltach mit Lehengericht; Stab Thennenbronn; Stab Weiler, Königsfeld.

OA. Tuttlingen: Biesingen, Oberbaldingen, Oeffingen, Sunthausen.

OA. Maulbronn: Kieselbronn, Oeschelbronn, Ruith mit Rothenberger Hof.

OA. Güglingen: Theil an Kürnbach bei Bretten;

an Bayern:

im Vertrag vom 18. Mai 1810:

das ganze Oberamt Weiltingen.

Erworben wurden

1. Durch den Pariser Frieden vom 20. Mai 1802 und den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803:



die gefürſtete Probſtei Ellwangen, die Reichsabtei Zwiefalten, die Frauenklöſter Heiligkreuzthal, Rottenmünſter und Margarethenhauſen, das Ritterſtift Komburg, die Abtei Schönthal, von Kloſter Muri die Hälfte des Dorfs Dürrenmettſtetten OA. Sulz, deſſen andere Hälfte durch Kloſter Alpirsbach an Württemberg gekommen war, — endlich das adelige Damenſtift Oberſtenfeld; ſodann

die Reichsſtädte Hall, Rottweil, Gmünd, Eßlingen, Reutlingen, Heilbronn, Aalen, Weil der Stadt, Giengen.

2. Durch den Staatsvertrag vom 12. Dezember, einen Tagesbefehl Napoleons vom 19. Dez. und den Preßburger Frieden vom 26. Dezember 1805:

von Oeſterreich: die obere und untere Grafſchaft Hohenberg, die Landvogtei Altdorf, die Landgrafſchaft Nellenburg, 1810 an Baden, die Stadt und Herrſchaft Ehingen und die Donauſtädte Munderkingen, Riedlingen, Mengen, Saulgau, die Städte Villingen und Bräunlingen — letztere beide und die mit erworbene Herrſchaft Triberg 1806 an Baden abgetreten;

vom Johanniterorden: die Grafſchaft Bonndorf (1806 an Baden); die Kommenthureien Affaltrach und Hall, Dätzingen und Rohrdorf, Rottweil, Hemmendorf und Rexingen;

vom Deutſchorden: das Neckaroberamt Horneck mit den Aemtern Gundelsheim, Heilbronn, Heuchlingen, Kirchhauſen, Neckarſulm und Stocksberg;

die im Gebiete von Alt-Württemberg gelegenen Güter der Reichsritterſchaft.

3. Durch die rheiniſche Bundesakte vom 12. Juli 1806 und die derſelben nachgefolgten beſonderen Staatsverträge mit Bayern und Baden:

von Bayern: die Herrſchaft Wieſenſteig, die Abtei Wiblingen, die Grafſchaft Schelklingen;

von Baden: die ehemalige Reichsſtadt Biberach mit Gebiet, die Herrſchaft Konzenberg im Oberamt Tuttlingen, die Orte Pfauhauſen und Neuhauſen a. d. F. OA. Eßlingen, Unterniebelsbach OA. Neuenbürg, Antheil an Großgartach OA. Heilbronn, das Hoheitsrecht über die v. Enzbergiſche Herrſchaft Mühlheim a. d. D.;

von Oeſterreich nachträglich: die fünfte Donauſtadt Waldſee;

die Deutſchordenskommenden Kapfenburg und Altshauſen.

Mediatiſirt und der württembergiſchen Hoheit unterworfen wurden: die hohenlohiſchen Fürſtenthümer mit Ausnahme der Aemter Schillingsfürſt und Kirchberg; die Beſitzungen der Fürſten und Grafen von Truchſeß-Waldburg; ein Theil der Beſitzungen des Fürſten von Thurn und Taxis: die Grafſchaft Friedberg-Scheer, Buchau, Marchthal; die noch nicht württemb. Theile der Grafſchaft Limpurg;

ferner die ehemaligen Reichsſtifte

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Ochſenhauſen | OA. Biberach, | zugetheilt | dem | Fürſten von Metternich; |
| Weingarten | OA. Ravensburg, | „ | „ | Prinzen von Oranien; |
| Schuſſenried | OA. Waldſee, | „ | „ | Grafen von Sternberg-Manderſcheid; |
| Weißenau | OA. Ravensburg, | „ | „ | „ „ „ „ |
| Roth | OA. Leutkirch, | „ | „ | Grafen von Wartemberg; |
| Gutenzell | OA. Biberach, | „ | „ | Grafen von Törring; |
| Heggbach | OA. Biberach, | „ | „ | Grafen von Baſſenheim; |
| Baindt | OA. Ravensburg, | „ | „ | Grafen von Aſpremont. |

Weiter die Herrſchaft Warthauſen u. ſ. w. der Grafen von Stadion; die Grafſchaft Königsegg-Aulendorf, die Herrſchaften des Fürſten von Fürſtenberg in Gundelfingen OA. Münſingen und Neufra OA. Riedlingen; die auf der linken Seite der Jagſt gelegenen Beſitzungen von Salm-Krautheim; die Grafſchaft Eglofs OA. Wangen des Fürſten von Windiſchgrätz; die Grafſchaft Isny, früher Reichsſtadt und Abtei, jetzt dem Grafen Quadt-Isny zugefallen; die Herrſchaft Thannheim OA. Leutkirch dem Grafen Schäsberg gehörig; die Herrſchaft Mietingen und Sulmingen der Grafen von Plettenberg im OA. Laupheim, früher bei der Abtei Heggbach; die Herrſchaft Neuravensburg OA. Wangen der Fürſten von Dietrichſtein, vormals dem Kloſter St. Gallen gehörig.

Endlich in Folge der schon erwähnten Staatsverträge mit Bayern und Baden vom 13. Oktober, vom 17. Oktober und 13. November 1806:

die Rittergüter

| | Oberamts: | | Oberamts: |
|---|---|---|---|
| Achstetten | Laupheim | Moosweiler (jetzt Untermooweiler) | Wangen |
| Amtzell | Wangen | Morstein und Dünsbach | Gerabronn |
| Arnegg | Blaubeuren | Ober- und Untergriesingen | Ehingen |
| Bärenbach | Göppingen | „ „ Untersulmetingen | Biberach |
| Bartholomä | Gmünd | Oepfingen | Ehingen |
| Brochenzell | Tettnang | Orsen- u. Bußmannshausen | Laupheim |
| Degenfeld | Gmünd | Ottenbach | Göppingen |
| Dischingen | Neresheim | Praßberg und Leupolz | Wangen |
| Gamerschwang | Ehingen | Ramsberg | Gmünd |
| Großeislingen und Krummwälden | Göppingen | Reichenbach | Geislingen |
| Hohenrechberg | Gmünd | Rißtissen | Ehingen |
| Hürbel | Biberach | Salach mit Staufeneck | Göppingen |
| Kirchberg | „ | Siggen | Wangen |
| Kirchdorf | Leutkirch | Straßdorf | Gmünd |
| Kißlegg | Wangen | Winzingen | „ |
| Laupheim | Laupheim | Wisgoldingen | „ |

ferner

| | | | |
|---|---|---|---|
| Assumstadt | Neckarsulm | Korb | (jetzt badisch) |
| Berlichingen | Künzelsau | Laibach | Künzelsau |
| Bonfeld | Heilbronn | Massenbach | Brackenheim |
| Bürg | Neckarsulm | Massenbachhausen | „ |
| Dörzbach | Künzelsau | Meßbach | Künzelsau |
| Domeneck und Seehof | Neckarsulm | Neipperg | Brackenheim |
| Fürfeld | Heilbronn | Olnhausen | Neckarsulm |
| Jagsthausen | Neckarsulm | Schwaigern | Brackenheim |
| Klingenberg | Brackenheim | | |

4. Durch den Wiener Frieden vom 14. Oktober 1809, den Vertrag zu Compiegne vom 24. April 1810 und den Staatsvertrag mit Bayern vom 18. Mai 1810:

von **Bayern** die Aemter Tettnang, Buchhorn, Wangen, Ravensburg, Leutkirch, Söflingen, Geislingen, Alpeck, Crailsheim; die Stadt Ulm; Theile der Aemter Elchingen, Nördlingen, Dinkelsbühl, Feuchtwangen, Rothenburg, Uffenheim und Gerabronn; die Hoheit über die Grafschaften Fugger-Kirchberg und Fugger-Dietenheim, über die Thurn- und Taxis'schen Besitzungen Dischingen und Neresheim, über das Fürstenthum Hohenlohe-Kirchberg und über Theile der Fürstenthümer Oettingen-Spielberg und Wallerstein; überhaupt alle Besitzungen und Rechte, welche **westlich von der durch den Staatsvertrag gezogenen Grenzlinie vom Bodensee bis zu der Markung von Waldmannshofen OA. Mergentheim liegen**, somit auch alle ritterschaftlichen Besitzungen innerhalb dieser Grenze, sowie die Exclaven, darunter Oeffingen OA. Cannstatt;

vom **Deutschorden** das noch übrige Deutschmeisterliche Gebiet, die Aemter Mergentheim, Neuhaus, Wachbach und Balbach, nach Abzug des an Baden gekommenen Theils, zu dem Balbach selbst gehörte, dagegen mit Einschluß des Amtes Nitzenhausen.

Am 2. Januar 1806 wurde das evangelische **Kirchengut** Altwürttembergs mit dem Staatskammergut unter eine Verwaltung vereinigt. 1811 Gründung von Friedrichshafen durch Verbindung des Reichsstädtchens Buchhorn mit dem vormaligen Priorat und dem Dorfe Hofen. 1813 Kauf der Herrschaft Hirschlatt OA. Tettnang von Hohenzollern.



**Gebietsveränderungen unter König Wilhelm, 1816—1864:**

Einverleibung der vormaligen Kondominate

im Oberamt Neckarsulm: Widdern, Falkensteiner Markung, Gemeindebezirks Oedheim;
im Oberamt Mergentheim: Edelfingen und Ritterhof, Gemeindebez. Harthausen;
im Oberamt Ravensburg: Sießen;
im Oberamt Tettnang: Waggershausen;
im Oberamt Heilbronn: der Taschenwald bei Schluchtern; jetzt Gemeindebez. Großgartach;

Einverleibung ferner

im Oberamt Heilbronn: der Reinwald, Gemeindebez. Großgartach;
im Oberamt Ravensburg: der Auhof, Gemeindebez. Zußdorf —

gegen die Abtretung von

Korb, Dippach, Hagenbach, Unterkeßach, Schloß Hersberg an Baden.
Staatsvertrag vom 28. Juni 1843 (Reg.-Bl. 1846 S. 128.)

# Verfaſſung und Landſtände.

„Württemberg wiegt nur leicht im Gleichgewicht der Mächte, aber ſehr anziehend iſt die Geſchichte dieſes Landes. Keines von den Gemeinweſen alter oder neuerer Zeiten, mit deren Namen wir ſo viele Begriffe von Volksfreiheit verbinden, genoß einer glücklicheren Regierungsverfaſſung, als das herzogliche Württemberg, und ſeine wenig bekannten Annalen ſind nicht unwerth, den Bänden, worin der Urſprung der Freiheiten der Niederlande, der Schweiz, Englands oder Amerikas aufgezeichnet iſt, zur Seite geſtellt zu werden. — Einſt äußerte Fox, es gebe in Europa nur zwei Konſtitutionen, die britiſche und die württembergiſche.“ (Zeitgenoſſen IV. Band 1818: Friedrich König von Württemberg, aus dem Edinburgh Review N. 58 überſetzt, S. 165, 168).

Wohl hat ſich hier in den Augen Fremder und aus der Ferne das Bild von den früheren Verfaſſungszuſtänden in unſerem engeren Vaterlande etwas zu freundlich geſtaltet; eine gewiſſe Wahrheit und Bedeutung kommt aber dieſen Ausſprüchen immerhin zu. Faſt von den erſten Zeiten an, in welchen ſich die Landeshoheit der Grafen von Württemberg entwickeln konnte, begegnet man auch ſchon den Keimen einer ſtändiſchen Verfaſſung, Keimen, welche ihre Zweige bis in die jetzt giltige Verfaſſung des Königreichs getrieben haben. „In wenigen deutſchen Staaten kann man die ganze Landesverfaſſung in ihre erſten Beſtandtheile ſo hiſtoriſch genau auflöſen, das ganze Verhältnis zwiſchen Landesherrn und Ständen ſo ruhig beleuchten und das Verhältnis der Stände unter einander ſelbſt ſo klar machen, als in dem Staatsrechte des Herzogthums Württemberg“ — ſagte Spittler ſchon 1787 (Sämmtliche Werke XII S. 89). Mit einem Gefühle von Stolz weiß es der Altwürttemberger zu rühmen, daß die Geſchichte ſeines Landes von ihren erſten Anfängen an nicht blos eine Geſchichte des Regentenhauſes, ſondern ebenſo auch eine Verfaſſungsgeſchichte iſt, und in dieſem Sinne hat 1815 Uhland geſungen:

Kein Herold wird's den Völkern künden
Mit Pauken und Trompetenſchall,
Und dennoch wird es Wurzel gründen
In deutſchen Gauen überall,
Daß Weisheit nicht das Recht begraben,
Noch Wohlfahrt es erſetzen mag,
Daß bei dem biedern Volk in Schwaben
Das Recht beſteht und der Vertrag.

Am 25. September 1879 werden es ſechzig Jahre, daß zwiſchen König und Ständen in feierlicher Handlung die nach längeren Verhandlungen neu vereinbarte Verfaſſungsurkunde des Königreichs Württemberg zum Austauſche gelangt iſt. Da

geziemt es wohl heute, an dieſen für unſer ſtaatliches Leben ſo wichtigen Akt zu erinnern und den Gang der württembergiſchen Verfaſſungsgeſchichte, mit Benützung namentlich der Schriften von Spittler, Stälin und Rümelin, von Robert Mohl und Reyſcher, von Geßler und Fricker, in kurzen Zügen der heutigen Generation wieder vorzuführen.

## I.

Als in den Zeiten der Grafen die erſten Hausverträge zum Abſchluſſe kamen, hatte ſich die Gruppirung der Bevölkerung in Adel, Klöſter und Landſchaft bereits vollzogen. Den Adel bildeten die Lehens- und Dienſtleute, welche man in der Umgebung der Grafen von Württemberg frühe findet; ſie gaben ihren Rath, arbeiteten mit dem Landesherrn; in der Fehde liehen ſie ihm den Arm und zogen mit aus, wenn der Graf Heerfahrt für den Kaiſer leiſten mußte. Der Klöſter weſentlichſte Bedeutung lag ſtaatlich betrachtet in dem Beſitz von Land und Leuten. Die kleineren und unbegüterten Klöſter vermochten ſich der Landeshoheit der Grafen nicht zu entziehen. Auch die Frauenklöſter widerſtanden nicht lange und ſelbſt die reichbegüterten Mannsklöſter gelang es auf dem Weg der meiſt vom Kaiſer erlangten Schirmvogtei, aus welcher die Rechte der Jurisdiktion, Aufſicht und Beſteurung abgeleitet wurden, der Landeshoheit mit der Zeit gleichfalls zu unterwerfen. In gewiſſem Sinne freilich blieben auch dann noch Adel und Klöſter den Grafen gleichartig.

Die größte Bedeutung kam daher dem dritten Elemente, der Landſchaft, zu. „Sie war zudem der weitaus größte Beſtandtheil der gräflichen Herrſchaft und der mächtigſte durch die Vereinigung in einer Hand. Die merkwürdigſte und bedeutungsvollſte Erſcheinung in der Geſchichte der Ausbildung der altwürttembergiſchen Verfaſſung iſt die Zuſammenfaſſung von Stadt und Land und die darauf gegründete gleichartige Organiſation des ganzen Landes, welche in politiſcher Hinſicht alle anderen Unterſcheidungen der darin eingeſchloſſenen Bevölkerung überwand und abſorbirte. Schon die Landestheilung von 1442 bezeichnet die beiden Landeshälften durch Aufzählung der dazu gehörigen Aemter. Stadt und Amt iſt weiterhin ſtets die politiſche Einheit, das Land die Summe der Städte und Aemter. Je eine Stadt iſt mit den umliegenden Dörfern zu einem ſelbſtändigen Körper verbunden, das ganze Land umfaßt ſo eine feſte gleichartige Organiſation, in der jeder einzelne ſeine Stelle findet. — Nicht auf die Individuen, ſondern auf die Korporationen war der Staat der damaligen Zeit aufgebaut. Sie zuſammen bildeten das Land. Der Regent ſah ſich einer feſten Organiſation gegenüber. Selbſt die Vögte, die gräflichen Beamten, konnten ſich der Macht dieſer Verhältniſſe nicht entziehen; ſie waren zu Zeiten faſt eher Korporations- als Regierungsbeamte. So reihte ſich das Land an Adel und Klöſter leichter an, als es ſcheinen möchte. Wie bei dieſen, ſo iſt auch dort der Einzelne unterthan zunächſt ſeiner eigenen Korporation. Während aber Adel und Klöſter einem gemeinſamen Intereſſe ferner ſtehen, iſt dies das Band, das die Aemter zum Lande verbindet. Der Regent vermittelt ihre Einheit und macht ſie ſtark; ihr Intereſſe iſt das ſeinige; bei ihnen muß er Hilfe und Rückhalt ſuchen; und ſie leihen ihm auch gern ihre Kraft, wo es das Wohl des Ganzen erheiſcht. In ihnen findet er auch die kräftigen Gegner, wenn er dieſe Grenze überſchreitet. — Damit waren die Elemente einer ſtändiſchen Verfaſſung, ja man darf faſt ſagen, dieſe ſelbſt ſchon gegeben“ (Geſchichte der Verfaſſung Württembergs von Fricker und Geßler 1869 S. 34—39, vergl. auch Spittler, hiſtoriſcher Kommentar über das erſte Grundgeſetz der ganzen württemb. Landesverfaſſung, ſämmtliche Werke XII S. 89 ff.)

So begegnen wir denn schon in der Zeit der Grafen von Württemberg einer Art von ständischer Theilnahme bei verschiedenen wichtigeren Regierungsakten. Es seien wenigstens einige derselben auch hier genannt. Im Jahr 1316 am 20. Dezember wurde ein Friedensvertrag mit der Reichsstadt Eßlingen württembergischer Seits von je 10 Bürgern der 8 Städte Stuttgart, Leonberg, Backnang, Marbach, Waiblingen, Schorndorf, Neuffen und Urach mit beschworen (Stälin III S. 152). Im Jahr 1324 ließ Graf Eberhard der Erlauchte ein öffentliches Ausschreiben ergehen, welches anfängt: „Wir Eberhard Graf von Württemberg und der Probst und die Chorherren des Stifts zu Stuttgart, auch der Schultheiß, der Rath und die Bürger insgemein von Stuttgart, thun kund allen, die diesen Brief ansehen und hören lesen“ u. s. w: (Uebelen, Entstehung der Landstände des ehemaligen Herzogthums Württemberg S. 23). Bestimmter treten Landstände in der Grafschaft Württemberg in der zweiten Hälfte des XV. Jahrhunderts auf. „Von den Hauptursachen, welche diese landständischen Vereinigungen überhaupt ins Leben riefen, Finanznoth und Vormundschaftsstreitigkeiten, wirkten in Württemberg die letzteren; merkwürdig ist in diesem Land, wie in Tirol, die Theilnahme der Aemter an der Landesvertretung, deren festere Formen sich übrigens erst später bildeten“ (Stälin III S. 726).

An der Hand von Stälin III S. 500 ff. wird dann in der Geschichte der Verfassung Württembergs S. 41 ff. berichtet, wie bei der Uebernahme der Vormundschaft über die Söhne Ludwigs I. deren Oheim Graf Ulrich V. am 5. Dezember 1450 mit 39 Räthen Ludwigs aus dem Adel einen Vertrag geschlossen hat, wie darauf 1457 nach dem Tode Ludwigs II wegen der Berechtigung zur Führung der Vormundschaft über dessen Bruder Eberhard V. ein Streit zwischen dem väterlichen Oheim Ulrich, der Mutter Mechtilde und deren Bruder Pfalzgraf Friedrich entstanden ist, zu dessen Hebung nun die Räthe Ludwigs II. die Parteien und die Landschaft des Eberhardischen Landestheils auf den 16. November 1457 nach Leonberg eingeladen haben, um helfen fürzunehmen, was das Beste sei. „Man rief Vögte der angesehensten Kammerämter, man rief Deputirte der angesehensten Stadtmagistrate“ (Spittler a. a. O. S. 102). Es wird weiter erzählt, wie auf diesem sogen. Leonberger Landtag Ulrich in die Regentschaft eingesetzt wurde in der Weise, daß die gewöhnlichen Geschäfte in dem vormundschaftlichen Landestheil durch 4 ordentliche Räthe besorgt werden sollen, daß aber bei wichtigen Angelegenheiten Ulrich weitere 10 Räthe und „7 von der Landschaft Eberhards, die alle Gerichtsleute oder Amtleute sein mußten“, beizuziehen hatte. Als 1459 Graf Eberhard sich der Vormundschaft zu entziehen wußte, legte dieselbe der Oheim feierlich nieder, nachdem ihm die Städte (Vogt, Richter und ganze Gemeinde) Tübingen, Leonberg, Herrenberg u. s. w. erklärt hatten, daß sie Eberhard als ihren selbständigen Regenten anerkennen. Bei dem Uracher Vertrag vom 12. Juli 1473 „erscheint als Körperschaft anerkannt und je mehr und mehr Einfluß gewinnend, die Landschaft als mitberathend; sie war vertreten durch Schultheißen, Keller, Bürgermeister, Richter u. s. w. aus den 48 namentlich genannten württembergischen Städten und Aemtern, deren 8 die Urkunde neben den Grafen mitbesiegelten“ (Stälin III S. 603). Den Münsinger Vertrag vom 14. Dezember 1482, durch welchen das getheilte Württemberg wieder vereinigt und Untheilbarkeit, Unveräußerlichkeit und Senioratserbfolge grundgesetzlich bestimmt wurde, schloßen die beiden Grafen mit Rath der Prälaten, Ritterschaft und Landschaft. Nur die letztere „alle Burger, Inwohner und Unterthanen“ leisteten auch Erbhuldigung (Stälin III S. 606).

## II.

Am 21. Juli 1495 wurde Württemberg zu einem Herzogthum erhoben. 1498 im März, zwei Jahre nach dem Tode des erſten Herzogs Eberhard im Bart, waren die Stände ſchon ſo weit erſtarkt, daß ſie es unternehmen konnten, in Gemäßheit des Eßlinger Vertrags von 1492 dem unfähigen Eberhard II. die Regierung aus der Hand zu nehmen. Landhofmeiſter, Kanzler, Räthe, Prälaten, Ritter und Landſchaft errichteten einen Regimentsrath, beſtehend aus dem Landhofmeiſter und je 4 Vertretern der Prälaten, der Räthe und der Landſchaft (Stälin IV S. 13 ff.). Das Herzogthum Württemberg hatte ſo von Anfang an ſeine Stände. Von vornherein ſahen die Herzoge ſich gegenüber einerſeits die Ritterſchaft, andererſeits Prälaten und Landſchaft, von denen allerdings die Ritter ihre eigenen Wege einſchlugen, bis ſie endlich im Religionsfrieden von 1555 §. 26 die Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit erlangten, während Prälaten und Landſchaft mehr und mehr ſich zuſammenſchloßen.

Ein Jahrzehnt, nachdem Herzog Ulrich die Regierung ſelbſt übernommen hatte, ſtand wieder die Abſtellung und Erledigung einer großen Zahl von Beſchwerden in Frage, zu denen „üble Wirthſchaft, ſtarke und öfters wiederholte Anforderungen von Seiten des Kaiſers ſowohl als auch des Schwäbiſchen Bundes, leidenſchaftliche Glanzſucht und große Verſchwendung des Herzogs überhaupt und namentlich bei Hoffeſten, wie bei ſeiner Hochzeit im Jahr 1511“, ſowie eine „überſchwengliche“ Schuldenlaſt die Veranlaſſung geworden waren (Stälin IV S. 96). Dazu der erhöhte „Landſchaden“ und das neu eingeführte „Ungelt“ mit Verringerung von Maß und Gewicht bei Fleiſchern, Müllern, Bäckern und Weinſchenken. Endlich war auch ſowohl Seitens des Herzogs, als Seitens der Bürgerſchaft, „der Ehrbarkeit“, gegenüber von dem Aufſtande des „Armen Konrad“ Stellung zu nehmen. Abgeordnete von 14 Städten des Landes „unter der Steig“ verſammelten ſich zu Marbach und bereiteten dort 41 Artikel zur Vorlegung auf dem nächſten Landtage vor. Dieſe Artikel gingen ſpäter meiſt wörtlich in den Tübinger Vertrag über. Der Landtag ſelbſt wurde in Gegenwart einer kaiſerlichen Geſandtſchaft und im Beiſein von Abgeordneten benachbarter Reichsſtände zu Tübingen abgehalten. Dabei waren 15 Prälaten und aus 52 Städten je 2 Abgeordnete anweſend, einer vom Gericht, einer von der Gemeinde. Dagegen blieb die Ritterſchaft aus. „Sie erſchien jetzt wohl ſonſt noch, wenn es ſich von Berathſchlagungen über Krieg handelte; aber hier, wo für ſie nichts zu erringen war, es ſich vielmehr um eine Steuerübernahme drehte, hielt ſie, im Streben nach Reichsunmittelbarkeit, ſich zurück in dieſem für die Ausbildung der Landesverfaſſung ſo wichtigen Zeitpunkt“ (Stälin IV S. 104). Durch den gütlichen Spruch der beigezogenen Vermittler kam dann am 8. Juli 1514 zwiſchen dem nothgedrängten Herzog einerſeits und den Prälaten, hauptſächlich aber der Landſchaft, andererſeits jener Tübinger Vertrag nebſt Nebenabſchied zu Stande, auf welchen Uhland mit den Worten hindeutet:

> -- Es ging auch hier zu Lande
> Von ihm der Rechte Satzung aus,
> Es knüpfen ſeine heilgen Bande
> Den Volksſtamm an das Fürſtenhaus.

Nach dieſem Vertrag verpflichtete ſich das Land, die Schulden des Herzogs im Betrag von faſt einer Million Gulden in beſtimmten Friſten zu tilgen; die Städte und Aemter trugen das meiſte, die Prälaten und die überrheiniſchen Beſitzungen ſo viel von ihnen erlangt werden mochte. Der Landſchaden, eine bisher auf den dritten Stand umgelegte außerordentliche Beihilfe bei gewiſſen Abgaben, ſollte auf

immer abbeſtellt ſein, neue Schatzungen oder ſonſt außerordentliche Hilfe nicht mehr erhoben werden. Der Kaſſen- und Rechnungsführer der neu zu errichtenden Tilgungskaſſe war nicht blos von dem Herzog, ſondern zugleich von der Landſchaft zu beſtellen und durfte kein anderes Kaſſenamt bekleiden; er hatte jährlich Rechnung abzulegen.

Mit dem Tübinger Vertrag (Reyſcher Sammlung der Staatsgrundgeſetze II S. 40), nach Stälin IV S. 105 der Grundſäule der württembergiſchen Landesfreiheiten, war die Verfaſſung der Herzogsperiode in ihren Grundzügen bereits gegeben. Dieſelben faſſen wir mit Rob. Mohl (Theilnahme Friedrichs des Großen an den Streitigkeiten zwiſchen Herzog Karl von Württemberg und den Ständen des Landes. Tübingen 1831 S. 3 ff.) in folgende Sätze zuſammen: Zwiſchen dem Herzog und dem Volk ein Vertragsverhältnis; Erbhuldigung durch letzteres erſt, wenn der Herzog die Grundgeſetze und Rechte des Landes beſchworen hatte; Verpflichtung der Unterthanen nur zu verfaſſungsmäßigem Gehorſam. Der Württemberger konnte nur durch Urtheil und Recht und nur von dem ordentlichen Richter verhaftet und geſtraft werden; das Eigenthum war unverletzlich, Monopole ſollten nicht beſtehen, die Gemeinden hatten den freien Salzhandel; nur die mit den Ständen verabſchiedeten Steuern durften bezahlt, nur die geſetz- oder lagerbuchmäßigen Frohnen geleiſtet werden; jeder Bürger hatte das Recht Waffen zu tragen, durfte aber zum Waffendienſt nur mit Bewilligung der Stände und auf die Dauer des Kriegs ausgehoben werden; im Frieden beſtand die bewaffnete Macht nur aus geworbenen Freiwilligen; unbeſchränkte Auswanderungsfreiheit für alle, ſelbſt die Leibeigenen; ſehr freie und ſelbſtändige Gemeindeverfaſſung. Und nun als Hort dieſer Rechte die Landſchaft.

Nach dem Ausſcheiden der Ritterſchaft beſtand dieſelbe aus den Prälaten der 14 württembergiſchen Klöſter, für deren ſonſt den übrigen Unterthanen gleichgeſtellte Hinterſaßen die Sendung eines Abgeordneten wegfiel, und aus den Abgeordneten von 5 Dutzend Aemtern. Durch dieſe Zuſammenſetzung, „gewann der bürgerliche Geiſt Altwürttembergs nicht wenig, zumal da die Prälaten nur immer ſtudirte Bürgerſöhne waren, und wurde der Einfluß, welchen der Adel durch Bekleidung der höheren Aemter allerdings fortbewahrte, abgeſchwächt“ (Stälin IV S. 722).

In ſeiner Erläuterung und Beſtätigung des Tübinger Vertrags, unterem 13. April 1551, nennt Herzog Chriſtoph die Prälaten „dieſes Fürſtenthums Kleinod“, welche bei dieſer ehrlichen Landſchaft hinfort unzertrennt und unzertheilt beſtehen mögen (Reyſcher a. a. O. II S. 87). In dem Landtagsabſchied von 1565 ſodann heißen ſie der andere Landſtand (Reyſcher S. 125). Die Reformation, wird in der Geſchichte der Verfaſſung S. 65 bemerkt, hob die Klöſter in ihrem Weſen auf, mochte man ſich auch noch ſo ſehr an dasjenige anſchließen, was die äußere Erſcheinung derſelben geweſen war. Daß den Klöſtern beſtimmte Zwecke geblieben waren, beruhte jetzt auf landesherrlicher Anordnung. Man ſetzte die katholiſchen Prälaten auf den Ausſterbe-Etat und ließ die Männer der neuen Konfeſſion allmählig nachrücken. Der vom Landesherrn ernannte Prälat erfüllte zum Theil ein landesherrliches, kein rein kirchliches Amt. Die 14 Prälaturen waren Adelberg, Alpirsbach, Anhauſen, Bebenhauſen, Blaubeuren, Denkendorf, Herbrechtingen, Herrenalb, Hirſau, Königsbronn, Lorch, Maulbronn, Murrhard und St. Georgen. — Zwiefalten, welches anfänglich auch noch dazu gezählt wurde, wußte ſich unabhängig zu behaupten und dem Reformationswerk zu entziehen, erlangte ſogar 1751 die Reichs- und Kreisſtandſchaft (Pfaff, Geſchichte des Kloſters Zwiefalten, Württemb. Jahrb. 1851 II S. 65, 91—98, 103).

Die Landſchaft im engeren Sinne, die Abgeordneten der Städte und Aemter, der zweite Beſtandtheil der altwürttembergiſchen Stände, „wurden nicht durch das Volk,

ſondern von den Amtsverſammlungen gewählt und zwar aus der Mitte der Stadtmagiſtrate, welche urſprünglich von der Bürgerſchaft erkoren, der Lebenslänglichkeit und dem Recht der Selbſtergänzung zuſteuerten; meiſt waren es die Burgermeiſter ſelbſt. Fürſtliche Amtleute waren während der öſterreichiſchen Regierung von den Landtagen ausgeſchloſſen, wurden jedoch auf Verlangen Herzog Chriſtophs nach langem Meinungsſtreit 1551 wieder zugelaſſen und blieben dies bis 1629. Aus jeder Amtsſtadt kam Ein Abgeordneter, ſpäterhin erſchienen hie und da, namentlich von Stuttgart und Tübingen, deren 2, welche jedoch zuſammen nur 1 Stimme führten. Als Vertreter des Bürger- und Bauernſtandes betrachtet hatten die Abgeordneten von der Amtsverſammlung bindende Inſtruktionen anzunehmen. Sie bezogen, während die Prälaten aus dem Kirchengut ihre Taggelder erhielten, zufolge alter Beſtimmung, welche bis zum Verenden der Landſchaft im Jahre 1805 beibehalten blieb, ihren Gehalt von ihren Bezirken, eine Ausgabe, welche in kleineren und ärmeren Aemtern manchmal drückend wurde. — Die Rechte der Stände waren nicht in einer Verfaſſungsurkunde vereinigt, ſondern in vielen, früher ſehr geheim gehaltenen Urkunden zerſtreut“ (Stälin IV S. 723 f.).

Die Landtage verliefen in der Regel in der gleichen Weiſe, einer wie der andere. Forderung einer Geldverwilligung auf der einen Seite, Verwilligung auf der andern Seite, aber nach freier Dispoſition, sine praejudicio, unter der Bedingung einer beſtimmten Regierungsthätigkeit, namentlich der der Beſeitigung der Landesgravamina, die einen ſtehenden Artikel ausmachen, allſeitige Anerkennung der Verfaſſung, Zuſammenfaſſung der vereinbarten Punkte in einen Landtagsabſchied, der eben darum den Charakter einer Vertragsurkunde, eines Landeskompaktates hatte (Geſchichte der Verfaſſung S. 86).

Der Schwerpunkt der ſtändiſchen Vertretung wurde jedoch bald in den ſtändiſchen Ausſchuß verlegt. Bei Stälin leſen wir S. IV 724:

„Wie der Natur der Geſchäfte nach faſt überall, ſo hatte auch in Württemberg die ſtändiſche Körperſchaft ſich ſchon 1521 in der öſterreichiſchen Zeit in Ausſchüſſe zugeſpitzt. Durch Herzog Chriſtoph wurden ſie mittelſt des Ausſchußſtaates vom 8. Januar 1554 in feſte Form und Dauer gebracht, in welcher ſich der Ausſchuß zum eigentlichen wirkſamen Beſchirmer der Verfaſſung entwickelte. Es ſollte ein kleiner und engerer Ausſchuß, aus 2 Prälaten und 6 Abgeordneten der Städte beſtehend, zunächſt für die richtige Bezahlung der vom Lande übernommenen herzoglichen Schulden ſorgen und durch das ihm eingeräumte, auch eine Pflicht in ſich ſchließende Recht, an den Herzog Anbringen zu machen, für die Sicherung des allgemeinen Wohls und der Volksvertretung, auch während der Landtag nicht verſammelt war, einſtehen. Von Zeit zu Zeit ſich verſammelnd war er in ſeiner Zuſammenſetzung fortdauernd und ergänzte — durch ſeinen Staat blos auf die Wahl eines frommen, tapferen und verſtändigen und vorher zu den Landtagen gebrauchten Inländers angewieſen — beim Abgang eines Mitgliedes ſich ſelbſt, eine äußerſt wichtige, arge Mißbräuche anbahnende Beſtimmung, welche wie in die Verfaſſung manchen Landes, ſo auch des württembergiſchen, hier nicht mit dem Willen des Herzogs, aufgenommen wurde. In wichtigeren Fällen konnte der engere Ausſchuß auf die, von dem Herzog zu vollziehende Einberufung des geſammten Landtags oder auch des größeren Ausſchuſſes antragen. Der große Ausſchuß beſtand aus den Mitgliedern des engeren und aus 2 weiteren Prälaten und 6 weiteren Abgeordneten der Städte, konnte aber nöthigenfalls noch durch mehrere Mitglieder verſtärkt werden. Das fühlbare Bedürfnis, einen Rechtsgelehrten zur Seite zu haben, führte ſchon unter



Herzog Christoph zu der nachher stetig gewordenen Beiziehung eines Landschafts-Advokaten".

Die Ausschußsitzungen fanden anfänglich zu Stuttgart auf dem Rathhaus statt, bis die Landschaft 1564 dem Kammersekretär Franz Kurz sein Anwesen zur fortan beständigen Behausung abkaufte. Das Landschaftsgebäude wurde 1565 angelegt und zunächst für die Steuerkasse bestimmt. Das größere, 1580 begonnene Eckgebäude enthielt den mit den Wappen der württembergischen Klöster und Städte gezierten Versammlungssaal, der jetzt der Kammer der Standesherren eingeräumt ist. Im Hofe stand noch zu Anfang unseres Jahrhunderts die Landschaftsküche, aus welcher die Ausschußmitglieder gespeist wurden; in den Nebengebäuden wohnten die landschaftlichen Einnehmer, Konsulenten und Sekretäre und waren Stallungen für ihre Pferde (Beschreibung des Stadtdirektionsbezirks Stuttgart 1856 S. 134).

Selbst während des Landtags dauerte der Ausschuß fort „und nahm in der Ständeversammlung besondere Sitze ein. Dazu kam, daß der Ausschuß in der Regel auf dem Landtag als (einzige) Kommission benützt wurde und daß er ganz gewöhnlich — der kleine oder der große Ausschuß — von einzelnen Aemtern oder Flecken statt eines besonderen Abgeordneten mandirt wurde. Hiezu kam noch die Bedeutung, die der Ausschuß thatsächlich durch die Seltenheit der Einberufung des Landtags und durch sein Amt erhielt. Nicht so von dem großen Ausschuß gilt dies, der von Anfang an nur eine bedeutungslose, zur Umgehung des Landtags bestimmte Form gewesen zu sein scheint, als vielmehr von dem kleinen, in welchem schließlich alle Macht des Landes zusammenlief" (Geschichte der Verfassung S. 132). „So lang man blos zum Zuschuß gehörte, bemerkt Spittler, saß man noch im Vorhof der Heiden", und ein Mitglied des größeren Ausschusses selbst, Ludwig Eberhard Fischer, soll im Unmuth geäußert haben: Ach! wir sitzen hier doch wie die bruta! (Spittler, Entwurf einer Geschichte des engeren landschaftlichen Ausschusses; Sämmtliche Werke XIII S. 88, 90).

Die wichtigste Thätigkeit des Landtags war die Steuerverwilligung. Schon durch den Tübinger Vertrag war das Steuerbewilligungsrecht der Stände unbedingt anerkannt. „Der Regent hatte sein Kammergut, damit mochte er auskommen. Das Volksvermögen, soweit es nicht dem Kammergut privatrechtlich verpflichtet, war von den Ständen als freier Partei vertreten" (Geschichte der Verfassung S. 85). „Zur Deckung der Staatsausgaben, worunter Leistungen an das Reich, Römermonate, gemeiner Pfennig, Türkensteuer u. s. w. nicht unbedeutend waren, kannte die damalige Zeit noch nicht die jetzige sog Etatswirthschaft; Einnahmen und Ausgaben wurden nicht in Voranschlägen zur gegenseitigen Ausgleichung einander gegenübergestellt. Erstere durften nicht vorsorglich erhöht werden; die letzteren stiegen fast immerdar; somit war die Anhäufung der Schuldenlast unvermeidlich und es mußte zur Deckung die Steuerverwilligung eintreten, welche sich nach der damaligen Staatswirthschaft als Ablösungshilfe lediglich an die vollendete Thatsache anschloß und nur für den gerade vorliegenden Zweck auf eine bestimmte Anzahl von Jahren gemacht wurde. Und so entwickelte die in den meisten Staaten hervortretende Unzulänglichkeit des Kammerguts wie anderwärts, so auch in Württemberg das Steuerwesen immer weiter und damit den Wirkungskreis der Landstände" (Stälin IV S. 721).

„Da die Ablösungshilfe regelmäßig zur Deckung herzoglicher Schulden gefordert wurde, so war ihre einfachste Form die Uebernahme dieser Schulden auf die Landschaft selbst; die Kontrole der Verwendung verstärkte sich zur eigenen Verwendung durch von den Ständen bestellte Organe ohne Durchgang durch die Hand



des Herzogs. So bildete ſich die ſtändiſche Steuerkaſſe und das Selbſtbeſteuerungsrecht des Landes.“ Seit 1565 wurden die Einnehmer der Steuerkaſſe ausſchließlich von den Ständen beſtellt und entlaſſen. Die Steuer ruhte im Weſentlichen auf Grundeigenthum, Gebäuden und Gewerben. „Zunächſt wurde die Steuer auf die einzelnen Aemter, als die der Landſchaftskaſſe allein verpflichteten, umgelegt; ſie legten ſie wieder auf die einzelnen Orte, dieſe auf die einzelnen Beſitzer um. Eine durchgreifende, klare, prinzipielle Ordnung kam übrigens während der altwürttembergiſchen Verfaſſung nicht zu Stande; ſelbſt über das Schwanken zwiſchen einer Vermögens- und einer Ertragsſteuer kam man nicht hinaus. Hiebei blieb der ordentliche Grund der Beſteuerung die Ablöſungshilfe, die Ordinariſteuer. Ihr Ertrag reichte hin, auch andere Bedürfniſſe zu befriedigen, zu deren Uebernahme die Stände rechtlich verpflichtet waren (wie die Prinzeſſinſteuer, die Reichs- und Kreisanlagen) oder ſich freiwillig verpflichteten. Soweit dieſe ordentliche Steuer nicht ausreichte, mußte man zu außerordentlichen Mitteln greifen. Beſonders das Kriegs- und Militärweſen brachte außerordentliche Bedürfniſſe mit ſich. Seit dem dreißigjährigen Kriege ſuchten die Herzoge immer mehr zu einem ſtehenden Heere zu gelangen. Thatſächlich erreichten ſie das auch, ſofern die weit über die urſprüngliche Verpflichtung hinausgehenden ſtändiſchen Militärbeiträge und außerordentlichen Kriegshilfen durch die fortwährenden Wiederholungen immer mehr einen bleibenden Charakter annahmen, bis endlich neben der ordentlichen eine zweite, nur dem Namen nach außerordentliche (Extraordinari-) Steuer, die ſog. Sommer- und Winteranlagen für die Militärzwecke herliefen, die in einer beſtimmten Quote oder einem Mehrfachen der ordentlichen Steuer beſtanden und mit dieſer umgelegt wurden. Die zu Anfang des XVII. Jahrhunderts als Extraordinarimittel für die Landesdefenſion verwilligte und dann ſtets wiederholte Acciſe blieb auch jetzt beſtehen, doch ohne die beſondere Beſtimmung für das Militärweſen. Auch ſie floß als einzige indirekte Steuer in die Landſchaftskaſſe, während die anderen indirekten Abgaben, welche in Württemberg beſtanden, in beſtimmtem hergebrachtem Maß erhoben wurden und zum Vermögen des Kammerguts gehörten“ (Geſchichte der Verfaſſung S. 90—92).

„Der Mittelpunkt der Thätigkeit des Landtags war die Steuerverwilligung, der Mittelpunkt der Thätigkeit des engeren Ausſchuſſes die Dispoſition über die Landſchaftskaſſe innerhalb der Verabſchiedung. Je mehr die Steuern ſelbſt einen permanenten Charakter annahmen, um ſo mehr gewann die letztere Thätigkeit an Bedeutung. Die jahrelange geheimnisvolle Thätigkeit des engeren Ausſchuſſes, über welche ſelbſt der Landtag nichts weniger als vollen Aufſchluß erhielt, die Macht, die er durch die geheime Truhe [ſeit Friedrich I.] in der Hand hatte, gaben ihm ein ſteigendes Uebergewicht über den Landtag ſelbſt, der zu Ende des XVIII. Jahrhunderts nach vielen Zeugniſſen auch in ſeinen Mitgliedern in der Regel höchſt unbedeutend geweſen zu ſein ſcheint. Hiezu kommt endlich noch die Bedeutung der Beamten des Ausſchuſſes, des Landſchaftsadvokaten, der Konſulenten und der Sekretäre. Sie alle hatten im Ausſchuß die eigentliche Geſchäftsbehandlung einſchließlich der Kaſſenleitung in der Hand und ſie waren zugleich die Beamten der vollen Ständeverſammlung. Namentlich eignete ſich zuletzt der Landſchaftsadvokat die Leitung und Beherrſchung des Ganzen an; einen (gewählten) Präſidenten gab es nicht, die Präſidialgeſchäfte vertheilten ſich unter dieſe Beamten und der Landſchaftsadvokat nahm das Wichtigſte an ſich. So darf es nicht Wunder nehmen, wenn innerhalb der ſtändiſchen Organiſation nicht geringere Mißbräuche ſich feſtſetzten, als bei der Regierung; wußte man ſich nur mit der Regierung zu einigen, ſo war kein Hindernis im Wege. Die Verwaltung der ſtändiſchen Kaſſe diente

hiezu vor allem. Eine wirkliche Kontrole fehlte ganz. Der Ausschuß wurde zur engherzigen Familienaristokratie, die in schnödester und selbstsüchtigster Weise über die Mittel in ihrer Hand verfügte." (Geschichte der Verfassung S. 133).

Diese Macht des Ausschusses, der Mangel einer bestimmten Landtags-, Wahl- und Steuerperiode, der Mangel der Oeffentlichkeit waren nun allerdings politische Fehler von größter Bedeutung, wozu noch die Wahl der Abgeordneten durch die Amtsversammlungen aus der Mitte der sich selbst ergänzenden Magistrate hinzukommt. Gleichwohl blieb die Verfassung Altwürttembergs immer noch von hohem Werth. „Es ist nicht zu vergessen, daß trotz allem und allem die ständische Organisation allezeit kräftig und fähig blieb, der Willkür des Regenten mit Macht und Zähigkeit entgegenzutreten. Der Absolutismus, so breit er sich auch in Württemberg machte, er konnte doch niemals zur Ruhe und Anerkennung gelangen; sein Gang war immer begleitet von Kampf, und die ständische Organisation, so verkommen sie war, hat doch immer wieder dem Absolutismus Niederlagen bereitet und dem Lande seine Verfassung gerettet. Zum leeren Worte ist diese nie herabgesunken, und sie konnte auch, sobald ein frischerer Geist das Volk erfüllte, etwas Tüchtiges leisten, wie denn noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts diese selbe unveränderte Organisation zum Instrument eines neuen politischen Geistes geworden ist." (Geschichte der Verfassung S. 134 f. 141).

Auch Stälin, welcher auf S. 725 des IV. Bands die Auswüchse des Ausschußwesens unverholen darlegt, spricht sich auf S. 723 über die Verfassung selbst, unter Berufung auf die bereits erwähnte Aeußerung des großen britischen Staatsmannes Fox († 1806), wie folgt aus: „Hinsichtlich der Wirksamkeit überdauerten die württembergischen Stände fast alle ähnlichen Verfassungen anderer deutschen Staaten, wo sie seit dem XVII. Jahrhundert meist in Schattenbilder verwandelt wurden, wenn nicht ganz abstarben. Mochte das Losscheiden der Ritterschaft gleichfalls im Ansbachischen (mit dem J. 1560), im Würzburgischen (mit dem J. 1566) und im Trierischen vorkommen, und mochten sich die alten ständischen Einrichtungen auch noch in Sachsen, Hessen, Braunschweig, Mecklenburg u. a. erhalten, immerhin entwickelte sich das ständische Wesen in Württemberg zu einer dieses Land auszeichnenden Bedeutung, und in seiner besonderen Zähigkeit zu einer Eigenart, wie man sie nirgends auf dem Festlande antraf."

Weniger günstig lautet dagegen das Urtheil Rümelins (Altwürttemberg im Spiegel fremder Beobachtung. Württemb. Jahrbücher 1864 S. 343): „Ein Festhalten an den alten Landständen war ein Festhalten an der mittelalterlichen Staatsform überhaupt. Man konnte nicht den neuen Wein in alte Schläuche fassen; man konnte nicht mit den Ideen und Formen des XVI. Jahrhunderts auch den Anforderungen des XVII. und XVIII. Genüge leisten. — Von Herzog Christoph bis zu König Friedrich trägt die innere Entwicklung des Württembergischen Staats und Volks den Charakter der Stagnation, sie zeigt uns das System einer gegenseitigen Lahmlegung der leitenden Kräfte. Man sucht vergeblich nach einer staatsrechtlichen Fortentwicklung der gegebenen Grundlage. Es ist ganz, wie wenn zwei gleich kräftige Personen an den entgegengesetzten Enden eines Seiles ziehen; eine gewisse Spannung tritt nur ein, wenn einmal der eine Theil einiges Terrain gewinnt, und man in Erwartung ist, ob er einen wirklichen Erfolg erreichen wird; aber der andere Theil sammelt nun auch seine Kräfte und bald stehen beide wieder auf den alten Plätzen. Von Zeit zu Zeit tritt ein Stoß von außen hinzu und wirft beide Theile mit einander über den Haufen, aber auch auf dem Boden lassen sie das Seil nicht fahren und stehen sich bald wieder in der alten Position gegenüber."



Goethe endlich, den Rümelin S. 334 zitirt, hat bei einem Beſuch in Württemberg im Jahr 1797 den Eindruck gewonnen: „Der Hauptſinn einer Verfaſſung wie die württembergiſche bleibt nur immer, die Mittel zum Zweck recht feſt und gewiß zu halten, und eben deswegen kann der Zweck, der ſelbſt beweglich iſt, nicht wohl erreicht werden.“

Als die letzte ausführlichere Beſtätigung der Landesverfaſſung kann der Erbvergleich vom 27. Februar / 2. März 1770 zwiſchen Herzog Karl und den Ständen gelten (ſ. bei Reyſcher Staatsgrundgeſetze II S. 550 und bei R. Mohl, Theilnahme Friedrichs des Großen an den Streitigkeiten zwiſchen Herzog Karl von Württemberg und den Ständen des Landes. Tübingen 1831). Nach den ſechs Klaſſen der vorgebrachten Landesbeſchwerden ordnete dieſer Erbvergleich aufs neue die Landes- und die Kirchenverfaſſung, das Militärweſen, die Verwaltung des Kammerguts, das Forſt- und Jagdweſen, und ſuchte derſelbe endlich in Klaſſe VI auch den ſog. vermiſchten Beſchwerden, z. B. in Hinſicht auf die Selbſtändigkeit der Gemeinden, gerecht zu werden.

Das Vorſtehende wird es auch dem Nichtwürttemberger erklärlich machen, woher in die Verfaſſungsurkunde von 1819 die ſtändiſche Staatsſchuldenverwaltung, die Steuererhebung durch körperſchaftliche Organe, die Oberamtspfleger, und wenn ſchon in modifizirter Form doch wieder die beiden ſtändiſchen Ausſchüſſe, ſowie die beſondere ſtändiſche Suſtentationskaſſe haben Aufnahme finden können (Rob. v. Mohl, Die Geſchichte der württembergiſchen Verfaſſung von 1819. Tübinger Zeitſchrift für die geſammte Staatswiſſenſchaft 1850 S. 49). Man kann gewiß mit Uhland vollkommen übereinſtimmen im Preiſe des Rechts,

— das mäßig Steuern ſchreibt
Und wohl zu rechnen weiß,
Das an der Kaſſe ſitzen bleibt
Und kargt mit unſerm Schweiß; —

und wird daneben doch mit anderen die Frage aufwerfen dürfen, ob es denn zu dieſem Zwecke ſo abſolut geboten geweſen iſt, jene altwürttembergiſchen Inſtitutionen in die neue Landesverfaſſung herüber zu nehmen, nach denen die Stände ſtatt der Kontrole, vielmehr auf den bezeichneten Gebieten die Verwaltung ſelbſt auch jetzt noch zu führen haben (Rob. v. Mohl, Konſtitutionelle Erfahrungen in „Staatsrecht, Völkerrecht und Politik“ I S. 322. 347).

### III.

Das altwürttembergiſche Volk, bemerkt Rümelin a. a. O. S. 354, hätte freilich „den ausgeprägteſten Grundzug ſeines Charakters, ſeine ganze Vorgeſchichte verleugnen müſſen, wenn es nicht auch bei der Gründung des neuen Verfaſſungswerks vor allem an der Forderung der Rechtskontinuität und der Vertragsform feſtgehalten hätte. Was eine ſo unmittelbare Konſequenz eines geſchichtlich gewordenen Volkscharakters iſt, entzieht ſich dann im Grunde ebenſo dem Lobe, wie dem Tadel, die von rein politiſchen und allgemeinen Geſichtspunkten ausgehen. Daß aber die neue Verfaſſung ihrem Inhalt nach ſchwerlich dadurch gewonnen hat, daß man immer auf rückwärts liegende Vorgänge und Anſchauungen blicken mußte und von dem privatrechtlichen Charakter eines Landſchaftsrechts nicht loskommen konnte, ja daß eine tabula raſa und ein Blick in die Zukunft ſtatt in die Vergangenheit gar Manches anders und beſſer geſtaltet hätte, dafür ließen ſich ſehr triftige Argumente leicht beibringen“.

Dies führt auf die Verfassungskämpfe zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts. Die von 1803 bis 1805 gemachten neuen Erwerbungen waren den Erblanden nicht inkorporirt, sondern zu einem besonderen Staatsganzen unter dem Namen Neuwürttemberg vereinigt worden. Die Regierung des letzteren war eine absolute. Als nun der Preßburger Friede vom 26. Dezember 1805 Württemberg die Königswürde und volle Souveränität brachte, eignete sich König Friedrich am 30. Dezember 1805 die ständischen Kassen und das Archiv der Stände ohne weiteres an, ließ die Aemter zur unbedingten Unterordnung unter die Organe der Regierung und zur Ablieferung der Steuern an dieselben anweisen und hob damit die altwürttembergische Verfassung gewaltsam auf. Durch das Organisationsmanifest vom 18. März 1806 wurde alsdann Alt- und Neuwürttemberg zu Einem Reiche vereinigt. „Friedrich hatte über ein Land von nicht 200 Quadratmeilen und etwa 650 000 Einwohnern die Regierung angetreten; bei seinem Tode umfaßte der Staat 354 Quadratmeilen mit 1 400 000 Einwohnern. Wie im Umfang sich sein Land in dieser kurzen Periode bedeutend geändert hatte, so änderte sich auch in allen Gebieten, alten und neuen, alles in den inneren Verhältnissen. Faßt man die Erwerbungen von 1803 an in das Auge, so vereinigten sie in sich die verschiedenartigsten Zustände. Freie Reichsstädte, Landstädte mit sehr freier Verfassung (z. B. die Donaustädte), geistliche Herrschaften, Klöster, Besitzungen einzelner Reichsritter, theils nach beschränkenden Verfassungen, theils, soweit es der deutsche Reichsverband zuließ, unbeschränkt regierte Fürstenthümer und Grafschaften kamen, großentheils mit den früheren Herren selbst, unter Württembergische Herrschaft“ (K. G. Wächter, Handbuch des im Königreiche Württemberg geltenden Privatrechts I S. 701). War einer solchen Vielheit von Bestandtheilen gegenüber die Diktatur vorübergehend eine Nothwendigkeit, „erforderte, mit anderen Worten, die Uebergangszeit bei den von allen Seiten drohenden Stürmen eine kräftige Führung des Staats“, — so drängten doch schon nach einem Jahrzehent die Verhältnisse wieder zu verfassungsmäßigen Einrichtungen hin. Fünf und ein halb Jahr aber, vom 28. März 1815 bis September 1819 dauerten die deshalb geführten Verhandlungen.

Auf dem Wiener Kongresse noch hatte Württemberg gegen die nachher in Art. 13 der Bundesakte übergegangene Bestimmung, nach welcher in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung stattfinden soll, energisch Widerspruch erhoben. Gleichwohl war König Friedrich „einer der ersten unter den deutschen Fürsten, welche die Einführung einer ständischen Verfassung in den ihnen anvertrauten Staaten zu bewerkstelligen suchten. — Wenige Tage nach seiner frühzeitigen Rückkehr von Wien erließ er eine Bekanntmachung (11. Januar 1815) des Inhalts: Von dem Augenblicke an, da gebieterische politische Verhältnisse die Staatsveränderung vom Jahr 1806 herbeigeführt haben, sei es sein fester Entschluß gewesen, sobald ein fester Stand der Dinge eingetreten sein werde, dem Königreich eine den Rechten der Einzelnen und den Bedürfnissen des Staats angemessene Repräsentation zu geben; dieser Zeitpunkt sei nun gekommen, und er finde sich daher bewogen, seinem Volke die ihm bestimmte Wohlthat nicht länger vorzuenthalten und dadurch den öffentlichen Beweis abzulegen, wie nicht eine äußere Nothwendigkeit oder eine gegen andere übernommene Verpflichtung, sondern die Ueberzeugung von dem Bedürfnisse einer ständischen Verfassung für das Interesse des Staats und der Wunsch ihn geleitet habe, auch hiedurch das Glück seines Volks für die künftigen Generationen dauernd zu begründen. — Auf diese Bekanntmachung folgte den 29. Januar 1815 ein Reskript des Staatsministeriums, worin in Beziehung auf den bevorstehenden Zusammentritt einer allgemeinen Ständeversammlung Näheres über die Zusammensetzung der letzteren

und die Wahlen der Abgeordneten des dritten Standes erlaſſen wurde. Wirklich ward unter der unmittelbaren höchſten Aufſicht und Einwirkung eine Verfaſſungsurkunde ausgearbeitet und den auf den 15. März einberufenen Ständen als ein Geſchenk von königlicher Hand mitgetheilt." (Reyſcher, Publiziſtiſche Verſuche 1832 S. 37).

Eine ſolche Regelung des Verfaſſungswerks befriedigte jedoch nach keiner Seite hin, weder an ſich, noch nach dem Inhalte der einzelnen Beſtimmungen. Näheres über den deshalb jetzt entſponnenen Verfaſſungskampf iſt nachzuleſen bei Reyſcher, Einleitung in die Staatsgrundgeſetze (Geſetzesſammlung III S. 75--194); Fricker, Die Entſtehung der württembergiſchen Verfaſſung von 1819 (Tübinger Zeitſchrift für die geſammte Staatswiſſenſchaft 1862 S. 172—193); Fricker, Die Verfaſſungsurkunde für das Königreich Württemberg vom 25. September 1819 mit dem offiziellen Auslegungsmaterial, 1865; endlich bei Fricker und Geßler, Geſchichte der Verfaſſung Württembergs 1869 S. 150—239. Aus dem zuletzt angeführten Werke möge wenigſtens über den äußeren Gang der Verhandlungen, welche ſchließlich zu der Verfaſſung von 1819 geführt haben, das Folgende auch hier mitgetheilt werden:

„Nur nach langen Verhandlungen, während deren Dauer mehr als einmal die Erreichung des Ziels ſehr in Frage geſtellt war, kam das Verfaſſungswerk zu ſeinem endlichen befriedigenden Abſchluß. Der Entwicklungsgang, welchen derſelbe in dem Zeitraum vom Anfang des Jahres 1815 bis Ende Septembers 1819 gefunden hat, läßt eine Scheidung in drei Abſchnitte zu:

„1. Die Zeit vom Januar 1815 bis zum 28. Juli (beziehungsweise 15. Oktober) 1815. Der König, entſchloſſen, dem Lande eine Verfaſſung von ſich aus — ohne Nöthigung von außen, insbeſondere durch Beſchlüſſe des Wiener Kongreſſes — zu geben, erließ eine Verfaſſung als ein abgeſchloſſenes Ganzes, gegenüber von welcher die auf Grund derſelben berufene Ständeverſammlung nur das Recht haben ſollte, Aenderungen als Wünſche dem Könige vorzutragen. Dieſe Verfaſſung war nicht eine Wiederherſtellung der altlandſtändiſchen überhaupt oder derſelben mit den durch die eingetretenen politiſchen Aenderungen, insbeſondere den Hinzutritt Neu-Württembergs, gebotenen Modifikationen, ſondern beinahe durchaus auf neue Grundlagen gebaut.

„Das Vorgehen in dieſer Weiſe fand faſt allſeitigen Widerſpruch, insbeſondere von der Ständeverſammlung ſelbſt, welche in ihrer erſten Sitzung die alte Verfaſſung als noch zu Recht beſtehende Grundlage verlangte.

„Wurden Verſuche zur Erzielung eines gemeinſchaftlichen Einverſtändniſſes durch Aufſtellung königlicher und ſtändiſcher Kommiſſäre gemacht, ſo konnte doch eine Einigung über die von ſtändiſcher Seite aufgeſtellten ſechs Präliminarpunkte nicht erreicht werden — [1. Selbſttaxation nach vorgängiger Vorlegung einer Berechnung der Kammereinkünfte und der Staatsbedürfniſſe, verbunden mit der Befugnis der Stände a) die Kammerrechnungen zu Unterſuchung jener Berechnung einzuſehen, b) ſolche wieder in Abſicht auf die wirkliche Verwendung der verwilligten Gelder zu prüfen, c) einer ſtändiſchen Adminiſtration der Landesgelder; — 2. Herſtellung des Kirchenguts; 3. Form einer Repräſentation, wobei alle Klaſſen der Unterthanen verhältnismäßig gleich vertreten werden; — 4. ununterbrochene Ausübung der ſtändiſchen Rechte durch bleibenden Ausſchuß; — 5. ſtändiſcher Antheil an der Geſetzgebung ſeit 1806, mithin Reviſion der ſeit 1806 ergangenen Verordnungen durch eine gemeinſchaftliche herr- und landſchaftliche Deputation; — 6. Freizügigkeit im alten Sinne des Worts.]

„Die Unterhandlungen selbst erfuhren einen vollkommenen Abbruch, weil Seitens der Regierung eine Vertagung der Ständeversammlung für angemessen erachtet wurde und beide Theile sich nicht über die Art der Vertretung der Stände während der Zeit der Vertagung einigen konnten. Wünschten die Stände die Niedersetzung eines Komite's, als ein das Land vertretendes Kollegium, so gestattete dagegen der König nur die Zurücklassung von Bevollmächtigten lediglich zum Zweck der Verhandlung über die Aenderung der Verfassung, von welcher Erlaubnis die Stände keinen Gebrauch machten.

„Die Verhandlungen endigten mit Beharren jedes Theils auf seinem Standpunkt: der König hielt die von ihm erlassene Verfassung als eine auch für die Zukunft verbindliche fest; ein Anerkenntnis derselben als solcher durch die Stände war aber nicht gegeben, und die Verhandlungen mit diesen hatten ein wenigstens vorläufiges Ende.

„2. Der Zeitraum vom 15. Oktober 1815 bis 5. Juni 1817. Die Regierung, welche sich die Einberufung der Ständeversammlung nach stattgehabter Untersuchung der über die Staatsverwaltung erhobenen Beschwerden vorbehalten hatte, näherte sich nach wieder erfolgter Einberufung insoweit der Auffassung der Ständeversammlung, als jene die neu gegebene Verfassung nicht mehr als ohne Weiteres verbindlich geltend machte, die innere Giltigkeit der alten Landesverträge für Altwürttemberg nicht in Zweifel zog und für den Fall der Nichteinigung mit den Ständen die alte Verfassung mit ihrer herkömmlichen Repräsentation für das Stammland, eine auf wahrhafte Nationalrepräsentation gegründete, die früheren Verhältnisse berücksichtigende Verfassung für die neuen Lande in Aussicht stellte. Die Regierung bezeichnete auch 14 Punkte als Fundamentalpunkte für die Verhandlungen, nemlich

1. „Nothwendigkeit der Zustimmung der Stände zu jedem neuen, die persönliche Freiheit, das Eigenthum oder die Verfassung selbst betreffenden Gesetze oder zur Aufhebung eines vor 1806 auf konstitutionelle Weise errichteten, bis jetzt fortbestandenen Gesetzes;

2. Beseitigung von seit 1806 gegebenen Gesetzen, falls solche mit einer Bestimmung der künftigen Verfassungsurkunde in Widerspruch stehen;

Niedersetzung einer eigenen Gesetzgebungskommission zur Entgegennahme von motivirten Anträgen auf Aufhebung oder Abänderung der Gesetze von 1806 an; Vorlegung der Anträge nach vorheriger Berathung mit Deputirten der Landesversammlung durch das Staatsministerium an den König, welcher jeden billigen Wunsch berücksichtigen wird;

3. Vollkommene Sicherstellung des evangelischen Kirchenguts von Altwürttemberg, ausschließliche Verwendung desselben zu seinen stiftungs- und vertragsmäßigen Zwecken, hinreichende Fürsorge für die Bedürfnisse der katholischen Kirche;

4. Nothwendigkeit der Einwilligung der Stände zur Kontrahirung von Schulden;

5. Vollkommene Sicherung der Staatsgläubiger durch eine eigene, von jedem störenden Einfluß des Regenten befreite und hinlänglich fundirte Schuldenzahlungskasse;

6. Erhaltung des wesentlichen Bestands des Kammerguts;

7. Bestimmung einer Civilliste für den König und Fundirung derselben auf das Kammergut;

8. Ansinnen der Verwilligung von direkten und indirekten Steuern nur nach vorgängigem Nachweis der Zweckmäßigkeit der Ausgaben, der Unzulänglichkeit der Kammereinkünfte und der richtigen Verwendung der früher bewilligten und eingegangenen Abgaben, zugleich aber Vereinigung über eine Einrichtung zur Sicherung des ungestörten Fortgangs der Staatsverwaltung;

9. Fürsorge für Einrichtungen behufs einer unparteiischen, einsichtsvollen und schnellen Rechtspflege und Sicherung der Freiheit der Personen und des Eigenthums;

10. Kein Ausschluß eines zu Erlangung eines Staatsamts Befähigten wegen seiner Geburt oder seines Kirchenglaubens;



11. Befugnis der Stände zur Erhebung einer Anklage gegen Staatsdiener wegen verfaſſungswidrigen Betragens;

12. Anerkennung des Auswanderungsrechts der Unterthanen;

13. Einräumung einer liberalen, den neueren Verhältniſſen des deutſchen Adels analogen Verfaſſung an den hohen und niederen Adel, wobei mit dem Staatswohl unverträgliche oder für die übrigen Staatsbürger nachtheilige Vorrechte wohl von dem Adel ſelbſt nicht angeſprochen werden;

14. Vollendung der Organiſation der Ständeverſammlung, deren Mitglieder theils durch Geburt, theils durch Wahl beſtimmt ſind, nach ſolchen Grundſätzen, welche Regenten-, Adels- und Volksrechte ſicherſtellen, die Beziehung aller Stände zum Staat und zu ſeiner Verfaſſung feſtſetzen und der Ständeverſammlung die Fortdauer ihrer Wirkſamkeit gewähren.

„Nach längeren Erörterungen fertigte ein von den Ständen niedergeſetztes Inſtruktionskomite den Entwurf einer Verfaſſung, welchem der am 30. Oktober 1816 zur Regierung gelangte König Wilhelm einen Entwurf gegenüberſtellen ließ.

„Eine Kommiſſion der Stände legte für fünf Hauptpunkte: die Verantwortlichkeit der Staatsdiener, die Form der Repräſentation, die Permanenz derſelben, die Sicherſtellung der Stände bei Erfüllung ihres Berufs, die Finanzrechte der Stände, — ihre weſentlich abweichende Auffaſſung dar. Die Regierung bewilligte hinſichtlich dieſer Punkte einige Aenderungen ihres Entwurfs, verlangte aber binnen acht Tagen von Eröffnung ihrer Entſchließung an endliche Beſchlußfaſſung über die Annahme des ſo geänderten Entwurfs.

„Mit 67 gegen 42 Stimmen beſchloß die Verſammlung Ablehnung des Entwurfs, und erfolgte ſofort die Auflöſung der Ständeverſammlung.

„3. Der Zeitraum vom 5. Juni 1817 bis 25. September 1819. Der König ertheilte dem Verfaſſungsentwurf, ſoweit derſelbe ſich nicht auf eine landſtändiſche Repräſentation bezog, ſofortige Wirkſamkeit und gab auch die Annahme des Entwurfs durch die Amtsverſammlungen oder Magiſtrate anheim. Von mehreren derſelben wurden Erklärungen in ſolchem Sinne abgegeben, allein eine Annahme konnte hierauf nicht geſtützt werden. Eine umfaſſende Thätigkeit in Geſetzgebung wie Verwaltung trat von Seiten der Regierung ein. Der in der Einberufung einer neuen Ständeverſammlung auf den 13. Juli 1819 kundgegebene Entſchluß des Königs, das Verfaſſungswerk zur Vollendung zu bringen, fand ein williges Entgegenkommen der Stände. Der Zuſammentritt von beiderſeitigen Kommiſſarien erfolgte am 22. Juli und führte am 2. September zu dem Abſchluſſe eines gemeinſamen Entwurfs. Die Verhandlungen der Stände ergaben nicht viele und nicht tief eingreifende Aenderungen, über welche die Königliche Entſchließung am 22. September mitgetheilt wurde. Die Verſammlung erklärte ſich am 23. deſſelben Monats einſtimmig für die Annahme der Verfaſſung; der König und die Verſammlung beſtätigten dieſelbe in feierlicher Sitzung am 25. September 1819.“

Begreiflich gehen die Urtheile über das Verhalten der Parteien in dieſem langen Verfaſſungskampfe ſehr auseinander. Während bei den Zeitgenoſſen namentlich Ludwig Uhland in ſeinen Liedern vom guten alten Recht die Auffaſſung der Mehrheit der Stände mit Erfolg vertrat und ein anderes einflußreiches Mitglied der letzteren, Vizepräſident Dr. Zahn, in der Skizze einer Geſchichte des Verfaſſungswerks, Württemb. Jahrbücher 1820 und 1821, S. 254 ff. deren Standpunkt rückblickend nochmals gerechtfertigt hat, bekannte ſich ſchon im Jahr 1817 unſer berühmter Landsmann Hegel in den Heidelberger Jahrbüchern Nr. 66—68, 73—77 (jetzt Georg Wilhelm Friedrich Hegels Werke XVI. Band S. 219—360), in ſehr entſchiedener Weiſe zu der entgegengeſetzten Anſicht. Die letztere hat in neuerer Zeit

wenigstens bei Nichtwürttembergern die Oberhand gewonnen, so bei Gervinus, Geschichte des XIX. Jahrhunderts II S. 446—484, bei Treitschke, Historische und politische Aufsätze 1865 S. 214 ff. über Karl August von Wangenheim, S. 301 ff. über Ludwig Uhland.

Auch diese Kritik der außer den Verhandlungen Stehenden und der Nichtwürttemberger aber sucht die Erklärung für das Verhalten der Stände theils in der Reaktion gegen den Druck der vorangegangenen zehn Jahre eines überaus harten Regiments, theils überhaupt in dem Charakter des schwäbischen Volks, welches an einmal gewohnten Einrichtungen festhält, gegen Neues zunächst kritisch und eher ablehnend sich verhält und Mißtrauen namentlich dann zeigt, wenn ihm das Neue durch Fremde entgegengebracht wird. Auf die „Ueberweisen, die um eigene Sonnen kreisen“, „die herzlos Kalten, die Erglüh'n für Thorheit halten“, zielt Uhland wiederholt hin; mehrmals spricht er von denen, die für „unser“ Volk kein Herz haben, wobei er wohl vorzugsweise den Minister von Wangenheim im Auge hatte, einen geborenen Thüringer, welcher bei den Verhandlungen über die Verfassung einer der ersten Verfechter der neuen und, man darf es immerhin anerkennen, an sich aufgeklärteren Ideen gewesen ist. Für das Zutreffendste mag das Urtheil gelten, welches in der Geschichte der Verfassung, 1869, S. 238 ausgesprochen wird: „Diese Verhandlungen tragen entschieden das Gepräge des Charakters des schwäbischen Volksstamms. Die Form derselben schreitet allmählig von dem schwerfälligen schleppenden Gang des Vorlesens geschriebener Reden, des Wechsels von Schriften, der weitläufigen in's kleinlichste ausgesponnenen Erörterungen fort zu freier Diskussion, zu kürzeren sachgemäßeren Berichterstattungen, zu einer Beschränkung auf das für eine Verfassung Wesentliche. Das starre Festhalten an dem Alten, das Mißtrauen gegen neue Grundsätze, die ängstliche Gewissenhaftigkeit, welche über dem Bestreben nach der möglichsten Vollkommenheit sich nicht zur Annahme eines Theils entschließen kann, weicht einem weiteren Blicke, welcher die Verschiedenheit der nunmehr zu lösenden Aufgabe erkennt und sich von Einseitigkeiten befreit. Das Vertrauen zu den neuen Grundsätzen steigt in dem Maße, als ein Theil derselben, bereits in das Leben getreten, sich durch die Erfahrung erprobt und hier, wie sonst, ein ernstlicher Wille des Regenten sich bethätigt hat, die Verwaltung im Geiste einer Verfassung zu führen, deren leitender Grundsatz Redlichkeit, deren Charakter Oeffentlichkeit ist. Die Pflichttreue erkennt als geboten an, das zur Zeit Erreichbare, auch wenn dasselbe nicht das ganze Ziel der Wünsche ist, nicht zurückzuweisen, dasselbe vielmehr, auch wenn es nur einen Keim der Fortentwicklung für jenes Ziel bilden kann, zu achten und zu pflegen. — Gewiß war für Regierung wie Stände und mittelbar auch für das Volk dieser Zeitraum eine tüchtige Schule der politischen Erziehung, welche dem Lande neben der reiferen Frucht einer Verfassung zugleich auch insoweit Gewinn brachte.“

## IV.

Die Verfassungsurkunde vom 25. September 1819 ist nicht nach einer bestimmten konstitutionellen Schablone abgefaßt. Bereits oben wurde nachgewiesen, wie einzelne ihrer Bestimmungen aus der altwürttembergischen Verfassung herübergenommen und somit historisch zu erklären sind. Robert von Mohl hat sodann in dem gleichfalls schon angeführten Aufsatze (Tübinger Zeitschrift 1850 S. 46) weiter ausgeführt, wie andere Bestimmungen auf den Erfahrungen und Einrichtungen der Versammlungen seit 1815 beruhen, wieder andere darauf berechnet sind, die Wiederkehr derjenigen Regierungsmaßregeln und Härten zu verhindern, welche die



Regierung des Königs Friedrich zu einer ſo ſchweren Zeit für Württemberg gemacht hatten, wie endlich nur ein allerdings bedeutender Reſt der Beſtimmungen unmittelbar aus der Theorie der Einherrſchaft mit Volksvertretung herrührt, wie ſich dieſe durch die franzöſiſche Charte von 1814 ausgebildet hatte.

Die neue Verfaſſung wurde von allen Seiten mit aufrichtiger Freude begrüßt und mit frohen Hoffnungen aufgenommen. Uhland ſprach ſich darüber z. B. in dem Prolog zu Herzog Ernſt von Schwaben aus.

Mitten in der wild verworrnen Zeit
Erſteht ein Fürſt, vom eignen Geiſt bewegt,
Und reicht hochherzig ſeinem Volk die Hand
Zum freien Bund der Ordnung und des Rechts.
Heil dieſem König, dieſem Volke Heil!

Die Verfaſſung von 1819 hat ſich aber auch, im Großen und Ganzen genommen, erprobt und ebenſo die Stürme von 1848 und 1849 überdauert, als der Neugeſtaltung der Verhältniſſe im Deutſchen Reich ſich eingefügt. Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen Regierung und Ständen von ſolcher Bedeutung, daß ſie entweder Miniſter zum Rücktritt oder die Abgeordnetenkammer zur Auflöſung gebracht hätten, traten nur in ſeltenen Fällen hervor. Reformen einzelner Beſtimmungen und Abſchnitte der Verfaſſungsurkunde haben ſtattgefunden und ſollen nach der Thronrede vom 20. Juni 1874 im Wege ſtetigen und beſonnenen Fortſchritts auch fernerhin durchgeführt werden.

Die Verfaſſungsurkunde vom 25. September 1819 zerfällt in zehn Kapitel:

I. Von dem Königreiche (§§. 1—3);
II. Von dem Könige, der Thronfolge und der Reichsverweſung (§§. 4—18);
III. Von den allgemeinen Rechtsverhältniſſen der Staatsbürger (§§. 19—42);
IV. Von den Staatsbehörden:
  A. Allgemeine Beſtimmungen (§§. 43—53);
  B. Von dem Geheimen Rathe und den Verwaltungs-Depart. (§§. 54—61);
V. Von den Gemeinden und Amtskörperſchaften (§§. 62—69);
VI. Von dem Verhältniſſe der Kirchen zum Staate (§§. 70—84);
VII. Von Ausübung der Staatsgewalt (§§. 85—101);
VIII. Von dem Finanzweſen (§§. 102—123);
IX. Von den Landſtänden (§§. 124—194);
X. Von dem Staatsgerichtshofe (§§. 195—205).

Im Einzelnen erlitt nun dieſe Verfaſſungsurkunde im Laufe der Zeiten doch manche Abänderungen. So ſchon

unter König Wilhelm:

in §. 97 (Begnadigungs- und Abolitionsrecht) durch Art. 366 der Strafprozeßordnung vom 22. Juni 1843;

in §. 115 (Umlage der verwilligten Steuern) durch Art. 11 des Geſetzes über die Ausdehnung des Amts- und Gemeindeverbands auf ſämmtliche Theile des Staatsgebiets, vom 18. Juni 1849;

in §. 27 Abſatz 2 (Gewiſſensfreiheit) und §. 135 (Erforderniſſe eines Mitglieds der Ständeverſammlung) durch das Geſetz, betreffend die Unabhängigſtellung der ſtaatsbürgerlichen Rechte von dem religiöſen Bekenntniſſe, vom 31. Dezember 1861;

in §. 72 (Schutz- und Aufſichtsrecht des Staats über die katholiſche Kirche) durch das Geſetz, betreffend die Regelung des Verhältniſſes der Staatsgewalt zur katholiſchen Kirche, vom 30. Januar 1862, Art. 1, — während Art. 5 dieſes Geſetzes zugleich

die §§. 47 und 48 der Verfaſſungsurkunde (Verluſt des Staatsdienſtes und Suſpenſion vom Staatsdienſte) für katholiſche Kirchendiener außer Anwendung ſetzte.

Zahlreicher ſind die Abänderungen der Verfaſſungsurkunde unter der Regierung von

König Karl:

§. 59 Ziff. 3 betreffend die Entſcheidung von Kompetenzkonflikten zwiſchen den Juſtiz- und Verwaltungsbehörden, durch Art. 50 der Strafprozeßordnung vom 17. April 1868, — und fernerhin durch Art. 3 des Geſetzes zur Ausführung der Reichs-Strafprozeßordnung, ſowie durch das in der Verabſchiedung begriffene Geſetz, betreffend die Entſcheidung von Kompetenzkonflikten.

§§. 44—48 (Befähigung zum Staatsdienſte; Dienſteid; Verluſtigung (ſic!) des Staatsdienſtes; Suſpenſion vom Staatsdienſte) durch das Geſetz, betreffend die Rechtsverhältniſſe der Staatsbeamten, ſowie der Angeſtellten an den Latein- und Realſchulen vom 28. Juni 1876;

§§. 47 und 48 ferner durch das Geſetz, betreffend die Rechtsverhältniſſe der Volksſchullehrer vom 30. Dezember 1877;

§. 57 Abſatz 2 und 3 (Penſion der Miniſter und Geheimerathsmitglieder), erſtmals abgeändert durch Geſetz vom 7. September 1849 Art. 4 und 6, wurde weiter modifizirt durch die Beſtimmung in Art. 3 des Geſetzes, betreffend die Abänderung einiger geſetzlicher Beſtimmungen über die Bemeſſung der Quiescenzgehalte und Penſionen der Civil- und Militärdiener, vom 29. März 1865 und neuerdings annähernd wiederhergeſtellt durch Art. 48 des vorhin erwähnten Beamtengeſetzes vom 28. Juni 1876;

§. 60 Ziffer 1 und 2 (Wirkſamkeit des Geheimen Raths als entſcheidende Behörde) durch das Geſetz über die Verwaltungsrechtspflege vom 16. Dezember 1876.

Ausdrücklich als Verfaſſungsgeſetze ſind bezeichnet:

die beiden Geſetze vom 26. März 1868 und 23. Juni 1874, betreffend einige Abänderungen des IX. Kapitels der Verfaſſungsurkunde (von den Landſtänden), das erſtere ergänzt durch das Geſetz, betreffend die Wahlen der Städte und Oberamtsbezirke für den Landtag;

ferner

das Verfaſſungsgeſetz, betreffend die Bildung eines Staatsminiſteriums, vom 1. Juli 1876, durch welches abgeändert wurden die

§. 38 (Auskunftertheilung an die Ständeverſammlung über Beſchwerden einzelner Staatsbürger),

§§. 54, 56, 58, 59 Ziffer 1 und 4 (von dem Geheimen Rathe),

§§. 126, 160 Abſ. 2 und 4 (Verkehr der Regierung mit den Landſtänden),

§. 172 Abſ. 2 (Verkündung der Geſetze).

Der Entwurf eines vierten Verfaſſungsgeſetzes hinſichtlich der Abänderung auch des X. Kapitels der Verfaſſungsurkunde über den Staatsgerichtshof dagegen, welchen die Kön. Regierung am 25. Januar 1876 bei den Landſtänden eingebracht und die Kammer der Abgeordneten mit einigen Abänderungen angenommen hatte,

kam bei der Berathung in der Kammer der Standesherren am 22. Juni 1876 zu Fall.

Endlich ist die Verfassungsurkunde vom 25. September 1819 mehrfach auch berührt worden durch die abweichenden Bestimmungen der Reichsverfassung vom 16. April 1871, und einzelner Reichsgesetze, insbesondere in den

§. 3 (Verhältnis zum Deutschen Bunde), zuvor schon aufgehoben durch die Verträge von 1866, vergl. jetzt Art. 2 der Reichsverfassung;

§. 19 (Erwerbung des Staatsbürgerrechts) durch das Reichsgesetz über den Erwerb und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870;

§. 23 (Verpflichtung zum Waffendienste) durch Abschn. XI der Reichsverfassung;

§. 28 (Freiheit der Presse) vergl. Art. 4 Ziff. 16 der Reichsverfassung und Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874;

§. 31 (Handels- und Gewerbe-Privilegien und Patente) vergl. Art. 4 Ziff. 1 u. 5 der Reichsverfassung;

§§. 32 und 33 (Auswanderung), 34 (Eintritt in fremde Staatsdienste), und 35 (Niederlassung im Auslande) durch das oben erwähnte Reichsgesetz vom 1. Juni 1870;

§. 44 (Befähigung zum Staatsdienste) durch Art. 3 der Reichsverfassung;

§. 62 (Gemeindeverband) durch Art. 3 der Reichsverfassung;

§. 70 (Gleichheit der drei christlichen Glaubensbekenntnisse und deren Kirchen-, Schul- und Armenfonds) durch das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870;

§. 92 (Gerichtsverfassung) durch Art. 4 Z. 13 der Reichsverfassung und das Reichsgesetz vom 20. Dezember 1873, betreffend die Ausdehnung der Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung auf das gesammte bürgerliche Recht;

§§. 99—101 (Militärverfassung und Militärpensionen) durch den XI. Abschnitt der Reichsverfassung und die Reichsgesetze über Militärpensionen vom 27. Juni 1871 und 4. April 1874, über den Reichs-Invaliden-Fonds v. 23. Mai 1873.

## V.

Von den Landständen handeln zunächst die §§. 124 bis 186 der Verfassungsurkunde und die beiden Verfassungsgesetze vom 26. März 1868 und 23. Juni 1874. Die wesentlichsten Bestimmungen sind folgende:

§. 124. Die Stände sind berufen, die Rechte des Landes in dem durch die Verfassung bestimmten Verhältnisse zum Regenten geltend zu machen. Vermöge dieses Berufes haben sie bei Ausübung der Gesetzgebungsgewalt durch ihre Einwilligung mitzuwirken, in Beziehung auf Mängel oder Mißstände, die sich bei der Staatsverwaltung ergeben, ihre Wünsche, Vorstellungen und Beschwerden dem Könige vorzutragen, auch wegen verfassungswidriger Handlungen Klage anzustellen, die nach gewissenhafter Prüfung für nothwendig erkannten Steuern zu verwilligen und überhaupt das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes mit treuer Anhänglichkeit an die Grundsätze der Verfassung zu befördern. —

§. 126. Der Geheime Rath — und jetzt in Folge des Verfassungsgesetzes vom 1. Juli 1876 Art. 8 das Staatsministerium — ist die Behörde, durch welche sowohl der König seine Eröffnungen an die Stände erlassen wird, als auch letztere ihre Erklärungen, Bitten und Wünsche an den König zu bringen haben. — [Der Hauptfinanzetat jedoch wird den Ständen durch den Finanzminister vorgelegt §. 111].

§. 127. Der König wird alle drei Jahre die Versammlung der Stände (Landtag) einberufen; und außerordentlicherweise, so oft es zur Erledigung wichtiger und dringender Landesangelegenheiten erforderlich ist. — Auch werden bei jeder Regierungsveränderung die Stände innerhalb der ersten vier Wochen versammelt werden.

§. 128. Die Stände theilen sich in zwei Kammern:

§. 129. Die erste Kammer (Kammer der Standes-Herren) besteht:



1. aus den Prinzen des Königlichen Hauses;

2. aus den Häuptern der fürstlichen und gräflichen Familien, und den Vertretern der standesherrlichen Gemeinschaften, auf deren Besitzungen vormals eine Reichs- oder Kreis-Tags-Stimme geruht hat;

3. aus den von dem Könige erblich oder auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern.

§. 130. Zu erblichen Mitgliedern wird der König nur solche Gutsbesitzer aus dem standesherrlichen oder ritterschaftlichen Adel ernennen, welche von einem mit Fideikommis belegten, nach dem Rechte der Erstgeburt sich vererbenden Grundvermögen im Königreich, nach Abzug der Zinsen aus den darauf haftenden Schulden, eine jährliche Rente von sechstausend Gulden beziehen.

§. 131. Die lebenslänglichen Mitglieder werden vom Könige, ohne Rücksicht auf Geburt und Vermögen, aus den würdigsten Staatsbürgern ernannt.

§. 132. Die Zahl sämmtlicher von dem Könige erblich oder auf lebenslang ernannten Mitglieder kann den dritten Theil der übrigen Mitglieder der ersten Kammer nicht übersteigen. (Zur Zeit sind es 2 erblich, 8 lebenslänglich ernannte Mitglieder).

§. 133. Die zweite Kammer (Kammer der Abgeordneten) ist zusammengesetzt:

1. aus dreizehn Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels, welche von diesem aus seiner Mitte gewählt werden;

2. aus den sechs protestantischen General-Superintendenten;

3. aus dem Landes-Bischof, einem von dem Domkapitel aus dessen Mitte gewählten Mitgliede, und dem der Amtszeit nach ältesten Dekan katholischer Konfession;

4. aus dem Kanzler der Landes-Universität;

5. aus einem gewählten Abgeordneten von jeder der Städte Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg, Ellwangen, Ulm, Heilbronn und Reutlingen — der sogenannten guten Städte (Reg.-Bl. 1811 S. 32);

6. aus einem gewählten Abgeordneten von jedem Oberamtsbezirke.

§. 134 (vergl. mit Art. 15 Satz 1 des Königl. Hausgesetzes vom 8. Juni 1828 und Art. 1 des Gesetzes vom 7. März 1873, betreffend die weitere Herabsetzung des Alters der Volljährigkeit). Der Eintritt in die Kammer geschieht bei dem Kronprinzen nach dem zurückgelegten 18., bei den Kgl. Prinzen und den übrigen erblichen Mitgliedern mit dem vollendeten 21. Lebensjahre. In die zweite Kammer kann Keiner gewählt werden, welcher noch nicht das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 135. Die allgemeinen Erfordernisse eines Mitglieds der Ständeversammlung sind [jetzt] (vergl. das Gesetz vom 31. Dezember 1861 betreffend die Unabhängigstellung der staatsbürgerlichen Rechte von dem religiösen Bekenntnisse, und das Verfassungsgesetz vom 26. März 1868 Art. 1 und 4) folgende:

1. dasselbe muß das württembergische Staatsbürgerrecht haben;

2. dasselbe darf weder in eine Kriminal-Untersuchung verflochten, noch durch gerichtliches Erkenntnis zur Dienst-Entsetzung, zur Festungsstrafe mit Zwang zu öffentlichen Arbeiten oder angemessener Beschäftigung, oder zum Zuchthaus verurtheilt worden sein;

3. es darf kein Konkurs gegen dasselbe gerichtlich eröffnet sein; und selbst nach geendigtem Konkursverfahren dauert seine Unfähigkeit fort, wenn es wegen Vermögens-Zerrüttung gestraft worden ist. Jedoch werden die erblichen Mitglieder der ersten Kammer durch Erkennung einer Debitkommission von der Stimmführung nicht ausgeschlossen, wenn ihnen eine Kompetenz von wenigstens zweitausend Gulden ausgesetzt ist. Endlich

4. darf ein Mitglied der Ständeversammlung weder unter väterlicher Gewalt, noch unter Vormundschaft stehen.

§. 136. Die 13 ritterschaftlichen Mitglieder der zweiten Kammer werden von den immatrikulirten Besitzern oder Theilhabern der Rittergüter nach den vier Kreisen des Königreichs, in den Kreisstädten, unter der Leitung des betreffenden Regierungs-Präsidenten mit Zuziehung zweier Mitglieder der Ritterschaft, aus sämmtlichen Mitgliedern ritterschaftlicher Familien gewählt. — [Wer in mehreren Kreisen als Rittergutsbesitzer besteuert wird, kann in mehreren Kreisen das Wahlrecht ausüben §. 145].

§. 137. Die Abgeordneten der Städte und Oberamtsbezirke (§. 133 Z. 5 und 6) werden durch diejenigen württembergischen Staatsbürger direkt gewählt, welche in dem Wahlbezirk ihren Wohnsitz oder ihren nicht blos vorübergehenden Aufenthalt haben und nicht nach §. 142 ausdrücklich ausgeschlossen sind.



§. 142. Von der Ausübung des aktiven Wahlrechts jeder Art ſind ausgeſchloſſen:

1. Perſonen, welche unter Vormundſchaft ſtehen, oder das 25. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben;

2. Perſonen, gegen welche ein Gantverfahren gerichtlich eröffnet iſt, während der Dauer deſſelben;

3. Perſonen, gegen welche wegen eines Verbrechens, das den Verluſt der bürgerlichen Ehren- und Dienſtrechte zur Folge hat, Unterſuchung verhängt iſt, oder denen durch rechtskräftige Verurtheilung der Vollgenuß der ſtaatsbürgerlichen Rechte entzogen iſt, ſofern ſie in dieſe Rechte nicht wieder eingeſetzt worden ſind;

4. Perſonen, welche — den Fall eines vorübergehenden Unglücks ausgenommen — eine Armen-Unterſtützung aus öffentlichen Mitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorangegangenen Finanzjahr bezogen und dieſe zur Zeit der Wahl nicht wieder erſtattet haben.

§. 142a. Die Wahlen erfolgen durch geheime Stimmgebung.

§. 143. Eine giltige Wahl kommt am erſten Wahltermine (vergl. §. 153) nur durch die Abſtimmung von mehr als der Hälfte der Wahlberechtigten zu Stande. — Im Fall des Nichterſcheinens der erforderlichen Zahl ſind mittelſt öffentlicher Bekanntmachung Ergänzungswahltermine ſo lange anzuberaumen, bis jene Zahl erreicht iſt. Zu dieſen Ergänzungswahlterminen ſind die nicht erſchienenen Wahlberechtigten ſpeziell zu laden. — Die Ausübung des Wahlrechts kann nicht durch einen Bevollmächtigten geſchehen, den Fall ausgenommen, wenn bei den Wahlen der Ritterſchaft der Wahlberechtigte durch Dienſtverhältniſſe verhindert iſt, ſich am Wahlort einzufinden.

§. 144. Die Wahlen geſchehen nach abſoluter Stimmenmehrheit.

§. 146. Wählbar iſt jeder, welchem die oben (§§. 134 und 135) vorgeſchriebenen Eigenſchaften nicht fehlen. Jedoch können Staatsdiener nicht innerhalb des Bezirks ihrer Amtsverwaltung, und Kirchendiener nicht innerhalb des Oberamtsbezirks, in welchem ſie wohnen, gewählt werden. — Auch können weder die Häupter der ſtandesherrlichen Familien, noch die Rittergutsbeſitzer (§. 136) gewählt werden. — Beamte bedürfen zur Annahme einer Wahl keines Urlaubs. — Wenn ein gewähltes Kammermitglied ein beſoldetes Reichs- oder Staatsamt annimmt, oder im Reichs- oder Staatsdienſt in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder Gehalt verbunden iſt, ſo verliert es Sitz und Stimme in der Kammer und kann ſeine Stelle in derſelben nur durch neue Wahl wieder erlangen.

§. 147. Die Wahlmänner — ſind in Anſehung der Perſon des Abgeordneten nicht auf ihren Wahlbezirk beſchränkt; ſie können auch einem anderswo im Königreiche wohnenden Staatsbürger ihre Stimme geben. Wer aber an mehreren Orten gewählt worden iſt, kann nur Eine der auf ihn gefallenen Wahlen annehmen.

§. 148. Tritt der Fall ein, daß Vater und Sohn zugleich Mitglieder der Ständeverſammlung werden, ſo wird, wenn der Vater nicht aus eigener Entſchließung zurücktritt, der Sohn durch denſelben ausgeſchloſſen.

§. 151. Die Vorſchriften über das Verfahren bei der Wahl der Abgeordneten der Städte und Oberamtsbezirke werden durch ein Geſetz näher beſtimmt. — Die Mitglieder der Wahlkommiſſionen, ſowie die Urkundsperſonen können nicht durch die Wahlhandlung, bei deren Leitung ſie als ſolche betheiligt ſind, zu Abgeordneten gewählt werden. — Ebenſo ſind bei den Wahlen der Ritterſchaft die zur Leitung der Wahlhandlung zuzuziehenden ritterſchaftlichen Mitglieder (§. 136) nicht wählbar. (Wahlgeſetz vom 26. März 1868; Inſtruktion dazu vom 20. April 1868).

§. 153. Hat der Gewählte die Wahl nicht angenommen, oder keiner der Kandidaten mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten, ſo iſt eine neue Wahl anzuordnen. In dem letzteren Fall iſt nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche bei der erſten Wahl die meiſten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entſcheidet das Loos.

§. 154. Nach dem Schluſſe der Wahlhandlung wird für den Gewählten zu deſſen Legitimation eine Wahlurkunde mit der Unterſchrift der zu Feſtſtellung des Wahlergebniſſes geſetzlich berufenen Perſonen ausgefertigt.

§. 155. Der Gewählte iſt als Abgeordneter, nicht des einzelnen Wahlbezirkes, ſondern des ganzen Landes anzuſehen. — Es kann ihm daher auch keine Inſtruktion, an welche er bei ſeinen künftigen Abſtimmungen in der Ständeverſammlung gebunden wäre, ertheilt werden.

§. 156. Die Mitglieder beider Kammern haben ihr Stimmrecht in Perſon auszuüben; nur den erblichen Mitgliedern der erſten Kammer iſt geſtattet, ihre Stimme einem andern in der Verſammlung anweſenden Mitgliede dieſer Kammer, oder einem Sohne, oder dem ſonſtigen präſumtiven Nachfolger in der Standesherrſchaft zu übertragen. — Dieſes beſondere Recht der



Stimmübertragung kann auf gleiche Weise auch für einen wegen Minderjährigkeit oder anderer persönlicher Unfähigkeit unter Vormundschaft stehenden Standesherrn von dessen Vormund ausgeübt werden. — In jedem Fall aber kann ein Mitglied der ersten Kammer oder ein Stellvertreter desselben niemals mehr als Eine übertragene Stimme führen.

§. 157. Alle sechs Jahre muß eine neue Wahl der Abgeordneten, welche nicht Amtshalber Sitz und Stimme in der zweiten Kammer haben, vorgenommen werden; die bisherigen sind wieder wählbar.

§. 158. Während dieses sechsjährigen Zeitraums erfolgt der Austritt eines Mitglieds der Kammer, außer dem Falle des freiwilligen Entschlusses oder der gerichtlich erkannten Ausschließung — [abgesehen ferner von dem in §. 146 Abs. 4 bezeichneten Falle] — nur dann, wenn

1. ein Mitglied das Grundvermögen, den Stand oder das Amt, worauf dessen Befähigung beruht, zu besitzen aufhört;

2. wenn das Mitglied in der Zwischenzeit eine der oben (§. 135) festgesetzten Eigenschaften verliert. —

§. 159. Die Mitglieder beider Kammern haben sich vor Eröffnung des Landtags zu legitimiren. Die Legitimation geschieht bei dem ständischen Ausschusse (§. 187) durch Vorlegung des Einberufungsschreibens, welches in dem (§. 156) erwähnten Falle der Stimmübertragung mit der hierauf gerichteten Vollmacht begleitet sein muß, und vermittelst der Wahlurkunde. —

§. 160. Die erste Kammer wird durch die Anwesenheit der Hälfte, die zweite Kammer durch das Erscheinen von zwei Drittheilen ihrer Glieder als vollständig besetzt angesehen. — Die Legitimation der etwa später eintreffenden Mitglieder, sowie die Erledigung der noch übrigen Legitimationsanstände, geschieht bei der betreffenden Kammer. —

§. 161. Sollte bei Einberufung eines Landtages eine der beiden Kammern nicht in der nach §. 160 erforderlichen Anzahl zusammen kommen, so wird sie als einwilligend in die Beschlüsse der andern angesehen. Jedoch steht es in diesem Falle den erschienenen Mitgliedern der unvollzähligen Kammer frei, den Sitzungen der andern mit Stimmrecht beizuwohnen.

§. 163. — Der Stände-Eid lautet so: „Ich schwöre, die Verfassung heilig zu halten, und in der Ständeversammlung das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlandes, ohne alle Nebenrücksicht, nach meiner eigenen Ueberzeugung, treu und gewissenhaft zu berathen. So wahr mir Gott helfe!" —

§. 164. Der Vorstand der Ständeversammlung besteht aus einem Präsidenten und einem Vizepräsidenten in jeder der beiden Kammern. Das Amt desselben erstreckt sich je auf die Dauer einer ordentlichen Landtagsperiode (§§. 127 und 190). — Den Präsidenten der ersten Kammer ernennt der König ohne Vorschlag. Der Vizepräsident wird von der ersten Kammer aus der Zahl ihrer standesherrlichen Mitglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt. — Die Kammer der Abgeordneten wählt durch absolute Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte ihren Präsidenten und ihren Vizepräsidenten. — So lange für die betreffende Kammer weder ein Präsident noch ein Vizepräsident bestellt ist, sowie im Falle der Verhinderung derselben, versieht in jeder Kammer die Stelle des Präsidenten das im Lebensalter älteste anwesende Kammermitglied. Das Amt des Alterspräsidenten geht im Falle der Ablehnung Seitens des Berufenen auf das im Lebensalter ihm am nächsten stehende Kammermitglied über. — Jede der Kammern wählt auf die Dauer eines Landtags mit relativer Stimmenmehrheit die erforderliche Zahl von Schriftführern aus ihrer Mitte.

§. 164 a. Jede Kammer regelt innerhalb der verfassungsmäßigen Schranken ihre Geschäftsordnung.

§. 167. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich; auch haben dieselben ihre Verhandlungen durch den Druck bekannt zu machen.

§. 168. Die Sitzungen werden geheim, theils auf das Begehren der Minister und Königlichen Kommissarien bei Vorträgen, die sie, ihrer Erklärung nach, im Namen des Königs zu machen haben, und welche nur im Fall einer solchen Erklärung für amtliche Aeußerungen zu halten sind; theils auf den Antrag von wenigstens drei Mitgliedern in der ersten Kammer, und von wenigstens zehn Mitgliedern in der zweiten Kammer, wenn diesen, nach vorläufigem Abtreten der Zuhörer, die Mehrheit der Kammer bestimmt.

§. 169. Die Minister sind befugt, den Verhandlungen der beiden Kammern anzuwohnen und an den Berathungen Theil zu nehmen. Sie können sich auch von anderen Staatsdienern begleiten lassen, welche etwa den vorliegenden Gegenstand besonders bearbeitet haben, oder sonst vorzügliche Kenntnis davon besitzen. An den Sitzungen der ständischen Kommissionen steht ihnen im Fall einer ausdrücklichen Einladung gleichfalls Theilnahme zu.



§. 172. Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, steht dem Könige, wie jeder der beiden Kammern zu. — Gesetzesentwürfe über Auflegung von Steuern, über die Aufnahme von Anlehen, über die Feststellung des Staatshaushalts oder über außerordentliche, im Etat nicht vorgesehene Ausgaben können nur vom Könige ausgehen. Auch können Ausgabeposten nicht über den Betrag der von der Regierung vorgeschlagenen Summe erhöht werden. — Von Kammermitgliedern ausgehende Gesetzesvorschläge müssen in der ersten Kammer von mindestens fünf, in der zweiten Kammer von mindestens fünfzehn Mitgliedern unterzeichnet sein. — Den Ständen bleibt unbenommen, auch im Wege der Petition auf neue Gesetze sowohl als auf Abänderung oder Aufhebung der bestehenden anzutragen. — Der König allein sanktionirt und verkündet die Gesetze unter Anführung der Vernehmung des Geheimen Rathes und der erfolgten Zustimmung der Stände.

§. 175. Zu Fassung eines giltigen Beschlusses wird in jeder Kammer die zur vollständigen Besetzung derselben (§. 160) nothwendige Anzahl von Mitgliedern erfordert.

§. 176. Die Beschlüsse werden nach der Stimmenmehrheit, welche nach Beschaffenheit des Gegenstandes eine absolute oder relative sein kann, abgefaßt, so daß im Falle der Stimmengleichheit der Präsident den Ausschlag gibt. Wenn jedoch von Abänderung irgend eines Punktes der Verfassung die Rede ist, so ist die Beistimmung von zwei Drittheilen der anwesenden Mitglieder in beiden Kammern nothwendig.

§. 177. Die zum Wirkungskreise der Stände gehörigen Angelegenheiten werden in jeder Kammer besonders verhandelt. [Vergl. übrigens §. 192 Abs. 2 und §. 193 Abs. 2 und 4]. Doch können, um eine Ausgleichung verschiedener Ansichten zu versuchen, beide Kammern sich mit einander zu vertraulichen Besprechungen, ohne Protokollführung und Beschlußnahme, vereinigen.

§. 178. Es hängt von dem Könige ab, die Gesetzesentwürfe oder andere Vorschläge an die erste oder an die zweite Kammer zu bringen, ausgenommen wenn sie Verwilligung von Abgaben betreffen; in welchem Falle solche immer zuerst an die zweite Kammer gelangen.

§. 179. Die von der einen Kammer gefaßten Beschlüsse werden der andern zu gleichmäßiger Berathung mitgetheilt. Nur zu Ausübung des Rechtes der Petitionen und Beschwerden, sowie zu einer Anklage wegen verletzter Verfassung ist jede Kammer auch einzeln berechtigt.

§. 180. Die Kammer, an welche die Mittheilung geschieht, kann den Antrag der mittheilenden verwerfen oder annehmen, und zwar entweder unbedingt, oder mit beigefügten Modifikationen. Die Verwerfung muß aber jederzeit mit Anführung der Gründe geschehen.

§. 181. Von der vorstehenden Regel macht die Abgaben-Verwilligung eine Ausnahme in folgenden Punkten:

1. Eine Abgaben-Verwilligung wird in der zweiten Kammer, nach der von ihr in Gemäßheit des §. 110*) vorgenommenen Untersuchung, in Berathung gezogen, und nach vorgängiger vertraulicher Besprechung mit der ersten Kammer (§. 177) — [auf welche jedoch in der Regel verzichtet wird] — Beschluß darüber in der zweiten gefaßt;

2. dieser Beschluß wird sodann der ersten Kammer mitgetheilt, welche denselben nur im Ganzen, ohne Aenderung, annehmen oder verwerfen kann;

3. erfolgt das letztere, so werden die bejahenden und die verneinenden Stimmen beider Kammern zusammengezählt, und nach der Mehrheit sämmtlicher Stimmen wird alsdann der Ständebeschluß abgefaßt. Würde in diesem Falle Stimmengleichheit eintreten, so hat der Präsident der zweiten Kammer die Entscheidung.

§. 182. In allen anderen Fällen gilt der Grundsatz, daß nur solche Beschlüsse, worüber beide Kammern nach gegenseitiger Mittheilung einverstanden sind, an den König gebracht und von dem Könige bestätigt werden können.

§. 183. Der von der einen Kammer verworfene Antrag der andern kann auf demselben Landtage nicht wiederholt werden. Wird aber ein solcher Antrag bei der nächsten Ständeversammlung erneuert und abermals verworfen, so treten die zwei Kammern zu einer vertraulichen Besprechung über den Gegenstand zusammen. Sollte auch hiedurch die Verschiedenheit der Ansichten nicht ausgeglichen werden, so haben die Kammern, wenn die Frage einen ihnen von dem Könige zugekommenen Gegenstand betrifft, ihre Nichtübereinstimmung dem Könige blos anzuzeigen, woferne sie nicht mit einander übereinkommen, die Entscheidung dem Könige zu überlassen. — [Es ist uns nicht bekannt, daß von dem letzteren, in konstitutionellem Sinne immerhin eigenthümlichen Auskunftsmittel bis jetzt je einmal Gebrauch gemacht worden wäre.]

*) §. 110. Dem Ansinnen einer Steuerverwilligung muß jedesmal eine genaue Nachweisung über die Nothwendigkeit oder Nützlichkeit der zu machenden Ausgaben, über die Verwendung der früheren Staats-Einnahmen und über die Unzulänglichkeit der Kammer-Einkünfte vorangehen.



§. 184. Kein Mitglied der Ständeversammlung kann während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung der betreffenden Kammer wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. — Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich. — Auf Verlangen der Kammer wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied derselben und jede Untersuchungs- oder Civilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

§. 185. Kein Ständemitglied darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Ständeversammlung zur Verantwortung gezogen werden. — Dagegen hat, wenn ein Ständemitglied seine Stellung in der Kammer zu einer Beleidigung oder Verleumdung der Regierung, der Stände oder einzelner Personen mißbraucht, die betreffende Kammer dies zu rügen.

§. 186. Der König eröffnet und entläßt die Ständeversammlung entweder in eigener Person, oder durch einen dazu bevollmächtigten Minister. — Dem Könige steht auch das Recht zu, die Versammlung zu vertagen oder ganz aufzulösen. — Im Falle der Auflösung wird spätestens binnen sechs Monaten eine neue Versammlung einberufen werden; es ist hiezu eine neue Wahl der Abgeordneten nöthig, bei welcher jedoch die vorigen Mitglieder wieder gewählt werden können.

## VI.

In demselben Kapitel IX der Verfassungsurkunde, welches von den Landständen handelt, folgen nun die Bestimmungen über den Ständischen Ausschuß.

§. 187. Solange die Stände nicht versammelt sind, besteht als Stellvertreter derselben ein Ausschuß für diejenigen Geschäfte, deren Besorgung von einem Landtage zum andern zur ununterbrochenen Wirksamkeit der Repräsentation des Landes nothwendig ist.

§. 188. In dieser Hinsicht liegt dem Ausschuß ob, die ihm, nach der Verfassung, zur Erhaltung derselben zustehenden Mittel in Anwendung zu bringen, und hievon bei wichtigen Angelegenheiten die in dem Königreich wohnenden Ständemitglieder in Kenntnis zu setzen, in den geeigneten Fällen bei der höchsten Staatsbehörde Vorstellungen, Verwahrungen und Beschwerden einzureichen, und nach Erfordernis der Umstände, besonders wenn es sich von der Anklage der Minister handelt, um Einberufung einer außerordentlichen Ständeversammlung zu bitten, welche in letzterem Falle nie verweigert werden wird, wenn der Grund der Anklage und die Dringlichkeit derselben gehörig nachgewiesen ist. — Außerdem hat der Ausschuß am Ende der in die Zwischenzeit fallenden Finanzjahre nach Maßgabe dessen, was in §. 110 festgesetzt ist, die richtige der Verabschiedung angemessene Verwendung der verwilligten Steuern in dem verflossenen Jahre zu prüfen, und den Etat des künftigen Jahres mit dem Finanzministerium zu berathen. Auch steht dem Ausschusse die Aufsicht über die Verwaltung der Staatsschulden-Zahlungskasse zu. — Insbesondere gehört es zu seinem Wirkungskreise, die für eine Ständeversammlung sich eignenden Geschäftsgegenstände, namentlich die Erörterungen vorgelegter Gesetzesentwürfe zur künftigen Berathung vorzubereiten, — [geschieht jetzt meist durch die betreffenden Kommissionen der beiden Kammern selbst] — und für die Vollziehung der landständischen Beschlüsse Sorge zu tragen.

§. 189. Dagegen kann sich der Ausschuß auf solche Gegenstände, welche verfassungsmäßig eine Verabschiedung mit den Ständen erfordern, namentlich auf Gesetzgebungs-Anträge, Steuerverwilligungen, Schuldenübernahmen und Militäraushebungen, nicht anders als auf eine vorbereitende Weise einlassen.

§. 190. Der Ständische Ausschuß besteht aus zwölf Personen, nemlich den Präsidenten der beiden Kammern, zwei Mitgliedern aus der ersten und acht aus der zweiten Kammer. Die Wahl derselben geschieht von den zu diesem Zwecke vereinigten Kammern nach relativer Stimmenmehrheit auf die Zeit von einem ordentlichen Landtage zum andern (auf drei Jahre), und ist jedesmal dem Könige anzuzeigen. — — Sechs Mitglieder des Ausschusses, die Präsidenten der beiden Kammern mit eingeschlossen, müssen in Stuttgart anwesend sein (d. i. der sogen. engere Ausschuß). Die übrigen sechs Mitglieder können außerhalb Stuttgart ihre Wohnungen haben, und werden, so oft es die Umstände erfordern, von den Anwesenden einberufen.

— In Vollziehung dieses §. 190 der Verfassungsurkunde bestimmt ein Gesetz vom 20. Juni 1821, daß die gewöhnlich abwesenden Mitglieder des Ständischen Ausschusses einzuberufen seien, (daß sich m. a. W. der weitere Ausschuß zu konstituiren habe):



1. ſo oft die anweſenden Mitglieder dafür halten, daß die Regierung um Einberufung einer außerordentlichen Ständeverſammlung zu bitten ſein möchte;

2. wenn nach Verfluß eines Etatsjahres das Finanzminiſterium dem Ständiſchen Ausſchuſſe die richtige, der Verabſchiedung angemeſſene Verwendung der verwilligten Steuern in dem verfloſſenen Etatsjahre nachweiſt und ſeinen hierauf gegründeten Etat für das folgende Jahr dem Ausſchuſſe zur Berathung mittheilt;

3. bei Abhör der Jahresrechnung der Schuldenzahlungskaſſe und der Suſtentationskaſſe;

4. bei der Berathung des Rechenſchaftsberichts; — in welcher Beziehung wieder die Verf.-Urk. in §. 191 beſagt: Bei jeder Ständeverſammlung hat der Ausſchuß über dasjenige, was von ihm in der Zwiſchenzeit verhandelt worden iſt, in einem Zuſammentritt beider Kammern — [faktiſch in getrennter Verhandlung in jeder der beiden Kammern für ſich auf Grund des Rechenſchaftsberichts] — Rechenſchaft ablegen.

In Beziehung auf andere möglicher Weiſe eintretende Fälle weiſt das Geſetz von 1821 die Frage von Einberufung der Abweſenden der verfaſſungsmäßigen Beurtheilung der anweſenden Mitglieder des Ausſchuſſes zu, wie z. B. der ſog. weitere Ausſchuß bei der Aufnahme von Staatsanlehen regelmäßig in Funktion tritt.

Die Verfaſſungsurkunde fährt fort:

§. 192. Die Verrichtungen des Ausſchuſſes hören mit der Eröffnung eines neuen Landtags auf, und werden nach einer bloßen Vertagung deſſelben, oder nach Beendigung einer außerordentlichen Ständeverſammlung, wieder fortgeſetzt. — Bei der Auflöſung eines jeden Landtages und bei der Entlaſſung eines ordentlichen muß ein neuer Ausſchuß gewählt werden, wobei die vorigen Mitglieder wieder wählbar ſind. Zu dieſer Wahl wird den Ständen jedesmal, auch bei einer Auflöſung der Verſammlung, die erforderliche Sitzung noch geſtattet. — Sollten außerordentliche Umſtände es ihnen unmöglich machen, dieſe Sitzung noch zu halten, ſo haben die bisherigen Mitglieder [oder deren Stellvertreter], ſoferne ſie zugleich Stände-Mitglieder ſind, die Verrichtungen des Ausſchuß-Kollegiums wieder zu übernehmen.

## VII.

Die Verfaſſungsurkunde hat ſchon in §. 119 beſtimmt, daß die Staatsſchuld unter die Gewährleiſtung der Stände geſtellt ſei, und ferner in §. 120, daß die Schuldenzahlungskaſſe nach den Normen eines zu verabſchiedenden Statuts von ſtändiſchen, durch die Regierung beſtätigten Beamten, unter Leitung und Verantwortlichkeit der Stände verwaltet werden ſolle. Darauf heißt es nun in

§. 193. Das ſtändiſche Amtsperſonal beſteht außer den Beamten der Schuldenzahlungskaſſe für beide Kammern aus einem Archivar, für jede Kammer aus einem Regiſtrator und den erforderlichen Kanzliſten; die Regiſtratoren haben zugleich bei dem Ausſchuſſe das Sekretariat zu verſehen. — Jede Kammer wählt ihren Regiſtrator und Kanzliſten; die Beamten der Schuldenzahlungskaſſe, ſowie der Archivar werden von den hiezu vereinigten Kammern, und zwar nach dem Geſetze vom 6. Juni 1855 mit relativer Stimmenmehrheit, gewählt. — Dem König iſt die Beſtellung der Kaſſenbeamten, des Archivars und der Regiſtratoren zur Beſtätigung vorzulegen und von der Wahl der Kanzliſten Anzeige zu machen. — Die Dienſtentlaſſung dieſer Beamten geſchieht auf gleiche Art, wie deren Anſtellung, durch die einzelnen oder durch die vereinigten Kammern, und richtet ſich im übrigen nach den deshalb bei den Königlichen Beamten geltenden Geſetzen. — Die Annahme und Entlaſſung der ſtändiſchen Kanzleidiener hängt von den Präſidenten ab. — Das geſammte Amts- und Dienſtperſonal ſteht bei nicht verſammeltem Landtag unter der Aufſicht und den Befehlen des Ausſchuſſes, welcher auch in der Zwiſchenzeit die erforderlichen Amtsverweſer zu beſtellen und ungetreue oder ſonſt ſich vergehende Diener in den geſetzlichen Fällen den Gerichten zu übergeben hat.

## VIII.

§. 194. Eine eigene ſtändiſche Kaſſe, welche die für ſie jedesmal zugleich mit dem Finanz-Etat zu verabſchiedende Summe aus der Staatskaſſe in beſtimmten Raten erhält, beſtreitet den ſtändiſchen Aufwand. — Hieher gehören die Taggelder und Reiſekoſten der Mitglieder der Ständeverſammlung, die Beſoldungen der ſtändiſchen Ausſchußmitglieder, Beamten und Diener, die Belohnungen derjenigen, welche durch beſondere Aufträge der Stände oder des Ständiſchen Ausſchuſſes bemüht geweſen ſind, die Unterhaltung einer angemeſſenen Bücherſammlung, die



Kanzleikoſten überhaupt und andere mit der Geſchäftsführung verbundene Ausgaben. — Die jährliche Kaſſenrechnung, welche mit Angabe aller einzelnen Einnahmen und Ausgaben zu führen iſt, wird von einer beſonderen ſtändiſchen Kommiſſion probirt, in der Ständeverſammlung zum Vortrag gebracht und von dieſer juſtifizirt. Jedes Mitglied der Verſammlung kann die eigene Einſicht dieſer Rechnung verlangen. — Die Beſoldungen der Mitglieder und der Beamten des Ausſchuſſes, ſo wie die Taggelder und Reiſekoſten der Ständemitglieder, werden durch Verabſchiedung beſtimmt werden. — Die nicht in Stuttgart anweſenden Mitglieder des Ausſchuſſes erhalten, wenn ſie einberufen werden, gleiche Diäten und Reiſegelder, wie die Ständemitglieder, und beziehen ſolche aus der ſtändiſchen Kaſſe.

In Gemäßheit des vorſtehenden §. 194 der Verfaſſungsurkunde von 1819 ſind durch ein Geſetz vom 20. Juni 1821 die Gehalte, Taggelder und Reiſekoſten der Mitglieder der Ständeverſammlung und des Ausſchuſſes, ſowie der ſtändiſchen Beamten und Diener geregelt worden. Darnach erhält der Präſident der erſten Kammer eine Entſchädigung, mit Inbegriff der Wohnung, von jährlich 7 500 fl. (12 857,14 ℳ), der Präſident der Kammer der Abgeordneten eine ſolche von 5 000 fl. (8 571,43 ℳ), und beiläufig mag hier erwähnt werden, daß durch ein beſonderes Geſetz vom 13. Februar 1864 dem vormaligen Präſidenten der Kammer der Abgeordneten Friedrich Römer, einſtigen Miniſter des Jahres 1848, vom Tag der Niederlegung des Präſidiums an auch eine Penſion von jährlichen 3 000 fl. aus der Staatskaſſe bewilligt wurde, mit dem Beiſatze, daß bei dereinſtiger Bemeſſung der Penſion ſeiner Hinterbliebenen jene Penſion von 3 000 fl. gleichfalls zu Grund gelegt werde. Die Taggelder der Mitglieder der Kammer der Abgeordneten ſodann ſind nach dem erwähnten Geſetz vom 20. Juni 1821 auf 5 fl. 30 kr. (9,43 ℳ), deren Entſchädigungen für Reiſekoſten auf 1 fl. (1,71 ℳ) für jede Poſtſtunde der Entfernung ihres Wohnorts von Stuttgart und auf eine Tagesgebühr von 5 fl. 30 kr. je für 10 Poſtſtunden beſtimmt worden. Durch das Geſetz vom 31. Juli 1849 wurden die letzteren Entſchädigungen für Strecken, auf welchen Eiſenbahnen, Dampfboote oder Eilpoſten gehen, nach Maßgabe der Kön. Verordnung vom 2. Juli 1848 abgeändert und wurde außerdem die Beſchränkung getroffen, daß die Diäten während der Reiſe (eine Tagesgebühr auf 24 Stunden, ſtatt bisher 10 Poſtſtunden) nach der mit der Reiſe nothwendig zugebrachten Zeit zu bemeſſen ſind.

Von den ſtandesherrlichen, ſowie von den erblichen und den nicht in Stuttgart wohnenden lebenslänglichen Mitgliedern der Kammer der Standesherren haben diejenigen, welche ihre Abſicht, von dieſer Befugnis Gebrauch zu machen, erklären, die gleichen Taggelder und Reiſekoſten anzuſprechen, wie die Mitglieder der Kammer der Abgeordneten.

Diejenigen vier Mitglieder des Ausſchuſſes endlich, welche, außer den beiden Präſidenten, in Stuttgart anweſend ſein müſſen, erhalten eine jährliche Entſchädigung von 1 800 fl. (3 085,71 ℳ), welche aber während der Dauer des Landtags aufhört.

Wiederholt iſt in den Jahren 1833, 1849, 1850, 1851—53 und 1875 verſucht worden, bezüglich der Taggelder der Ständemitglieder Aenderungen herbeizuführen; zweimal kam es auch zu hierauf bezüglichen Geſetzesvorlagen, ſtets ohne Erfolg. Während früher die Beſtrebungen auf Herabſetzung der Diätenſätze gerichtet waren, bezweckte der am 15. März 1875 eingebrachte Geſetzesentwurf eine kleine Erhöhung von 9,43 ℳ auf 12 ℳ täglich. Es ſollte ferner die Reiſekoſtenentſchädigung für die nicht in Stuttgart wohnenden Mitglieder anders geordnet, ſollten die Entſchädigungsgehalte der Präſidenten beider Kammern und der übrigen Mitglieder des engeren Ausſchuſſes im Verhältnis von 1 fl. = 2 ℳ umgewandelt, es ſollte endlich den in Stuttgart wohnenden lebenslänglichen Mitgliedern der Kam-

mer der Standesherren ebenfalls ein Recht auf den Bezug von Diäten eingeräumt werden. Ueber dieſen Vorſchlag der Kön. Regierung iſt aber die Kammer der Abgeordneten am 5. Juni 1875 zur Tagesordnung übergegangen, nur eine Petition in der Abſicht beſchließend, den auswärtigen Ständemitgliedern für den Verkehr mit ihren Wohnorten die freie Benützung der Staatseiſenbahnen zu verſchaffen, gegen Verzicht derſelben auf eine weitere Reiſeentſchädigung. Die Kammer der Standesherren hat dieſer Petition ihrerſeits den Beitritt verſagt. Derſelben wurde aber doch durch eine Verfügung vom 14. Januar 1876 in der Weiſe Folge gegeben, daß diejenigen nicht in Stuttgart wohnenden Ständemitglieder, welche ſolches wünſchen ſollten, an Stelle der ihnen durch das Geſetz zugeſprochenen Reiſevergütung, für Strecken, auf denen württembergiſche Staatsbahnen beſtehen, über die Dauer der Sitzungsperioden im Verkehr zwiſchen ihrem Wohnort und Stuttgart freie Fahrt haben ſollen.

Die Beſoldungen der ſtändiſchen Beamten und Diener ſind durch die §§. 3 und 5 des Geſetzes vom 20. Juni 1821 feſtgeſetzt worden, haben aber durch die neueren Etatsverabſchiedungen mehrfache Aenderungen erlitten, weshalb in dem Folgenden die neueſten Sätze den im Jahr 1821 geſetzlich beſtimmten zur Seite geſtellt ſind. Allgemein gilt, daß die Gehalte des Kaſſiers, des Archivars, des Kontroleurs, der zwei Regiſtratoren, ſowie der Buchhater nach den erſten fünf Jahren ihrer Dienſtzeit um 100 fl., jetzt 200 ℳ, und nach weiteren fünf Jahren um nochmals 100 fl. (200 ℳ) erhöht werden. Auf gleiche Weiſe können auch die Gehalte der Kanzliſten zweimal je um 50 fl. (jetzt 100 ℳ) verbeſſert werden. Die niederen Diener haben von ihrem Gehalt auch die vorgeſchriebene Livree ſelbſt anzuſchaffen. Die Aufwärter der Staatsſchuldenzahlungskaſſe erhalten übrigens ein Livreegeld von je 50 ℳ.

| Gehaltsſätze der Beamten und Diener der ſtändiſchen Kanzlei | 1821 | 1875 | |
|---|---|---|---|
| | fl. | fl. | ℳ |
| Archivar | 1 600 | 2 800 | 4 800 |
| für Auszahlung d. Taggelder | — | 233,3 | 400 |
| Regiſtrator | 1 200 | 2 100 | 3 600 |
| für Führung der Suſtentationskaſſe | — | 350 | 600 |
| Kanzliſt | 650 | 1 166,7 | 2 000 |
| Kanzleidiener | 450 | 758,3 | 1 300 |
| desgleichen | 300 | 583 | 1 000 |
| Portier | — | — | 1 000 |
| Geſammtaufwand | 5 450 | 9 145,3 | 16 700 |
| | (1847) | (1876) | (1879) |

| Gehaltsſätze der Beamten u. Diener der Schuldenzahlungs-Kaſſe | 1821 | 1875 | |
|---|---|---|---|
| | fl. | fl. | ℳ |
| Kaſſier | 1 800 | 3 033,3 | 5 200 |
| für Kaſſenabmangel | 200 | 300 | 515 |
| Kontroleur | 1 400 | 2 450 | 4 200 |
| Buchhalter I. Kl. | 1 000 | 1 983,3 | 3 400 |
| und | | 1 866,7 | 3 200 |
| II. Kl. | 800 | 1 633,3 | 2 800 |
| und | | 1 516,7 | 2 600 |
| Aſſiſtent | — | 1 283,3 | 2 200 |
| und | | 1 166,7 | 2 000 |
| Aufwärter | — | 758,3 | 1 300 |
| und | | 700 | 1 200 |
| Geſammtaufwand | 8 715 | 51349,5 | 106735,5 |
| | (1847) | (1876) | (1879) |
| Zahl der Buchhalter | 4 | 23 | 28 |

Das Geſetz vom 20. Juni 1821 ſchreibt ſodann in §. 4 noch vor: Wenn nach dem Erachten des Vorſtands der Ständeverſammlung, der einzelnen Kammern

oder des Ausschusses die ständischen Beamten oder niederen Diener einer zeitigen Aushilfe bedürfen, so sollen die hiebei verwendeten Personen durch Taggelder belohnt werden, deren Betrag sich nach den Bestimmungen richtet, welche in dergleichen Fällen für den Königlichen Dienst ertheilt sind. — Und in §. 6: Wenn einem Mitgliede der zweiten Kammer oder des Ausschusses, einem ständischen Offizialen oder niederen Diener über deren ordentliche Gehalte oder Taggelder eine Zulage, Gratifikation und dergleichen aus der ständischen Sustentationskasse bewilligt werden will, so kann dieses nur auf dem Wege der Verabschiedung geschehen.

Seit 1820—21 bis 1874—75 hat der Aufwand im Minimum 34500 fl. (1834—35), im Maximum 229621 fl. 25 kr. (1848—49) betragen. In den einzelnen Rechnungsjahren vom 1. Juli 1820 bis 30. Juni 1875 stellt sich derselbe dar, wie folgt:

| Jahr | Betrag: Tausende von Gulden | Jahr | Betrag: Tausende von Gulden | Jahr | Betrag: Tausende von Gulden | Jahr | Betrag. Tausende von Gulden |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1820—21 | 149 | 1834—35 | 34 | 1848—49 | 230 | 1862—63 | 72 |
| 21—22 | 46 | 35—36 | 171 | 49—50 | 102 | 63—64 | 135 |
| 22—23 | 50 | 36—37 | 45 | 50—51 | 78 | 64—65 | 205 |
| 23—24 | 117 | 37—38 | 100 | 51—52 | 165 | 65—66 | 112 |
| 24—25 | 39 | 38—39 | 167 | 52—53 | 152 | 66—67 | 121 |
| 25—26 | 42 | 39—40 | 41 | 53—54 | 44 | 67—68 | 196 |
| 26—27 | 141 | 40—41 | 46 | 54—55 | 141 | 68—69 | 111 |
| 1827—28 | 62 | 1841—42 | 196 | 1855—56 | 95 | 1869—70 | 108 |
| 28—29 | 40 | 42—43 | 116 | 56—57 | 69 | 70—71 | 124 |
| 29—30 | 96 | 43—44 | 47 | 57—58 | 79 | 71—72 | 216 |
| 30—31 | 39 | 44—45 | 182 | 58—59 | 124 | 72—73 | 203 |
| 31—32 | 40 | 45—46 | 59 | 59—60 | 67 | 73—74 | 210 |
| 32—33 | 130 | 46—47 | 96 | 60—61 | 95 | 74—75 | 165 |
| 33—34 | 131 | 47—48 | 95 | 61—62 | 194 | | |

Weiter wurden verausgabt 1875—76 . . 401600 ℳ oder 234266 fl.
1876—77 . . 321947 „ oder 187792 „

Eine Vergleichung der Ausgaben für die landständische Sustentationskasse mit dem gesammten ordentlichen Staatsaufwand liefert folgendes Ergebnis:

| Vergleichung | Rechnungsergebnisse nach dem Durchschnitt der Jahre | | | Voranschlag der K. Regierung 1. April 1879—81 |
|---|---|---|---|---|
| | 1820/25 fl. | 1865/70 fl. | 1875/77 ℳ | ℳ |
| Ordentlicher Staatsbedarf im ganzen . | 9433885 | 19487057 | 45401909 | 49891260 |
| Ständische Sustentationskasse . . . . | 80256 | 129593 | 361774 | 342167 |
| Aufwand für letztere in Proz. des Staatsbedarfs . . . . . . . . | 0,85 | 0,66 | 0,80 | 0,68 |

Im Einzelnem zerfällt der Aufwand für die Suſtentationskaſſe in die drei Gruppen

| | |
|---|---|
| für die Landſtände . . . . . . . . | 202 039,77 ℳ |
| für die Verwaltung der Staatsſchuld . | 139 127,76 „ |
| Diſpoſitionsfonds . . . . . . . . . | 1 000,00 „ |
| | 342 167,53 ℳ |

Der Aufwand für die Landſtände (10,7 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung) gliedert ſich wieder in die Bezüge der Ständemitglieder ſelbſt mit 126 958,57 ℳ, in die Gehalte der ſtändiſchen Beamten und Diener mit 16 700 ℳ und in den ſonſtigen Aufwand mit 58 381,20 ℳ, darunter Koſten der Stenographie 12 000 ℳ, Druckkoſten 23 150 ℳ.

Der Aufwand für die Verwaltung der Staatsſchuld (am 1. April 1880 370 Mill. ℳ) beträgt 0,03 Proz. der Staatsſchuld ſelbſt. Auch iſt er lange nicht in dem gleichen Verhältniſſe, wie letztere gewachſen. Im Jahr 1822 rechnete man auf 1 Buchhalter der Schuldenzahlungskaſſe durchſchnittlich 8 000 Schuldpoſten, im Jahr 1875 auf 1 Buchhalter nicht weniger als 18 000 Schuldpoſten.

Iſt hienach die Wirkung der Vermehrung der Staatsſchuld auf den Etat der ſtändiſchen Suſtentationskaſſe die einer langſamen, ſtetigen, aber immer nur mäßigen Steigerung der Ausgaben, ſo drücken ſich dagegen in den während der 55jährigen Periode mehr oder weniger regelmäßig wiederkehrenden Schwankungen dieſes Etats die einzelnen Landtagsperioden deutlich aus; ja für den Mehreingeweihten ſpiegelt ſich in der obigen Zahlenreihe ein Stück der politiſchen Geſchichte unſeres engeren Vaterlandes ab; er wird durch dieſelbe ſofort an den vergeblichen Landtag von 1833, an die Bewegungen und den langen Landtag der Jahre 1848 und 1849 erinnert werden, wie auch die manchen ernſten Ereigniſſe, welche in den letzten 1½ Jahrzehnten in Deutſchland ſich vollzogen haben, in jener Zahlenreihe ihre Spuren zurücklaſſen mußten.

Seit Abſchluß der Verfaſſung von 1819 wurden in Württemberg 26 Landtage abgehalten, dabei die drei Landesverſammlungen von 1849 und 1850 mit eingerechnet.

1. vom 15. Januar 1820 — 26. Juni 1821,
2. „ 1. Dezember 1823 — 9. Juli 1824,
3. „ 1. Dezember 1826 — 5. Juli 1827,
4. „ 18. Januar 1828 — 2. April 1828 (außerordentlicher Landtag),
5. „ 15. Januar 1830 — 7. April 1830,
6. „ 15. Januar 1833 — 22. März 1833 (der vergebliche Landtag),
7. „ 20. Mai 1833 — 19. Dezember 1835,
8. „ 30. Januar 1836 — 18. Juli 1836,
9. „ 16. Januar 1838 — 22. Oktober 1838 (außerordentlicher Landtag),
10. „ 1. Februar 1839 — 9. Juli 1839,
11. „ 23. Oktober 1841 — 10. April 1843,
12. „ 1. Februar 1845 — 6. Auguſt 1845,
13. „ 5. Januar 1847 — 23. Februar 1847, (außerordentlicher Landtag),
14. „ 22. Januar 1848 — 28. März 1848,
15. vom 20. Sept. 1848 — 11. Auguſt 1849, (Der lange Landtag, vergl Schwäb. Chronik 1878 Nr. 224).

Die drei Landesverſammlungen:

16. vom 1.—22. Dezember 1849,
17. „ 15. März — 3. Juli 1850,
18. „ 4. Oktober — 6. November 1850.

Die Landtage:

19. vom 6. Mai 1851 — 20. Auguſt 1855,
20. „ 20. Februar 1856 — 23. Dez. 1861,
21. „ 3. Mai 1862 — 18. Auguſt 1865,
22. „ 23. Mai 1866 — 8. Juni 1866 (außerordentlicher Landtag),
23. „ 25. Sept. 1866 — 20. Februar 1868,
24. „ 4 Dezemb. 1868 — 22. Okt. 1870,
25. „ 19. Dezemb. 1870 — 20. Juni 1874,
26. „ 15. März 1875 — 4. November 1876.

Vergl. Fricker, Budgetperiode und Landtagsperiode nach württemb. Staatsrecht. Tübinger Zeitſchrift für die geſammte Staatswiſſenſchaft 1861. XVII S. 288 Anm. ff. Schwäbiſche Chronik vom 26. September 1869 S. 2837.

Der gegenwärtig noch fortdauernde 27. Landtag wurde am 6. Februar 1877 eröffnet.

In den Jahren 1821, 1823—24, 1828, ſowie vom 29. Mai 1849 an auf dem langen Landtage war die erſte Kammer nicht vertreten (Verf. Urk. § 161).

Zu Ergänzung des Vorſtehenden geben wir ſchließlich:

A. ein Verzeichnis der Präſidenten des Geheimen Rathes und des Staatsminiſteriums, der Miniſter und Departementschefs ſeit dem 8. November 1816; — vergl. Württemb. Jahrbücher 1875 I S. 54 ff.; E. v. Georgii-Georgenau, Biographiſch-genealogiſche Blätter aus und über Schwaben 1879 S. 1170 ff.;

B. ein Verzeichnis der Mitglieder der beiden konſtituirenden Verſammlungen von 1815—17 und von 1819; — vergl. Fricker und Geßler, Geſchichte der Verfaſſung Württembergs 1869 S. 158 f. S. 220 f.; ferner die betreffenden Bände des Regierungsblatts;

C. ein Verzeichnis der Mitglieder der Kammer der Standesherren ſeit 1820; — nach Aufzeichnungen des ſtändiſchen Bibliothekars, Amtmann Bullinger, und nach Notizen des Regiſtrators dieſer Kammer, Kanzleirath Widmann;

D. ein Verzeichnis der Mitglieder der Kammer der Abgeordneten ſeit 1820; — nach Aufzeichnungen des ſtändiſchen Bibliothekars, Amtmann Bullinger, ergänzt durch Profeſſor Dr. Hartmann beim ſtatiſtiſch-topographiſchen Bureau.

## A. Die Präſidenten des Geheimen Raths und des Staatsminiſteriums, die Miniſter und Departementschefs ſeit dem 8. November 1816.

### Geheime-Raths-Präſidenten:

1817 (18. November) bis 1821 (29. Juli) Dr. Hans Otto von der Lühe, geb. 2. Mai 1762, † 14. März 1836.

1821 (29. Juli) bis 1831 (15. November) Dr. Chriſtian Friedrich von Otto, geb. 26. Oktober 1758, † 7. September 1836.

1831 (15. November) bis 1848 (6. April) Dr. Paul Friedrich Theodor Eugen Freiherr von Maucler, geb. 30. Mai 1783, † 29. Januar 1859.

Vom 6. April 1848 bis 24. April 1855 hatte der Geheime Rath keinen beſonderen Vorſtand; mit dem Vorſitz war zugleich ein ordentliches Mitglied des Kollegiums betraut, ſo ſeit

1851 (8. Mai) Konſtantin Franz Juſtus Freiherr von Neurath, geb. 22. April 1807, welcher aber ſchon am 14. Juli 1854, unter Belaſſung in der Stelle eines Vorſtandes des Geheimen Raths, der Verwaltung des von ihm bis dahin zugleich bekleideten Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten enthoben, und am 24. April 1855 zum wirklichen Präſidenten des Geheimen Raths ausdrücklich beſtellt worden iſt; — bis 1867 (27. April), † 8. September 1876.

Seit dem 27. April 1867 wurden mit dem Vorſitz im K. Geheimen Rath betraut:

1867 (27. April) bis 1870 (23. März): Dr. von Golther (ſ. unten),

1870 (23. März) bis 1870 (31. Auguſt): Karl Freiherr von Varnbüler (ſ. unten),

1870 (31. Auguſt): Dr. Hermann von Mittnacht (ſ. unten).



### Präſident des Staatsminiſteriums:

1876 (1. Juli): Dr. Hermann von Mittnacht, geb. 17. März 1825, zugleich Miniſter der Familienangelegenheiten des Königl. Hauſes, Staatsminiſter der Juſtiz und der auswärtigen Angelegenheiten (ſ. unten).

### Departements-Chefs der Juſtiz.

1. Dr. von der Lühe, Juſtizminiſter ſeit 30. Juni 1809. Am 18. Nov. 1817 zum Geheimen Raths-Präſidenten ernannt (ſ. oben).
2. Dr. Konſtantin Franz Fürchtegott von Neurath, geb. 28. Juli 1777, Juſtizminiſter ſeit 10. Nov. 1817. † 27. Nov. 1817.
3. Dr. Freiherr von Maucler, Juſtizminiſter ſeit 8. März 1818. Am 15. Nov. 1831 zum Geheime-Raths-Präſidenten ernannt (ſ. oben).
4. Dr. Karl Heinrich von Schwab, geb. 20. März 1781, Geheimer-Rath und proviſoriſcher Chef des Juſtizdepartements ſeit 15. Nov. 1831. Am 26. Sept. 1839 der Verwaltung des Juſtizdepartements enthoben unter Belaſſung der Geheimen Rathsſtelle.
5. Dr. Heinrich von Prieſer, geb. 20. Mai 1797, Departements-Chef ſeit 26. Sept. 1839, zuerſt in proviſoriſcher Eigenſchaft, mit Titel und Rang eines Staatsraths, dann ſeit 19. April 1843 definitiv als Geheimer-Rath. Am 6./9. März 1848 penſionirt. † 28. Januar 1870.
6. Friedrich von Römer, geb. 4. Juni 1794, Staatsrath und Chef des Juſtizdepartements ſeit 9. März 1848. Am 28. Oktober 1849 der Verwaltung des Departements enthoben. † 11. März 1864.
7. Dr. Hermann Friedrich Karl von Hänlein, geb. 8. Dezember 1794, Staatsrath und Chef des Juſtizdepartements ſeit 28. Oktober 1849. Am 2. Juli 1850 der Verwaltung des Departements enthoben und zum ordentlichen Mitgliede des Geheimen Raths ernannt.
8. Wilhelm von Pleſſen, geb. 23. November 1808, Staatsrath und Chef des Juſtizdepartements ſeit 2. Juli 1850, Juſtizminiſter ſeit 20. September 1852. Am 7. April 1856 in den Ruheſtand getreten.
9. Dr. Freiherr Karl von Wächter-Spittler, geb. 26. April 1798, Juſtizminiſter ſeit 7. April 1856. Am 4. Oktober 1864 penſionirt. † 21. September 1874.
10. Freiherr Konſtantin Franz Juſtus von Neurath, Geheime-Raths-Präſident (ſ. o.), ſeit 4. Oktober 1864 zugleich proviſoriſcher Chef des Juſtizdepartements. Am 27. April 1867 in den Ruheſtand verſetzt. † 8. September 1876.
11. Dr. Hermann von Mittnacht, geb. 17. März 1825, Staatsrath und Chef des Juſtizdepartements ſeit 27. April 1867, Juſtizminiſter ſeit 27. September 1868, zugleich Miniſter der Familienangelegenheiten des Königl. Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten ſeit 23. November 1873, auch Präſident des Staatsminiſteriums (ſ. oben und unten); am 21. Dezember 1878 der Verwaltung des Juſtizdepartements enthoben, unter Belaſſung in den übrigen hohen Aemtern.
12. Dr. Eduard von Faber, geb. 30. Dezember 1822, ſeit 26. Juli 1870 wirklicher Geheimer Rath, am 21. Dezember 1878 zum Departementschef der Juſtiz ernannt.

### Departements-Chefs des Königlichen Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten.

1. Graf Ferdinand Ludwig von Zeppelin, geb. 28. November 1772, Miniſter ſeit 8. November 1816. Am 17. Mai 1819 des Miniſteriums enthoben. † 21. Januar 1829 als Königlicher Geſandter am Kaiſerlich Oeſterreichiſchen Hofe.



2. Graf Heinrich Levin von Wintzingerode, geb. 16. Oktober 1778, Minister seit 17. Mai 1819. Pensionirt am 2. Oktober 1823. † 15. September 1856 auf Schloß Bodenstein in Preußen.
3. Graf Joseph von Beroldingen, geb. 27. November 1780, Minister seit 2. Okt. 1823. Pensionirt am 6. März 1848. † 24. Januar 1868.
4. Karl Ludwig Friedrich von Roser, geb. 20. März 1787, provisorischer Chef des Departements seit 13. Mai 1848, zugleich Direktor des Königlichen Haus- und Staatsarchivs und Geheimer Legationsrath. Am 28. Oktober 1849 von der Verwaltung des Departements entbunden. † mit dem Titel eines Staatsraths 27. Dezember 1861.
5. Dr. Freiherr Karl von Wächter-Spittler, geb. 26. April 1798, Staatsrath und provisorischer Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten, zugleich Chef des Departements des Kirchen- u. Schulwesens seit 28. Oktober 1849. Am 2. Juli 1850 von der Verwaltung beider Departements enthoben (s. unten).
6. Freiherr Joseph von Linden, geb. 7. Juni 1804, Staatsrath und Departements-Chef des Innern, interimistisch zugleich mit der Leitung der Geschäfte des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt vom 6. Juli 1850 bis 8. Mai 1851 (s. unten).
7. Freiherr Konstantin Franz Justus von Neurath, geb. 22. April 1807, Staatsrath und Chef des Departements, zuerst provisorisch seit 8. Mai 1851, dann definitiv seit 2. Juni 1852, Minister seit 20. September 1852. Am 14. Juli 1854 von beiden Funktionen entbunden unter Belassung in der bis dahin zugleich versehenen Stelle eines Vorstandes des Geheimen Raths (s. oben).
8. Freiherr Joseph von Linden, Minister des Innern seit 20. September 1852; interimistisch zum zweiten mal vom 14. Juli 1854 bis 29. Oktober 1855 mit der Verwaltung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten betraut.
9. Freiherr Karl Eugen von Hügel, geb. 24. Mai 1805, Minister seit 29. Oktober 1855. Pensionirt 21. September 1864. † 29. Mai 1870.
10. Freiherr Karl Gottlob Friedrich von Varnbüler, geb. 13. Mai 1809. Minister seit 21. September 1864, zugleich mit dem Präsidium des Geheimen Raths beauftragt seit 27. April 1867. Pensionirt am 31. August 1870.
11. Graf Adolf von Taube, geb. 9. Juli 1810, Staatsrath, Direktor des Königlichen Haus- und Staatsarchivs und Oberst-Hofmeister der Königin, mit der interimistischen Verwaltung des Ministeriums der Königlichen Familien- und der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt vom 31. August 1870 bis 9. Januar 1871. Am letztgenannten Tage in den Pensionsstand getreten mit dem Titel eines Geheimen-Raths.
12. Freiherr Johann August von Wächter, geb. 3. April 1807, Minister seit 9. Jan. 1871. Pensionirt am 27. August 1873.
13. Dr. Hermann von Mittnacht, Justizminister (s. oben), zugleich mit der interimistischen Verwaltung des Departements der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt seit 27. August 1873, definitiver Minister der Familienangelegenheiten des Königlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, neben der Stellung als Justizminister, seit 23. November 1873.

### Departements-Chefs des Innern und des Kirchen- und Schulwesens.

1. Freiherr Karl August von Wangenheim, geb. 14. März 1773, Minister des Kirchen- und Schulwesens seit 8. November 1816. Am 3. November 1817 zum Bundestagsgesandten ernannt. † 21. Juli 1850 in Coburg.

2. Dr. Karl Eberhard von Wächter, geb. 23. November 1758, Geheimer-Rath und proviſoriſcher Chef des Departements des Innern ſeit 8. November 1816. Am 26. Februar 1817 der Verwaltung des Departements enthoben. † 24. Juli 1829.

3. Freiherr Karl Friedrich von Kerner, geb. 7. März 1775, Geheimer-Rath und proviſoriſcher Chef des Departements des Innern ſeit 26. Februar 1817. Am 10. Nov. 1817 der Verwaltung des Departements enthoben. † 12. Apr. 1840.

4. Dr. von Otto, geb. 26. Oktober 1758, Miniſter des Innern und des Kirchen- und Schulweſens ſeit 10. November 1817. Am 29. Juli 1821 zum Geheime-Raths-Präſidenten ernannt (ſ. oben).

5. Chriſtoph Friedrich von Schmidlin, geb. 25. Auguſt 1780, Chef des Departements des Innern und des Kirchen- und Schulweſens, zuerſt in proviſoriſcher Weiſe ſeit 29. Juli 1821, Geheimer-Rath ſeit 27. September 1824, Miniſter ſeit 1. Juli 1827. † 28. Dezember 1830.

6. Dr. Sixt Eberhard von Kapff, geb. 4. Oktober 1774, Geheimer Rath und Chef des Departements des Innern und des Kirchen- und Schulweſens ſeit 3. Januar 1831. Am 3. April 1832 der Verwaltung des Departements enthoben unter Belaſſung der Geheimen-Rathsſtelle. † 31. Auguſt 1851.

7. Dr. Jakob Friedrich von Weishaar, geb. 3. März 1775, Miniſter des Innern und des Kirchen- und Schulwesens ſeit 3. April 1832. Penſionirt am 10. Aug. 1832. † 19. September 1834.

8. Dr. Johannes von Schlayer, geb. 11. März 1792, Chef des Departements des Innern und des Kirchen- und Schulweſens, proviſoriſch mit Staatsraths-Charakter ſeit 10. Auguſt 1832, Geheimer-Rath ſeit 26. September 1834, Miniſter ſeit 26. September 1839. Penſionirt am 6. März 1848. (ſ. unten).

(Im März 1848 wurden die beiden Miniſterien des Innern und des Kirchen- und Schulweſens wieder von einander getrennt.)

## Departements-Chefs des Innern ſeit März 1848.

1. Dr. Guſtav Heinrich von Duvernoy, geb. 5. Juli 1802, Staatsrath und Chef des Departements ſeit 9. März 1848. Am 19. Oktober 1849 der Verwaltung des Departements enthoben.

2. Dr. Johannes von Schlayer, Staatsminiſter (ſ. oben), zum zweitenmal Miniſter des Innern ſeit 28. Oktober 1849. Am 2. Juli 1850 wieder in den Ruheſtand verſetzt. † 3. Januar 1860.

3. Freiherr Joſeph von Linden, geb. 7. Juni 1804, Staatsrath und Chef des Departements ſeit 2. Juli 1850, wirklicher Miniſter ſeit 20. September 1852, vom 6. Juli 1850 bis 8. Mai 1851 und zum zweitenmal vom 14. Juli 1854 bis 29. Oktober 1855 auch mit der Leitung der Geſchäfte des Miniſteriums des Auswärtigen beauftragt (ſ. oben). Penſionirt am 21. September 1864.

4. Ernſt von Geßler, geb. 27. Oktober 1818, Miniſter ſeit 21. September 1864. Am 23. März 1870 der Verwaltung des Departements enthoben und in den Geheimen Rath berufen.

5. Karl von Scheurlen, geb. 3. September 1824, Staatsrath und Chef des Departements ſeit 23. März 1870, Miniſter ſeit 19. Juli 1870. † 1. April 1872.

6. Heinrich von Sick, geb. 9. März 1822, Miniſter des Innern ſeit 16. Mai 1872.



### Departements-Chefs des Kirchen- und Schulwesens seit März 1848.

1. Dr. Paul Achatius von Pfizer, geboren 12. September 1801, Staatsrath und Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens seit 9. März 1848. Am 14. August 1848 von der Stelle eines Departements-Chefs entbunden. † 29. Juli 1867.
2. Dr. Eduard von Schmidlin, geb. 15. April 1804, Ober-Regierungsrath und provisorischer Chef des Departements seit 14. August 1848. Am 16. September 1849 der Stelle eines Vorstandes des Kult-Departements enthoben und in sein früheres Amt zurückgetreten. † 25. Juli 1869 als Konsistorialpräsident.
3. Dr. Karl Freiherr von Wächter-Spittler, Staatsrath und Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens seit 28. Oktober 1849, zugleich provisorisch mit der Verwaltung des Departements der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt (s. oben). Am 2. Juli 1850 beider Stellen enthoben und zum Konsistorialpräsidenten ernannt, erhielt Freiherr von Wächter am 23. September 1850 die Verwaltung des Kult-Departements von Neuem übertragen und wurde am 20. September 1852 zum Minister des Kirchen- und Schulwesens ernannt, in welcher Eigenschaft er das Departement fortverwaltete, bis er am 7. April 1856 die Verwaltung des Justiz-Departements zu übernehmen hatte.

   In der Zeit vom 6. Juli bis 23. September 1850 verwaltete das Kult-Departement interimistisch der Departements-Chef der Justiz Staatsrath v. Plessen (s. oben).
5. Dr. Gustav von Rümelin, geb. 26. März 1815, Staatsrath und Chef des Departements des Kirchen- und Schulwesens seit 9. April 1856. Am 5. April 1861 der Verwaltung des Departements enthoben; seit 19. Juli 1870 Kanzler der Landesuniversität.
5. Dr. Karl Ludwig von Golther, geb. 11. Januar 1823, Chef des Departements mit Staatsrathsrang seit 5. April 1861, Minister seit 21. September 1864, seit 27. April 1867 zugleich mit den Funktionen des Präsidiums des Geheimen Raths beauftragt (s. oben). Am 23. März 1870 beider Stellen enthoben und zum Präsidenten des evangelischen Konsistoriums ernannt. † 17. Sept. 1876.
6. Dr. Theodor von Geßler, geb. 16. August 1824, Minister des Kirchen- und Schulwesens seit 3. Mai 1870.

### Departements-Chefs des Kriegswesens.

1. Graf Friedrich von Franquemont, geb. 5. März 1770, Generallieutenant, Staats- und Kriegsminister seit 9. November 1816, pensionirt am 10. August 1829. † 2. Januar 1842.
2. Freiherr Ernst Eugen von Hügel, geb. 26. März 1774, Generallieutenant, Kriegsminister seit 10. August 1829. Pensionirt am 15. September 1842. † 30. März 1849.
3. Graf Johann Georg von Sontheim, geb. 26. April 1790, Generallieutenant, Kriegsminister seit 15. September 1842. Am 24. Juni 1848 der Verwaltung des Kriegsdepartements enthoben und zum Gouverneur der Bundesfestung Ulm ernannt. † 14. Dezember 1860.
4. Freiherr August von Rüpplin, geb. 28. November 1797, Generalmajor und Chef des Kriegsdepartements seit 24. Juni 1848. Am 28. Oktober 1849 der Verwaltung des Departements enthoben. † als Generallieutenant 25. Aug. 1867.

5. Fidel von Baur, geb. 8. April 1805, Generalmajor und Chef des Kriegsdepartements ſeit 28. Oktober 1849. Am 2. Juli 1850 der Verwaltung des Departements enthoben.
6. Moriz von Miller, geb. 10. März 1792, Generallieutenant, Kriegsminiſter ſeit 2. Juli 1850. Penſionirt am 1. September 1865 mit dem Titel eines Generals der Infanterie. † 5. Oktober 1866.
7. Freiherr Karl Friedrich Kuno von Wiederhold, geb. 31. Auguſt 1809, Generallieutenant, Kriegsminiſter ſeit 1. September 1865. Am 5. 9. Mai 1866 der ihm übertragenen Verwaltung enthoben.
8. Oskar von Hardegg, geb. 19. Oktober 1815, Generallieutenant, Kriegsminiſter ſeit 5. Mai 1866. Am 27. April 1867 der Verwaltung des Departements enthoben. † 25. Auguſt 1877.
9. Freiherr Rudolf Franz Joſef Fidel von Wagner-Frommenhauſen, geb. 19. Dezember 1822, Chef des Kriegsdepartements ſeit 27. April 1867, mit dem Charakter als Generalmajor; wirklicher Kriegsminiſter und Generallieutenant ſeit 27. September 1868. Am 23. März 1870 der Verwaltung des Departements enthoben.
10. Albert von Suckow, geb. 13. Dezember 1828, Generalmajor, Chef des Kriegs-Departements ſeit 23. März 1870, Kriegsminiſter und Generallieutenant ſeit 19. Juli 1870. Am 13. September 1874 der Verwaltung des Kriegsminiſteriums enthoben und mit Penſion zur Diſpoſition geſtellt.
11. Theodor von Wundt, geb. 14. Juni 1825, Generalmajor, mit Führung des Kriegsminiſteriums beauftragt ſeit 13. September 1874; zum Departements-Chef des Kriegsweſens ernannt 5. März 1875.

## Departements-Chefs der Finanzen.

1. Dr. von Otto, geb. 26. Oktober 1758, Geheimer-Rath und Finanzminiſter ſeit 8. November 1816. Am 10. November 1817 zum Miniſter des Innern und des Kirchen- und Schulweſens ernannt (ſ. oben).
2. Freiherr Karl Auguſt von Malchus, geb. 27. September 1770, Präſident, proviſoriſcher Chef des Finanzdepartements ſeit 10. November 1817. Am 5. September 1818 der Verwaltung des Finanzdepartements enthoben. † 1840.
3. Ferdinand Heinrich Auguſt von Weckherlin, geb. 23. Februar 1767, Chef des Finanzdepartements, mit dem Charakter als Staatsrath ſeit 5. September 1818, Finanzminiſter ſeit 27. Juni 1821. Penſionirt 29. Oktober 1827. † 27. Juli 1828.
4. Freiherr Karl Friedrich Eberhard von Varnbüler, geb. 12. Auguſt 1776, Finanzminiſter ſeit 29. Oktober 1827. † 27. April 1832.
5. Chriſtoph Ludwig von Herzog, geb. 12. November 1788, Staatsrath und proviſoriſcher Chef des Finanzdepartements ſeit 30. April 1832. † 20. Sept. 1832.
6. Johann Chriſtoph von Herdegen, geb. 20. März 1787, Geheimer-Rath und Chef des Finanzdepartements ſeit 23. September 1832, Finanzminiſter ſeit 26. Sept. 1839. Am 5. Auguſt 1844 von dem Miniſterium abgetreten (ſ. unten Nr. 9).
7. Karl Gottlob Chriſtian von Gärttner, geb. 14. September 1788, Finanzminiſter ſeit 31. Auguſt 1844. Penſionirt am 6. 9. März 1848. † 18. Juli 1861.
8. Adolf von Goppelt, geb. 2. Januar 1800, Staatsrath und Chef des Finanz-Departements ſeit 9. März 1848. Am 28. Oktober 1849 von der Verwaltung des Departements entbunden. † 12. Oktober 1875.



9. Johann Christoph von Herdegen, Staatsminister (s. oben 6), von Neuem Finanzminister seit 28. Oktober 1849. Am 2. Juli 1850 in den Ruhestand zurückgetreten. † 18. März 1861.
10. Christian von Knapp, geb. 4. Februar 1800, Staatsrath und Chef des Finanz-Departements seit 2. Juli 1850, Finanzminister seit 20. September 1852. † 21. Mai 1861.
11. Karl Friedrich von Sigel, geb. 27. August 1808, Staatsrath und interimistischer Vorstand des Finanzdepartements seit 5. Juni 1861, wirklicher Departements-Chef seit 31. Dezember 1861. Am 21. September 1864 von der Verwaltung des Departements entbunden und zum Vorstand der Forstdirektion ernannt. † 23. April 1872.
12. Dr. Andreas von Renner, geb. 28. September 1814, Staatsrath und provisorischer Chef des Finanzdepartements seit 21. Sept. 1864, Finanzminister seit 8. September 1865.

## B. Die Mitglieder der beiden konstituirenden Versammlungen von 1815–1817 und von 1819.

Dem Reskript des Königlichen Staatsministeriums, die Wahlen der Repräsentanten zur Ständeversammlung betreffend, vom 29. Januar 1815 (Reg.-Bl. S. 32 ff.) war angehängt das Verzeichnis der Fürsten, Grafen und Edelleute, welche in der Ständeversammlung Virilstimmen haben.

I. Die Inhaber der 4 Erbkronämter und die Häupter der vormals Reichsunmittelbaren Fürstlichen und Gräflichen Familien, auf deren Besitzungen Reichs- und Kreis-Stimmen ruhten.

A. Fürsten.

1. Fürst von Hohenloh-Kirchberg, zugleich Erb-Kron-Beamter; 2. Fürst von Fürstenberg; 3. Fürst von Hohenloh-Oehringen; 4. Fürst von Hohenloh-Langenburg; 5. Fürst von Hohenloh-Waldenburg-Bartenstein; 6. Fürst von Hohenloh-Waldenburg-Schillingsfürst; 7. Fürst von Oettingen-Wallerstein; 8. Fürst von Thurn und Taxis; 9. Fürst von Löwenstein-Wertheim, zugleich Erb-Kron-Beamter; 10 Fürst von Oettingen-Spielberg; 11. Fürst von Salm-Krautheim; 12. Fürst von Waldburg-Zeil-Trauchburg, zugleich Erb-Kron-Beamter; 13. Fürst von Waldburg-Wolfegg-Waldsee; 14. Fürst von Waldburg-Zeil-Wurzach; 15. Fürst von Dietrichstein; 16. Fürst von Colloredo-Mannsfeld, in Verbindung mit den übrigen Theilhabern der Grafschaft Limpurg; 17. Fürst von Windisch-Gräz; 18. Fürst von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen; 19. Fürst von Fugger-Babenhausen, mit den übrigen Gräflich Fugger'schen Familien.

B. Grafen, außer den unter den fürstlichen Virilstimmen Nr. 16 und 19 begriffenen:

1. Graf von Zeppelin, als Erb-Kron-Beamter; 2. Graf von Königsegg-Aulendorf; 3. Graf von Wartemberg-Roth; 4. Graf von Waldbott-Bassenheim; 5. Graf von Törring-Guttenzell; 6. Graf von Quadt-Isny; 7. der Aelteste der Grafen von Stadion; 8. Graf von Rechberg; 9. Graf von Neipperg; 10. Graf von Sternberg; 11. Graf von Plettenberg; 12. Graf von Schäsberg.

II. Begüterte Grafen und Edelleute, welche vermöge besonderer Verleihung des Königs Virilstimmen haben, und nach dem natürlichen Alter der Individuen in der Ständeversammlung sitzen:

1. Graf von Adelmann; 2. Graf von Berlichingen; 3. Graf von Beroldingen; 4. von Bömmelberg; 5. Graf von Degenfeld; 6. Graf von Dillen; 7. der Aelteste der Gesammt-Familie der von Freiberg; 8. der Aelteste der Gesammt-Familie der von Gemmingen; 9. Graf von Görlitz; 10. der Aelteste der Gesammt-Familie der von Massenbach; 11. Graf von Normann-Ehrenfels; 12. Graf von Reischach; 13. der Aelteste der Gesammt-Familie der von Speth; 14. der Aelteste der Gesammt-Familie der von Stain; 15. von Thumb; 16. der Aelteste der Gesammt-Familie der von Ulm; 17. von Varnbüler; 18. der Aelteste der Gesammt-Familie der von Welden; 19. der Aelteste der Gesammt-Familie der von Wöllwarth.



Das Regierungsblatt vom 18. März 1815 Nr. 14 brachte ſodann zwei Bekanntmachungen des Staatsminiſteriums vom 15. März, nach welcher Seine Königl. Majeſtät bei Einführung der ſtändiſchen Verfaſſung

I. den nachbenannten Fürſten und Grafen Sitz und Stimme in der Ständeverſammlung ertheilt haben:

— folgen dieſelben Namen wie oben nach dem Königl. Reſkript vom 29. Januar 1815 unter I A und B mit Ausnahme der Grafen von Zeppelin und von Plettenberg;

II. den nachfolgenden in alphabetiſcher Ordnung aufgeführten Familien und Perſonen das Recht der Landſtandſchaft mit Sitz und Stimme in der Ständeverſammlung, und zwar jeder beſonders benannten Familie oder Perſon Eine Stimme aus Königlicher Gnade zu verleihen geruhten, als:

— folgen dieſelben Namen wie oben nach dem Königl. Reſkript vom 29. Januar 1815 unter II., außerdem noch der Graf von Biſſingen-Nippenburg für ſich und ſeine Familie.

Bei Einberufung einer neuen Ständeverſammlung durch Königliches Manifeſt vom 10. Juni 1819 (Reg.-Bl. S. 305 ff.) wurde unter anderem beſtimmt:

„Als Mitglieder dieſer Verſammlung haben zu erſcheinen:

„a. die vormals reichsunmittelbaren Fürſten und Grafen in Gemäßheit der Beilage des Reſkripts vom 29. Januar 1815 (Reg.-Bl. S. 37 f.).

„b. die ebendaſelbſt genannten gräflichen und adeligen Gutsbeſitzer.

Indeſſen war bei der Unterzeichnung der Verfaſſungsurkunde vom 25. September 1819 auch der Graf von Biſſingen-Nippenburg vertreten. Unter dieſer Verfaſſungsurkunde finden ſich überhaupt von den vorgenannten vormals reichsunmittelbaren Fürſten und Grafen, ferner von den Vertretern weiterer gräflichen und adeligen Familien nachſtehende Unterſchriften (direkt oder durch Bevollmächtigte):

Franz Fürſt v. Waldburg-Zeil und Trauchburg als Präſident der Ständeverſammlung.

Dann:

Hohenlohe-Langenburg, Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürſt, Hohenlohe-Oehringen, Hohenlohe-Kirchberg, Hohenlohe-Bartenſtein, Löwenſtein-Wertheim, Oettingen-Wallerſtein, Thurn und Taxis, Oettingen-Spielberg, Salm-Krautheim, Waldburg-Wolfegg-Waldſee, Dietrichſtein, Metternich-Winneburg-Ochſenhauſen, Fugger; —

Zeppelin, Königsegg-Aulendorf, Erbach-Wartemberg-Roth, Waldbott-Baſſenheim, Quadt-Wyckradt-Isny, Rechberg, Neipperg, Schäsberg-Thannheim;

Gemmingen, Beroldingen, Berlichingen, Maſſenbach, Reiſchach, Görlitz, Adelmann, Biſſingen-Nippenburg, Stain, Speth, Varnbüler, Ulm-Erbach, Normann-Ehrenfels, Thumb. — Johann Friedrich Cotta von Cottendorf unterzeichnete im Namen des Grafen von Biſſingen-Nippenburg, Max Freiherr von Ow auf Wachendorf im Namen des Grafen von Normann-Ehrenfels.

Nächſt den Fürſten, Grafen und Edelleuten waren nach dem Reſkript vom 29. Januar 1815 einige Perſonen geiſtlichen Standes zur Berufung in die Ständeverſammlung auserſehen, und wurden in dieſer Eigenſchaft wirklich berufen: der Generalſuperintendent Prälat Cleß, der Kanzler der Univerſität Prälat Schnurrer, der Biſchof von Tempe (Fürſt von Hohenlohe, Generalvikar in Ellwangen) und der Geiſtliche Rath und Dekan Steigendeſch.

Auch die durch Königliches Manifeſt vom 10. Juni 1819 neu einberufene Ständeverſammlung enthielt an ſolchen Elementen: die zwei dem Dienſtalter nach erſten evangeliſchen Generalſuperintendenten von Schmid und von Abel, den Verweſer des Generalvikariats zu Rottenburg, Biſchof von Evara, von Keller, und den älteſten katholiſchen Dekan, Vanotti, endlich den Vizekanzler der Univerſität, von Autenrieth.

Die gewählten Repräſentanten zerfielen in die Abgeordneten der ſieben guten Städte und in diejenigen der Oberamtsbezirke. Dieſe Abgeordneten waren:

a. Von 1815–1817, nach der Geſchichte der Verfaſſung, 1869 S. 159:

Für die guten Städte: Stuttgart — Klüpfel; Ludwigsburg — Faber; Tübingen — Schott: Ellwangen — Niederhöfer; Ulm — Miller; Heilbronn — Kübel; Reutlingen — Camerer.

Für die Oberamtsbezirke: Aalen — Gleich, ſpäter Gock, Gaupp; Alpeck — Sandberger; Backnang — Klemm, ſpäter Enslin; Balingen — Hartmann; Beſigheim — Haakh; Biberach — Zink; Blaubeuren — Ott; Böblingen — Cotta; Brackenheim — Seybold d. j.; Calw — Zahn; Cannſtatt



— Weckherlin; Crailsheim — von Ellrichshauſen; Ehingen — Niedermüller, ſpäter Walſer; Ellwangen — Ladenburger; Eßlingen — Honold; Freudenſtadt — Kierecker, ſpäter Gmelin; Gaildorf — Knapp; Geislingen — Häberlin, ſpäter Reiter; Gerabronn — Forſtner v. Dambenois; Gmünd — Seybold d. ä.; Göppingen — Feuerlein; Hall — Schwarz; Heidenheim — Eſſich; Heilbronn — Mayer; Herrenberg — Berg; Horb — Kurz; Kirchheim — Weishaar; Künzelsau — Berger; Leonberg — Hoffmann; Lorch — Piſtorius; Leutkirch — Wocher d. j.; Ludwigsburg — Frey; Marbach — Bolley; Maulbronn — Lang; Mergentheim — Grün; Münſingen — Koch; Nagold — Reinhard; Neckarſulm — Merkle; Neresheim — von Keller; Neuenbürg — Knaus, ſpäter Andreä; Nürtingen — Löw; Oberndorf — Jeggle; Oehringen — von Renner; Ravensburg — Rhomberg; Reutlingen — Buchrucker; Riedlingen — Burk, ſpäter Widenmann; Rottenburg — Gerbert; Rottweil — Steinhäuſer, ſpäter Georgii d. ä.; Saulgau — Dieſch; Schorndorf — Rapp; Spaichingen — Merkt; Stuttgart — Grieſinger; Sulz — Hartenſtein; Tettnang — Pfanner; Tübingen — Walker; Tuttlingen — Beckh; Ulm — Schad von Mittelbiberach; Urach — Georgii d. j.; Vaihingen — Löbert; Waiblingen — Wagner; Waldſee — Döbele, ſpäter Schmidlin, Rugel; Wangen — Wocher d. ä.; Weinsberg — Fetzer; Wiblingen — Fiſcher.

„Nach einer Zuſammenſtellung aus jener Zeit waren unter den Abgeordneten der Städte und Oberämter 30 Rechtsgelehrte, 9 Kaufleute, 19 Bürgermeiſter und Amtspfleger; die übrigen waren Stadt- und Amts-Schreiber, Landſchaftskaſſiere, Schultheißen und Rentbeamte. Hievon waren 52 Proteſtanten und 19 Katholiken.“

b. Im Jahr 1819, nach der Geſchichte der Verfaſſung, 1869, S. 221:

Für die guten Städte: Stuttgart — Weishaar; Tübingen — Hehl; Ludwigsburg — Schönleber; Ellwangen — Zimmerle; Ulm — Kiderlen; Heilbronn — Schreiber; Reutlingen — Wunderlich (Liſt wegen Mangels des Alters nicht legitimirt).

Für die 63 Oberamtsbezirke: Aalen — König; Backnang — Enslin; Balingen — Hartmann; Beſigheim — Fetzer; Biberach — von Pflummern; Blaubeuren — Ott; Böblingen — Schott; Brackenheim — Seybold; Calw — Zahn; Cannſtatt — Weckherlin; Crailsheim — Baumann; Ehingen — Vogt; Ellwangen — Rettenmaier; Eßlingen — von Theobald; Freudenſtadt — Gmelin; Gaildorf — Fandt; Geislingen — Thirer; Gerabronn — Löhrl; Gmünd — Mühleiſen; Göppingen — Feuerlein; Hall — Majer; Heidenheim — Eſſig; Heilbronn — Ludwig; Herrenberg — Ruoff; Horb — Kurz; Kirchheim — Widenmann; Künzelsau — Berger; Leonberg — Hoffmann; Leutkirch — Bleyer; Ludwigsburg — Schäffer; Marbach — Hauſer; Maulbronn — Lang; Mergentheim — Grün; Münſingen — Erhardt; Nagold — Reichard; Neckarſulm — John; Neresheim — von Keller; Neuenbürg — Gaupp; Nürtingen — Fiſcher; Oberndorf — Jeggle; Oehringen — Keßler; Ravensburg — Rhomberg; Reutlingen — Steeb; Riedlingen — Bollſtetter; Rottenburg — Gerbert; Rottweil — Burkhardt; Saulgau — Widmann; Schorndorf — Rapp; Spaichingen — Merkt; Stuttgart — Gohl; Sulz — Krehl; Tettnang — Pfanner; Tübingen — Uhland; Tuttlingen — Beckh; Ulm — Koch; Urach — Rau; Vaihingen — Magenau; Waiblingen — Currlen; Waldſee — Steinhauſer; Wangen — Prielmaier; Weinsberg — Mauchart; Welzheim — Piſtorius; Wiblingen — Mayer.

## C. Die Mitglieder der Kammer der Standesherren von 1820—1879.

### I. Die Prinzen des Königlichen Hauſes.

1. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz Karl Friedrich Alexander, geb. 6. März 1823, gehörte der Kammer an von 1841 bis zum Tage der Thronbeſteigung, den 25. Juni 1864.

Sodann die Königlichen Prinzen (Königliches *Hausgeſetz vom 8. Juni* 1828 Art. 3), Ihre Königlichen Hoheiten:

2. Prinz Paul Karl Friedrich Auguſt, geb. 19. Januar 1785, † 16. April 1852; — von 1820 bis 1852.

3. Prinz Friedrich Karl Auguſt, geb. 21. Februar 1808, † 9. Mai 1870; — von 1829 bis 1870.



4. Prinz Wilhelm Karl Paul Heinrich Friedrich, geb. 25. Februar 1848; — ſeit 1869.

5. Prinz Friedrich Auguſt Eberhard, geb. 24. Januar 1813; — ſeit 1834.

Ferner die Herzoge von Württemberg (Hausgeſetz vom 8. Juni 1828 Art. 4; Königl. Verordnung vom 11. September 1865), Ihre Königlichen Hoheiten:

6. Herzog Adam Karl Wilhelm Nikolaus Eugen Paul Ludwig, geb 16. Januar 1792, † 27. Juli 1847; — von 1820 bis 1847.

7. Herzog Alexander Paul Ludwig Konſtantin, geb. 9. September 1804; — ſeit 1826.

8. Herzog Eugen Friedrich Heinrich, geb. 21. November 1758, † 20. Juni 1822; — von 1820 bis 1822.

9. Herzog Friedrich Eugen Karl Paul Ludwig, geb. 8. Januar 1788, † 16. September 1857; — von 1820 bis 1857.

10. Herzog Eugen Wilhelm Alexander Erdmann, geb. 25. Dezember 1820, † 8. Januar 1875; — von 1842 bis 1875.

11. Herzog Wilhelm Eugen Auguſt Georg, geb. 20. Auguſt 1846, † 27. Januar 1877; — von 1868 bis 1877.

12. Herzog Wilhelm Nikolaus, geb. 20. Juli 1828; — ſeit 1850.

13. Herzog Nikolaus, geb. 1. März 1833; — ſeit 1855.

14. Herzog Friedrich Paul Wilhelm, geb. 17. Juni 1797, † 24. November 1860; — von 1820 bis 1860.

15. Herzog Wilhelm Ferdinand Maximilian Karl, geb. 3. September 1828; — ſeit 1850.

16. Herzog Wilhelm Friedrich Philipp, geb. 27. Dezember 1761, † 10. Auguſt 1830; — von 1820 bis 1830.

17. Herzog Ferdinand Friedrich Auguſt, geb. 21. Oktober 1763, † 20. Januar 1834; — von 1820 bis 1834.

18. Herzog Alexander Friedrich Karl, geb. 24. April 1771, † 4. Juli 1833; — von 1820 bis 1833.

19. Herzog Friedrich Wilhelm Alexander, geb. 20. Dezember 1804; — ſeit 1826.

20. Herzog Philipp Alexander Maria Ernſt, geb. 30. Juli 1838; — ſeit 1860.

21. Herzog Ernſt Alexander Konſtantin, geb. 30. Auguſt 1807, † 26. Oktober 1868; — von 1829 bis 1868.

22. Herzog Heinrich Friedrich Karl, geb. 3. Juli 1772, † 28. Juli 1833; — von 1820 bis 1833.

## 2. Die Häupter der fürſtlichen und gräflichen Familien und die Vertreter der ſtandesherrlichen Gemeinſchaften, auf deren Beſitzungen vormals eine Reichs- oder Kreis-Tagsſtimme geruht hat.

### 1. Fürſten von Fürſtenberg.

1820—1854. Karl Egon, geb. 28. Oktober 1796 † 22. Oktober 1854.
1854. Karl Egon Leopold Maria Wilhelm Maximilian, geb. 4. März 1820.

### 2. Fürſten von Hohenlohe-Langenburg.

1820—1825. Karl Ludwig, geb. 10. September 1762 † 4. April 1825.
1825—1860. Ernſt Chriſtian Karl, geb. 7. Mai 1794 † 12. April 1860.

1860. Hermann Ernſt Franz Bernhard, geb. 31. Auguſt 1832; ſuccedirte ſeinem Herrn Vater in Folge Familienvertrags vom 21. April 1860.

3. Fürſten von Hohenlohe-Oehringen.

1820—1848. Friedrich Auguſt Karl, geb. 27. November 1784 † 15. Februar 1853.

1849. Friedrich Wilhelm Eugen Karl Hugo, Herzog von Ujeſt, geb. 27. Mai 1816; ſuccedirte 1. Januar 1849 in Folge Abtretungsurkunde ſeines Herrn Vaters und gemäß Familienvertrags vom 22. Auguſt 1842.

4. Fürſten von Hohenlohe-Kirchberg.

1820—1836. Georg Ludwig Moriz, geb. 16. September 1786 † 25. September 1836.

1836—1861. Karl Friedrich Ludwig Heinrich, geb. 2. Nov. 1780 † 16. Dezember 1861 kinderlos; ſuccedirte dem Bruderſohn ſeines Herrn Vaters. Mit ſeinem Tode iſt die Linie Hohenlohe-Kirchberg im Mannsſtamme erloſchen.

5. Fürſten von Hohenlohe-Bartenſtein.

1820—1844. Karl Auguſt Theodor, geb. 9. Juni 1788 † 12. Auguſt 1844 kinderlos. Mit ſeinem Tode gieng das Fürſtenthum an die Linie Hohenlohe-Jagſtberg über. (S. u. 6). Später wieder abgetrennt:

1862—1877. Karl Ludwig Konſtantin Heinrich, geb. 2. Juli 1837 † 23. Mai 1877; ſuccedirte ſeinem Herrn Vater Ludwig Albrecht Konſtantin Fürſten zu Hohenlohe-Bartenſtein und Jagſtberg.

1877. Johannes Friedrich Michael Karl Maria, geb. 20. Auguſt 1863, derzeit noch minderjährig, unter Vormundſchaft ſeines Herrn Oheims, des Fürſten Albert von Hohenlohe-Jagſtberg.

6. Fürſten von Hohenlohe-Jagſtberg.

1820—1838. Karl Joſeph Ernſt Juſtin, geb. 12. Dezember 1766 † 6. Juli 1838.

1838—1850. Ludwig Albrecht Konſtantin, geb. 5. Juni 1802 † 22. Auguſt 1850; ſeit 12. Auguſt 1844 zugleich Fürſt von Hohenlohe-Bartenſtein. (S. o. 5).

1867. Albert Vincenz Ernſt Leopold Klemens, geb. 22. November 1842.

7. Fürſten von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürſt.

1820—1839. Karl Albrecht Philipp Joſeph, geb. 29. Februar 1776 † 15. Juni 1843.

1839. Friedrich Karl Joſeph, geb. 5. Mai 1814; — ſuccedirte ſeinem Herrn Vater in Folge Ceſſion vom 26. Dezember 1839.

8. Fürſten von Oettingen-Wallerſtein.

1820—1823. Ludwig Kraft Ernſt, geb. 31. Januar 1791 † 22. Juni 1870.

1823—1842. Friedrich Kraft Heinrich, geb. 16. Oktober 1793 † 5. November 1842; — ſuccedirte ſeinem Herrn Bruder vermöge Ceſſion vom 14. Oktober 1823.

1862. Karl Friedrich Kraft Ernſt Notger, geb. 16. September 1840; — ſuccedirte ſeinem Herrn Vater unter Vormundſchaft ſeines Herrn Oheims,

1842—1862. des Prinzen Karl Anſelm Kraft geb. 6. Mai 1796 † 4. März 1871.

9. Fürſten von Thurn und Taxis.

1820—1827. Karl Alexander, geb. 22. Februar 1770 † 15. Juli 1827.

1827—1871. Maximilian Karl, geb. 3. November 1802 † 10. November 1871.
Dessen Enkel:
Maximilian Maria Karl Joseph Gabriel Lamoral, geb. 24. Juni 1862 unter Vormundschaft seiner Frau Mutter.

10. Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg.

1820—1849. Karl Thomas Albrecht Ludwig Konstantin, geb. 18. Juli 1783 † 3. November 1849.
Dessen Enkel:
1859. Karl Heinrich Ernst Franz geb. 21. Mai 1834.

11. Fürsten von Oettingen-Spielberg.

1820—1843. Johann Alois Anton, geb. 9. Mai 1788 † 7. Mai 1855.
1843—1874. Otto Karl, geb. 14. Januar 1815; succedirte seinem Herrn Vater vermöge Cession vom 29. September 1843.
In Folge des Gesetzes vom 8. Oktober 1874, betreffend die Aufhebung des Lehenverbands ist die Lehenherrlichkeit über das Rittergut Dambach, Oberamts Ellwangen, weggefallen und damit die Stimme erloschen.

12. Fürst von Salm-Reifferscheidt-Krautheim.

1820—1826. Franz Wilhelm Joseph Anton, geb. 27. April 1772 † 14. April 1831. Durch Kauf vom 14. November 1826 gieng die fürstliche Besitzung im Oberamt Künzelsau an den Staat über, womit die Stimme erloschen ist.

13. Fürsten von Waldburg-Wolfegg-Waldsee.

1820—1833. Joseph Anton, geb. 20. Februar 1766 † 3. April 1833.
1833—1871 Friedrich Karl Joseph, geb. 13. August 1808 † 22. April 1871.
1871. Franz Xaver Joseph Friedrich, geb. 11. September 1833.

14. Fürsten von Waldburg-Zeil-Trauchburg.

1820—1845. Franz Thaddäus Joseph, geb. 15. Oktober 1778 † 5. Dezember 1845.
1845—1862. Konstantin Max, geb. 8. Januar 1807 † 17. Dezember 1862.
1862. Wilhelm Franz, geb. 26. November 1835.

15. Fürsten von Waldburg-Zeil-Wurzach.

1820—1861. Leopold Maria Karl Eberhard, geb. 11. November 1795 † 26. April 1861.
1861—1865. Karl Maria Eberhard, geb. 8. Dezember 1825.
1865. Eberhard Franz Leopold Maria, geb. 17. Mai 1828; — succedirte seinem Herrn Bruder am 8. Mai 1865, laut Familienvertrags vom 6. Februar 1865.

16. Fürsten von Windischgrätz.

1820—1862. Alfred Alois, geb. 11. Mai 1787 † 21. März 1862.
1862—1876. Alfred Joseph Nikolaus Guntram, geb. 28. März 1819 † 28. April 1876.
1876. Alfred August Maria Wolfgang Karl, geb. 31. Oktober 1851.

17. Fürsten von Solms-Braunfels.

1820—1837. Wilhelm Christian Karl, geb. 9. Januar 1759 † 20. März 1837.
1837—1873. Friedrich Wilh. Ferdinand geb. 14. Dezember 1797 † 3. Februar 1873.
Diesem seinem Oheim mütterlicher Seits succedirte nach hausgesetzlicher Successionsordnung
1873. Ludwig Wilhelm, Fürst von Bentheim-Steinfurt, geb. 1. Aug. 1812.

18. Fürst von Colloredo-Mannsfeld.

1820—1826. Rudolf Joseph, geb. 16. April 1772 † 28. Dezember 1843. Vermöge Vertrags v. 2. Januar 1827 ist die Standesherrschaft Limpurg-Sontheim-Gröningen an den Staat übergegangen und damit die Stimme erloschen. (Verh. d. K. d. St. v. 1826/27 Heft II S. 152 u. 165.)

19. Fürst von Metternich-Winneburg-Ochsenhausen.

1820—1825. Klemens Wenzeslaus Lothar, geb. 15. Mai 1773 † 11. Juni 1859. In Folge Kaufvertrags vom 8. März 1825 gieng die Herrschaft Ochsenhausen an den Staat über, womit die Stimme erloschen ist. (Verh. d. K. d. St. v. 1826/27 Heft I S. 19—21.

20. Fürst von Dietrichstein.

1820—1829. Franz Joseph, geb. 20. April 1768 † 8. Juli 1854. Durch Kauf vom 21. Juli 1829 gieng die Herrschaft Neuravensburg an den Staat über, womit die Stimme erlosch. (Verh. d. K. d. St. v. 1830 Heft I S. 17.)

21. Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg.

1820—1845. Georg Wilhelm Ludwig, geb. 15. November 1775 † 26. Juli 1855.

1855—1861. Adolf Karl Konstantin Friedrich, geb. 9. Dezember 1805 † 9. August 1861.

1861. Wilhelm Paul Ludwig, geb. 19. März 1817, succedirte seinem Herrn Vetter, dem Fürsten Adolf.

22. Grafen von Königsegg-Aulendorf.

1820—1863. Franz Xaver Alois Eusebius, geb. 15. März 1787 † 8. Juli 1863.

1863. Gustav, geb. 19. April 1813.

23. Grafen von Erbach-Wartenberg-Roth.

1820—1832. Franz Karl Friedrich Ludwig Wilhelm, geb. 11. Juni 1782 † 14. April 1832. Franz Eberhard, geb. 27. November 1818, minderjährig. Durch den Verkauf der Standesherrschaft im Jahr 1844 ist die Stimme erloschen.

24. Grafen von Waldbott-Bassenheim.

1820—1830. Friedrich Karl Franz Rudolf, geb. 10. August 1779 † 6. Mai 1830.

1830—1862. Hugo Philipp, geb. 30. Juni 1820. Nach Mittheilung des K. Ministeriums des Innern vom 9. Mai 1862 ist gegen den Grafen Konkurs gerichtlich eröffnet und nach Note desselben Ministeriums vom 14. April 1875 sind durch Beschluß des Oberamtsgerichts Biberach vom 9. April 1875 die sämmtlichen in Württemberg gelegenen Alloden und Fideikommiß-Besitzungen des Grafen Hugo dem Fürsten von Waldburg-Wolfegg-Waldsee endgiltig zugeschlagen worden, womit die Stimme erloschen ist. Verh. d. K. d. St. v. 1875/76 Prot.Bd. S. 31.

25. Graf von Törring-Gutenzell.

1820—1860. Maximilian August, geb. 21. April 1780 † 30. April 1860 (kinderlos). Der Gutsnachfolger Klemens Maria Anton Graf von Törring-Jettenbach hat als Angehöriger der Linie Törring-Seefeld seine persönliche standesherrliche Befähigung bis jetzt nicht nachzuweisen vermocht, daher die Stimme ruht. Verh. d. K. d. St. v. 1870/74 Prot.-Bd. II S. 627 ff.

26. Grafen von Quadt-Wykradt-Isny.

1820—1846. Wilhelm Otto Friedrich Albrecht, geb. 21. Februar 1783 † 2. Juli 1849.

1846. Otto Wilhelm Friedrich Bertram, geb. 27. September 1817; succedirte seinem Vater vermöge Uebertragungsakte vom 20. November 1846.

27. Graf von Plettenberg-Mietingen,

starb am 2. September 1813 mit Hinterlassung einer Tochter, der Reichsgräfin Marie, geb. 22. März 1809 † 22. Juli 1861. Durch testamentarische Disposition derselben giengen die mit Fideikommiß belegten Plettenbergschen Güter auf den Grafen Nikolaus Joseph Maria Hubert von Esterhazy-Galantha, geb. 5. Dezember 1839, den dritten Sohn aus ihrer Ehe mit Nikolaus Franz Maria Alexander Grafen von Esterhazy-Galantha, über.

Die Stimme ruht, weil dem gräflichen Hause Esterhazy-Galantha nach den bis jetzt vorliegenden Notizen standesherrliche Rechte nicht zustehen. Verh. d. K. d. St. v. 1870/74 Prot.-Bd. I. S. 75.

28. Grafen von Schäsberg-Thannheim.

1820—1856. Richard Martin Maria, geb. 15. Juli 1778 † 24. März 1856 kinderlos.

1856—1870. Julius Maximilian Hubertus Maria, geb. 2. November 1819 † 25. Juni 1870, succedirte seinem Herrn Oheim kraft Testaments.

1877. Wilhelm Heinrich August Hubertus Maria, geb. 17. Oktober 1855.

29. Graf von Waldeck-Limpurg.

1861—1863. Richard Kasimir Alexander, geb. 26. Dezember 1835. Nachdem die standesherrliche Gemeinschaft Limpurg-Waldeck-Gaildorf durch Uebergang des Ysenburg-Büdingen-Meerholz'schen Antheils an den Staat aufgelöst wurde, steht dem Grafen von Waldeck eine Virilstimme zu.

Nach einem am 16. März 1863 abgeschlossenen Vertrag gieng die Herrschaft Waldeck-Limpurg über an seine Schwester, die Gräfin Mechtilde Karoline Emma, geb. 23. Juni 1826, vermählt 30. Januar 1846 mit dem Grafen Karl Anton Ferdinand von Bentinck, und es ist die Stimme als ruhend zu betrachten. Verh. d. K. d. St. v. 1856/61 Prot. Bd. S. 527, v. 1870/74, Prot.-Bd. S. 77, v. 1875/76 Beil.-Bd. S. 13.

Vertreter der standesherrlichen Gemeinschaften:

30. Grafschaft Löwenstein.

1820—1852. Georg Wilhelm Ludwig, Fürst von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, geb. 15. November 1775 † 26 Juli 1855. Durch das im Jahre 1852 mit dem Tode des Fürsten Karl Friedrich Ludwig zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg eingetretene Erlöschen der jüngeren Linie hat das Kondominat aufgehört und ist Fürst Georg von Löwenstein alleiniger Besitzer der Grafschaft Löwenstein geworden. Da derselbe aber als Besitzer eines Theils der Standesherrschaft Limpurg-Sontheim-Michelbach eine Virilstimme führt (s. oben Nr. 21), fällt hier die Stimme aus. Verh. d. K. d. St. v. 1851/55 Beil.-Bd. S. 883.

31. Limpurg-Sontheim-Obersontheim.

1820—1848. Georg Wilhelm Ludwig, Fürst von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, geb. 15. November 1775 † 26. Juli 1855. Durch einen zwischen der

Krone Württemberg und dem fürstlichen Hause Löwenstein-Wertheim-Freudenberg abgeschlossenen Vergleich von 4. November 1848 ist die Gemeinschaft aufgelöst und der an das fürstliche Haus gefallene Antheil mit dem Rentamte Michelbach vereinigt worden, daher die Stimme hier wegfällt. Verh. d. K. d. St. v. 1848/49 Beil.-Bd. S. 38.

32. Limpurg-Gaildorf-Solms-Assenheim.

Georg Friedrich Karl, Graf von Waldeck-Pyrmont, geb. den 31. Mai 1785 † 18. Juni 1826 (kinderlos). Die Gemeinschaft hat sich schon bei Lebzeiten des Grafen Georg aufgelöst.

33. Limpurg-Sontheim-Gaildorf.

1826—1833 Graf Karl Alexander von Pückler-Limpurg, geb. 11. Oktober 1872; ist laut Vertrag vom 20. Oktober 1833 aus dem Kondominat ausgetreten.

1833—1852. Friedrich Karl Ludwig Franz, geb. 12. Februar 1788.

1852. Kurt Friedrich Karl Ludwig geb. 2. Oktober 1822. Nach Familien-Vertrag vom 15. November 1844 gieng, nachdem Graf Friedrich am 22. Oktober 1852 seinen Antheil an seinen Sohn Kurt abgetreten hatte, die Stimmführung an die jüngere Linie, den Grafen Ludwig Friedrich Karl Maximilian, geb. 11. Mai 1790 über; Graf Kurt blieb jedoch Stellvertreter und ist nach dem am 16. August 1854 erfolgten Tode des Grafen Ludwig lebenslänglicher Vertreter der Gemeinschaft. Verh. d. K. d. St. v. 1835 S. 2737. v. 1851/55 Beil.-Bd. S. 811. 884.

34. Schussenried-Weißenau.

1820—1830. Franz Joseph Graf von Sternberg-Manderscheid, geb. 4. September 1763 † 8. April 1830; seit der am 9. September 1823 vom K. Gerichtshofe in Ulm bestätigten Uebereinkunft sämmtlicher Miteigenthümer alleiniger Besitzer der standesherrlichen Herrschaft.

In Folge der am 6. Oktober 1835 gerichtlich bestätigten käuflichen Erwerbung der Standesherrschaft von Seite des Staates ist die gräfliche Familie Sternberg-Manderscheid aus der Reihe der Standesherren in Württemberg ausgetreten. Verh. d. K. d. St. v. 1835. S. 2756.

### 3. Vom Könige erblich oder auf Lebenszeit ernannte Mitglieder.

a) Vom Könige **erblich** ernannte Mitglieder.

35. Graf von Stadion-Thannhausen-Warthausen,

1820—1827. geb. 12. Dezember 1819. In Folge des am 22. September 1827 gerichtlich bestätigten Kaufvertrags ist die Herrschaft Warthausen in das Eigenthum des Staats übergegangen, damit aber auch die Ernennung des Herrn Grafen zum erblichen Mitgliede gegenstandlos geworden.

36. Grafen von Rechberg und Rothenlöwen.

1820—1842. Alois, geb. 18. September 1766, ernannt 12. Dezember 1819 † 10. März 1849.

1842. Albert, geb. 7. Dezember 1803.

37. Grafen von Neipperg.

1820—1829. Adam Adalbert geb. 8. April 1775, ernannt 12. Dezember 1819, † 22. Februar 1829.

1829—1865. Alfred August Karl Franz Camillus, geb. 26. Januar 1807 † 16. November 1865.

1865. Erwin Franz Ludwig Bernhard Ernst, geb. 6. April 1813.

b) Vom Könige **auf Lebenszeit** ernannte Mitglieder.

(Die Mitglieder sind mit dem Rang oder der dienstlichen Stellung aufgeführt, welche sie zur Zeit ihrer Ernennung in die Kammer der Standesherren bekleidet haben).

1820—1842. 1. Graf v. Franquemont, Staats- und Kriegsminister, ernannt 16. Dezember 1819, † 2. Januar 1842.

1820—1859. 2. Freiherr v. Maucler Justiz-Minister, ernannt 16. Dezember 1819, † 28. Januar 1859.

1820—1830. 3. Graf v. Salm-Reifferscheidt-Krautheim, Generalmajor, ern. 16. Dezember 1819, † 10. Dezember 1830.

1820—1834. 4. Graf v. Reischach, Staatsminister, ern. 23. Dezember 1819, † 9. Januar 1834.

1820—1849. 5. Freiherr Ernst v. Hügel, General-Lieutenant und Präsident des Kriegsdepartement, ern. 7. Juni 1820, † 30. März 1849.

1820—1830. 6. Freiherr Ferdinand v. Varnbüler Generalmajor, ern. 7. Juni 1820, † 28. September 1830.

1820—1829. 7. Graf v. Zeppelin, Staatsminister, Oberst-Kammerherr, ern. 19. November 1820, † 21. Januar 1829.

1820—1853. 8. Graf v. Bismark, Generalmajor, Königl. Gesandter am Bad. Hof, ern. 19. November 1820, ausgewandert 1853, † 18. Juni 1860.

1820—1849. 9. Freiherr v. Schmitz-Grollenburg, Staatsrath und Vicepräs. d. Staatsraths, ern. 19. November 1820, † 27. November 1849.

1820—1845. 10. v. Mohl, Reg.-Präsident zu Ellwangen, Staatsrath, ern. 19. November 1820, † 6. August 1845.

1829—1868. 11. Graf v. Beroldingen, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Generallieutenant, ern. 30/31. Oktober 1829, † 24. Januar 1868.

1829—1836. 12. Freiherr v. Linden, Staatsrath, Regierungs-Präsident in Reutlingen, ern. 2/4. November 1829, † 3. Januar 1836.

1829—1860. 13. Graf v. Sontheim, Generalmajor in Ludwigsburg, ern. 15/18. November 1829, † 15. Dezember 1860.

1835—1849. 14. Freiherr v. Soden, Kirchenraths-Direktor, ern. 4. November 1835, † 9. Juli 1849.

1836—1861. 15. Freiherr v. Holzschuher, Regierungs-Direktor in Ulm, ern. 16. Januar 1836, ausgetr. 17. Juli 1861, † 1. Juli 1867.

1842—1861. 16. v. Gärttner, Geheimer Rath, ern. 27. Januar 1842, † 18. Juli 1861.

1846—1867. 17. Freiherr v. Wächter-Spittler, Staatsrath, ern. 10. Dezember 1846, ausgetr. 21. Oktober 1867, † 21. September 1874.

1851—1876. 18. v. Neurath, Geh. Legationsrath, ern. 12. April 1851, † 8. September 1876.

1851. 19. v. Baur, Generalmajor in Ludwigsburg, ern. 12. April 1851.

1851—1859. 20. v. Harpprecht, Obertribunal-Direktor, ernannt 12. April 1851, † 10. Februar 1859.



1853—1870. 21. Freiherr v. Linden, Regierungs-Direktor in Ludwigsburg, ern. 13. Juli 1833, † 18. Januar 1870.

1859—1866. 22. v. Bezzenberger, Präsident des Obertribunals, ern. 26. April 1859, † 12. Dezember 1866.

1859—1872. 23. v. Sigel, Direktor des Steuerkollegiums, ern. 26. April 1859, † 23. April 1872.

1861. 24. v. Renner, Direktor, Vorstand der Forstabtheilung der Oberfinanz-Kammer, ern. 15. Juli 1861.

1861. 25. v. Geßler, Direktor des Medizinalkollegiums, ernannt 17. Dezember 1861.

1868. 26. Freiherr v. Linden, Staatsminister, ern. 28. Oktober 1867.

1868. 27. Dr. v. Kuhn, Professor der (katholischen) Theologie in Tübingen, ern. 25. November 1868.

1869—1878. 28. Freiherr v. Holzschuher, Obertribunalrath, ern. 10. März 1869, † 17. April 1878.

1870. 29. v. Werner, Direktor der land- und forstwirthschaftlichen Akademie in Hohenheim, ern. 26. Februar 1870.

1872. 30. v. Riecke, Oberfinanzrath, ern. 25. Oktober 1872.

1878. 31. Freiherr v. Gemmingen, Obertribunalrath in Heilbronn, ern. 17. Mai 1878.

## D. Die Mitglieder der Kammer der Abgeordneten.

### I. Ritterschaftliche Abgeordnete.

1. Adelmann, Klemens, Graf v., Kammerherr in Ellwangen; geb. 17. September 1771, † 19. Februar 1826. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Adelmann, Sigmund Klemens Philipp, Graf v., in Ellwangen, geb. 14. September 1809, † 4. April 1864. Landtag: 1848, 1848/49, 1851/55. 1856/61.

3. Baldinger, Ludwig August v., Oberamtsrichter in Sulz; geb. 16. Dezember 1807. † 1. Oktober 1849. Landtag: 1848/49.

4. Berlichingen, Gustav Imman. Friedrich, Freiherr v., zu Jagsthausen geb. 15. Juni 1792, † 31. Dez. 1870. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49.

5. Berlichingen, Reinhard Friedrich, Freiherr v., Kammerherr in Stuttgart; geb. 18. September 1798, † 3. Juni 1865. Landtag: 1856/61.

6. Berlichingen, Götz, Freiherr v., zu Jagsthausen; geb. 7. Januar 1811, † 6. Nov. 1874. Landtag: 1851/55.

7. Berlichingen, Karl Ferdinand, Freiherr v., Kammerherr und Oberst a. D. in Stuttgart, geb. 16. August 1813, † 27. April 1864. Landtag: 1856/61, 1862/64.

8. Befferer v. Thalfingen, Franz Daniel, Major a. D. in Ludwigsburg, geb. 9. Aug. 1797. Landtag: 1851/52.

9. Biffingen-Nippenburg, Dr. Kajetan, Graf v., in Schramberg, geb. 18. März 1806. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1862/65, 1866, 1866/68.

10. Breitschwert, Wilhelm Gustav, Freiherr, v., Gerichtshofdirektor in Tübingen, geb. 19. Juni 1797, † 26. Oktober 1864. Landtag: 1848/49, 1851/55.

11. Cotta v. Cottendorf, Joh. Friedr., Freiherr, K. preuß. Geh. Hofrath in Stuttgart, geb. 27. April 1764, † 29. Dezember 1832. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

12. Cotta v. Cottendorf, Joh. Georg, Freiherr, K. bayrischer Kämmerer in Stuttgart, geb. 19. Juli 1796, † 1. Februar 1863. Land-

tag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848/49.

13. Crailsheim, Friedrich Adolf, Freiherr v., zu Hornberg, geb. 10. Juli 1810, † 11. Juni 1873. Landtag: 1848/49, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/73.

14. Degenfeld-Schomburg, Christoph Martin, Graf v., zu Eybach, geb. 21. Sept. 1799, † 4. November 1866. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1856/61.

15. Degenfeld-Schomburg, Götz Christoph, Graf v., Oberst a. D. in Groß-Eislingen, geb. 8. Oktober 1806. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

16. Degenfeld-Schomburg, Kurt Aug. Ferdinand, Graf v., zu Eybach, geb 1. Januar 1838. Landtag: 1877.

17. Ellrichshausen, Gottfried, Freiherr v., vorm. Preuß. Hauptmann, in Crailsheim, geb. 5. Januar 1775, † 1851. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

18. Ellrichshausen, Wilhelm Julius Ludwig, Freiherr v., zu Assumstadt, geb. 17. April 1789, † 11. April 1832. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

19. Eyb, Friedrich Wilhelm, Freiherr v., Hauptmann a. D. und Straßenbau-Inspektor in Heilbronn, geb. 20. Februar 1796, † 17. April 1865. Landtag: 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1851/55.

20. Gaisberg-Schöckingen, Ludwig Karl Sigmund Wilhelm, Freiherr v., Obertribunal-Direktor in Stuttgart, geb. 17. März 1775, † 10. August 1852. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1833, 1833/35, 1836, 1838.

21. Gaisberg, Ludwig Albert Benjamin, Freiherr v., Oberstlieutenant a. D., in Stuttgart, geb. 19. August 1794, † 30. Juni 1862. Landtag: 1852/55.

22. Gaisberg, Rudolph Albert Friedrich Hermann, Freiherr v., Justizassessor in Marbach, geb. 18. Dezember 1832, † 2. November 1878. Landtag: 1868/70.

23. Gemmingen, Karl Ludwig Dietrich, Freiherr v., Regierungsdirektor in Reutlingen, geb. 14. Juli 1772, † 4. Oktober 1825. Landtag: 1820/21, 1823/24.

24. Gemmingen, Karl Franz Ludwig, Freiherr v., Kreisoberforstmeister in Ellwangen, geb. 24. August 1776, † 19. Juli 1854. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838.

25. Gemmingen, Moriz, Freiherr v., Oberjustizrath in Ulm, den 26. November 1857 aus dem Staatsdienst getreten; geb. 8. April 1817. Landtag: 1856/61.

26. Gemmingen, Ernst Ludwig, Freiherr v., Kammerherr und Regierungs-Ass. in Ellwangen, 1851 Regierungsrath in Stuttgart, aus dem Staatsdienst ausgetreten 12. Dez. 1855, geb. 19. August 1818, Landtag: 1851/55.

27. Gemmingen, Wilhelm Friedr. Karl, Freiherr v., Ob.-Just.-Ass. und seit 13. Oktober 1865 Oberjustizrath in Eßlingen, seit 13. Juni 1868 Kreisgerichtsrath in Stuttgart, 1878 Obertribunalrath (daher ausgetreten und wiedergewählt) geb. 12. Oktober 1827. Landtag: 1862/1865, 1866, 1868, 1868/1870, 1870/76, 1877.

28. Gültlingen, Christian Karl, Freiherr v., Rittmeister a. D. u. Erbkämmerer, in Stuttgart, geb. 2. Januar 1776, † 10. September 1851. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

29. Gültlingen, Adolf Wilhelm Balthasar, Freiherr v., Erbkämmerer und Hofkammerförster in Feuerbach, seit 5. April 1861 a. D., in Berneck; geb. 23. März 1818. Landtag: 1854/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

30. Gültlingen, Wilhelm Friedrich Balthasar, Freiherr v., Justizassessor in Stuttgart, 1875 Kreisrichter in Heilbronn, daher ausgetreten und wieder gewählt; geb. 20. September 1834. Landtag: 1868/70, 1870/76, 1877.

31. Herman, Gottlieb Benno, Freiherr v., in Wain; geb. 18. Januar 1834. Landtag: 1877.

32. Hofer v. Lobenstein, Ludwig Karl Heinrich Adolf, Freiherr v., in Ellwangen, geb. 9. Oktober 1812. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/76.

33. Holtz, Wilhelm Gottfried Karl, Freiherr v., Obersthofmeister a. D., in Alfdorf, geb. 21. April 1801, † 23. Mai 1868. Landtag: 1833/35, 1836, 1838, 1864/65, 1866, 1866/68.

34. Hornstein-Bußmannshausen, August, Freiherr v., zu Orsenhausen, geb. 15. April 1789, † 13. Juli 1855. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1851/53.

35. König-Warthausen, Wilhelm Friedrich, Freiherr v., Oberjustizrath in Ulm, seit 14. November 1839 Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 25. Januar 1793, † 9. Januar 1879. Landtag: 1833 I, 1845, 1847, 1848.

36. König von Königshofen, Wilhelm Friedr. Viktor Wenzeslaus, Freiherr, in Königshofen, K. Badkommissär in Wildbad 1878, geb. 14. Juli 1822. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/76, 1877.

37. König von und zu Warthausen, Karl Wilh. Richard, Freiherr, Kammerherr, in Warthausen, geb. 6. Februar 1830. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/76, 1877.

38. Linden, Karl, Freiherr v., Regierungsrath in Ludwigsburg, den 9. August 1851 titl. Oberregierungsrath und seit 11. März 1852 Regierungsdirektor daselbst; geb. 30. November 1801, † 19. Januar 1870. Landtag: 1851/53.

39. Linden, Joseph, Freiherr v., Oberjustizrath in Ulm, 4. September 1842 Kirchenrathsdirektor in Stuttgart, geb. 7. Juni 1804. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49.

40. Maldeghem, Karl Leopold Ludwig, Graf v., Niederländ. Kammerherr, in Niederstotzingen, geb. 15. April 1797, † 27. Juli 1877. Landtag: 1833 I.

41. Neubronner, Rudolf v., Oberjustizassessor in Ulm, geb. 21. Juni 1813, † 8. August 1847. Landtag: 1845, 1847.

42. Ow, Maximilian, Freiherr v., k. k. österr. Kammerherr, in Wachendorf, geb. 5. April 1784, † 16. Juli 1845. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

43. Ow, Hans Karl, Freiherr v., in Wachendorf, geb. 1. Mai 1814. Landtag: 1851/55, 1856/61.

44. Ow, Edmund, Freiherr v., Oberjustizassessor in Eßlingen, seit 28. Oktober 1852 Oberjustizrath in Ellwangen, den 17. November 1853 pensionirt; geb. 16. Oktober 1815. Landtag: 1849, 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/76, 1877.

45. Ow, Hans Otto, Freiherr v., in Wachendorf, geb. 28. April 1843. Landtag: 1877.

46. Palm, Jonathan, Freiherr v., in Mühlhausen, geb. 28. September 1783, † 16. Mai 1846. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

47. Palm, Freiherr v., Generalmajor und Kommandant des Landjägerkorps in Stuttgart, geb. 3. Mai 1786, † 11. August 1871. Landtag: 1833 I.

48. Palm, Karl Aug. Eberhard, Freiherr v., Oberlieutenant a. D., in Mühlhausen, geb. 23. Dezember 1820. Landtag: 1851/55, 1856/58, 1868/70, 1870/76.

49. Plessen, Freiherr v., Kreisoberforstmeister in Reutlingen, geb. 30. Juli 1778, † 3. Dezember 1856. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

50. Raßler, Joseph, Freiherr v., Oberstlieutenant in Stuttgart, geb. 11. November 1786, † 14. Mai 1863. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

51. Raßler, Eduard, Freiherr v., in Gamerschwang, geb. 27. Juni 1801, † 30. Oktober 1839. Landtag: 1833/35, 1836, 1838, 1839.

52. Reischach, Leo, Freiherr v., Oberamtmann in Cannstatt, geb. 22. September 1804, † 17. März 1875. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

53. Reuttner zu Weyl, Kaspar Karl Cäsar Viktor, Graf v., in Achstetten, geb. 15. Dezember 1801, † 31. August 1874. Landtag: 1836, 1838.

54. Schad von Mittelbiberach, Moriz, Justizassessor in Ellwangen, seit 26. November 1857 in Eßlingen, den 13. Oktober 1865 Oberjustizrath daselbst und seit Dezember 1868 Kreisgerichtsrath in Ulm, 1878 Obertribunalrath in Ravensburg (daher ausgetreten und wiedergewählt); geb. 6. Juli 1821. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/76, 1877.

55. Speth-Granheim, Karl Alexander, Freiherr v., in Granheim, geb. 7. April 1792, † 1. März 1830. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

56. Speth-Untermarchthal, Maximilian, Freiherr v., Rittmeister a. D., in Zwiefaltendorf, geb. 8. April 1785, † 7. Mai 1856. Landtag: 1833 I.

57. Stain, Franz Leopold, Freiherr v., zu Harthausen, geb. 3. Okt. 1775, † 10. August 1852. Landtag: 1820/21, 1823/24.

58. Stetten, Karl Wilhelm, Freiherr v., Oberstlieutenant, Bezirkskommandant des Landjägerkorps in Ludwigsburg, pensionirt mit dem Charakter als Oberst 1877, geb. 25. Okt. 1820. Landtag: 1873/76, 1877.

59. Sturmfeder, Ferdinand, Freiherr v., Kammerherr in Oppenweiler, geb. 14. März 1789, † 2. März 1850. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1839, 1841/43.

60. Ulm-Erbach, Marquardt Joseph Anton Ferdinand Wilhelm, Freiherr v., in Erbach, geb. 20. April 1802, † 10. August 1864. Landtag: 1841/43.

61. Uxkull-Gyllenband, Aug., Graf v., Geh. Legationsrath in Stuttgart, geb. 3. Dezember 1828. Landtag: 1870/76.

62. Varnbüler, Karl Friedrich Eberhard, Freiherr v., in Hemmingen, vom 29. Nov. 1827 bis 27. April 1832, seinem Todestage, Finanzminister, in Stuttgart; geb. 12. August 1776, † 27. April 1832. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

63. Varnbüler, Friedr. Gottlob Karl, Freiherr v., Kammerherr, in Hemmingen, seit 21. September 1864 Minister der auswärtigen Angelegenheiten, in Stutttgart, seit 31. August 1870 Staatsminister a. D., geb. 13. Mai 1809. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/76, 1877.

64. Welden, Xaver, Freiherr v., Kammerherr und Vizedirektor der Kreisregierung in Ulm, geb. 24. November 1785, † 16. Mai 1856. Landtag: 1820/21, 1823/24.

65. Welden, Karl, Freiherr v., Kammerherr, vorm. Landvogt in Laupheim, geb. 2. Juli 1795, † 12. Febr. 1873. Landtag: 1833, 1833/35, 1836.

66. Werneck, Karl, Freiherr v., Kammerherr und Oberfinanzrath in Ellwangen, geb. 6. Januar 1786, † 1. Juni 1839. Landtag: 1820/21, 1823/24.

67. Wiederhold, Karl Friedr. Kuno, Freiherr v., Staatsminister und Generallieut. a. D., in Ludwigsburg, geb. 31. August 1809. Landtag: 1870/76, 1877.

68. Wöllwarth, Karl Ludwig Christian, Freiherr v., Rittmeister a. D., in Essingen, geb. 2. Oktober 1800, † 18. Februar 1867. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1856/61.

69. Wöllwarth, Georg Wolf, Freiherr v., in Hohenroden, geb. 12. Juni 1836. Landtag: 1870/76, 1877.

70. Zeppelin, Joh. Friedr. Karl, Graf v., Erbreichspanner, in Stuttgart, geb. 30. September 1789, † 2. April 1836. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

71. Zeppelin, Joh. Friedr. Traugott, Graf v., Erbreichspanner, in Aschhausen; geb. 22. November 1819, † 2. Juli 1870. Landtag: 1862/65, 1866, 1868, 1868/70.

## II. Evangelische Generalsuperintendenten.

1. Prälat v. Schmid, in Ulm; † 20. Febr. 1828. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828.

2. Prälat M. v. Abel, in Reutlingen; † 27. Juli 1829. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828.

3. Prälat M. v. Müller, in Hall; † 21. Sept. 1820. Landtag: 1820.

4. Prälat M. v. Dapp, in Maulbronn; pens. 2. Nov. 1831, † 5. Dez. 1832. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

5. Prälat Dr. v. Gaab, in Tübingen; † 2. März 1832. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

6. Prälat M. v. Sartorius, in Heilbronn; pens. 16. März 1823, † 10. Jan. 1825. Landtag: 1820/21.

7. Prälat M. v. Märklin, in Heilbronn; † 18. Juni 1841. Landtag: 1821, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839.

8. Prälat M. v. Kapff, in Ludwigsburg; pens. 24. Juni 1841, † 6. Juli 1848. Landtag: 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839.

9. Prälat Dr. v. Flatt, in Ulm; pens. 13. Juli 1842, † 20. Nov. 1843. Landtag: 1828, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/42.

10. Prälat M. v. Haas, in Reutlingen, † 26. Febr. 1841. Landtag: 1830, 1833/35, 1836, 1838, 1839.

11. Prälat v. Pahl, in Hall; † 18. April 1839. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839.

12. Prälat M. v. Pfister, in Tübingen; † 30. Sept. 1835. Landtag: 1833, 1833/35.

13. Prälat M. v. Köstlin, in Tübingen; pens. 10. April 1848, † 9. März 1855. Landtag: 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

14. Prälat M. v. Faber, in Reutlingen; † 18. April 1850. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49.

15. Prälat M. v. Heermann, in Ludwigsburg; pens. 12. April 1848, † 16. Oktober 1849. Landtag: 1841/43, 1845, 1847, 1848.

16. Prälat M. v. Sigwart, in Hall; † 16. Nov. 1844. Landtag: 1841/43.

17. Prälat M. v. Geß, in Heilbronn; † 26. Jan. 1844. Landtag: 1841/43.

18. Prälat M. v. Osiander, in Ulm; pens. 22. April 1851, † 13. April 1855. Landtag: 1843, 1844, 1847, 1848, 1848/49.

19. Prälat M. v. Hafner, in Heilbronn; pens. 30. Okt. 1852, † 1858. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1851/52.

20. Prälat M. v. Mehring, in Hall; pens. 25. März 1873. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/73.

21. Prälat M. v. Moser, in Tübingen; pens. 1. Juni 1869. Landtag: 1848/49, 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/69.

22. Prälat M. v. Gerock, in Ludwigsburg; pens. 15. Aug. 1860, † 2. Juli 1865. Landtag: 1848/49, 1851/55, 1856/59.

23. Prälat Dr. v. Kapff, in Reutlingen; ausgetr. 16. Juni 1852. Landtag: 1851/52.

24. Prälat Dr. v. Hauber, in Ulm, seit 22. Okt. 1868 in Ludwigsb. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/76, 1877.

25. Prälat Dr. v. Dettinger, in Reutlingen; pens. 4. Novbr. 1873. † 12. Febr. 1876. Landtag: 1852/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/73.

26. Prälat v. Sigel, in Heilbronn; † 30. Nov. 1866. Landtag: 1853/55, 1856/61, 1862/65, 1866.

27. Prälat Dr. v. Binder, in Ludwigsburg; pens. 16. Sept. 1868, † 21. Okt. 1868. Landtag: 1861, 1862/65, 1866, 1866/68.

28. Prälat v. Stock, in Heilbronn; † 10. Nov. 1871. Landtag: 1867/68.

29. Prälat v. Weitzel, in Ulm; † 27. Nov. 1870. Landtag: 1868/70.

30. Prälat Dr. v. Georgii, in Tübingen. Landtag: 1868/70, 1870/76, 1877.

31. Prälat v. Lang, in Ulm. Landtag: 1870/76, 1877.

32. Prälat v. Brackenhammer, in Heilbronn. Landtag: 1871/76, 1877.

33. Prälat v. Beck, in Hall. Landtag: 1873/76, 1877.

34. Prälat Dr. v. Merz, in Reutlingen, Landtag: 1873/76, 1877.

## III. Katholiſche Geiſtlichkeit.

A.

1. Keller, Dr. Johann Baptiſt v., Staatsrath, Generalvikar in Rottenburg, Biſchof v. Evara, ſeit 30. Okt. 1827 Biſchof v. Rottenburg, † 17. Okt. 1845. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845.

2. Lipp, Dr. Joſeph v., Biſchof ſeit 12. März 1848, † 3. Mai 1869. (Nicht eingetreten.)

3. Hefele, Dr. Karl Joſeph v., Biſchof ſeit 29. Dez. 1869. (Bis jetzt nicht eingetreten.)

B.

1. Wagner v., Generalvikariatsrath in Rottenburg. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Jaumann v., Generalvikariatsrath, ſeit 30. März 1828 Domdekan in Rottenburg, † 12. Jan. 1862. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49.

3. Oehler, Dr. v., Domkapitular in Rottenburg. Landtag: 1851/55.

4. Ritz, Dr. v., Domkapitular in Rottenburg, † 29. Juli 1866. Landtag: 1856/61.

5. Longner v., Domkapitular in Rottenburg, † 13. Juni 1868. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

6. Dannecker v., Domkapitular in Rottenburg. Landtag: 1868/70, 1870/76.

7. Bendel, Dr. v., Domkapitular in Rottenburg, geb. 24. Jan. 1817. Landtag: 1877.

C.

1. Vanotti, Dr. v., Dekan in Ehingen, † 22. Nov. 1847. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828.

2. Münch v., Dekan in Wurmlingen, † 21. Febr. 1857. Landtag: 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839.

3. Strobel v., Dekan in Rottweil, † 7. Nov. 1859. Landtag: 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49.

4. Maier v., Dekan in Gmünd, geb. 20. Dez. 1791, penſ. 10. Nov. 1874, † 10. Sept. 1875. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74.

5. Binder, Dekan in Oberndorf, geb. 7. Okt. 1802. Landtag: 1875/76, 1877.

## IV. Kanzler der Landes-Univerſität.

1. Autenrieth, Dr. Joh. Heinr. Ferd. v., ord. Prof. der Medizin, geb. 20. Okt. 1772, † 3. Mai 1835, Vizekanzler 1819/22, Kanzler 1822/35. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35.

2. Wächter, Dr. Karl Georg v., ord. Prof. d. Rechte, geb. 24. Dez. 1797, Kanzler 1835/51. Landtag: 1835, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49.

3. Dr. Karl Friedr. v. Gerber, ord. Prof. d. Rechte, geb. 11. Apr. 1823, Vizekanzler 1851, Kanzler 1855/1862. Landtag: 1851/55, 1856/61.

4. Geßler, Dr. Theodor v., ord. Prof. d. Rechte, geb. 16. Auguſt 1824, Kanzler 1864/70. Landtag: 1864/65, 1866, 1866/68, 1868/70.

5. Rümelin, Dr. Guſtav v., Staatsrath, Lehrer in der ſtaatswirthſch. Fakultät, geb. 26. März 1815, Kanzler ſeit 1870. Landtag: 1870, 1870/76, 1877.

## V. Die Abgeordneten für die Städte und Oberamtsbezirke auf den Landtagen von 1820 bis 1879, und den 3 Landesverſammlungen von 1849 und 1850.

### a) Die Abgeordneten der ſieben guten Städte.

#### I. Stuttgart.

1. Weishaar, Dr. Jakob Friedrich, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 3. März 1775, † 19. September 1834. Landtag: 1820/21, 1823/24. (ſ. auch Leonberg.)

2. Feuerlein, Dr. Willibald Auguſt, Oberbürgermeiſter in Stuttgart, geb. 24. Juni 1781, † 29. Sept. 1850. Landtag: 1826/27, 1828, 1830. (ſ. auch Freudenſtadt, Göppingen, Künzelsau.)

3. Uhland, Dr. Johann Ludwig, Profeſſor in Tübingen, 22. Mai 1833 aus dem Staatsdienſt getreten; geb. 26. April 1787, † 13. Nov. 1862. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838. (ſ. auch Tübingen St.)

4. Gutbrod, Georg Gottlob, Stadtſchultheiß in Stuttgart, geb. 19. Feb. 1791, † 22. Okt. 1861. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Federer, Friedrich, Bankier in Stuttgart, geb. 12. Dezember 1799. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49.

6. Murſchel, Wilhelm, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 13. Sept. 1795, † 17. Jan. 1869.

I. Landesversammlung von 1849. (s. auch Marbach, Maulbronn, Rottweil.)

7. Schott, Christian Albert Friedrich, Obertribunalprokurator in Stuttgart, geb. 30. April 1782, † 6. Juni 1861. II. und III. Landesversammlung von 1850. (s. auch Böblingen, Neuenbürg.)

8. Neftle, Christian Gottlieb, Obertribunalprokurator in Stuttgart, geb. 14. Oktober 1808. Landtag: 1851/55.

9. Conradi, Karl Arthur, Kaufmann in Stuttgart, geb. 19. Okt. 1813, † 23. Jan. 1868. Landtag: 1856/58.

10. Reyscher, Dr. Ludwig, Professor a. D., Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 10. Juli 1802. Landtag: 1858/61, 1862/63 (s. auch Mergentheim).

11. Zeller, Dr. Gustav Hermann, Finanzrath und seit 13. Februar 1867 Oberfinanzrath in Stuttgart, geb. 22. Januar 1812. Landtag: 1864/65, 1866, 1866/68 (s. auch Herrenberg).

12. Sick, Heinrich, von, Oberbürgermeister in Stuttgart, geb. 9. März 1822. Landtag: 1868/70, 1870/72 (s. auch Blaubeuren).

13. Wächter, Dr. Oskar, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 29. April 1825. Landtag: 1872/76 (s. auch Herrenberg.)

14. Lautenschlager, Karl, Rechtsanwalt in Stuttgart, geb. 12. Juni 1828. Landtag: 1877.

### 2. Tübingen.

1. Uhland, Dr. Johann Ludwig, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 26. April 1787, † 13. Nov. 1862. Landtag: 1820/21, 1823/24 (s. auch Stuttgart Stadt).

2. Schlayer, Dr. Johannes v., Oberregierungsrath, seit 10. August 1832 Staatsrath und Chef des Departements des Innern und des Kirchen- und Schulwesens, 26. September 1834 Geheimer-Rath, 26. September 1839 Minister des Innern und des Kirchen- und Schulwesens, 9. März 1848 Staatsminister a. D., in Stuttgart, geb. 11. März 1792, † 3. Januar 1860. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1856/59.

3. Pfizer, Dr. Paul Achatius, ref. Oberjustizassessor in Tübingen, geb. 12. September 1801, † 30. Juli 1867. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

4. Scheurlen, Dr. Karl, Professor in Tübingen, seit 20. Januar 1839 Obertribunalrath, 3. Oktober 1842 Konsistorial-Direktor in Stuttgart, geb. 30. März 1798, † 4. Januar 1850. Landtag: 1839, 1834/43 (s. auch Ludwigsburg Amt.)

5. Schweikhardt, Dr. Eduard, Privatdozent und Mühlebesitzer in Tübingen, geb. 27. Okt. 1805, † 5. Juni 1868. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49.

6. Fetzer, Karl August Friedrich, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 5. August 1809. Landtag: 1851/55 (s. auch Maulbronn.)

7. Weber, Franz v., Oberjustizrath und seit 4. April 1861 Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 1. Februar 1812, † 2. November 1874. Landtag: 1861, 1862/65, 1866, 1866/68 (s. auch Cannstatt, Hall.)

8. Schott, Sigmund, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 5. Januar 1818. Landtag: 1868/70 (s. auch Böblingen, Freudenstadt.)

9. Palmer, Dr. Christian v., Professor in Tübingen, geb. 27. Januar 1811, † 29. Mai 1875. Landtag: 1870—72.

10. Stein v., Obertribunalrath in Tübingen, geb. 25. April 1817. Landtag: 1872/74, 1875.

11. Dorn, Dr. Karl, Hüttendirektor a. D. und Dozent in Tübingen, geb. 29. Sept. 1815. Landtag: 1875/76.

12. Wolff, Karl Wilhelm v., Oberstlieutenant a. D. in Stuttgart, geb. 26. Dezember 1825. Landtag: 1877.

### 3. Ludwigsburg.

1. Preyß, Heinrich, Oberbürgermeister und Kaufmann in Ludwigsburg, geb. 14. April 1777, † 9. Mai 1840. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833/35, 1836, 1838, 1839.

2. Heigelin, Dr. Karl, Professor an der Real- und Gewerbeschule in Stuttgart, geb. 9. Juni 1798, † 183 . Landtag: 1833 I.

3. Krauß, Karl Ludwig David, Finanzrath in Ludwigsburg, geb. 6. Oktober 1797. Landtag: 1841/43, 1845, 1847, 1848.

4. Strauß, Dr. David Friedrich, in Heilbronn, geboren 27. Januar 1808, † 8. Febr. 1874. Landtag: 1848 II.

5. Bunz, Karl Friedrich, Stadtschultheiß in Ludwigsburg, geb. 4. Dezember 1805. Landtag: 1849.

6. Seybold, Wilhelm, Gutsbesitzer in Heilbronn, geb. 2. Mai 1799, † 9. September 1874. Landtag: 1851/55 (s. auch Heilbronn Stadt.)

7. Rümelin, Dr. Gustav, Oberstudienrath in Stuttgart, geb 26. März 1815. Landtag: 1856 (s. auch Univ.)

8. Planck, Karl, Rechtskonsulent in Ludwigsburg, geb. 6. Juni 1819, † 7. August 1878. Landtag: 1857/61.

9. Körner, Viktor, Gemeinderath in Ludwigsburg, geb. 22. Nov. 1810, † 30. März 1871. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/71.

10. Baumgärtner, Friedrich, Professor an der Baugewerkeschule in Stuttgart, geb. 21. März 1823. Landtag: 1871/74, 1875/76, 1877.

### 4. Ellwangen.

1. Zimmerle, Joseph Alois, Salzfaktor in Ellwangen, geb. 22. Juni 1782. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833 I., 1833 II.



2. Wocher, Johann Nepomuk, Regierungsrath in Ellwangen, geb. 20. November 1805, † 16. April 1842. Landtag: 1836, 1838, 1841/42.

3. Rettenmaier, Ulrich, Stadtschultheiß in Ellwangen, geb. 30. Juli 1787, † 4. März 1868. Landtag: 1843, 1845, 1847, 1848, 1848/49 (s. auch Ellwangen Amt).

4. Bucher, Franz Xaver v., Rektor des Gymnasiums in Ellwangen, geb. 14. Dez. 1798, † 4. Februar 1859. Landtag: 1851/55.

5. Wurst, Joseph, Stadtpfleger u. Schlossermeister in Ellwangen, geb. 19. August 1803. Landtag: 1856/61.

6. Bayrhammer, Joh. Leonhard, Stadtschultheiß und Rechtskonsulent in Ellwangen, geb. 22. Januar 1828. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

### 5. Ulm.

1. Kiderlen, Johann Ludwig, Stadtrath und Kaufmann in Ulm, geb. 25. Januar 1774. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Schultes, David, Kaufmann in Ulm, geb. 18. November 1785, † 7. September 1874. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833 II./35, 1836, 1838, 1839.

3. Schwarz, M. Christian Wilhelm, Gymnasial-Professor in Ulm, geb. 26. April 1793, † 9. Februar 1848. Landtag: 1833 I.

4. Müller, Daniel, Kaufmann und Stadtrath in Ulm, geb. 15. Oktober 1782, † 12. Dez. 1853. Landtag: 1841/43.

5. Haßler, Dr. Konrad Dieterich, Gymnasial-Professor in Ulm, geb. 18. Mai 1803, † 15. April 1873. Landtag: 1845, 1847, 1848.

6. Adam, Dr. Philipp Ludwig, Inhaber einer Verlagsbuchhandlung in Ulm, geb. 11. März 1813. Landtag: 1848/49.

7. Seeger, Adolf, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 13. Mai 1815, † 22. März 1864. Landtag: 1851/55 (s. auch Freudenstadt, Neuenbürg).

8. Schuster, Julius, Stadtschultheiß in Ulm, geb. 8. August 1817, † 17. März 1863. Landtag: 1856/61.

9. Schall, Karl Ludwig, Rechtskonsulent in Ulm, geb. 12. Sept 1827. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

10. Pfeiffer, Dr. Eduard, in Stuttgart, geb. 24. November 1835. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

11. Ebner, Robert Adolf, Rechtsanwalt in Ulm, geb. 4. Juli 1831. Landtag: 1877.

### 6. Heilbronn.

1. Haakh, Benjamin Friedrich, Braunschweigscher Hofrath in Heilbronn, geb. 27. Febr. 1778. Landtag: 1820.

4. Schreiber, August, Partikulier in Sontheim, geb. 15. August 1768, † 15. Dez. 1847. Landtag: 1821, 1823.

3. Link, Gottlieb, Kaufmann in Heilbronn, geb. 16. Oktober 1769, † 30. Dezember 1844. Landtag: 1824, 1826/27, 1828.

5. Mayer, Friedrich Christoph, Großherzogl. Hessischer Hofrath in Heilbronn, geb. 2. November 1762, † 7. März 1841. Landtag: 1830.

5. Klett, Christian August, Rechtskonsulent und Stadtrath in Heilbronn, geb. 16. Juli 1799, † 13. Mai 1869. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

6. Goppelt, Adolf, Kaufmann in Heilbronn, v. 9. März 1848 bis 29. Oktober 1849 Staatsrath und Chef des Departements der Finanzen; geb. 2. Januar 1800, † 12. Okt. 1875. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1863/65. (s. auch Ludwigsb. Amt, Urach).

7. Seybold, Wilhelm, Gutsbesitzer in Heilbronn, geb. 2. Mai 1799, † 9. September 1874. Landtag: 1848/49 (s. auch Ludwigsburg Stadt).

8. Metz, Karl David, Kaufmann und Gemeinderath in Heilbronn, geb. 24. Februar 1799, † 4. Februar 1869. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862.

9. Reibel, Karl, Kaufmann in Heilbronn, geb. 18. Sept. 1824. Landtag: 1866, 1866/68, 1868/70.

10. Mayer, Friedrich Eduard, Kommerzienrath in Heilbronn, geb. 27. Apr. 1809, † 2. Apr. 1875. Landtag: 1870/74.

11. Rauch, Friedrich v., Fabrikant in Heilbronn, geb. 20. Oktbr. 1823. Landtag: 1875/76.

12. Wüst, Karl, Oberbürgermeister in Heilbronn, geb. 28. Dezember 1840. Landtag: 1877.

### 7. Reutlingen.

1. Wunderlich, Johann Ludwig, Stadtpfleger in Reutlingen, geb. 2. Dezember 1755. Landtag: 1820.

2. List, Friedrich, vorm. Professor in Tübingen, geb. 6. August 1789, † 30. November 1846. Landtag: 1820/21.

3. Finckh, Sixt Jakob, Kaufmann in Reutlingen, geb. 7. August 1761. Landtag: 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

4. Camerer, Carl Joseph, Rechtskonsulent und seit Dezember 1837 Stadtschultheiß in Reutlingen, geb. 28. Januar 1801, † 17. Jan. 1863. Landtag: 1833, 1835, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

5. Bantlin, M. Septimus Gottlob, ref. Pfarrer, in Reutlingen, geb. 12. März 1798, † 10. Januar 1870. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49.

6. Stockmayer, Dr. Hermann, Unteramtsarzt in Rosenfeld, seit 5. Februar 1851 prakt. Arzt in Stuttgart, geb. 18. März 1807, † 1863. Landtag: 1851/55 (s. auch Sulz).



7. Grathwohl, Wilhelm, Stadtschultheiß in Reutlingen, geb. 13. Feb. 1815, † 26. Aug. 1867. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866/67.

8. Finckh, Johann Heinrich, Kaufmann in Reutlingen, geb. 23. Mai 1819. Landtag: 1867/68, 1870/74, 1875/76.

9. Stumpp, Georg, Gemeinderath und Oekonom in Reutlingen, geb. 2. März 1827. Landtag: 1868/70.

10. Schwandner, Ludwig v., Regierungs-Direktor in Reutlingen, 1879 tit. Präsident, geb. 5. Jan. 1823. Landtag: 1877 (s. auch Neckarsulm).

## b) Die Abgeordneten der 63 Oberamtsbezirke.

### 1. Aalen.

1. König, Joh., Bürgermeister in Essingen, geb. 30. Dezember 1777, † 17. September 1828. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828.

2. Walz, Dr. Friedr., Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 18. Juni 1794, † 9. Okt. 1842. Landtag: 1830 (s. auch Gaildorf).

3. Scholl, M. Gustav, Diakonus in Lorch, geb. 3. Mai 1794, † 9. Aug. 1863. Landtag 1833 I.

4. Haas, Karl Friedrich, Universitätsrath in Tübingen, seit 2. Nov. 1836 Oberamtmann in Ulm, geb. 17. Nov. 1794. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

5. Gehringer, Joseph, Pfarrer in Möggingen, geb. 10. April 1803, † Nov. 1856. Landtag: 1839.

6. Stump, Gottlieb Friedrich v., Oberamtmann in Eßlingen, geb. 11. Dezember 1791. Landtag: 1841/43 (s. auch Schorndorf.)

7. Bäuerle, Balthas, Schultheiß in Essingen, geb. 19. April 1812. Landtag: 1845, 1847, 1848.

8. Ottenbacher, Joseph, Oberamtsthierarzt in Aalen, geb. 10. Dez. 1801, † 12. Okt. 1862. Landtag: 1848/49.

9. Mohl, Dr. Moriz, Obersteuerrath a. D. in Stuttgart, geb. 9. Febr. 1802. I. II. III Landesversammlung von 1849 u. 1850. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

### 2. Backnang.

1. Enslin, Karl Friedrich, Kameralamtssubstitut in Backnang, geb. 23. November 1770. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Maisch, Julius, Apotheker in Backnang, geb. 4. Sept. 1782. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Keßler, Heinrich, Gutsbesitzer in Stuttgart, geb. 30. März 1783, † 10. März 1842. Landtag: 1833 I. (s. auch Oehringen).

4. Lederer, Johann Friedrich, Stadtrath in Backnang, geb. 27. Aug. 1766, † 17. Mai 1840. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

5. Schmückle, Christian Daniel, Stadtpfleger, später Stadtschultheiß in Backnang, geb. 24. Aug 1797. Landtag: 1839, 1841/43, 1848/49.

6. Schmidlin, Christian Gottfried, Regierungsrath in Ludwigsburg, geb. 2. Jan. 1789, † 4. Okt. 1862. Landtag: 1845, 1847, 1848 (s. auch Biberach).

7. Nägele, Ferdinand, Schlossermeister u. Stiftungspfleger in Murrhardt, geb. 24. Mai 1808. I. II. III. Landesversammlung v. 1849 u. 1850. Landtag: 1863/65, 1866, 1866/68, 1868/70 (s. auch Weinsberg).

8. Daniel, Adolf Friedrich, Oberamtmann in Hall, geb. 8. September 1816. Landtag: 1851/55.

9. Griesinger, J. L., Stadtschultheiß und Kaufmann in Murrhardt, geb. 2. November 1813. Landtag: 1856/61.

10. Dillenius, Friedr. v., Direktor der Verkehrsanstalten, Präsident und seit 30. Dez. 1870 Geheimerrath in Stuttgart, geb. 19. Nov. 1819. Landtag: 1870/74, 1875/76, 1877.

### 3. Balingen.

1. Hartmann, Johann Georg, Stadtrath und Handelsmann in Balingen, geb. 20. Okt. 1779, † 20. Dezember 1861. Landtag: 1820/21, 1823/24:

2. Wehrle, Wilh. Friedrich, prov. Stadtschreiber, seit 21. März 1826 Gerichtsnotar in Balingen, geb. 26. August 1789, † 20. Nov. 1837. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Menzel, Dr. Wolfgang, Schriftsteller in Stuttgart, geb. 21. Juni 1798, † 23. Apr. 1873. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838 (s. auch Tuttlingen).

4. Wohnhaas, Joh. Jakob, Rathschreiber u. Verwaltungsaktuar in Balingen, geb. 26. März 1795. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Ruoff, Johann Jakob, Verwaltungsaktuar u. Rathschreiber in Balingen, geb. 18. März 1800. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49, I. II. III. Landesversammlung von 1849 u. 1850. Landtag: 1851/55.

6. Sigel, Christian August, Rechtskonsulent in Balingen, geb. 14. März 1816, † 8. März 1867. Landtag: 1856/61.

7. Landenberger, Johann Martin, Manchester-Fabrikant in Ebingen, geb. 28. Aug. 1804, † 4. April 1873. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

8. Schwarz, Louis, Schönfärber in Ebingen, geb. 29. März 1819. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

### 4. Besigheim.

1. Krauß, Johann Christoph, Regierungsrath in Ellwangen, geb. 27. November 1773 Landtag: 1820/21, 1823/24.



2. Rümelin, Gustav, Oberamtsrichter in Heilbronn, geb. 20. März 1785, † 18. Jan. 1850. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (s. auch Weinsberg).

3. Bezner, Joh. Daniel, Rathschreiber u. Rosenwirth in Wahlheim, geb. 12. April 1778. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

4. Hammer, Eduard, Oberjustizrath, Oberamtsrichter in Ulm, geb. 1. Aug. 1793, † 21. Juli 1850. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Häcker, Christian, Schultheiß und Verwaltungsaktuar in Kirchheim, geb. 8. Sept. 1794, † 4. Januar 1868. Landtag: 1845, 1847, 1848.

6. Schoder, Gottlieb Ferdinand Adolf, Regierungsrath in Stuttgart, seit 15. Nov. 1849 Rechtskonsulent daselbst, geb. 2. Dezbr. 1817, † 12. Nov. 1852. Landtag: 1848/49, I. II. III. Landesversammlung von 1849 und 1850; Landtag: 1851/52.

7. Renner, Andreas, Oberfinanzrath in Stuttgart, geb. 20. Sept. 1814. Landtag: 1853/55.

8. Hölder, Julius, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 24. März 1819. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68 (s. auch Göppingen, Stuttgart Amt).

9. Mayer, Karl, Redakteur in Stuttgart, geb. 9. Sept. 1819. Landtag: 1868/70 (s. auch Eßlingen).

10. Bälz, Gottlob, Werkmeister in Bietigheim, 1871—78 Direktor der allgem. Baugesellschaft in Stuttgart, geb. 3. Oktober 1820. Landtag: 1870/74, 1875/76.

11. Becher, August, Rechtsanwalt in Stuttgart, geb. 21. Febr. 1816. Landtag: 1877 (s. auch Blaubeuren, Künzelsau).

### 5. Biberach.

1. Schmidlin, Christian Gottfried, Stadtschreiberei-Amtsverweser in Biberach, geb. 2. Januar 1789, † 4. Oktober 1862. Landtag: 1820/21 (s. auch Backnang).

2. Tritschler, Christian Friedrich, Rechtskandidat in Biberach, geb. 27. Juli 1788. Landtag: 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

3. Schnitzer, Joseph v., Maler in Stuttgart, geb. 19. März 1791. Landtag: 1833 I.

4. Rauter, Johann Nepomuk, Staatsschuldenzahlungskassebuchhalter-Amtsverweser in Stuttgart, geb. 16. Mai 1802, † 8. März 1838. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

5. Enchelmayer, Ludwig Christian, Oberrechnungsrath in Stuttgart, geb. 28. April 1793, † 25. November 1869. Landtag: 1838, 1839, 1841/43.

6. Vogt, Adolf Bernhard Joseph, Kirchenrathsassessor in Stuttgart, geb. 10. Juni 1810, † 26. Dez. 1876. Landtag: 1845, 1847, 1848.

7. Offterdinger, Dr. Ludwig Felix, Privatdocent in Tübingen, geb. 18. Mai 1810. Landtag: 1848/49.

8. Probst, Rudolph, Oberjustizassessor in Eßlingen, seit 14. Mai 1851 Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 9. März 1817. I. II. III. Landesversammlung von 1849 und 1850. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

### 6. Blaubeuren.

1. Ott, Abraham, Schultheiß und Bauer in Suppingen, geb. 19. März 1774. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838.

2. Zais, Eberhard Friedrich, Oberamtspfleger in Blaubeuren, seit 27. Januar 1839 Kanzleiassistent, seit 10. Oktober 1839 Assessor bei der Kreisregierung in Ulm, 2. November 1842 Oberamtmann in Weinsberg, geb. 26. Juli 1801. Landtag: 1838, 1839, 1841/43.

3. Bauer, Karl August, Verwaltungsaktuar in Blaubeuren, geb. 23. April 1799, † 17. Febr. 1854. Landtag: 1845.

4. Becher, August, Rechtskonsulent in Ravensburg, geb. 21. Februar 1816. Landtag: 1847, 1848, 1848/49 (s. auch Besigheim, Künzelsau).

5. Frank, Philipp, Pfarrer in Schelklingen, geb. 26. März 1803. I. Landesvers. 1849.

6. Nüßle, Karl, Löwenwirth und Stadtrath in Blaubeuren, geb. 20. April 1816. II. III. Landesvers. v. 1850, Landtag: 1851/55, 1868/70.

7. Knupfer, Franz Anton, Schultheiß und Gutsbesitzer in Markbronn, geb. 28. Dez. 1805, † 3. Juli 1874. Landtag: 1856/61.

8. Steinbeis, Dr. Ferdinand v., Direktor und seit 28. Dez. 1865 Präsident der Centralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart, geb. 5. Mai 1807. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

9. Auch, Friedrich, Stadtschultheiß in Blaubeuren, geb. 16. April 1833. Landtag: 1870/74, ausgetreten 27. Juli 1874.

10. Sick, Heinrich v., Staatsminister des Innern, geb. 9. März 1822. Landtag: 1875/76, 1877 (s. auch Stuttgart Stadt).

### 7. Böblingen.

1. Schott, Dr. Christian Albert Friedrich, Obertribunalprokurator in Stuttgart, geb. 30. April 1782, † 6. Juni 1861. Landtag: 1820/21, 1823, (s. auch Stuttgart Stadt und Neuenbürg).

2. Kayser, Christian Friedr., Stadtschultheiß in Böblingen, geb. 4. März 1791, † 3. Febr. 1844. Landtag: 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

3. Stahl, Gustav, Kaufmann und Stadtrath in Böblingen, geb. 26. April 1806, † 16. Juni 1856. Landtag: 1845, 1847, 1848.

4. Breuning, Joh. Jakob, Schultheiß in Möhringen, geb. 31. Januar 1795. Landtag: 1848/49 (s. auch Stuttgart Amt).

5. Desselberger, Karl Friedrich Ernst, Präceptor in Böblingen, geb. 27. April 1818, † 18. Januar 1874. I. II. III. Landesverf. von 1849 und 1850.

6. Schott, Sigmund, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 5. Jan. 1818. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68 (s. auch Freudenstadt, Tübingen Stadt).

7. Elben, Dr. Otto, Redakteur in Stuttgart, geb. 30. Januar 1823. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

**8. Brackenheim.**

1. Koch, Johannes, Stadtschultheiß in Güglingen, geb. 28. März 1779, † 13. Febr. 1845. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Dörr, Schultheiß in Nordheim, geb. 27. Sept. 1787, † 12. Dez. 1833. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Knaus, M. Friedrich Heinrich, Pfarrer in Musberg, geb. 9. April 1795, † 2. Aug. 1847. Landtag: 1833 I.

4. Schwarz, Friedrich, Verwaltungsaktuar in Güglingen, geb. 1. Okt. 1793, † 21. Febr. 1861. Landtag: 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

5. Vogel, Paul, Stadtschultheiß und Rechtskonsulent in Brackenheim, geb. 8. Nov. 1812, † 28. Mai 1860. Landtag: 1848/49, I. II. III. Landesverf. v. 1849 u. 1850; Landtag: 1853/55, 1856/59.

6. Krauch, Karl, Schultheiß und Gutsbesitzer in Kleebronn, geb 21. Mai 1798, † 6. Febr. 1853. Landtag: 1851/53.

7. Müller, Stadtschultheiß in Güglingen, geb. 5. März 1825. Landtag: 1861.

8. Schneider, Georg v., Kameralverwalter, seit 4. März 1865 tit. Finanzrath, seit 4. März 1869 Oberfinanzrath in Stuttgart. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76.

9. Winter, Robert, Gutsbesitzer in Brackenheim, geb. 28. Okt. 1831. Landtag: 1877.

**9. Calw.**

1. Zahn, Dr. jur. Christ. Jakob, Fabrikant in Calw, geb. 12. Septbr. 1765, † 8. Juli 1830. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828.

2. Dörtenbach, Georg, Kaufmann in Calw, geb. 8 Juni 1795, † 8. Sept. 1870. Landtag: 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49, I. II. III. Landesversammlung von 1849 und 1850; Landtag: 1851/55.

3. Sammet, Andreas Jakob, Zollverwalter und Stadtaccifer in Calw, seit 22. Sept. 1856 Oberkontroleur in Züttlingen, 19. Okt. 1857 in Stuttgart, geb. 2. Juni 1801. Landtag: 1856/61.

4. Schuldt, Christian Friedrich, Stadtschultheiß in Calw, geb. 26. Mai 1804. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1870/74, 1875/76.

5. Georgii, Emil, Kaufmann in Calw, geb. 23. April 1828. Landtag: 1868/70.

6. Stälin, Julius, Fabrikant in Calw, geb. 17. April 1837. Landtag: 1877.

**10. Cannstatt.**

1. Weckherlin, Stadtrath und ref. Bürgermeister in Cannstatt, geb. 21. Septbr. 1778. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Brodbek, Georg Friedrich, Amtmann in Untertürkheim, geb. 23. April 1782, † 11. Jan. 1859. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Zais, Wilhelm, Stadtrath und Fabrikant in Cannstatt, geb. 12. Dezbr. 1772. Landtag: 1833 I.

4. Fackler, Georg Christoph, Oberamtspfleger in Cannstatt, geb. 20. Oktober 1790, † 24. Sept. 1866. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

5. Idler, Heinrich, Stadtschultheiß in Cannstatt, geb. 11. Februar 1802, † 6. April 1878. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848 (s. auch Münsingen, Urach).

6. Wolff, Karl, Rechtskonsulent in Gmünd, geb. 8. Juli 1815. Landtag: 1848/49.

7. Mäulen, Karl, Schultheiß in Untertürkheim, geb. 16. Januar 1811. I. II. III. Landesversammlung von 1849 und 1850; Landtag: 1851/55, 1862/65, 1866, 1866/68.

8. Keller, Karl, Kaufmann in Cannstatt, geb. 23. Mai 1810, † 27. Januar 1875. Landtag: 1856/61.

9. Lemppenau, Johann Ludwig, Stadtschultheiß in Cannstatt, geb. 16. Nov. 1801, † 20. Juni 1870. Landtag: 1868/70.

10. Weber, Franz v., Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 1. Febr. 1812, † 2. Nov. 1874. Landtag: 1870/74 (s. auch Tübingen St., Hall.)

11. Elben, Christian Gustav, Kreisgerichtsrath, Staatsanwalt in Eßlingen, geb. 6. Okt. 1832. Landtag: 1875/76, 1877.

**11. Crailsheim.**

1. Bolley, Heinrich Ernst Ferdinand, Obertribunalrath, Oberamtsrichter in Waiblingen, geb. 18. April 1770, † 1. April 1847. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Spröffer, Friedrich, Oberamtmann in Göppingen, geb. 31. Okt. 1772, † 12. Okt. 1836. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Stahl, Friedrich, Verwaltungsaktuar in Crailsheim, seit 16. Juni 1836 Gerichtsnotar in Neresheim, 7. Mai 1840 Ger.-Notar in Biberach, geb. 19. Aug. 1798, † 25. Aug. 1859. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.



4. Breuning, Friedrich, Oberamtspfleger in Crailsheim, geb. 28. Nov. 1805. Landtag: 1845, 1847, 1848.

5. Kopp, Friedrich, Rechtskonſulent in Crailsheim, geb. 23. Nov. 1817, † 26. April 1873. Landtag: 1848/49.

6. Sattler, Oberjuſtizrath in Ellwangen, geb. 1799, † 17. Sept. 1871. I. II. III. Landesverſammlung von 1849 und 1850.

7. Fiſchötter, Georg Friedrich, Verwaltungsaktuar in Crailsheim, geb. 25. Juni 1803, † 31. Aug. 1870. Landtag: 1851/55, 1856/61.

8. Geßler, Dr. Theodor, Prof. in Tübingen, geb. 16. Aug. 1824. Landtag: 1862/64.

9. Sarwey, Dr. Otto, Rechtskonſulent, ſeit 26. Febr. 1869 Obertribunalrath, 26. Juli 1870 Staatsrath in Stuttgart, geb. 24. Sept. 1825. Landtag: 1864/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76.

10. Sachs, Joh. Leonhard, Stadtſchultheiß und Oberamtspfleger in Crailsheim, geb. 22. Dez. 1843. Landtag: 1877.

### 12. Ehingen.

1. Vogt, Joſeph, Stadtſchultheiß in Ehingen, geb. 22. Nov. 1788. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

[Wangenheim, Karl Auguſt, Freiherr v., K. Württ. Staatsminiſter a. D., geb. 14. März 1773, † 21. Juli 1850, für den Landtag 1833 zum Abgeordneten gewählt, aber die Wahl für ungiltig erklärt].

2. Probſt v., Oberamtsrichter in Biberach, ſeit 15. Januar 1836 Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 2. Okt. 1788, † 27. Dez. 1856. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

3. Wizigerreuter, Oberamtspfleger und Stadtſchultheiß in Ehingen, geb. 6. Aug. 1797, † 27. Dez. 1862. Landtag: 1845, 1847, 1848.

4. Linder, Felix, Poſtverwalter in Ehingen, geb. 30. Mai 1817. Landtag: 1848/49.

5. Feyl, Präzeptor in Ehingen, geb. 2. Dez. 1810, † 2. Febr. 1860. I. II. Landesverſ. von 1849 und 1850.

6. Scheffold, Eduard Franz, Rechtskonſulent in Ehingen, geb. 20. Okt. 1808, † 17. Sept. 1873. III. Landesverſ. von 1850.

7. Wieſt, Alois v., Oberjuſtizrath in Eßlingen, ſeit 2. Dez. 1852 in Stuttgart, 19. Mai 1859 Obertribunalrath daſelbſt, geb. 17. Dez. 1810. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68 (ſ. auch Gmünd, Saulgau).

8. Schmid, Karl, Stadtſchultheiß u. Rechtskonſulent in Munderkingen, ſeit 8. Juni 1872 Rechtsanwalt in Ulm, 3. Juli 1873 Oberfinanzrath in Stuttgart, geb. 4. März 1832. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

### 13. Ellwangen.

1. Waizmann, Michael, Oberamtspfleger in Ellwangen, geb. 28. Aug. 1769. Landtag: 1820/21.

2. Stehle, Leopold Albert, Regierungsaſſeſſor, ſeit 5. Juni 1828 Regierungsrath in Ellwangen, geb. 30. Sept. 1786, † 10. Juli 1834. Landtag: 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833 I, 1833 II.

3. Rettenmaier, Ulrich, Stadtſchultheiß in Ellwangen, geb. 30. Januar 1787, † 4. März 1868. Landtag: 1835, 1836, 1838 (ſ. auch Ellwangen Stadt).

4. Zimmerle, Oberjuſtizprokurator in Ellwangen, geb. 10. Nov. 1786. Landtag: 1839, 1841.

5. Hefele, Dr. Karl Joſeph, Profeſſor in Tübingen, geb. 15. März 1809. Landtag: 1842/43.

6. Gwinner, Wilhelm Heinrich, Kreisforſtrath in Ellwangen, geb. 13. Okt. 1801, † 18. Januar 1866. Landtag: 1845, 1847, 1848.

7. Kuhn, Dr. Johannes, Prof. in Tübingen, geb. 20. Februar 1806. Landtag: 1848/49, 1851/52. I. II. III. Landesverſ. von 1849 und 1850 (ſ. auch Kammer der Standesherren).

8. Huck, Johann Joſeph, Oberjuſtizrath in Ulm, geb. 13. Mai 1805, † 27. September 1859. Landtag: 1852/55 (ſ. auch Waldſee.)

9. Mathes, Joſeph Anton, Regierungsrath in Ellwangen, ſeit 13. Mai 1857 tit. Oberregierungsrath in Stuttgart, geb. 3. Nov. 1800, † 30. Mai 1874. Landtag: 1856/61 (ſ. a. Spaichingen.)

10. Zimmerle, Dr. Franz Joſeph Ludwig, Gerichtsaktuar in Ulm, ſeit 5. März 1866 Oberjuſtizaſſeſſor in Ellwangen, geb. 1. Janr. 1832. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

11. Retter, Friedrich, vorm. Poſthalter in Ellwangen, geb. 14. Februar 1816. Landtag: 1870, 1870/74, 1875/76 (ſ. auch Heidenheim).

12. Leonhard, Franz Xaver, Gymnaſialrektor in Ellwangen, geb. 21. März 1812. Landtag: 1877.

### 14. Eßlingen.

1. Theobald, Joſeph v., Generalmajor in Stuttgart, geb. 3. April 1772, † 19. März 1838. Landtag: 1820/21, 1823/24 (ſ. auch Tettnang).

2. Piſtorius, Auguſt Ferdinand v., Hofrath in Stuttgart, geb. 16. Okt. 1767, † 11. Sept. 1841. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (ſ. auch Welzheim).

3. Deffner, Karl, Kaufmann, Fabrikant und Stadtrath in Eßlingen, geb. 4. Aug. 1789, † 26. Okt. 1846. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845.

4. Ege, Obertribunalrath in Eßlingen, geb. 20. Juli 1791, † 2. Janr. 1854. Landtag: 1847.

5. Stierlen, Erhard Johann Gottlieb, Kaufmann in Eßlingen, geb. 5. Sept. 1793, † 30. Sept. 1857. Landtag: 1848, 1848/49.

6. Riecke, M. Guſtav Adolf, Seminarrektor in Eßlingen, geb. 19. Mai 1798. I. II. III. Landesverſ. von 1849 und 1850.

7. Nagel, Dr. Philipp Amandus, Stadtpfleger in Eßlingen, geb. 9 Nov. 1799. Landtag: 1851/55.

8. Deffner, Karl Ludwig, Fabrikant in Eßlingen, geb. 8. Febr. 1817, † 11. Juni 1877. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70.

9. Wolff v., Regierungsrath, Stadtdirektor in Stuttgart, geb. 17. Januar 1818. Landtag: 1870/74, 1875/76.

10. Mayer, Karl, Privatier in Stuttgart, geb. 9. Sept. 1819. Landtag: 1877 (ſ. auch Beſigheim).

### 15. Freudenſtadt.

1. Gmelin, Dr. Friedrich Ludwig, Obertribunalprokurator in Stuttgart, geb. 27. Nov. 1784, † 18. Okt. 1847. Landtag: 1820/21, 1823/24 (ſ. auch Geislingen, Nürtingen).

2. Weimer, Johann Michael, Stadtſchultheiß in Freudenſtadt, geb. 27. September 1795. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Stahl, Heinrich, Oberamtspfleger in Freudenſtadt, geb. 12. Janr. 1788, † 4. Sept. 1842. Landtag: 1833 I.

4. Kierecker, Karl Gottlieb, Kaufmann in Freudenſtadt, geb. 8. März 1783. Landtag: 1833/35.

5. Knapp, Eberhard Jonathan, Gutsbeſitzer in Reichenbach, geb. 16. Nov. 1789. Landtag: 1836, 1838.

6. Feuerlein, Dr. Willibald Auguſt, Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 24. Juni 1781, † 19. September 1834. Landtag: 1839, 1841/43 (ſ. auch Stuttgart St., Göppingen, Künzelsau.)

7. Warth, Friedr. Auguſt, Finanzrath in Stuttgart, geb. 22. Febr. 1793, † 6. Jan. 1862. Landtag: 1845, 1847, 1848.

8. Pulvermüller, Friedr. Aug., Schultheiß in Baiersbronn, geb. 29. März 1808. Landtag: 1848/49.

9. Friſch, Chriſtian, Prof. an der Realſchule in Stuttgart, geb. 5. Nov. 1807. I. Landesverſammlung von 1849.

10. Schott, Sigmund, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 5. Janr. 1818. II. III. Landesverſammlung von 1850 (ſ. auch Tübingen St., Böblingen),

11. Frey, Franz Karl, Gutsbeſitzer und Holzhändler in Schwarzenberg, geb. 13. März 1818. Landtag: 1851/55.

12. Rauſer, Joh. Gottlieb, Oberamtspfleger in Freudenſtadt, geb. 31. Januar 1804. Landtag: 1856/61.

13. Seeger, Adolf, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 13. Mai 1815, † 22. März 1864. Landtag: 1862/64 (ſ. auch Ulm Stadt, Neuenbürg).

14. Walther, Wilhelm, Schultheiß in Aach, geb. 5. Oktbr. 1805. Landtag: 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76.

15. Bitzer, Dr. Friedrich v., Staatsrath, Konſiſtorialpräſident, geb. 5. Febr. 1816. Landtag: 1877 (ſ. auch Leonberg).

### 16. Gaildorf.

1. Traub, Chriſtian Ludwig, Amtsſchreiber in Schmiedelfeld, geb. 25. Aug. 1783. Landtag: 1820/21 und 1823/24.

2. Binder, Karl Wilhelm Heinr., Gerichtsnotar in Gaildorf, geb. 16. Dezbr. 1782. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Walz, Dr. Friedrich, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 18. Juni 1794, † 9. Okt. 1842. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838 (ſ. auch Aalen).

4. Pantlen, Heinr. Ferdinand, Stadtſchultheiß und Verwaltungsaktuar in Gaildorf, geb. 18. Oktober 1797, † 22. März 1864. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49. I. Landesverſammlung von 1849. Landtag: 1851/55.

5. Wullen, Ludwig, Pfarrer in Vichberg, geb. 17. März 1805, † 28. Dez. 1875. II. III. Landesverſ. von 1850.

6. Kausler, Friedrich, Rechtskonſulent in Gaildorf, geb. 21. Okt. 1806. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

7. Lanzberg, Karl, Stadtſchultheiß in Gaildorf, geb. 18. Juli 1826. Landtag: 1868/70.

8. Scheurlen, Karl v., Miniſter des Innern in Stuttgart, geb. 3. Sept. 1824, † 1. April 1872. Landtag: 1870/72.

9. Kern, Maximilian v., Gerichtshofs-Direktor in Stuttgart, tit. Präſident 1878, geb. 15. Febr. 1813. Landtag: 1872/74, 1875/76, 1877.

### 17. Geislingen.

1. Thierer, Georg, Bauer und Wirth in Waldhauſen, geb. 5. April 1775, † 2. Dez. 1850. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Gmelin, Dr. Friedrich Ludwig, Obertribunalprokurator in Stuttgart, geb. 27. Nov. 1784, † 18. Okt. 1847. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (ſ. auch Freudenſtadt, Nürtingen).

3. Römer, Friedrich, Kriegsrath in Stuttgart, ſeit 14. Mai 1833 Rechtskonſulent, vom 9. März 1848 bis 29. Okt. 1849 Staatsrath und Chef des Departements der Juſtiz, in Stuttgart, geb. 4. Juni 1795, † 11. März 1864. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1845, 1847, 1848. I. II. III. Landesverſ. von 1849 u. 1850. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862.

4. Häberlin, Michael, Schultheiß in Gingen, geb. 2. März 1807. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Scherr, Dr. Johannes, Schriftsteller, geb. 3. Okt. 1817. Landtag: 1848/49.

6. Römer, Dr. Robert, Prof. in Tübingen, seit 9. August 1871 Rath bei dem Reichsoberhandelsgericht in Leipzig, geb. 1. Mai 1823. Landtag: 1864/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/71.

7. Hohl, Karl, Kreisgerichtsrath in Stuttgart, geb. 11. März 1825. Landtag: 1872/74, 1875/76, 1877.

### 18. Gerabronn.

1. Löhrl, Friedr. Wilhelm, Bürgermeister und Handelsmann in Langenburg, geb. 3. Febr. 1768, † 9. Mai 1832. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Schickhardt, Oberjustizrath, Oberamtsrichter in Eßlingen, geb. 20. März 1790, † 25. Januar 1873. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Rapp, Gottlob, Vorstand der Salinengefäll-Verwaltung, seit 14. Mai 1832 Finanzrath, 18. Juni 1838 Obersteuerrath in Stuttgart, geb. 10. Mai 1793, † 14. März 1869. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

4. Knapp, Dr. Hermann, Oberjustizrath in Ellwangen, geb. 8. Juni 1801, † 19. Juni 1859. Landtag: 1839, 1841/42.

5. Egelhaaf, Gottlieb Friedrich, Schultheiß und Oberamtspfleger in Gerabronn, geb. 4. Juli 1804. Landtag: 1843, 1845, 1847, 1848/49, I. II. III. Landesverf. von 1849 u. 1850. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

### 19. Gmünd.

1. Mühleisen, Dr. Georg, Oberbürgermeister in Gmünd, geb. 7. März 1768, † 4. März 1846. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1839, 1841/43.

2. Visel, Eberhard Ludwig, Oberamtspfleger, geb. 19. Mai 1795, † 3. Dezbr. 1867. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

3. Fritz, Johann Baptist, Stadtrath und Stadtbaumeister, geb. 14. Juni 1807. Landtag: 1845, 1847, 1848.

4. Forster, Eduard, Kaufmann in Gmünd, geb. 17. Okt. 1811, † 16. Okt. 1872. Landtag: 1848/49 und I. II. III. Landesverf. von 1849 und 1850.

5. Wolf, Nikol., Gemeinderath u. Oekonom in Gmünd, geb. 10. September 1789. Landtag: 1851/55, 1856/61.

6. Lichtenstein, Dr. Karl, Pfarrer in Altdorf-Weingarten, geb. 25. Aug. 1816, † 11. Januar 1866. Landtag: 1862/65.

7. Streich, Karl, Oberjustizrath in Ellwangen, seit 4. Juli 1871 Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 19. Juni 1826. Landtag: 1866, 1866/68, 1870/74, 1875/76, 1877.

8. Karle, Albert, Oberamtsgeometer in Gmünd, geb. 12. Janr. 1824, † 23. Okt. 1869. Landtag: 1868/69.

9. Wiest, Alois v., Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 17. Dez. 1810. Landtag: 1870. (Rest des Landtags 1868/70).

### 20. Göppingen.

1. Feuerlein, Dr. Willibald August, Universitäts-Justitiar und Oberjustiz-Prokurator in Tübingen, seit 6. Okt. 1820 Oberbürgermeister in Stuttgart, geb. 24. Juni 1781, † 29. Sept. 1850. Landtag: 1820/21 und 1823/24 (s. auch Stuttgart St., Freudenstadt, Künzelsau).

2. Widmann, Ludwig Heinrich, Stadtschultheiß in Göppingen, geb. 18. Nov. 1794, † 12. Febr. 1858. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1853/55.

[3. Schwarz, Christoph August, Papierfabrikant in Göppingen. Landtag: 1833 I. Wegen Krankheit nicht eingetreten].

4. Rommel, Karl Friedrich, Schultheiß u. Verwaltungsaktuar in Boll, geb. 9. Okt. 1798, † 28. Okt. 1855. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

5. Holzinger, Georg Leonhard, Oberamtsrichter in Ellwangen, geb. 5. Nov. 1801. Landtag: 1839, 1841/43.

6. Seefrid, Georg Friedrich Christian Philipp, Rechtskonsulent in Göppingen, geb. 31. Mai 1814. Landtag: 1845, 1847, 1848, I. II. III. Landesversammlung von 1849, 1850, Landtag: 1851/52, 1856/61.

7. Beckh, Rudolf, Papierfabrikant in Faurndau, geb. 1. Jan. 1804. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

8. Hölder, Julius, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 24. März 1819. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877 (s. auch Besigheim, Stuttgart Amt).

### 21. Hall.

1. Majer, Andreas Jakob Valentin, Stadtschultheiß in Hall, geb. 20. Nov. 1771. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Hufnagel, Dr. Karl, Oberamtsrichter in Tübingen, seit 12. April 1828 Oberjustizrath in Eßlingen, geb. 7. Febr. 1788, † 18. April 1848. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (s. auch Heidenheim).

3. Haas, Joseph, Rathschreiber und Wirth in Großallmerspann, geb. 27. März 1796, † 4. Okt. 1872. Landtag: 1833 I.

4. Honold, Philipp, Oberamtspfleger in Hall, geb. 12. August 1779. Landtag: 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

5. Schübler, Eduard, Rechtskonsulent in Hall, geb. 2. Juni 1792, † 24. April 1870. Landtag: 1845, 1847, 1848.

6. Weber, Hans Rudolf, Kaufmann in Hall, geb. 21. März 1803, † 19. Jan. 1854. Landtag: 1848/49.

7. Zimmermann, Dr. Wilhelm, in Stuttgart, geb. 2. Juni 1807, † 22. Sept. 1878. I. II. III. Landesverſammlung von 1849 und 1850 (ſ. auch Leutkirch).

8. Weber, Franz, Oberjuſtizrath in Ellwangen, geb. 1. Febr. 1812, † 2. Nov. 1874. Landtag: 1851/55 (ſ. auch Tübingen St., Cannſtatt).

9. Hager, Fried. Heinrich, Stadtſchultheiß in Hall, geb. 30. Juli 1815. Landtag: 1856/61.

10. Oeſterlen, Ludwig Auguſt, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 18. Mai 1819. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76 (ſ. auch Waiblingen).

11. Vogel, Karl, Stadtpfleger, zuletzt Amtspfleger in Hall, geb. 3. Nov. 1825, † 7. Novbr. 1878. Landtag: 1877/78.

12. Haigold, reſ. Schultheiß, Gutsbeſitzer in Thüngenthal, geb. 17. März 1817. Landtag: 1879.

### 22. Heidenheim.

1. Eſſig, Friedr. Karl, Schultheiß in Bolheim, geb. 3. Juli 1778, † 29. Dez. 1855. Landtag: 1820/21 u. 1823/24.

2. Hartmann, Ludwig, Kommerzienrath in Heidenheim, geb. 24. April 1766, † 16. Juni 1852. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Hufnagel, Dr. Karl, Obertribunalrath in Ellwangen, geb. 7. Febr. 1788, † 18. April 1848. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838 (ſiehe auch Hall).

4. Viſcher, Wilhelm Auguſt Chriſtian Benjamin, Stiftungsverwalter in Giengen, geb. 13. Sept. 1794, † 20. Okt. 1850. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Binder, Dr. Guſtav, Gymnaſialprofeſſor in Ulm, geb. 30. Juli 1807. Landtag: 1845, 1847, 1848.

6. Winter, Friedrich, Verwaltungsaktuar in Heidenheim, geb. 10. Auguſt 1810, † 13. Okt. 1866. Landtag: 1848/49, I. II. III. Landesverſ. von 1849 und 1850, Landtag: 1851/55.

7. Völter, Heinrich, Papierfabrikant in Heidenh., geb. 1. Jan. 1817. Landtag: 1856/61.

8. Ammermüller, Dr. Friedrich, in Stuttgart, geb. 6. Nov. 1809. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70 (ſ. a. Oehringen, Urach).

9. Fink, Friedrich, Schultheiß in Guſſenſtadt, geb. 22. Jan. 1820. Landtag: 1870/74, 1875/76.

10. Luz, Karl, Oberregierungsrath in Stuttgart, geb 3. Aug. 1824. Landtag: 1877; am 15. Juli 1877 zum wirklichen Oberregierungsrath ernannt, legte L. ſein Mandat nieder und es wurde gewählt:

11. Retter, Friedrich, vorm. Poſthalter in Ellwangen, geb. 14. Febr. 1816. Landtag: 1878 (ſ. auch Ellwangen Amt).

### 23. Heilbronn.

1. Ludwig, Johann Chriſtoph, Schultheiß in Obereiſesheim, geb. 1. November 1750. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Gärttner, Ludwig Auguſt, Oberamtmann in Beſigheim, geb. 30. Sept. 1790. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Schmid, M. Gottlieb, Gymnaſialprofeſſor in Stuttgart, geb. 3. Mai 1792, † 7. Aug. 1846. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838 (ſ. auch Tuttlingen).

4. Waaſer, Ludwig, Finanzkammer-Aſſeſſor in Reutlingen, geb. 11. Febr. 1804. Landtag: 1839, 1841/42.

5. Mayer, Johann Friedrich, Schultheiß und Verwaltungsaktuar in Großgartach, geb. 16. Jan. 1798. Landtag: 1843, 1845, 1847, 1848.

6. Herrlinger, Wilhelm, Gutsbeſitzer in Großgartach, geb. 25. März 1809, † 17. Juli 1849. Landtag: 1848/49.

7. Ruoff, Auguſt, Buchdrucker in Heilbronn, geb. 8. Dezember 1809. I. Landesverſammlung von 1849 (als verhaftet nicht eingetreten), II. III. Landesverſ. 1850.

8. Nickel, Chriſtian Leonhard, Waldinſpektor in Heilbronn, geb. 17. Nov. 1794. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

9. Haag, Karl, Schultheiß in Obereiſesheim, geb. 8. Febr. 1819. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

10. Reichert, Friedrich, Oekonom in Frankenbach, geb. 31. Mai 1824. Landtag: 1877.

### 24. Herrenberg.

1. Ruoff, Karl Friedrich, Salzfaktor in Herrenberg, geb. 10. Oktober 1779. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Luz, Friedrich Auguſt, Steuerkommiſſär u. Schultheiß in Entringen, geb. 20. März 1779. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Hiller, Konrad Ludwig, Schultheiß in Bondorf, geb. 21. März 1785. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, II. III. Landesverſ. von 1850, 1851/55.

4. Zeller, Dr. Guſtav Hermann, Finanzrath in Stuttgart, geb. 22. Jan. 1812. Landtag: 1848/49 und I. Landesverſ. von 1849 (ſ. auch Stuttgart St.).

5. Walter, Franz Karl, Oekonom u. Gemeinderath in Sindlingen, geb. 17. Dez. 1794, † 14. Jan. 1860. Landtag: 1856/59.

6. Schüle, Karl Gottlieb, Rechtskonſulent in Herrenberg, geb. 7. Jan. 1823, † 8. Juli 1873. Landtag: 1861, 1870/71.

7. Wächter, Dr. Oskar, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 29. April 1825. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68 (s. auch Stuttgart St.).

8. Renschler, Georg, Schultheiß in Unterjettingen, geb. 1. Oktober 1825. Landtag: 1868/70.

9. Morlok, Georg v., Oberbaurath in Stuttgart, geb. 20. Jan. 1815. Landtag: 1872/74, 1875/76, 1877.

#### 25. Horb.

1. Kurz, Balthasar, ref. Bürgermeister u. Kaufmann in Horb, geb. 16. Sept. 1765. Landtag: 1820/21. 1823/24.

2. Ott, Johannes, Gerichtsnotar in Göppingen, geb. 20. Juli 1777, † 3. Jan. 1851. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Mosthaf, Damian v., Oberkirchenrath in Stuttgart, seit 25. Febr. 1829 Regierungsrath in Ludwigsburg, 25. Aug. 1832 Regierungsdirektor in Ellwangen, geb. 21. Februar 1774, † 8. Jan. 1850. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838 (s. auch Mergentheim, Oberndorf, Rottenburg).

4. Rummel v., Regierungsdirektor in Reutlingen, geb. 5. Novbr. 1771, † 12. Jan. 1863. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847 (s. a. Leutkirch, Saulgau).

5. Beck, Jakob, Papierfabrikant in Egelsthal, geb. 16. Nov. 1795. Landtag: 1848.

6. Pfäfflin, Friedrich Wilhelm, Rechtskonsulent u. Stadtschultheiß in Sulz, geb. 10. Jan. 1799. Landtag: 1848/49; I. II. III. Landesversammlung von 1849, 1850 (s. auch Sulz).

7. Teufel, Christian, Schultheiß in Baisingen, geb. 13. Nov. 1801. Landtag: 1851/55.

8. Geßler, Karl, Stadtschultheiß in Horb, geb. 15. Okt. 1806, † 17. Dezbr. 1873. Landtag: 1856/61.

9. Erath, Wilhelm, Kaufmann in Horb, geb. 30. Mai 1820. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76.

10. Nußbaumer, Pancratius, Schullehrer in Rexingen, geb. 10. Mai 1836. Landtag: 1877.

#### 26. Kirchheim.

1. Wiedemann, Johann Friedrich, Stadtpfleger in Kirchheim, geb. 5. Dez. 1758, † 1. Nov. 1839. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Glöckler, Christian Ludwig, Stadtschultheiß in Kirchheim, geb. 26. Juli 1769, † 25. Juni 1849. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838.

3. Osiander, Philipp Gottlieb, Stadtschultheiß in Kirchheim, seit 10. Febr. 1841 Reg.-Sekretär in Reutlingen, geb. 17. Juni 1803. Landtag: 1839, 1841/43.

4. Seeger, Friedrich, Obertribunal-Prokurator in Stuttgart, geb. 11. Nov. 1798, † 26. Juni 1868. Landtag: 1845, 1847, 1848.

5. Kübel, August, Stadtschultheiß in Kirchheim, geb. 5. Febr. 1799. † 9. Nov. 1855. Landtag: 1848/49.

6. Tritschler, Seifensieder in Kirchheim, geb. 1810. I. II. Landesversamml. von 1849 und 1850.

7. Kapff, Sixt Alexander, Professor in Reutlingen, geb. 7. Mai 1814, † 5. Aug. 1877. III. Landesversammlung von 1850.

8. Hirzel, Franz Gustav Adolf, Oberamtspfleger in Kirchheim, geb. 17. Dez. 1809. Landtag: 1851/55.

9. Heim, Johann Georg, Stadtschultheiß in Kirchheim, geb. 24. Nov. 1812, † Febr. 1878. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

10. Mayer, Christian, Kaufmann in Kirchheim, geb. 18. Juni 1820. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

11. Betz, Gottfried, Schultheiß und immatrikulirter Notar in Dettingen, geb. 8. Dezbr. 1835. Landtag: 1877 bis zum 12. Juli 1877. (Betz, zum Amtsnotar ernannt, legte sein Mandat nieder. An seiner Stelle wurde am 4. Oktober 1877 gewählt):

12. Faber, Eugen, Fabrikant in Kirchheim, geb. 28. April 1843. Landtag: 1877.

#### 27. Künzelsau.

1. Weber, Karl Julius, Gräfl. Erbach-Ilsenburg'scher Hofrath in Künzelsau, geb. 20. April 1767, † 1832. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Habermaas, Dr. Friedrich, Oberamtsrichter in Langenburg, seit 16. Juli 1829 in Tübingen, geb. 18. September 1795, † 7. Aug. 1841. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Feuerlein, Dr. Willibald Aug., Oberbürgermeister in Stuttgart, seit 15. Jan. 1836 Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 24. Juni 1781, † 29. Sept. 1850. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838 (s. auch Stuttgart St., Freudenstadt, Göppingen).

4. Clemens, Joseph, Amtsnotar in Weikersheim, geb. 5. Juni 1798, † 23. Okt. 1873. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Müller, Wilhelm Theodor, Rechtskonsulent in Künzelsau, geb. 9. Nov. 1799, † 17. Febr. 1877. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49, I. II. Landesvers. von 1849 und 1850.

6. Reger, Johann Friedrich, Rothgerbermeister und Gemeinderath in Künzelsau, geb. 22. April 1817. III. Landesvers. von 1850.

7. Runkel, Eberhard, Apotheker in Künzelsau, geb. 4. Okt. 1804, † 22. April 1867. Landtag: 1856/61.

8. Becher, August, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 21. Febr. 1816. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70 (s. auch Besigheim, Blaubeuren).

9. Bucher, Dr. Rudolf, Kreisrichter und Staatsanwalt, seit 30. Sept. 1871 Oberstaatsanwalt u. Kreisgerichtsrath in Hall, geb. 1. Aug. 1826. Landtag: 1871/74, 1875/76.

10. Baumann, Karl, Regierungsrath in Ludwigsburg, geb. 18. Aug. 1818. Landtag: 1877.

### 28. Laupheim (Wiblingen).

1. Bolter, Leopold, Oberamtsaktuar in Wiblingen, geb. 4. Nov. 1779, † 26. Dez. 1861. Landtag: 1820/21 und 1823/24.

2. Krehl, Christoph, Gerichtsaktuar in Ludwigsburg, geb. 11. April 1787, † 6. Dezbr. 1852. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Bauer, Johann Baptist, Stadtschultheiß und Amtsnotar in Schelklingen, seit 26. Sept. 1835 Gerichtsnotar in Langenburg, 17. Oktbr. 1839 in Heilbronn, geb. 13. Dez. 1797, † 19. März 1867. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

4. Schubart, Wilhelm, Oberamtmann in Wangen, geb. 26. Sept. 1808. Landtag: 1845, 1847, 1848.

5. Wiest, Oberjustizprokurator in Ulm, geb. 13. Febr. 1796, † 9. Jan. 1861. Landtag: 1848/49 (s. auch Saulgau).

6. Walser, Xaver, Schultheiß in Dellmensingen, geb. 25. Okt. 1801, † 2. Okt. 1877. I. II. Landesvers. von 1849 u. 1850 (seine Wahl in die III. Landesvers. wurde für ungiltig erklärt). Landtag: 1851/55.

7. Müller, Franz Seraph., Buchbinder u. Schultheiß in Laupheim, geb. 11. Nov. 1812, † 25. Aug. 1872. Landtag: 1856/61.

8. Hierlinger, Karl v., Obertribunalrath in Eßlingen, geb. 22. Febr. 1805. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68 (s. auch Neckarsulm).

9. Vollmer, Dr. Wilhelm, Schriftsteller in Stuttgart, geb. 26. Febr. 1828. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

10. Untersee, Adolf, Rechtsanwalt in Gmünd, geb. 26. Nov. 1842. Landtag: 1877.

### 29. Leonberg.

1. Hoffmann, Gottlieb Wilhelm, Notar u. Stiftungspfleger in Leonberg, geb. 31. Novbr. 1771, † 31. Januar 1846. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Weishaar, Dr. Jakob Friedr., Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 3. März 1775, † 19. Sept. 1834. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (s. a. Stuttgart St.

3. Baumann, Immanuel, Stadtschultheiß in Leonberg, geb. 7. Dez, 1799, † 13. Nov. 1837. Landtag: 1833, 1833/35, 1836.

4. Bossert, Tobias Gottfried, Regierungsrath in Ludwigsburg, geb. 15. Jan. 1792. Landtag: 1838.

5. Offterdinger, Franz, Stadtschultheiß in Leonberg, geb. 13. Febr. 1804. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

6. Notter, Dr. Friedrich, auf dem Bergheimer Hof, geb. 23. April 1801. Landtag: 1848/49; III. Landesvers. von 1850; Landtag: 1851/55.

7. Kapff, M. Sixt Karl, Dekan in Herrenberg, geb. 22. Okt. 1805. I. II. Landesvers. von 1849 u. 1850.

8. Bayha, Friedrich, Gutsbesitzer in Merklingen, geb. 7. Mai 1832. Landtag: 1868/70.

9. Daur, Johannes, Gemeindevorsteher in Kornthal, geb. 13. Juli 1816; ausgetreten 3. Febr. 1874. Landtag: 1870/74.

10. Bitzer, Dr. Friedrich v., Staatsrath in Stuttgart, geb. 5. Febr. 1816. Landtag: 1874, 1875/76 (s. auch Freudenstadt).

11. Ramm, Joh. Friedr., Oekonomierath in Stuttgart, geb. 17. August 1822. Landtag: 1877.

### 30. Leutkirch.

1. Bleyer, Karl Konrad, Stiftungsverwalter in Leutkirch, seit 14. Juni 1822 Kameralverwalter in Rottweil, geb. 18. Nov. 1788. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

2. Steiger, Alois, vorm. Fürstl. Wolfeggscher Obervogt in Kißlegg, geb. 15. Jan. 1767. Landtag: 1833 I.

3. Rummel v., Regier.-Direktor in Reutlingen, geb. 22. Septbr. 1771, † 12. Jan. 1863. Landtag: 1833/35, 1836, 1838 (s. auch Horb, Saulgau).

4. Neuffer, Gottlob Aug. Friedrich, Verwaltungsaktuar in Leutkirch, geb. 31. Aug. 1794. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Eggmann, Joseph Fidel, Oberamtspfleger in Leutkirch, geb. 19. Mai 1799. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49.

6. Waldburg-Zeil-Trauchburg, Konstantin Fürst v., in Oberzeil, geb. 8. Jan. 1807, † 17. Dez. 1862. I. u. III. Landesversamml. v. 1849 u. 1850.

7. Rau, Stephan, Pfarrer in Oberzeil, geb. 4. Okt. 1814. II. Landesvers. von 1850.

8. Zimmermann, Dr. Wilhelm, in Stuttgart, geb. 2. Jan. 1807, † 22. Sept. 1878. Landtag: 1851/53 (s. auch Hall).

9. Zimmerle, Adolf, Ablösungskommissär in Leutkirch, geb. 11. Jan. 1811. Landtag: 1854/55.

10. Keller, Johannes, Verwaltungsaktuar und Stadtrath in Leutkirch, geb. 19. Mai 1822. Landtag: 1856/61.

11. Schmidsfeld, Albert v. Gutsbesitzer und Glasfabrikant in Schmidsfelden, geb. 5. Nov. 1819. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

12. Völmle, Ernst, Stadtschultheiß u. Posthalter in Wurzach, geb. 9. Mai 1816. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

13. Eggmann, Ferdinand, Pfarrer u. Schulinspektor in Frittlingen, geb. 30. Juli 1827. Landtag: 1877.

### 31. Ludwigsburg.

1. Schönleber, Friedrich, Stadtschreiber in Ludwigsburg, geb. 16. Juli 1780. Landtag: 1820/21.

2. Weihenmaier, Christian, Stiftungsverwalter u. Stadtschreiberei-Amtsverweser in Ludwigsburg, geb. 25. Jan. 1785. Landtag: 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833 I.

3. Bardili, Karl, Finanzrath in Ludwigsburg, seit 10. Juni 1838 Finanzkammer-Direktor in Ulm, geb. 2. Nov. 1782, † 11. Jan. 1859. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

4. Groß, Christian, Schultheiß in Poppenweiler, seit 1852 Oberamtspfleger in Ludwigsburg, geb. 30. März 1799. Landtag: 1839, 1841/43, 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

5. Scheurlen, Dr. Karl Friedr. Christian, Konsistorialdirektor in Stuttgart, geb. 30. März 1790, † 4. Jan. 1850. Landtag: 1845, 1847, 1848, (s. auch Tübingen St.).

6. Sautter, Johannes, Oberregierungsrath in Stuttgart, geb. 19. Jan. 1807, † 3. Novbr. 1855. Landtag: 1848/49.

7. Rüpplin, August v., Generalmajor a. D., in Ludwigsburg, geb. 28. Nov. 1797, † 26. Aug. 1867. I. Landesvers. von 1849.

8. Goppelt, Adolf v., Staatsrath a. D., in Heilbronn, geb. 2. Jan. 1800, † 12. Okt. 1875. II. Landesvers. von 1850 (s. auch Heilbronn St., Urach).

9. Weigle, Wilhelm, Fabrik. in Hoheneck, geb. 23. Juni 1783. III. Landesvers. von 1850.

10. Körner, Gustav, Oekonom in Vaihingen, geb. 2. Aug. 1824. Landtag: 1868/70 (s. auch Vaihingen).

11. Paulus, Philipp, Direktor auf dem Salon bei Ludwigsburg, geb. 25. Mai 1809, † 11. Okt. 1878. Landtag: 1870/74, 1875/76.

12. Haug, Gottlob, Schultheiß in Beihingen, geb. 9 Jan. 1814. Landtag: 1877.

### 32. Marbach.

1. Gmelin, Ludwig Otto, Oberamtsrichter in Leonberg, geb. 25. Sept. 1786, † 23. Dez. 1855. Landtag: 1820/21, 1823/24 (s. auch Sulz).

2. Hauser, Andreas, Stadtpfleger in Marbach, geb. 28. Juni 1770, † 31. Jan. 1860. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Nefflen, Johannes, Schultheiß in Pleidelsheim, geb. 5. Novbr. 1789, † in Amerika. Landtag: 1833 I, 1833/35, 1836.

4. Veiel, Gottlob Adolf, Rechtskonsulent in Marbach, geb. 4. Aug. 1802, † 24. Apr. 1864. Landtag: 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49.

5. Krauß, Albert, Schloßgutspächter in Lichtenberg, geb. 4. Jan. 1812. I. II. III. Landesversammlung von 1849 und 1850.

6. Sigel, Rob., Stadtschultheiß u. Rechtskonsulent in Marbach, geb. 6. Juni 1820, † 16. Aug. 1869. Landtag: 1851/55.

7. Murschel, Wilhelm, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 13. Sept. 1795, † 17. Januar 1869. Landtag: 1856/61 (s. auch Stuttgart St., Maulbronn, Rottweil).

8. Schwaderer, Christian Ludwig, Gutsbesitzer in Burgstall, geb. 8. April 1818. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

9. Weith, Wilhelm, Polizeikommissär in Eßlingen, geb. 2. Mai 1832. Landtag: 1868/70.

10. Müller, Eugen, Fabrikant in Oethlingen, OA. Kirchheim, geb. 28. April 1819, † 3. April 1877. Landtag: 1870/74, 1875/76.

11. Weizsäcker, Theodor Max Ludwig, Oberfinanzrath in Stuttgart, geb. 14. Aug. 1830. Landtag: 1877.

### 33. Maulbronn.

1. Lang, Dr. Ludwig, ref. Amtsschreiber in Knittlingen, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 11. Nov. 1765. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

2. Murschel, Wilhelm, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 13. Sept. 1795, † 17. Jan. 1869. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838 (s. a. Stuttgart St., Marbach, Rottweil).

3. Gok, Adam v., Oberrechnungsrath in Stuttgart, geb. 9. Dez. 1781, † 12. Jan. 1842. Landtag: 1839, 1841.

4. Fehleisen, Schultheiß u. Verwaltungs-Aktuar in Wiernsheim, geb. 24. August 1794, † 30. Nov. 1865. Landtag: 1842/43.

5. Fetzer, Karl Aug. Friedrich, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 5. Aug. 1809. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49; I. II. III. Landesversammlung von 1849 u. 1850; Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68. 1870/74, 1875/76 (s. auch Tübingen St.).

6. Hochstetter, Adolf, Regierungsrath in Ulm, geb. 13. Nov. 1804, † 26. Nov. 1860. Landtag: 1851/55.

7. Bareiß, Louis, Fabrikant in Göppingen, geb. 22. Jan. 1823. Landtag: 1868/70.

8. Münz, Robert Karl Friedrich, Oberamtspfleger in Maulbronn, geb. 23. Jan. 1839. Landtag: 1877.

### 34. Mergentheim.

1. Taglieber, Karl Adam v., Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 15. Aug. 1773, † 20. Nov. 1832. Landtag: 1820/21.

2. Kapff, Sixt Eberhard, Staatsrath in Stuttgart, geb. 4. Okt. 1775, † 31. Aug. 1851. Landtag: 1823/24.

3. Schliz, Joseph v., Oberamtmann in Heilbronn, seit 17. Okt. 1828 Oberregierungsrath, Stadtdirektor in Stuttgart, geb. 10. März 1780, † 15. April 1863. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

4. Kober, Ludwig Christian, Assessor bei dem Steuerkollegium in Stuttgart, geb. 17. Sept. 1795, † 30. März 1851. Landtag: 1833 I. (s. a. Reutlingen Amt).

5. Fuchs, Wenzeslaus, Oberamtsrichter in Ehingen, geb. 7. Nov. 1786, † 8. Dez. 1862. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

6. Mosthaf, Damian v., Regierungsdirektor in Ellwangen, geb. 21. Febr. 1774, † 8. Jan. 1850. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847 (s. a. Horb, Oberndorf, Rottenburg).

7. Dietrich, Julius Christoph Friedrich, Stadtschultheiß in Weikersheim, geb. 26 Mai 1795, † 8. Dez. 1872. Landtag: 1848.

8. Reyscher, Dr. Ludwig, Prof. in Tübingen, 29. März 1851 zum Regierungsrath in Ulm ernannt, seit 25. Juli 1851 Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 10. Juli 1802. Landtag: 1848/49; I. II. III. Landesvers. von 1849 und 1850; Landtag: 1851/55 (s. auch Stuttgart St.).

9. Ziegler, Friedrich, Weinhändler in Mergentheim, geb. 20. Mai 1792. Landtag: 1856/61.

10. Mittnacht, Hermann v., Staatsanwalt und Oberjustizassessor in Ellwangen, seit 20. Juli 1862 Stadtrichter, 4. Nov. 1864 tit. Oberjustizrath, 21. Aug. 1865 Obertribunalrath, 27. Apr. 1867 Staatsrath und Chef des Departements der Justiz, 27. Sept. 1868 Justizminister, in Stuttgart, den 27. Aug. 1873 zugleich mit der interimist. Verwaltung des Departements der auswärtigen Angelegenheiten betraut, 23. Nov. 1873 zugleich Minister des Königl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, seit 1876 Präsident des Staatsministeriums, geb. 17. März 1825. Landtag: 1861, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

### 35. Münsingen.

1. Erhardt, Heinr. Wilhelm, Kommunrechnungsrevisor in Münsingen, geb. 1. Nov. 1787, † 13. Juli 1856. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Schnitzer, Johann Jakob, Steuerkommissär, seit 9. Aug. 1830 Inspektor des Katasterbureau in Stuttgart, geb. 18. April 1792, † 11. Mai 1843. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838.

3. Werner, Johannes v., Finanzkammerdirektor in Reutlingen, geb. 16. Septbr. 1782, † 5. Sept. 1849. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847 (s. a. Nürtingen).

4. Lok, Johann Jakob, Oberrevisor in Stuttgart, geb. 24. Aug. 1812, † 27. Mai 1860. Landtag: 1848.

[5. Fallati, Dr. Johann, Professor in Tübingen, geb. 15. März 1809, † 5. Okt. 1855. Landtag: 1848/49. Trat nicht ein und legte am 7. Okt. 1848 sein Mandat nieder].

6. Süskind, Eduard, Pfarrer in Suppingen, 3. April 1851 nach Altburg versetzt, 3. Mai 1851 aus dem Kirchendienste getreten, Oekonom in Weilerhöhe, geb. 17. Aug. 1807, † 2. Aug. 1874. Landtag: 1848/49; I. II. III. Landesversamml. von 1849 u. 1850; Landtag: 1851/55.

7. Idler, Heinrich, Oberamtmann in Kirchheim, geb. 11. Febr. 1802, † 6. April 1878. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68 (s. a. Cannstatt und Urach).

8. Geiger, Rößleswirth in Mehrstetten, geb. 16. Okt. 1822. Landtag: 1868/70.

9. Bosler, Stadtschultheiß in Münsingen, geb. 20. Dez. 1822. Landtag: 1870/74, 1875/76, 1877.

### 36. Nagold.

1. Reichard, Bartholomäus, ref. Bürgermeister und Klostermüller in Wildberg, geb. 21. Febr. 1762. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Stotz, Theodor, Steuerkommissär in Nagold, geb. 13. März 1793. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Schoffer, Oberamtspfleger in Nagold, seit 23. Okt. 1843 Kameralverwalter in Kapfenburg, 9. März 1846 in Ehingen, geb. 31. März 1799, † 4. Febr. 1869. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

4. Geigle, Christoph, Holzsamenhändler in Ebhausen, geb. 11. März 1809, † 14. Okt. 1874. Landtag: 1848/49; I. II. III. Landesversammlung von 1849, 1850; Landtag: 1851/55, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/72.

5. Koch, Johann Georg, Kaufmann in Rohrdorf, geb. 31. Jan. 1798. Landtag: 1856/61.

6. Richter, Johannes, Stadtschultheiß in Altensteig, geb. 14. Dezbr. 1836. Landtag: 1872/74, 1875/76, 1877.

### 37. Neckarsulm.

1. John, Amtsschreiber in Neuenstadt, geb. 20. Febr. 1776, † 27. Juli 1854. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Malzacher, Ulrich, Amtmann u. Stiftungsverwalter in Gundelsheim, geb. 11. Febr. 1771, † 22. April 1829. Landtag: 1826/27, 1828.

3. Speidel, Joseph Gottlob, Rathschreiber und Verwaltungsaktuar in Neckarsulm, geb. 9. Mai 1797. Landtag: 1830, 1833 I.

4. Steinhardt, Balthas, Oberkirchenrath in Stuttgart, geb. 30. Juli 1777, † 9. Juli 1850. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

5. Klett v., Vizedirektor der Kreisregierung in Ludwigsburg, geb. 27. Novbr. 1781, † 13. Mai 1869. Landtag: 1839, 1841 43.

6. Speidel, Christoph Gottlob, Stadtschultheiß in Möckmühl, geb. 23. Nov. 1795, † 18. Sept. 1847. Landtag: 1845, 1847.

7. Hierlinger, Karl, Oberjustizrath in Ulm, geb. 22. Febr. 1805. Landtag: 1848 (s. auch Laupheim).

8. Zwerger, Franz v., Stadtschultheiß in Ravensburg, geb. 10. Dezbr. 1792. Landtag: 1848/49; I. II. Landesversamml. von 1849, 1850 (s. auch Ravensburg).

9. Vogel, Gustav, Kaufmann in Brettach, geb. 10. Dez. 1810, † 21. Nov. 1868; III. Landesvers. von 1850; Landtag: 1851 55.

10. Emerich, Joseph, Schultheiß u. Verwaltungsaktuar in Oedheim, geb. 21. Sept. 1801, † 1. Nov. 1861. Landtag: 1856/61.

11. Schwandner, Ludwig v., Regierungsrath u. Kanzleidirektor, seit 5. März 1868 Oberregierungsrath in Stuttgart, 13. Apr. 1870 Regierungsdirektor in Reutlingen, geb. 5. Jan. 1823. Landtag: 1862/65, 1866, 1866 68, 1868 70, 1870 74, 1875/76 (s. auch Reutlingen Stadt).

12. Ege, Emil, Gutspächter in Schwärzerhof, geb. 28. Okt. 1833. Landtag: 1877.

### 38. Neresheim.

1. Ovelog, Bernhard, Regierungsrevisor in Reutlingen, seit 10. Okt. 1828 Oberamtmann in Crailsheim, geb. 17. Sept. 1787, † 30. Sept. 1835. Landtag: 1820 21, 1823 24, 1826 27, 1828, 1833, 1833 I.

2. Majer, Aug., Oberamtsrichter in Aalen, seit 25. Juni 1840 Oberamtsrichter in Riedlingen, geb. 15. Nov. 1798, † 8. Mai 1876. Landtag: 1833 35, 1836, 1838, 1839, 1841 43.

3. Holzinger, Georg Leonhard, Oberamtsrichter in Ellwangen, geb. 5. Nov. 1801. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1849/50 (s. auch Göppingen).

4. Defaller, Karl Wilhelm, kath. Pfarrer in Oberkochen, geb. 23. März 1815, † 21. Febr. 1867, I. II. III. Landesversammlung von 1849 u. 1850.

5. Camerer, Oberjustizrath in Ellwangen, seit 26. Okt. 1854 Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 30. Dez. 1803, † 25. Febr. 1863. Landtag: 1851/55, 1856 61.

6. Ruf, Joseph Laurentius, Werkmeister in Neresh., geb. 30. Aug. 1817. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68, 1868 70, 1870 74, 1875 76, 1877.

### 39. Neuenbürg.

1. Seeger, Johann Christoph Gottlob v., Oberamtsrichter in Cannstatt, geb. 24. Januar 1767. Landtag: 1820 21, 1823 24, 1826 27, 1828.

2. Pfleiderer, Karl Friedr., Stadtschultheiß in Wildbad, geb. 6. Juli 1798. Landtag: 1830.

3. Schott, Dr. Christian Albert Friedr, Obertribunalprokurator in Stuttgart, geb. 16. Mai 1782, † 6. Juni 1861. Landtag: 1833, 1833 35, 1836, 1838 (s. auch Stuttgart Stadt, Böblingen).

4. Hörner, Ludwig Friedrich, Oberamtmann in Ludwigsburg, geb. 3. Juni 1790, † 11. Jan. 1846. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Fischer, Wilhelm Christian Ernst, Stadtschultheiß und Oberamtspfleger in Neuenbürg, geb. 18. März 1795, † 23. April 1865. Landtag: 1845, 1847, 1848.

6. Seeger, Adolf, Oberregierungsrath und Stadtdirektor in Stuttgart, 19. Sept. 1849 zur Kreisregierung in Ludwigsburg, 4. Sept. 1850 zur Kreisregierung in Ellwangen versetzt, seit 19. Sept. 1850 Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 13. Mai 1815, † 22. März 1864. Landtag: 1848/49; I. II. III. Landesvers. 1849, 1850 (s. a. Ulm St., Freudenstadt).

7. Krauth, Johann Philipp, Holzhändler in Höfen, geb. 17. Aug. 1798, † 25. Aug. 1856. Landtag: 1851/55, 1856.

8. Cavallo, Peter Paul, Papierfabrikant in Wildbad, geb. 1. Dez. 1799, † 7. Dez. 1873. Landtag: 1857/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868 70.

9. Beutter, Erhard, Postverwalter und Schultheiß in Herrenalb, geb. 12. Dezbr. 1829. Landtag: 1870 74, 1875 76, 1877.

### 40. Nürtingen.

1. Fischer, Amtmann in Neuffen, geb. 15. März 1779, † 22. Nov. 1836. Landtag: 1820 21, 1823 24.

2. Werner, Johannes, Kameralverwalter in Urach, seit 4. Aug. 1829 Oberfinanzrath in Stuttgart, geb. 16. September 1782, † 5. Sept. 1849. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (s. auch Münsingen).

3. Gmelin, Dr. Friedrich Ludwig, Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 27. Nov. 1784, † 18. Okt. 1847. Landtag: 1833, 1833 35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847 (s. auch Freudenstadt, Geislingen).

4. Eisenlohr, Dr. Theodor, Seminarrektor in Nürtingen, geb. 30. Nov. 1805, † 31. Aug. 1869. Landtag: 1848, 1848/49.

5. Kratz, Heinrich, Seminar-Professor in Urach, geb. 7. November 1811. I. II. III. Landesversammlung von 1849 u. 1850.

6. Eberhardt, Gottlob, Schultheiß in Linsenhofen, geb. 7. Nov. 1814. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862 65, 1866, 1866/68, 1868 70.

7. Nübel, Friedrich, Hospital-Verwalter in Nürtingen, geb. 20. Januar 1831. Landtag: 1870/74, 1875/76, 1877.

**41. Oberndorf.**

1. Jeggle, Anton, Bürgermeister in Schramberg, geb. 18. Januar 1763, † 13. Oktober 1845. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Mosthaf, Damian, Oberkirchenrath in Stuttgart, seit 25. Aug. 1829 Regierungsrath in Ludwigsburg, geb. 21. Februar 1774, † 8. Jan. 1850. Landtag: 1826/27, 1828, 1830. (s. auch Horb, Mergentheim, Rottenburg.)

3. Widenmann, Dr. Wilhelm, Professor in Tübingen, geb. 18. Oktober 1798, † 1844. Landtag: 1833 I. (s. auch Tübingen Amt.)

4. Zais, Wilhelm, Stadtrath und Fabrikant in Cannstatt, geb. 12. Dezember 1772. Landtag: 1833/35, 1836. (s. auch Cannstatt.)

5. Frueth, Stadtschultheiß in Oberndorf, geb. 25. Oktober 1778, † 18. November 1852. Landtag: 1836, 1838.

6. Hirsch, Karl, Finanzkammerassessor in Reutlingen, seit 30. November 1840 Finanzrath in Ellwangen, geb. 17. Nov. 1799. Landtag: 1839, 1841/43.

7. Frueth, Ivo, Stadtschultheiß u. Oberamtspfleger in Oberndorf, geb. 2. April 1803. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1851/55, 1862/65, 1866, 1866/68.

8. Trotter, Michael, Rathschreiber in Schramberg, geb. 8. Sept. 1814, † 5. April 1867 Landtag: 1848/49, I. II. III. Landesversammlung von 1849 u. 1850.

9. Nagel, Joh. Friedrich, Rechtskonsulent in Oberndorf, geb. 24. Juli 1810. Landtag: 1856/61.

10. Gutheinz, August, Rechtskonsulent in Oberndorf, geb. 3. August 1827. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

11. Leibbrand, Karl, Baurath in Stuttgart, geb. 11. Nov. 1839. Landtag: 1877.

**42. Oehringen.**

1. Keßler, Heinrich, Gutsbesitzer in Stuttgart, geb. 30. März 1783, † 10. März 1842. Landtag: 1820/21, 1823/24. (s. auch Backnang.)

2. Frank, Christian Gottlieb, Gerichtsnotar in Künzelsau, geb. 25. August 1786, † 14. Sept. 1862. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Duvernoy, Dr. Gustav, in Stuttgart, geb. 9. Juli 1802. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848 (s. auch Schorndorf.)

4. Rödinger, Friedrich, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 10. Febr. 1800, † 20. Juni 1868. Landtag: 1848/49, I. II. III. Landesversammlung von 1849 u. 50, Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

5. Möricke, Otto, Gutsbesitzer in Hohenbuch, geb. 31. Oktober 1820, † 7. August 1869. Landtag: 1868.

6. Neuffer, Albert, Sparkassen-Kassier in Oehringen, geb. 18. März 1810. Landtag 1870.

7. Schall, Wilhelm, Rechtskonsulent in Hall, geb. 19. Februar 1825. Landtag: 1870/74, 1875/76.

8. Ammermüller, Dr. Friedr., in Stuttgart, geb. 6. November 1809. Landtag: 1877 bis zum 24. Mai (s. auch Heidenheim, Urach.) In der Sitzg. d. K. d. Abg. v. 24. Mai wurde die Oehringer Wahl annullirt. Bei der am 4. Okt. 1877 erfolgten Neuwahl wurde gewählt:

9. Leemann, Julius, Landwirthschafts-Inspektor in Heilbronn, geb. 26. Oktober 1839. Landtag: 1877.

**43. Ravensburg.**

1. Rhomberg, Johann Anton, res. Oberamtspfleger und Landschaftskassier in Altdorf-Weingarten, geb. 25. November 1753. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

2. Zwerger, Franz v., Stadtschultheiß in Ravensburg, geb. 10. Dezember 1792. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43 (s. auch Neckarsulm.)

3. Prielmayer, Konrad, Schultheiß in Altdorf-Weingarten, geb. 9. Mai 1798, † 2. Aug. 1855. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49.

4. Neher, Joseph Anton, Oberreallehrer in Ravensburg, geb. 22. März 1815, † 22. Jan. 1869. I. II. III. Landesvers. v. 1849 u. 1850.

5. Lupberger, Konrad, Schultheiß in Eschach, seit 1857 Oberamtspfleger in Ravensburg, geb. 12. Dez. 1813, † 7. Februar 1879. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70.

6. Khuen, Stadtschultheiß in Ravensburg, geb. 10. Jan. 1829. Landtag: 1870/74, 1875/76, 1877.

**44. Reutlingen.**

1. Steeb, Wilhelm, Amtsschreiber in Pfullingen, geb. 25. Juli 1780, † 12. Dezember 1871. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Kurz, Johann Friedrich, Stadtschultheiß in Pfullingen, geb. 1. Jan. 1791, † 26. Mai 1861. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Krug, Johann Martin, Adlerwirth in Reutlingen, geb. 11. Nov. 1793, † 21. Aug. 1838. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

4. Rümelin, Oberjustizrath, Stadtrichter in Stuttgart, geb. 14. April 1798. Landtag: 1838, 1839, 1841/43.

5. Kober, Ludwig Christoph v., Finanzkammer-Vizedirektor in Ulm, seit 16. Sept. 1846 Finanzkammerdirektor in Ellwangen, geb. 17. Sept. 1795, † 30. März 1851. Landtag: 1845, 1847, 1848 (s. auch Mergentheim)

6. Schnitzer, Dr. Karl Friedrich, Rektor des Lyzeums in Reutlingen, geb. 10. Dez. 1805, † 29. Aug. 1874. Landtag: 1848/49, I. II. III. Landesvers. v. 1849 u. 50. (s. auch Riedlingen.)



7. Schwille, Jakob, Gutsbeſitzer und Mahlmüller in Pfullingen, geb. 27. Juni 1800, † 31. Auguſt 1872. Landtag: 1851/55.

8. Eſenwein, Karl Hieronymus Friedrich, Stadtſchultheiß in Pfullingen, geb. 30. Sept. 1797, † 29. Nov. 1859. Landtag: 1856/59.

9. Amos, Hermann, Schultheiß und Verwaltungsaktuar in Eningen, geb. 26. Aug. 1813, † 27. Dez. 1873. Landtag: 1861, 1862/65, 1866, 1866/68.

10. Rehm, Stadtpfleger und Verwaltungsaktuar in Pfullingen, geb. 13. November 1826. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

11. Eger, Johannes, Gemeinderath in Eningen, geb. 19. Juni 1826. Landtag: 1877.

### 45. Riedlingen.

1. Bollſtetter, Franz Xaver, Stiftungsverwalter in Riedlingen, geb. 25. Juli 1780, † 5. Auguſt 1864. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

2. Mack, Dr. Joſeph Martin, Profeſſor, Pfarrer in Ziegelbach, geb. 5. Febr. 1805. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49, I. II. III Landesverſ. v. 1849 u. 1850, Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

3. Menz, Kaufmann in Buchau, geb. 12. Juni 1804, † 17. Sept. 1858. Landtag: 1851/55.

4. Schnitzer, Dr. Karl Friedrich, Redakteur in Stuttgart, geb. 10. Dezember 1805, † 29. Aug. 1874. Landtag: 1856/59 (ſ. auch Reutlingen Amt).

5. Störkle, Martin, Schultheiß in Hunderſingen, geb. 14. November 1815. Landtag: 1861.

6. Wolbach, Joh. Philipp Guſtav, Rechtsanwalt in Stuttgart, geb. 17. Januar 1826. Landtag: 1870. (ſ. auch Ulm Amt).

7. Rath, Andreas, Oberamtmann in Weinsberg, geb. 8. Juni 1823. Landtag: 1870/74, 1875/76.

8. Kehrle, Honor, Schultheiß in Uttenweiler, geb. 7. Sept. 1829. Landtag: 1877.

### 46. Rottenburg.

1. Moſthaf, Damian, Oberkirchenrath in Stuttgart, geb. 21. Febr. 1774, † 8. Jan. 1850. Landtag: 1820/21, 1823/24 (ſ. auch Horb, Mergentheim, Oberndorf).

2. Riedlinger, Albert, Stadtrath und Poſthalter in Rottenburg, geb. 26. Okt. 1770. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Raidt, Dr. Franz Xaver, Arzt und Badinhaber in Niedernau, geb. 28. Okt. 1771. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

4. Perrenon, Schultheiß und Verwaltungsaktuar in Herrlingen, geb. 23. Auguſt 1792, † 6. April 1839. Landtag: 1839.

5. Schott, Kirchenrathsaſſeſſor in Stuttgart, geb. 16. Mai 1808, † 27. September 1875. Landtag: 1841/43.

6. Schmidt, Moriz, Oberkirchenrath in Stuttgart, geb. 24. Nov. 1807. Landtag: 1845, 1847, 1848.

7. Ritter, Dr. Bernhard, Arzt in Rottenburg, geb. 19. Juli 1804. Landtag: 1848/49.

8. Pfeifer, Karl, Regierungsrath in Stuttgart, den 10. April 1851 aus dem Staatsdienſt entlaſſen, ſeit 11. Mai 1851 Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 25. Oktober 1816, † 23. Juni 1869. I. II. III. Landesverſ. v. 1849 u. 1850. Landtag: 1851/55, 1856/57.

9. Schnitzler, Karl, Stadtſchultheiß in Rottenburg, geb. 9. Juni 1823. Landtag: 1858/61, 1862.

10. Weipert, Fidel, Schultheiß in Ergenzingen, geb. 26. Auguſt 1819. Landtag: 1863/65, 1866, 1866/67.

11. Neuer, Wendelin, Kaufmann in Rottenburg, geb. 14. Okt. 1810. Landtag: 1867/68.

12. Vogt, Georg, Oberamtspfleger in Rottenburg, geb. 24. Dezember 1824. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

13. Holzherr, Guſtav Adam, Partikulier in Rottenburg, geb. 13. Auguſt 1831. Landtag: 1877.

### 47. Rottweil.

1. Burkhard, Andreas, Rechtskonſulent, ſeit 21. März 1816 Gerichtsnotar in Rottweil, geb. 12. Sept. 1786. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

2. Pflanz, Benedikt Alois, Profeſſor in Rottweil, geb. 25. Nov. 1797. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

3. Teufel, Maximilian, Stadtſchultheiß in Rottweil, geb. 16. Mai 1807, † 12. Dez. 1846. Landtag: 1839, 1841/43, 1845.

4. Murſchel, Wilhelm, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 13. Sept. 1795, † 17. Jan. 1869. Landtag: 1847, 1848, 1848/49. (ſ. auch Stuttgart Stadt, Marbach, Maulbronn).

5. Rheinwald, Dr. Karl Friedrich, Rechtskonſulent in Rottweil, geb. 14. Februar 1802, † 19. Febr. 1876. I. II. III. Landesverſammlung v. 1849 u. 1850.

6. Platz, Friedrich, Poſtverwalter in Rottweil, geb. 14. Jan. 1813, † 21. Juli 1873. Landtag: 1851/55. (ſ. auch Spaichingen).

7. Hirt, Bauer und Schultheiß in Lakendorf, geb. 16. Jan. 1812. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

8. Bürk, Johannes, Uhrenfabrikant in Schwenningen, geb. 3. Juli 1819, † 29. Nov. 1872. Landtag: 1868/70.

9. Boſcher, Anton v., Obertribunalrath in Rottweil, ſeit 1878 Gerichtshofs-Direktor in

Tübingen, geb. 16. Jan. 1814. Landtag: 1870/74, 1875/76, 1877. (Die am 28. Dez. 1876 vorgenommene Wahl wurde in d. Sitzg. d. K. d. Abg. v. 24. Mai 1877 annullirt. Bei der wiederholten Wahl am 4. Oktober 1877 wurde Boſcher gewählt.)

**48. Saulgau.**

1. Hoſp, Jakob, Kaufmann und Gemeinderath in Mengen, geb. 7. Mai 1764. Landtag: 1820/21.

2. Widemann, Kaſimir, Schullehrer und Gutsbeſitzer in Erisdorf, geb. 2. März 1776. Landtag: 1821, 1823/24.

3. Rummel, Regierungsrath in Ulm, geb. 22. September 1771, † 12. Januar 1863. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (ſ. auch Horb, Leutkirch).

4. Wieſt, Oberjuſtizprokurator in Ulm, geb. 13. Febr. 1796, † 9. Jan. 1861. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1845, 1847, 1848, 1851/55, 1856/59 (ſ. auch Laupheim).

5. Schott v. Schottenſtein, Regierungsrath in Ulm, geb. 21. Juli 1792. Landtag: 1839, 1841/43.

6. Wieſt, Alois, Oberjuſtizaſſeſſor in Eßlingen, geb. 17. Dez. 1810. Landtag: 1848/49 (ſ. auch Ehingen, Gmünd).

7. Neidlein, Konrad, Stadtſchultheiß in Saulgau, geb. 1816, † 20. November 1874. I. II. III. Landesverſ. von 1849 und 1850.

8. Walter, Adolf, Rechtskonſulent in Saulgau, geb. 28. April 1825, † 6. Juni 1870. Landtag: 1861, 1862/65, 1866, 1866/68.

9. Küble, Friedrich, Gutsbeſitzer in Altshauſen, geb. 5. Aug. 1827. Landtag: 1868/70, 1870/71.

10. Mesmer, Joſeph, Schultheiß in Altshauſen, geb. 3. Juli 1827. Landtag: 1871/74, 1875/76.

11. Rapp, Joſeph, Oberamtsbaumeiſter in Saulgau, geb. 6. März 1832. Landtag: 1877.

**49. Schorndorf.**

1. Veiel, Chriſtian, Kaufmann in Schorndorf, geb. 13. Okt. 1773. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Stump, Gottlieb Friedrich, Stadtſchultheiß in Schorndorf, ſeit 19. April 1828 Oberamtmann in Aalen, 24. März 1830 Oberamtmann in Künzelsau, geb. 11. Dez. 1791. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (ſ. auch Aalen).

3. Ringler, Joſeph Albert v., penſ. Major in Beutelsbach, geb. 15. Mai 1785, † 16. Mai 1864 Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

4. Maier, Chriſtian, Schultheiß und Verwaltungsaktuar in Grunbach, geb. 27. Mai 1803. Landtag: 1845, 1847, 1848.

5. Tafel, Gottlob, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 10. Januar 1801, † 3. Dezember 1874. Landtag: 1848/49 (ſ. auch Welzheim).

6. Zech, Adolf, Gerichtsaktuar in Maulbronn, geb. 4. Sept. 1818. I. und III. Landesverſammlung von 1849 und 1850.

7. Burk, Adolf, Fabrikant in Schorndorf, geb. 3. Mai 1812, † 28. Juni 1869. II. Landesverſammlung von 1850.

8. Duvernoy, Dr. Guſtav, Staatsrath in Stuttgart, geb. 9. Juli 1802. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68 (ſ. auch Oehringen).

9. Hofacker, Auguſt, Poſtrath, ſeit 5. September 1868 Oberpoſtrath, 4. März 1870 Poſt-Direktor in Stuttgart, geb. 6. Juni 1824. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

**50. Spaichingen.**

1. Wehrle, Wilhelm, Amts- und Stadtſchreiber in Spaichingen, geb. 26. Aug. 1789, † 20. November 1837. Landtag: 1821, 1823/24 (ſ. auch Balingen).

2. Härlin, Karl Friedrich, Amtsnotar in Troſſingen, geb. 2. Februar 1788. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Keller, Tiberius, Konviktsvorſtand, ſeit 13. März 1833 Rektor des Gymnaſiums in Rottweil, geb. 20. Nov. 1792, † 13. Sept. 1851. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

4. Mathes, Joſeph Anton v., Regierungsrath in Ellwangen, ſeit 13. Mai 1857 Ober-Regierungsrath in Stuttgart, geb. 3. Nov. 1800, † 30. Mai 1874. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1862/65, 1866, 1866/68 (ſ. auch Ellwangen Amt).

5. Platz, Friedrich Franz, Poſtverwalter in Spaichingen, geb. 14. Jan. 1813, † 21. Juli 1873. Landtag: 1848/49 und I. Landesverſ. von 1849 (ſ. auch Rottweil).

6. Winker, Dr. Franz Anton, Arzt in Spaichingen, geb. 1801, † 22. November 1873. II. Landesverſ. von 1850.

7. Linden, Joſeph Freiherr v., Staatsrath und Chef des Departements des Innern, geb. 7. Juni 1804. III. Landesverſ. von 1850 (ſ. auch Kammer der Standesherren und Ritterſchaftl. Abgeordnete).

8. Dietter, Adolf Theodor, Stadtſchultheiß und Verwaltungsaktuar in Spaichingen, ſeit 22. Dez. 1852 Sekretär und Regiſtrator bei der Gebäudebrandverſicherungsanſtalt in Stuttgart, geb. 1. Sept. 1799, † 22. Aug. 1868. Landtag: 1851/55.

9. Eble, Marcus Maximilian, Oberjuſtizſekretär in Eßlingen, geb. 26. April 1805. Landtag: 1856/61.

10. Vayhinger, Wilhelm, Oberſteuerrath in Stuttgart, geb. 8. Mai 1803, † 7. Jan. 1877. Landtag: 1868/70.

11. Bühler, Leopold, Oberamtspfleger in Spaichingen, geb. 15. Oktober 1826. Landtag: 1870/74, 1875/76.



12. Kupferſchmid, Anton, Buchhändler und Redakteur, ſeit 1878 Stadtſchultheiß in Spaichingen, geb. 15. September 1835. Landtag: 1877.

## 51. Stuttgart.

1. Grieſinger, Dr., Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 2. Juni 1767, † 22. Febr. 1845. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Breuning, Johann Jakob, Schultheiß in Möhringen, geb. 31. Januar 1795. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833/35, 1836, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68 (ſ. auch Böblingen).

3. Elſäßer, Dr., reſ. Oberjuſtizrath, Rechtskonſulent in Stuttgart, geb. 11. Juli 1770. Landtag: 1833 I.

4. Zeller v., penſ. Oberamtsrichter, Oberjuſtizrath in Stuttgart, geb. 10. Mai 1769. Landtag: 1836, 1838.

5. Spring, Eduard Gottlieb, Oberamtspfleger in Stuttgart, geb. 19. November 1798, † 9. Februar 1874. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

6. Sick, Chriſtian Friedrich, Kaufmann und Stadtrath in Stuttgart, geb. 6. März 1794, † 28. September 1863. Landtag: 1848/49.

7. Hölder, Julius, Regierungsrath in Stuttgart, geb. 24. März 1819. Landtag: 1849 und II. Landesverſ. von 1850 (ſ. auch Beſigheim, Göppingen).

8. Pfizer, Dr. Guſtav, Profeſſor in Stuttgart, geb. 29. Juli 1807. I. Landesverſ. von 1849.

9. Roth, Friedrich Rudolf, Schultheiß in Feuerbach, geb. 21. Dez. 1795, † 6. März 1866. III. Landesverſ. von 1850; Landtag: 1851/55.

10. Wiedemann, Wilhelm, Kaufmann in Stuttgart, geb. 27. Dez. 1821. Landtag: 1868/70.

11. Müller, Guſtav, Kaufmann in Stuttgart, geb. 11. Februar 1823, † 17. Mai 1875. Landtag: 1870/74, 1875.

12. Zipperlen, Wilh., Profeſſor in Hohenheim, geb. 12. Oktober 1829. Landtag: 1876 (eingetr. 28. März 1876), 1877.

## 52. Sulz.

1. Krehl, Wilhelm, Stadtſchultheiß und Kaufmann in Sulz, geb. 10. September 1777. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Gmelin, Ludwig Otto, Oberamtsrichter in Leonberg, geb. 25. Sept. 1786, † 23. Dez. 1855. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (ſ. auch Marbach).

3. Pfäfflin, Friedrich Wilhelm, Rechtskonſulent und Stadtſchultheiß in Sulz, geb. 10. Jan. 1799. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70 (ſ. auch Horb).

4. Becherer, Ludwig, Stadtrath u. Pfandhilfsbeamter in Sulz, geb. 11. März 1796. Landtag: 1839, 1841/42.

5. Schneider, Oberamtmann in Ravensburg, geb. 12. Januar 1801, † 15. Oktober 1871. Landtag: 1842/43.

6. Wiedenmann, Regierungsrath in Reutlingen, geb. 11. Juni 1793. Landtag: 1845, 1847, 1848.

7. Stockmayer, Dr. Hermann, Unteramtsarzt in Roſenfeld, geb. 18. März 1807, † 1863. Landtag: 1848/49; I. II. III. Landesverſammlung von 1849 und 1850 (ſ. auch Reutlingen Stadt).

8. Bek, Anton, Oberjuſtizrath in Stuttgart, geb. 20. Juli 1807. Landtag: 1851/55.

9. Sarwey, Dr. Otto, Rechtskonſulent und Gemeinderath in Stuttgart, geb. 24. Sept. 1825. Landtag: 1856/61 (ſ. auch Crailsheim).

10. Vogt, Tobias, Oberamtspfleger in Sulz, geb. 16. Juni 1825. Landtag: 1870/74, 1875/76, 1877.

## 53. Tettnang.

1. Pfanner, Joſeph, Oberamtspfleger und Stadtſchultheiß in Tettnang, geb. 19. März 1774, † 23. Aug 1823. Landtag: 1820/21.

2. Neubrand, Joh. Nepomuk, Stiftungsrechnungsreviſorats-Amtsverweſer in Tettnang, geb. 4. Mai 1785, † 23. April 1866. Landtag: 1823/24.

3. Theobald, Joſeph v., Generalmajor in Stuttgart, geb. 3. Mai 1777, † 19. März 1838. Landtag: 1826/27, 1828, 1830 (ſ. auch Eßlingen).

4. Biegger, Xaver, Rechtskonſulent und Stadtrath in Tettnang, geb. 17. Februar 1801. Landtag: 1833 I.

5. Henckel, Alois Joſeph, vorm. gutsherrſchaftl. Oberinſpektor in Tettnang, geb. 3. Januar 1780, † 5. März 1851. Landtag: 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

6. Klemm, Joh. Friedrich, Oberamtmann in Ellwangen, ſeit 25. Okt. 1845 Oberamtmann in Eßlingen, geb. 14. Nov. 1795, † 16. April 1858. Landtag: 1845, 1847, 1848.

7. Hutten, Johann Gottlieb, Schultheiß und Bleich-Inhaber in Langenargen, geb. 24. Januar 1798. Landtag: 1848/49.

8. Pfahler, Georg, Kaplan und Präzeptor in Tettnang, geb. 2. März 1817. I. II. III. Landesverſammlung von 1849 und 1850.

9. Jakob, Bernhard, Rothgerber und Gemeinderath in Unterailingen, geb. 17. Aug. 1802, † 3. April 1859. Landtag: 1851/55.

10. Debler, Joh. Georg, Kaufmann in Friedrichshafen, geb. 29. Nov. 1804, † 30. April 1862. Landtag: 1856/61, 1862.

11. Maier, Alois Wilhelm, Schultheiß in Hemigkofen, geb. 24. Januar 1813. Landtag: 1863/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76.

12. Schlierholz, Joſeph v., Oberbaurath in Stuttgart, geb. 22. Dez. 1817. Landtag: 1877.

### 54. Tübingen.

1. Etter, Titus, Löwenwirth in Tübingen, geb. 30. Aug. 1782, † 18. Juli 1827. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27.

2. Breuninger, Ludwig Friedrich, Pfandkommiſſär in Walddorf, geb. 15. Febr. 1795. Landtag: 1830.

3. Fehleiſen, Immanuel Gottlob, Oberamtswundarzt in Tübingen, geb. 25. Apr. 1771. Landtag: 1833 I.

4. Widenmann, Dr. Wilhelm, Profeſſor in Tübingen, geb. 17. Okt. 1798, † 1844. Landtag: 1833/35, 1836, 1838 (ſ. auch Oberndorf).

5. Jeitter, Karl Friedrich, Pupillenrath in Tübingen, geb. 17. Juni 1787, † 3. Juli 1870. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

6. Pahl, M. Wilhelm Matthäus, Rektor d. Lyzeums in Tübingen, geb. 9. Aug. 1795, † 29. Nov. 1875. Landtag: 1848/49.

7. Schweikhardt, Dr. Eduard, Privatdozent und Mühlebeſitzer in Tübingen, geb. 28. Okt. 1805, † 5. Juni 1868. I. II. III. Landesverſammlung von 1849 und 1850 (ſ. auch Tübingen Stadt).

8. Rothenhöfer, Ludw. Friedr., Schultheiß in Gönningen, geb. 24. April 1824. Landtag: 1851/55, 1856/61.

9. Schäffle, Dr. Albert, Profeſſor in Tübingen, geb. 24. Febr. 1831. Landtag: 1862/65.

10. Hörner, Karl Hermann v., Oberamtmann in Reutlingen, ſeit 5. April 1866 Amts-Oberamtmann und 5. März 1867 tit. Regierungsrath in Stuttgart, geb. 26. März 1809. Landtag: 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76 (ſ. auch Tuttlingen).

11. Geß, Friedrich v., Obertribunalrath in Tübingen, geb. 21. Dez. 1828. Landtag: 1877.

### 55. Tuttlingen.

1. Beckh, Karl, reſ. Bürgermeiſter und Kaufmann in Tuttlingen, geb. 14. Juni 1770, † 1860. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Rechfuß, Reviſor und Verwaltungsaktuar in Tuttlingen, geb. 18. Okt. 1779, † 17. Mai 1854. Landtag: 1827, 1828, 1830.

3. Schneckenburger, Dr., Arzt in Troſſingen, geb. 23. Dezbr. 1769. Landtag: 1833, 1833/35.

4. Schneckenburger, Jakob Friedr., Stadtſchultheiß in Tuttlingen, geb. 9. Juni 1798, † 28. Juli 1873. Landtag: 1839, 1841/43.

5. Schmid, M. Gottlieb, Gymnaſialprofeſſor in Stuttgart, geb. 3. Mai 1792, † 7. Aug. 1846. Landtag: 1845 (ſ. auch Heilbronn Amt).

6. Mohl, Dr. Robert v., Prof. in Tübingen, geb. 17. Aug. 1799, † 5. Nov. 1875. Landtag: 1847.

7. Mögling, Theodor, Oekonomierath in Hohenheim, geb. 2. Dez. 1814, † 17. Apr. 1867. Landtag: 1848.

8. Menzel, Dr. Wolfgang, Schriftſteller in Stuttgart, geb. 21. Juni 1798, † 23. Apr. 1873. Landtag: 1848/49 (ſ. auch Balingen).

9. Mattes, Barnabas, Schultheiß in Nendingen, geb. 26. Febr. 1805. I. II. III. Landesverſammlung von 1849 u. 1850.

10. Teuffel, Johann Konrad v., Obertribunalrath in Stuttgart, geb. 16. Juni 1799, † 18. April 1854. Landtag: 1851/53.

11. Hörner, Karl Hermann, Oberamtmann in Backnang, geb. 26. März 1809. Landtag: 1854/55 (ſ. auch Tübingen Amt).

12. Leypoldt, Karl Friedrich, Oberamtspfleger in Tuttlingen, geb 28. Nov. 1803, † 6. Aug. 1876. Landtag: 1856/61.

13. Dinkelacker, Wilh. Friedr., Schullehrer in Tuttlingen, geb. 25. Sept. 1806. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

14. Storz, Chriſtian, Kleinbärenwirth in Tuttlingen, geb. 9. Mai 1832. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

15. Voſſeler, Joh. Martin, Schultheiß in Thalheim, geb. 24. Sept. 1842. Landtag: 1877.

### 56. Ulm.

1. Wagner, Karl, Amtmann und ſeit 21. März 1826 Amtsnotar in Langenau, geb. 24 Jan. 1784, † 24. Juni 1850. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

2. Kolb, Joh. Georg, Poſthalter in Nerenſtetten, geb. 13. Nov. 1777. Landtag: 1833 I.

3. Ruff, Karl, Gutsbeſitzer u. Pfandhiltsbeamter in Lonſee, geb 7. Okt. 1796, † 12. Dez. 1869. Landtag: 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

4. Haußer, Konrad Friedrich, Gemeindepfleger in Langenau, geb. 5. April 1801, † 1. Nov. 1875. Landtag: 1848/49.

5. Seeger, Dr. Ludwig, Redakteur in Stuttgart, geb. 30. Okt. 1811, † 22. März 1864. I. II. Landesverſ. von 1849 und 1850 (trat in die I. Landesverſ. als verhaftet nicht ein). Landtag: 1862/64 (ſ. auch Waldſee).

6. Walther, Aug., Oberjuſtizrath in Ulm, geb. 21. Mai 1805; III. Landesverſ. v. 1850.

7. Ott, Johann Georg, Schultheiß und Schmidmeiſter in Beimerſtetten, geb. 19. März 1792, † 7. Februar 1865. Landtag: 1851/55, 1856/61.

8. Wolbach, Joh. Philipp Guſt., Rechtskonſulent in Ulm, ſeit 9. Juli 1868 Rechtsanwalt in Stuttgart, geb. 17. Jan 826. Landtag: 1864/65, 1866, 1866/68.

9. Horn v., Oekonomierath in Ochsenhausen, geb. 13. März 1807. Landtag: 1868/70.

10. Kolb, Gustav Albert v., Regierungsrath in Reutlingen, geb. 11. Febr. 1817, † 4. Jan. 1876. Landtag: 1870/74, 1875/76.

11. Haug, Joh. Friedrich, Stadtschultheiß in Langenau, geb. 28. Dez. 1827. Landtag: 1876 (eingetr. 20. März 1876), 1877.

### 57. Urach.

1. Rau, Joh. Philipp, Kommunrechnungsrevisor in Urach, geb. 11. Nov. 1781. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830.

2. Gußmann, Georg Friedr., Stadtschultheiß in Metzingen, geb. 21. Jan. 1794. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838.

3. Friedrich, Joh. Christian, Schultheiß und Notar in Eningen, geb. 26. Jan. 1792, † 31. Mai 1842. Landtag: 1838, 1839, 1841/43.

4. Rau, Christian Aug. Maximilian, Stadtschultheiß in Urach, geb. 6. April 1800, † 10. Juli 1846. Landtag: 1843, 1845.

5. Deusch, Peter, Landwirth in Urach, geb. 10. Aug. 1805. Landtag: 1847, 1848.

6. Wieland, Friedrich Christian, Stadtschultheiß in Urach, geb. 19. Febr. 1805, † 8. Mai 1871. Landtag: 1848/49; I. und III. Landesvers. von 1849 und 1850.

7. Ammermüller, Dr. Friedr., Oberreallehrer in Reutlingen, geb. 6. Nov. 1809; II. Landesvers. von 1850 (s. auch Heidenheim, Oehringen).

8. Goppelt, Adolf, Staatsrath a. D. in Heilbronn, geb. 2. Jan. 1800, † 12. Okt. 1875. Landtag: 1851/52 (s. auch Heilbronn St., Ludwigsburg).

9. Idler, Heinrich, Oberamtmann in Münsingen, seit 10. Novbr. 1852 Oberamtmann in Kirchheim, geb. 11. Febr. 1802, † 6. Apr. 1878. Landtag: 1852/55 (s. a. Cannstatt, Münsingen).

10. Müllerschön, Konrad, Schultheiß in Dettingen, geb. 7. März 1805, † 2. Janr. 1868. Landtag: 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

11. Fricker, Dr. Karl, Prof. in Tübingen, geb. 2. Febr. 1830. Landtag: 1868/70.

12. Lenz, Dr., Kreisrichter und Staatsanwalt, seit 30. Septbr. 1871 Kreisgerichtsrath und Oberstaatsanwalt in Stuttgart, geb. 17. März 1834. Landtag: 1870/74, 1875/76, 1877.

### 58. Vaihingen.

1. Löbert, Ferdinand, Oberamtspfleger in Vaihingen, geb. 28. Januar 1768. Landtag: 1820/21, 1823/24, 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838.

2. Redwitz, Jakob Friedrich Heinrich, Stadtschultheiß u. Verwalt.-Aktuar in Vaihingen, geb. 13. Septbr. 1796, † 15. Mai 1854. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49, 1851/53.

3. Hopf, Franz, Pfarrer in Hohenhaslach, seit 3. Septbr. 1850 Pfarrer in Endingen, seit 12. Okt. 1853 Gutsbesitzer, geb. 4. Juli 1807. I. II. III. Landesvers. von 1849 u. 1850; Landtag: 1856/61, 1864/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76.

4. Magenau, Stadtschultheiß in Oberriexingen, geb. 12. März 1807, † 18. Jan. 1872. Landtag: 1854/55.

5. Geyer, Oberamtspfleger in Vaihingen, geb. 5. März 1820. Landtag: 1862.

6. Körner, Gustav, Gutsbesitzer in Vaihingen, geb. 2. August 1824. Landtag: 1877 (s. auch Ludwigsburg Amt).

### 59. Waiblingen.

1. Currlen, Joh. Daniel, Stadtrath und Lammwirth in Waiblingen, geb. 12. Sept. 1761. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Pfleiderer, Christoph, Kastenpfleger und Bäcker in Waiblingen, geb. 25. März 1784, † 15. Nov. 1842. Landtag: 1826/27, 1828, 1830, 1833, 1833/35, 1836, 1838.

3. Schlaich, Eberhard Ludwig, Schultheiß in Großheppach, geb. 6. Juli 1801. Landtag: 1839.

4. Barchet, Jakob Friedrich, Oberamtspfleger in Waiblingen, geb. 17. Februar 1798, † 13. Mai 1864. Landtag: 1841/43, 1845, 1847, 1848, 1848/49 und I. Landesvers. von 1849.

5. Oesterlen, Ludwig August, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 18. Mai 1819. II. und III. Landesvers. von 1850 (s. auch Hall).

6. Steinbuch, Friedr. Victor, Stadtschultheiß und Oberamtspfleger in Waiblingen, geb. 28. November 1805, † 17. Juli 1876. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

7. Heß, Hermann, Posthalter u. Gemeinderath in Waiblingen, geb. 24. Juli 1812. Landtag: 1868/70.

8. Simon, Gebhard Friedrich, Schultheiß und Verwaltungsaktuar in Schwaikheim, geb. 13. April 1828. Landtag: 1870/74, 1875/76, 1877.

### 60. Waldsee.

1. Steinhauser, Franz Xaver, Oberamtspfleger in Waldsee, geb. 9. Okt. 1763. Landtag: 1820/21.

2. Sailer, Andreas, Stiftungsverwalter, seit 1831 Stadtschultheiß in Waldsee, geb. 9. Febr. 1783, † 25. März 1831. Landtag: 1824, 1833, 1833/35, 1836, 1838.

3. Mammel, Jakob Friedrich, Amtsnotar in Rosenfeld, geb. 21. August 1783, † 25. Mai 1862. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

4. Rau, Karl Ferdinand, Amtsversammlungs-Aktuar und Stiftungsverwalter in Wald-



see, geb. 11. Oktbr. 1798, † 17. Septbr. 1874. Landtag: 1839, 1841/43, 1845, 1847, 1848.

5. Huck, Joh. Joseph, Oberjustizrath in Ulm, geb. 13. Mai 1805, † 27. September 1859. Landtag: 1848/49, I. II. III. Landesverf. von 1849 und 1850 (s. auch Ellwangen Amt).

6. Seeger, Dr. Ludw., Redakteur in Stuttgart, geb. 30. Okt. 1811, † 22. März 1864. Landtag: 1851/55 (s. auch Ulm Amt).

7. Lemmle, Joh. Georg, Schultheiß in Winterstettenstadt, geb. 25. Febr. 1798. Landtag: 1856/61.

8. Golther, Dr. Karl August, Rechtskonsulent in Ravensburg, geb. 7. September 1822. Landtag: 1862/65, 1866, 1866/68.

9. Uhl, Johannes, Schullehrer in Esbach, geb. 5. März 1832. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76.

10. Mattes, Dr. Wenzeslaus, Stadtpfarrer in Weingarten, geb. 24. Sept. 1815. Landtag: 1877.

### 61. Wangen.

1. Paulus, Karl Gottlieb Eberhard, Stadt- und Amtsschreiber in Wangen, geb. 10. Nov. 1773, † 27. Oktober 1856. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Soden, Rudolf August Freiherr v., Vizedirektor des Kath. Kirchenraths in Stuttgart, seit 5. Juni 1828 Regierungsdirektor in Ellwangen, geb. 2. Juni 1785, † 9. Juli 1849. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Schnitzer, Georg Martin, Oberamtspfleger in Wangen, geb. 30 Okt. 1792, † 8. Jan. 1844. Landtag: 1833, 1833/35, 1836, 1838, 1839, 1841/43.

4. Fraſt, Christoph, Postverwalter in Wangen, geb. 31. August 1784, † 26. November 1846. Landtag: 1845.

5. Khuen, Franz Sales, Oberamtsrichter in Ravensburg, geb. 19. Janr. 1791, † 16. Sept. 1854. Landtag: 1847, 1848.

6. Wiest, Wilh., Oberjustizrath in Tübingen, geb. 5. Oktober 1803, † 13. Mai 1877. Landtag: 1848/49.

7. Bendel, Alois, Kath. Stadtpfarrer in Isny, geb. 24. Jan. 1817. I. II. Landesverf. v. 1849 u. 1850 (s. auch Kath. Geistl.)

8. Steffelin, Leopold v., Oberjustizprokurator in Ulm, geb. . . . . . . III. Landesverf. von 1850.

9. Springer, Christian Ulrich, Kaufmann und Fabrikant in Isny, geb. 15. Mai 1815. Landtag: 1851/55.

10. Moser, Albin, Verwaltungs-Aktuar in Wangen, geb. 3. März 1823. Landtag: 1856/57.

11. Dentler, Xaver, Schultheiß in Arrisried, geb. 5. Dezember 1814. Landtag: 1858/61, 1862/65, 1866, 1866/68, 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

### 62. Weinsberg.

1. Fetzer, Dr. Karl, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 20. Sept. 1777, † 16. April 1835. Landtag: 1820/21, 1823/24.

2. Dapp, pens. Oberjustizrath in Stuttgart, geb. 1. Juni 1756. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

3. Mayer, Karl, Oberjustizrath, Oberamtsrichter in Waiblingen, geb. 22. März 1786, † 25. Febr. 1870. Landtag: 1833. I.

4. Pfaff, Heinrich, Stadtschultheiß in Weinsberg, geb. 3. Februar 1794. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

5. Rümelin, Gustav, Oberjustizrath, Oberamtsrichter in Heilbronn, geb. 20. März 1785, † 18. Januar 1850. Landtag: 1839, 1841/43 (s. auch Besigheim).

6. Heyd, Karl Friedrich, Oberamtsrichter in Ludwigsburg, geb. 30. März 1788, † 27. Juni 1873. Landtag: 1845, 1847, 1848.

7. Nägele, Ferdinand, Schlossermeister u. Stiftungspfleger in Murrhardt, geb. 24. Mai 1808. Landtag: 1848/49 (s. auch Backnang).

8. Fraas, Franz, Stadtschultheiß u. Rechtskonsulent in Weinsberg, geb. 1802, † 8. Dez. 1877. I. II. III. Landesverf. v. 1849 u. 1850.

9. Troll, Joh. Karl Friedrich, Stadtschultheiß in Löwenstein, geb. 17. September 1801, † 16. November 1868. Landtag: 1851/55, 1856/61, 1862/65, 1866, 1866/68.

10. Niethammer, Hermann, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 8. August 1835, † 19. Febr. 1876. Landtag: 1868/70.

11. Mühlhäuser, Johannes, Inspektor d. Weinbauschule in Weinsberg, seit 16. Mai 1871 Oekonomierath, geb. 27. Oktober 1834. Landtag: 1870/74, 1875/76.

12. Nicolai, Karl, Stadtschultheiß in Löwenstein, geb. 11. August 1839. Landtag: 1877.

### 63. Welzheim.

1. Naſt, Immanuel Gottlieb, Stadt- und Amtsschreiber in Gmünd, geb. 25. Mai 1769, † 3. Sept. 1843. Landtag: 1820/21.

2. Pistorius, August Ferdinand v., Hofrath in Stuttgart, geb. 16. Okt. 1767, † 11. Sept. 1841. Landtag: 1823/24 (s. auch Eßlingen).

3. Hofacker, Dr. Karl Ludwig Wilhelm, Oberjustizrath in Eßlingen, geb. 26. Jan. 1794, † 14. Okt. 1866. Landtag: 1826/27, 1828, 1830.

4. Stängel, Friedrich Karl, Oberjustizrath, Oberamtsrichter in Ulm, geb. 16. Sept. 1791, † 24. August 1852. Landtag: 1833. I.

5. Metsch, Stadtschultheiß in Welzheim, geb. 5. Okt. 1785, † 27. August 1854. Landtag: 1833/35, 1836, 1838.

6. Bürkle, Johannes, Schultheiß in Rudersberg, geb. 14. März 1799. Landtag: 1839, 1841/43.

7. Wizemann, Karl Friedrich, Oberamtspfleger in Welzheim, geb. 2. Januar 1804. Landtag: 1845, 1847, 1848, 1848/49.

8. Tafel, Gottlob, Rechtskonsulent in Stuttgart, geb. 10. Jan. 1801, † 3. Dezember 1874. I. II. III. Landesverf. v. 1849 u. 1850; Landtag: 1851/55, 1864/65, 1866, 1866/68 (s. auch Schorndorf).

9. Schlegel, Joh. Georg, Werkmeister u. Oberamtswegmeister in Welzheim, geb. 19. Juli 1802, † 15. Dez. 1863. Landtag: 1856/61, 1862/63.

10. Friz, Jakob, Schultheiß in Alfdorf, geb. 14. Juni 1828. Landtag: 1868/70, 1870/74, 1875/76, 1877.

# Verzeichnis

## der Veröffentlichungen des Direktors Dr. K. V. Riecke zur Geschichte und Statistik von Land und Volk, zur Gesetzgebung und Verwaltung von Staat und Kirche in Württemberg und im Deutschen Reich.

Statistische Einleitung zu dem Verzeichnisse der Ortschaften des Königreichs Württemberg, Stuttgart 1874.

Statistik des Königreichs Württemberg nach dem Stande der Aufnahmen und der Literatur zu Ende der Jahre 1877 und 1878, Württemb. Jahrb. 1877 I S. 9, 1878 I S. 11; — begreift Land, Volk, erwerbsthätige Personen, Grundeigenthum, Landwirthschaft, Viehzucht, Forstwirthschaft, Jagd, Fischerei, Hütten- und Salinenwesen, Industrie, Handel, Verkehr, Wohlthätigkeit.

Die Arbeiterwohnungen in Heilbronn, Württemb. Jahrb. 1856 I S. 82.

Zur Statistik der Bevölkerung Württembergs, Augsb. Allg. Zeitung 1865 Nr. 348 ff.

Beiträge zur Statistik der Preise und Löhne, Württemb. Jahrb. 1873 II S. 127, 1874 II S. 179.

Die Volkszählung und Gewerbeaufnahme am 1. Dezember 1875, Belehrung durch den Staatsanzeiger und die Bezirksblätter.

Die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezbr. 1875, Württemb. Jahrb. 1875 I S. 220.

---

Die Entstehung des Württemb. Staatsgebiets, Württ. Vierteljahrsh. f. Landesgesch. 1879 S. 1.

Verfassung und Landstände, Württemb. Jahrb. 1879 S. 1.

Die Wahlen in Württemberg im Dezember 1876 und Januar 1877, Württemb. Jahrb. 1876 I S. 8.

Die Gesetzgebung Württembergs im XIX. Jahrhundert, Württemb. Jahrb. 1875 I S. 41.

Zur Statistik des öffentlichen Dienstes, Württemb. Jahrb. 1873 I S. 18, unter Benützung der von dem Verfasser in der Kommission zu Vorbereitung eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Staatsbeamten bearbeiteten Denkschriften und Motive.

Nachwort und Votum zu einer Arbeit des Finanzassessors Dr. Schall über die Ergebnisse der ersten höheren Finanzdienstprüfung seit 1838, Württemb. Jahrb. 1875 I S. 121.

---

Das evangelische Kirchengut des vormaligen Herzogthums Württemb., Staatsanzeiger für W. 1876, Besondere Beilage Nr. 7, 9 und 11.

In der evangelischen Landessynode Berichte über:

den dritten Abschnitt des Entwurfs einer Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung (betrifft die Landesgemeinde und Landessynode);

den Entwurf eines kirchlichen Gesetzes, betreffend die Stellvertretung für erkrankte Geistliche;

den Entwurf eines Statuts für die Pensionirung evangelischer Geistlichen;

den Entwurf eines kirchlichen Gesetzes, betr. die Fürsorge für die Hinterbliebenen von Geistlichen;

Siehe Verhandlungen der zweiten Landessynode der evangelischen Kirche Württembergs, III. Beil.-Bd. S. 1007, 1196, 1219, 1241.

Vergl. auch den Rechenschaftsb. des Landessynodalausschusses vom 18. September 1877. Verhandl. II. Beil.-Bd. S. 668—757.

---

Statistik der Universität Tübingen, der vaterländischen Hochschule bei deren vierter Säkularfeier gewidmet, Württemb. Jahrb. 1877 III.

---

Zur Statistik des Departements des Innern, Württemb. Jahrb. 1872 I S. 96, 1876 I S. 127.

Zur Statistik des Handels, Württemb. Jahrb. 1874 II S. 90.

Zur Statistik des Verkehrs, Württemb. Jahrb. 1874 II S. 115.

Die Ausmünzungen der Königl. Münzstätte zu Stuttgart bis zum Schluß des Jahres 1872,

ein Rückblick auf die letzten fünfhundert Jahre, Württemb. Jahrb. 1872 II S. 53.

Die Hemmnisse des freien Verkehrs im Innern des Deutschen Zollvereins: I. die Spielkarten- und Salz-Monopole, II. die Uebergangssteuern, Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft XVII 1861 S. 143, 359.

Die Tarifreform im Zollverein, Tübinger Zeitschrift XIX 1863 S. 319.

Zum französischen Handelsvertrag, Schwäb. Chron. vom 2. Januar 1863.

Der franz. Handelsvertrag in seinen Beziehungen zu Oesterreich, Schw. Chron. v. 15. Jan 1863.

Nach der persönlichen Betheiligung des Verfassers der hier verzeichneten Schriften bei den Verhandlungen und dem Abschlusse der Zollvereinsverträge vom 12. Oktober 1864 und 8. Juli 1867, sowie der Uebereinkunft wegen Erhebung einer Abgabe von Salz vom 8. Mai 1867, im Bundesrath des Zollvereins u. a.:

Bericht über den am 9. März 1868 abgeschlossenen Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich, zweiter Theil, betreffend die Aenderungen in den beiderseitigen Zolltarifen; — wurde dem Zollparlament mitgetheilt.

Bericht über den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung und der Zollstrafgesetzgebung; — der Inhalt dieses Berichts wurde in die Motive des Gesetzentwurfs übernommen und so zur Veröffentlichung gebracht. —

Zur Geschichte des Zollvereins, Schwäb. Chron. vom 14. November 1869.

Karl Friedrich von Sigel, Nekrolog, Schwäb. Chron. vom 5. Juni 1872.

Statistik der gemeinschaftlichen Steuern des Deutschen Reichs nach den Erhebungen in Württemberg, Württ. Jahrb. 1874 II S. 217.

Enquête über die Tabakindustrie in Württemberg, Württemb. Jahrb. 1878 I S. 119.

Die wirthschaftliche Krisis und die Zolltariffrage, Rede in der Kammer der Standesherren gehalten am 23. Januar 1879 (vergl. Hirths Annalen 1879 S. 370).

Statistische Mittheilungen über die Württemb. Finanzen, mit besonderer Berücksichtigung der neun Verwaltungsjahre vom 1. Juli 1851 bis 30. Juni 1860, Württemb. Jahrb. 1861 H. 2.

Die Ergebnisse der Finanzverwaltung in den 50 Jahren vom 1. Juli 1820 bis 30. Juni 1870, Württemb. Jahrb. 1872 II S. 68.

Zur Statistik des Departements der Finanzen, Württemb. Jahrb. 1872 I S. 154, 1873 I S. 108, 1876 I S. 164.

Statistische Ergebnisse der Verwaltung der sogenannten Wirthschaftsabgaben im Königreich Württemberg, Württemb. Jahrb. 1871 S. 165.

Die direkten Steuern vom Ertrag und vom Einkommen in Württemberg, Württemb. Jahrb. 1879 I S. 71, unter Benützung der Berichte und Vorträge des Verfassers in der Kammer der Standesherren über

den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Grundeigenthums, der Gefälle, Gebäude und Gewerbe, Verhandl. 1870 – 1874 II Beil.-Bd. S. 566;

den Art. 3 des Entwurfs eines Finanzgesetzes für die Finanzperiode $\frac{\text{1. Juli 1877}}{\text{31. März 1879}}$, sowie den Entwurf eines Gesetzes behufs Festsetzung des steuerbaren Jahresertrags der Gebäude, Verhandl. 1877 Beil.-Bd. S. 62;

den Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Besteuerung des Grundeigenthums, der Gebäude und Gewerbe für die Amtskörperschaften und Gemeinden an das Gesetz, betreffend die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, vom 28. April 1873, Verhandl. 1877 Beil.-Bd. S. 113. —

Vortrag in der Kammer der Standesherren, betreffend den Hauptfinanzetat für 1875/76, — mit Anträgen auf eine veränderte Einrichtung des Etats; Verhandl. von 1875 und 1876 Beil.-Bd. S. 23, Prot.-Bd. 102.

Bericht, betreffend die Exigenz für die Staatsschuld in dem Hauptfinanzetat, Kap. 3, für 1879/81, unter Berücksichtigung der Finanzlage im Allgemeinen, Verhandl. der Kammer der Standesherren 1877—79 Beil. Nr. XI.

Im Bundesrath des Zollvereins:

Bericht, betreffend die weitere Ausbildung der Statistik, insbesondere der Bevölkerungsstatistik und der Volkszählungen, im Zollverein, Drucks. von 1870 Nr. 44.

Im Bundesrath des Deutschen Reichs:

Bericht, betreffend die Umgestaltung der seitherigen Statistik des Zollvereins, Drucks. von 1871 Nr. 170.

Ferner:

Die Aufgaben des Königl. statistisch-topographischen Bureau; ein Vortrag in der Sitzung vom 21. März 1874 erstattet, Württemb. Jahrb. 1872 Einleitung.

Das statistisch-topographische Bureau des Königreichs Württemberg, seine Aufgaben und seine Arbeiten, Württemb. Jahrb. 1875 Einleitung.

Die internationale Finanzstatistik, ihre Ziele und ihre Grenzen; der permanenten Kommission des internationalen statistischen Kongresses in Vollziehung des bei ihrem letzten Zusammentritt am 2. September 1874 übernommenen Auftrags vorgelegt; Stuttgart 1876 bei Karl Aue.

